Franz Freiherr Schenk von Stauffenberg

1834 - 1901

als ein bayrischer und deutscher Politiker

Helmut Steinsdorfer

FRANZ FREIHERR SCHENK VON STAUFFENBERG

(1834-1901)

ALS EIN BAYRISCHER UND DEUTSCHER POLITIKER

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

vorgelegt von

Helmut Steinsdorfer
aus München

1959

Referent: Professor Schnabel

Tag der mündlichen Prüfung: 29.1.1959

UNI-DRUCK, München 13, Amalienstraße 85

MEINEN ELTERN

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555211_0034

VORWORT

Mit dieser Arbeit soll versucht werden, die politische Tätigkeit Franz von Stauffenbergs in seinem bayrischen und deutschen Vaterlande in einer geschlossenen Darstellung wiederzugeben. An größere Vorarbeiten konnte der Verfasser hier nicht anknüpfen. Nur Sigmund Günther (1848-1923) - Professor für Geographie an der Technischen Hochschule München, zugleich liberales Mitglied des Bayrischen Landtags und des Deutschen Reichstags - verdankt er einige biographisch-politische Skizzen.

Durch den letzten Krieg und seine Auswirkungen ist viel wertvolles Archivmaterial für immer verloren gegangen. Trotz aller Bemühungen konnte der Verfasser daher nur mehr wenige ungedruckte Quellen heranziehen. Seine Hauptquellen bilden die von Julius Heyderhoff und Paul Wentzke herausgegebene politische Briefsammlung (DL), sowie die Stenographischen Bayrischen Landtags- (LT) und die Deutschen Reichstagsberichte (RT); hinzu kommen alle einschlägigen gedruckten Quellen und Darstellungen.

Mit Franz von Stauffenberg tritt uns ein Vertreter des entschiedenen Liberalismus entgegen, der gleich seinen engeren Freunden Max v. Forckenbeck, Ludwig Bamberger, Eduard Lasker, Heinrich Rickert und Theodor Barth zeitlebens, selbst unter den widrigsten Verhältnissen die liberale Fahne, die Fahne der Freiheit, der Humanität, der religiösen Duldsamkeit und der friedlichen Völkerverständigung hochgehalten hat. Diese von ihm vertretenen liberalen Ideen, die bis heute ihre bleibende Gültigkeit bewiesen haben, sind in einer Zeit, in der die menschliche Freiheit von den Mächten der Unfreiheit im größten Ausmaße bedroht wird, ein echtes Vermächtnis.

Zuerst möchte der Verfasser seinem verehrten Lehrer, Herrn Universitätsprofessor Dr.Dr. Franz Schnabel (München), der die Abfassung dieser Arbeit angeregt, und bei dem der Verfasser den Blick für die geschichtlichen Zusammenhänge ebenso wie eine saubere wissenschaftliche Methode gelernt hat, seinen aufrichtigsten Dank sagen. Seinem Dank leider schon entzogen, seiner Erinnerung wie eine Lebende gegenwärtig, gedenkt er der Frau Baronin Gabriele von Habermann, geb. Freiin Schenk von Stauffenberg -

einer Tochter Franz von Stauffenbergs - die ihm in persönlichem Gespräche wertvolle Mitteilungen über ihren Vater gemacht hat und dabei Erinnerungen an längst versunkene Zeiten wieder hat aufleben lassen. Ebenso dankt er allen übrigen Mitgliedern des Hauses Stauffenberg, die ihm bei dieser Arbeit behilflich gewesen sind - besonders Franz von Stauffenbergs beiden Enkeln: Herrn Baron Friedrich Schenk von Stauffenberg (Wilflingen bei Riedlingen, Württ.) und Herrn Baron Hans Christoph Schenk von Stauffenberg (Rißtissen bei Ulm).

Allen Privatpersonen, Archiven, Bibliotheken und Behörden des In- und Auslandes, deren Entgegenkommen der Verfasser in Anspruch genommen hat, sei hiermit gedankt. Sein Dank gilt besonders Herrn Universitätsprofessor Dr. Hans Rall (München), der ihm die Bearbeitung von Stauffenbergs bayrischer Landtagsarbeit ermöglicht hat. Für wertvolle Hinweise und Anregungen dankt er u.a. den Herren: Universitätsprofessor Dr. Walter Goetz (Gräfelfing bei München), Universitätsprofessor Dr. Max Spindler (München), Universitätsprofessor Dr. Karl Alexander Graf Schenk von Stauffenberg (München), Herrn Rolf Weber (Leipzig), Herrn Universitätsprofessor Dr. Paul Wentzke (Frankfurt) und Herrn Universitätprofessor Dr. Lothar Wickert (Köln). Dankbar verzeichnet er auch manche wertvollen Hinweise seines ehemaligen Geschichtslehrers in Tegernsee, Herrn Adolf Grote (Düsseldorf). Seinen ganz besonderen Dank möchte er dem Staatsarchiv Bremen aussprechen, ferner der dortigen Staatsbibliothek, der Württembergischen Landesbibliothek (Stuttgart), dem Fürstlich Hohenloheschen Zentralarchiv (Schloß Neuenstein, Württ.), dem Deutschen Zentralarchiv (Abt. Merseburg) und dem Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam). Für die gütigst gewährte Benützung von verschiedenen Bänden des Fränkischen Kuriers (FK) dankt er der Stadtbibliothek Nürnberg, bzw. von jenen der Münchner Neuesten Nachrichten (MMM), dem Archiv der Süddeutschen Zeitung (München).

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
VORWORT		I
INHALTSVERZEICHNIS		III
I.	Biographisches	1
II.	Stauffenbergs Stellung als bayrischer Politiker (1866-1898)	5
1.	Stauffenbergs Wahl in den Landtag 30. September 1866	5
	a) Jungfernrede 22. Februar 1867	5
	b) Die Bayrische Fortschrittspartei	6
2.	Abschaffung der Todesstrafe: Anträge von 1867 u. 1870	7
3.	Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit	11
	a) Für bayrisches Post- und Eisenbahnregal	12
	b) Zug zu sachlicher und überparteilicher Arbeit	13
	c) Für kommunale Selbstverwaltung	14
4.	Kulturkampf und Altkatholizismus Kirche und Staat	15
5.	Schul- und Bildungsfragen: Landtagsrede vom 3. Februar 1888	21
6.	Heerwesen: Bayrische Heeresreform 1867/68	25
	a) Für Senkung der Präsenzzeit und Abbau der Militärausgaben	27
	b) Gegen die Militärgerichtsbarkeit	29
7.	Für Reform des Landtagswahlrechts 1869 bis 1897	30
8.	Der wirtschaftliche Liberalismus	32

Seite

a) Gegen staatliche Bevormundung für Selbsthilfe 32
b) Gegen Schutzzölle und Monopole: Antrag Schels zum Tabakmonopol 1882 35
c) Reichseinkommensteuer 36
d) Für Freihandel 37
e) Russischer Handelsvertrag 1894 38

9. Soziale Frage und liberale Sozialpolitik 39

10. Stellung zum Sozialismus 42

a) Gegen den Sozialismus jeglicher Art 42
b) Das Sozialistengesetz 43
c) Seine Folgen: Aufstieg der SPD als Interessenpartei 45

III. Die deutsche Frage (1866 bis 1871) 48

1. Stauffenbergs Stellung zur deutschen Frage 48

a) Vor 1866 48
b) Für die kleindeutsche Lösung nach 1866 48
c) Werbekraft der liberalen preußischen Wirtschaftspolitik 49
d) Für Fortdauer des Zollvereins und Teilnahme an den Wahlen zum Zollparlament 50
e) Für Hohenlohes deutsche Politik 51
f) Die Haltung der Reichsräte und Hohenlohes "diplomatisches Meisterstück" 52

2. Das Zollparlament 53

3. Für einen kleindeutschen Bundesstaat 55

4. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 und die deutsche Einheit 56

a) Bejahung des Bündnisfalles 19. Juli 1870 57
b) Merkwürdige Zwischenfälle 57

Seite

5. Die Versailler Verträge 58

a) Für deren Annahme 16. Januar 1871 59
b) Der bayrische Vorsitz im außenpolitischen Ausschuß des Bundesrates 59
c) Abstimmung vom 21. Januar 1871 62
d) Zukunftshoffnung auf ein freiheitliches Deutschland 62

IV. Stauffenbergs Stellung in der Reichspolitik (1871-1893) 64

1. Anfänge seiner reichspolitischen Tätigkeit 64

a) Liberaler Reichstagskandidat in München 1871 64
b) Seine Kandidatenrede 14. Februar 1871 66
c) Wahlsieg in München I am 3. März 1871 68
d) Als Nationalliberaler im Reichstag 68
e) Für politische Einheit des Liberalismus 69

2. Parlamentarische Tätigkeit im Reichstag 70

a) Grundrechtsdebatte April 1871 70
b) Für Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch 73
c) Für Sitz des Reichsgerichtes in Leipzig 73
d) Einführung des Kriegsdienstverpflichtungsgesetzes des Norddeutschen Bundes in Bayern 74

3. Bismarcks Zusammenarbeit mit dem Liberalismus 75

a) Septenat von 1874 75
b) Reichstagswahlen von 1874 und 1877 78
c) Parlamentarische Kleinarbeit 79
d) Erster Reichstagsvizepräsident 1876 bis 1879 80

4. Stauffenbergs Ministerkandidatur in Berlin und das Tabakmonopol 1877/78 81

a) Bismarcks Ziel: Teilweise Beseitigung des parlamentarischen Bewilligungsrechtes durch das Tabakmonopol 86

Seite

b) Stauffenbergs Reichstagsrede vom 22. Febr. 1878 86
c) Scheitern des Monopolplanes mit den Nationalliberalen 88
d) Bismarcks weitere Versuche 88
e) Stauffenbergs Reichstagsreden vom 10. Mai 1878 und 12. Mai 1882 90

5. Wer ist nach Bismarck für das Scheitern der mit dem Tabakmonopol kombinierten nationalliberalen Ministerkandidaturen verantwortlich? 91

a) Zeitgenössische und geschichtliche Beurteilung dieser Vorgänge 93
b) Bismarck kann mit selbständigen Naturen nicht zusammenarbeiten 98
c) Bismarck hinterläßt unbrauchbare Mitarbeiter 99
d) Das Scheitern der nationalliberalen Ministerkandidaturen ist der erste Schritt zum 9. November 1918 100

6. Elsaß-Lothringen 100

7. Die Attentatswahlen von 1878 105

a) Wahlniederlage in München I am 30. Juli 1878 105
b) Aufstellung und Wahl in Holzminden-Gandersheim 110
c) Geburt seines Sohnes Franz Wilhelm 114

8. Gegen den wirtschaftspolitischen Umschwung von 1879: Offener Brief an seine braunschweigischen Wähler 25. Juli 1879 115

9. Die Sammlung des entschiedenen Liberalismus 1880 bis 1884 118

a) Die nationalliberale Sezession und die Bildung der Liberalen Vereinigung 1880 118

		Seite
b)	Freihandel und Manchestertum	124
c)	Bambergers Schrift "Die Sezession"	125
d)	Stauffenbergs Verhältnis zum deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm	127
e)	Der zweite Septenat 1880	128
f)	Stauffenbergs Wahl in Erlangen-Fürth 1880	130
g)	Die Fusion der Liberalen Vereinigung mit der Fortschrittspartei zur Deutsch-Freisinnigen Partei März 1884	132
h)	Gegen Verlängerung des Sozialistengesetzes 1884	134
i)	Reichstagswahlen von 1884: Sieg über v. Schauß in der Stichwahl in Erlangen-Fürth	135
10.	Der Septenat von 1887	137
a)	Stauffenbergs Antrag zum Septenat 11. Januar 1887	137
b)	Auflösung des Reichstags	138
c)	Erneuter Wahlerfolg Stauffenbergs in Erlangen-Fürth trotz des gegen ihn gerichteten nationalliberalen Verleumdungsfeldzuges	140
d)	Sieg des Bismarckkartells	141
e)	Reichstagswahlen von 1890: Zertrümmerung des Kartells	142
f)	Gegen europäisches Wettrüsten	143
g)	Wahlsieg in Erlangen-Fürth	145
11.	Letzte Jahre im Reichstag	146
a)	Neuordnung der Reichsmilitärgerichtsbarkeit 1891	146
b)	Österreich-ungarischer Handelsvertrag 1891	147
c)	Gegen die Heeresvermehrung von 1892	148
d)	Spaltung der Freisinnigen 1893	149
e)	Die "Lüge des Parlamentarismus"	149
V.	Stauffenbergs geschichtliche Bedeutung	151

Seite

1. Gesellschaftliche Ächtung des Liberalismus - liberal, konservativ und föderalistisch 151

2. Urteile von Zeitgenossen über Stauffenberg 152

3. Ernst Schraepeler über das "Schattenministerium" 159

4. Der "Erfolg" als geschichtlicher Wertmaßstab 160

5. Der Geschichtsverlauf rechtfertigt Stauffenbergs politische Lebensarbeit 163

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS 164

ANHANG 175

GENEALOGISCHE TAFEL 178

LEBENSLAUF 179

I) BIOGRAPHISCHES

Franz August Freiherr Schenk von Stauffenberg, geb. 3. August 1834 in Würzburg, gest. 3. Juni 1901 in Rißtissen bei Ulm, entstammte einem schwäbischen Geschlecht, das nach der Zimmerschen Chronik älter als die Hohenzollern sein soll. Wenn daher Franz von Stauffenberg gelegentlich auf den älteren Adel seiner Familie gegenüber den der Hohenzollern zu sprechen kam, pflegte er stets scherzend zu sagen: "Die habens halt weiter gebracht als wir." [1] Dieses Geschlecht bekleidete das Erbschenkenamt der schwäbischen Herzöge und gehörte zur reichsunmittelbaren Ritterschaft in Franken und Schwaben. 1566 teilte es sich in die Linien zu Wilflingen und Amerdingen, die beide 1698 in den Reichsfreiherrnstand erhoben wurden. Mit dem gräflichen Zweig, gestiftet von Damian Hugo Schenk von Stauffenberg, der 1791 das Reichsgrafendiplom erhielt, starb 1833 die Wilflinger Linie aus, während die Amerdinger noch heute blüht. Ein Vorfahr, der Freiherr Marquard Sebastian, wurde im 17. Jahrhundert Fürstbischof von Bamberg, und ein anderer, der Freiherr Johann Franz, im achtzehnten Bischof von Augsburg. Es gab in diesem Geschlecht auch einen reichsritterlichen Ahn, der zu dem benachbarten Hohenzollern sagte: er sei nicht wert, ihm die Säue zu hüten (S.156). [2] Der letzte Vizepräsident des Reichskammergerichts in Wetzlar, der Freiherr Adam Friedrich, aus der Amerdinger Linie - Stauffenbergs Großvater - starb als großherzoglich würzburgischer Außenminister. [3] Ein Onkel Stauffenbergs, der Freiherr Franz - der älteste Bruder seines Vaters, zugleich sein Taufpate - gehörte der Kammer der Reichsräte der Krone Bayerns als erblicher Reichsrat an und stand ihr lange Jahre als erster Präsident vor. 1874 wurden er und seine Nachkommen in den bayrischen Grafenstand erhoben; er ist der Stammvater des heute noch blühenden gräflichen Zweigs.

Franz Schenk von Stauffenberg war der älteste Sohn des Rittergutsbesitzers und kgl. bayrischen Kämmerers Friedrich Schenk von Stauffenberg und seiner Gattin Klementine, einer geborenen Gräfin Butler-Clonebough. Nachdem er das Augsburger Gymnasium absolviert hatte, studierte er Rechtswissenschaft in Würzburg und Heidelberg. Mit einundzwanzig Jahren trat er 1855 in den bayrischen Staatsdienst ein als Praktikant; später wurde er Staatsanwaltsubstitut. Bereits 1863 beförderte man ihn zum zweiten Staatsanwalt in Augsburg. Aber schon 1866 gab

1) So S. Günther, in FK (6. Juni 1901)

2) Eberhard Zeller: Geist der Freiheit (2. A. 1954) 148

3) Vgl. zu seiner, durch unerwarteten Tod nur 24 Stunden währenden Ministerschaft Anton Chroust: Geschichte des Großherzogtums Würzburg (1932) 287 f.

er dieses Amt wieder auf, "für das er sich so ungeeignet wie möglich fühlte".[1] Daher rührte auch seine Abneigung gegen die Todesstrafe, wie er selbst 1867 bei der Begründung seines Antrags auf ihre Abschaffung im Bayrischen Landtag bekannt hatte.[2] Stauffenberg trat aber nicht "vorzugsweise aus politischen Gründen" aus dem Staatsdienst,[3] auch nicht, weil er gegen die Todesstrafe war.[4] Nach Mitteilung seiner Tochter, Freifrau Gabriele v. Habermann, sollte er ein Verfahren, in das eine vornehme Augsburger Familie verwickelt war, niederschlagen, was ihm seine schon vorher vorhandene Rücktrittsabsicht ausführen ließ. Er verwaltete nun seine Güter Rißtissen bei Ulm und Geißlingen bei Bobingen. Bereits seit 1860 war er mit der Gräfin Ida von Egmont-Geldern verheiratet. Aus dieser Ehe stammen vier am Leben gebliebene Töchter und ein Sohn,[5] der Freiherr Franz Wilhelm, der vor 1918 als ritterschaftliches Mitglied der I. Kammer der Württembergischen Landstände angehörte und von 1924 bis 1944 mit nur kurzen Unterbrechungen als Deutschnationaler im Reichstag saß; zwei Söhne Stauffenbergs, deren Taufpate der deutsche Kronprinz, der spätere Friedrich III. war, starben schon im Kindesalter. Da sein jüngerer Bruder keine männlichen Nachkommen hinterließ, stammen alle heute noch lebenden Träger des Namens Stauffenberg, die der freiherrlichen Linie angehören, von ihm ab.

Am 30. September 1866 kam Stauffenberg durch eine Nachwahl im Wahlkreis Augsburg in den Bayrischen Landtag, dem er bis 1898 angehören sollte. Als Mitglied der Fortschrittspartei, bzw. der Deutschfreisinnigen Partei vertrat er die Wahlkreise Augsburg (1866-69), Ansbach (1870-71, bzw. 1873-77), Kaiserslautern (1879-80, bzw. 1881-86), München I (1887-92) und Fürth (1893-98). Stauffenberg gehörte zu den führenden Köpfen der Bayrischen Fortschrittspartei im Landtag von 1863-69. In den Jahren 1873-75 stand er dem Landtag als I. Präsident vor; 1868 wählte ihn der Wahlkreis Ansbach-Schwabach ins Zollparlament.

Das Jahr 1871 erfüllte ihm seine nationalen Wünsche durch die Gründung eines Deutschen Reiches. Im Reichstag vertrat er als Nationalliberaler 1871-78

---

1) Günther 221 u. LaF 437
2) LT 1 (23.3.1867) 403
3) So Poschinger 3:35 u. Bomhard 139
4) So S. Günther in LaF 437
5) Vgl. Genealogische Tafel S. 177 folgend

den Wahlkreis München I. Bei der Wahl vom 8. August 1878 unterlag er hier einer klerikal-konservativ-sozialistischen Koalition. Für kurze Zeit blieb er, ohne Mandat. Er war nämlich schon vor jenen Attentatswahlen am 13. November 1877 aus dem Landtag ausgetreten [1] und nach Berlin übergesiedelt. Beide Vorgänge standen aber in keinem Zusammenhang [2] mit seiner Kandidatur unter Bismarck für das Reichsschatzamt im Winter 1877/78, wie Stauffenberg am 13. Juli 1878 in München öffentlich erklärte [3]: sie hatten, so sagte er, "mit Politik absolut nichts zu tun"; er sei erst dann aus dem Landtag ausgetreten, als seine politischen Freunde es ihm empfohlen hatten, da er durch sein Reichstagsmandat zu sehr beansprucht werde, und man im Landtag keine Stimme entbehren könne.

Schon 1870/71 galt Stauffenberg als künftiger bayrischer Minister und 1877 als elsaß-lothringischer des Kronprinzenstatthalters. Durch Rudolf v. Bennigsens Vermittlung wird er September 1878 in Holzminde-Gandersheim gewählt, nachdem er ursprünglich eine Wahl außerhalb Bayerns abgelehnt hatte; diesen Wahlkreis behielt er bis 1881 bei. Erst am 8. Januar 1879 gelangte er bei einer Zwischenwahl in Kaiserslautern wieder in den Landtag [4]. 1876-79 bekleidete er das Amt des I. Reichstagsvizepräsidenten, das er am 22. Mai 1879 im Zusammenhang mit Bismarcks Verständigung mit dem Zentrum niedergelegt hat. Im Jahre 1880 beteiligte er sich als einer der führenden Nationalliberalen - zusammen mit seinen Parteifreunden Ludwig Bamberger, Max von Forckenbeck und Heinrich Rickert - an der "Sezession" des linken Flügels und 1884 an der gegen seinen Willen vorgenommenen Fusion der Liberalen Vereinigung - so nannten sich die Sezessionisten - mit der Fortschrittspartei zur Deutschfreisinnigen Partei. 1881-93 vertrat er den Wahlkreis Erlangen-Fürth im Reichstag. Im Jahre 1893 schloß er sich bei der durch die Militärvorlage hervorgerufenen Sprengung der Partei der Freisinnigen Vereinigung an, lehnte es aber ab, nochmals für den Reichstag zu kandidieren. Einzig im Landtag beteiligte er sich noch bis in die neunziger Jahre intensiv an der parlamentarischen Arbeit. Besonders seine objektiven Darlegungen als Referent für das Post- und Telegraphenwesen sowie für die staatlichen Eisenbahnen fanden allgemeine Anerkennung.

---

1) LT 1 (13.11.1877) 165
2) Anders die Annahme von Günther 222 u. LaF 438
3) MNN Nr. 193 (17.7.1878)
4) LT 3 (8.1.1879) 61

Im Jahre 1882 verlieh ihm die Universität Würzburg den Ehrendoktor der Rechte. Neben seinem stets regen Interesse für Politik, Rechtsfragen und für die Volkswirtschaft, betrieb er als besondere Liebhaberei das Studium der spanischen, portugiesisch-brasilianischen und provençalischen Literatur. "Und wenn er irgendwo und aus irgendeiner Zeit eine literarische Goldader entdeckt zu haben glaubte", so schrieb darüber bei seinem Tod Theodor Barth in der "Nation", "an der die übrige Welt achtlos vorüberging, so freute er sich des Fundes wie ein amerikanischer Prospektor, der in den Rocky Mauntains unerwartet auf eine wertvolle Erzader stößt". [1] Ein Verständnis für die iberischen Kulturwerte war im 19. Jahrhundert selten, man findet es etwa noch bei Grillparzer, Ranke und Hermann Baumgarten. Seine umfassende Sammlung romanischer Literatur stiftete sein Sohn der Universitätsbibliothek Tübingen. Im bescheidenen Umfang unternahm Stauffenberg auch Ausgrabungen, wie er selbst einmal im Landtag bekannt hatte, [2] insbesonders setzte er sich als Mitglied der Bibliothekskommission des Reichstags für den Ausbau der Reichstagsbibliothek ein, [3] deren häufigster Besucher er auch war. [4] Mit Recht konnte ihn Sigmund Günther [5] als den "geborenen Anwalt der geistigen Interessen" bezeichnen. Aber trotz seines umfassenden Wissens und seiner tiefen Bildung - diesen Eindruck erhielt von ihm noch Walter Goetz, als er Stauffenberg in den neunziger Jahren einmal persönlich gesprochen hatte [6] - hinterließ er keine Schriften. Nur mit Mühe ließ er sich von seinen Freunden dazu bewegen, z.B. einen Vortrag in den Liebigschen Hörsälen in München zu halten, der dann mit großem Beifall aufgenommen wurde. Hierzu trug sicher seine schwankende Gesundheit bei - er litt zeitlebens an Gicht und Zucker - die auch seine politische Tätigkeit zeitweise stark beeinträchtigt hatte. Seine spärlich hinterlassenen Briefe und seine parlamentarischen Reden bilden daher die einzigen Quellen seiner politischen Wirksamkeit.

---

1) Barth 46
2) LT 6 (28.3.1890) 570
3) RT 47:727-729 (5.4.1878); Aug. Reichensperger dankte ihm hierfür ausdrücklich; vgl. auch RT 47:892 f. (11.4.1878)
4) So Barth 46 u. Günther 224
5) Günther 222
6) Persönl. Mitt. an den Verfasser

II) STAUFFENBERGS STELLUNG ALS BAYRISCHER POLITIKER (1866 - 1898)

Am 8. Januar 1867 wurde der dreiunddreißigjährige Abgeordnete Franz Schenk von Stauffenberg, der am 30. September 1866 bei einer Zwischenwahl in Augsburg in den Bayrischen Landtag gewählt worden war, vom Landtagspräsidenten vereidigt.[1] Damit begann er seine politische Tätigkeit in Bayern, die ein volles Menschenalter währen sollte. Bereits am 12. Februar des gleichen Jahres unternimmt er seinen ersten politischen Vorstoß durch die Einbringung einer Interpellation [2]. Darin fordert er in Bezugnahme auf Art. IX des Friedensvertrags mit Preußen vom 22. August 1866, in dem Kommissarien stipuliert waren, die den Personen- und Güterverkehr auf der Eisenbahn zwischen beiden Kontrahenten fördern sollten, die Durchführung dieser Bestimmung, um die Freizügigkeit zu gewährleisten. In seiner Antwort erklärt der Minister Gustav von Schlör: die Regierung habe bisher noch keine Gelegenheit zur Durchführung dieser Bestimmung gehabt, wenn aber die praktische Anwendung dieses Prinzips gewünscht werde, dann werde die Regierung in dieser Richtung voranschreiten.

Schon in dieser Interpellation findet sich das Grundelement von Stauffenbergs politischer Haltung, nämlich seine Überzeugung vom Wert der Freiheit auf allen Gebieten, oder wie er es später einmal ausgesprochen hat: "Die volle Freiheit scheint mir immer das Beste zu sein."[3] Wir sehen hier in seiner Jungfernrede den "kernfesten Liberalen, der er sein ganzes Leben hindurch geblieben ist."[4] Es erscheint daher selbstverständlich, daß der junge Edelmann sich der 1863 gegründeten Bayrischen Fortschrittspartei angeschlossen hat. Seine Familie, besonders sein Onkel, der Freiherr Franz Schenk von Stauffenberg, I. Präsident der Reichsrätekammer, war wohl mit seiner Betätigung in dieser liberalen Partei nicht einverstanden. Deshalb wollte sein Onkel bei Justizminister v. Bomhard seine Versetzung von Augsburg - wo er in einem demokratischen, angeblich gegen die Regierung oppositionell eingestellten Kreis sich bewegte - nach München erreichen. Der König gewährte sie aber nicht, weil man darin, wie v. Bomhard berichtet[5], "gar eine Belohnung

1) LT 1 (8.1.1867) 164
2) LT (12.2.1867) 232 f.
3) LT 1 (15.3.1870) 422
4) Günther: LaF 438
5) Bomhard 139

seines ungeeigneten Betragens finden könnte." Dieser Tatbestand wird wohl mitgewirkt haben, warum Stauffenberg 1866 seinen frühen Austritt aus dem Staatsdienst nahm (vgl. S. 2).

Die Bayrische Fortschrittspartei, der Stauffenberg beitrat, war kleindeutsch aber doch föderalistisch gesinnt. Sie war aus zwei verschiedenen Strömen entstanden, nämlich aus den Demokraten, die - wie der Franke Carl Crämer aus Doos bei Nürnberg oder die Pfälzer Kolb und Umbscheiden - für eine demokratische und unitarische Einheit eintraten, und aus den Liberalen, die einen monarchischen Bundesstaat erstrebten [1]. Wie an anderer Stelle aufgezeigt, gehörte Stauffenberg zu den liberalen Föderalisten kleindeutscher Observanz (vgl. S. 5[illegible]).

Diese Partei war führend in dem Landtag von 1863/69. Sie besaß auch in den sechziger Jahren eine gut geleitete Presse: Voran die Wochenschrift der Fortschrittspartei (1865-73), die Münchner Neuesten Nachrichten, die Augsburger Abendzeitung, die Süddeutsche Zeitung (1859-64), den Fränkischen und den Pfälzischen Kurier. Mit dem langjährigen Leiter der Münchner Neuesten Nachrichten August Napoleon Vechioni - einem unermüdlichen Vorkämpfer der deutschen Einheit und tatkräftigen Organisator des Münchner Liberalismus - war Stauffenberg Jahrzehnte hindurch freundschaftlich verbunden. So feierte er 1896 Vechionis Verdienste in einer Rede zu dessen 70. Geburtstag [2]. Es bestand auch zwischen beiden ein Briefwechsel, der aber nicht erhalten ist [3]. Besonders für den Erhalt der Wochenschrift hat sich Stauffenberg - für diese Zeitschrift schrieb er wohl gelegentlich einige Beiträge - eingesetzt [4]; 1873 ist sie aber trotz aller Bemühungen eingegangen.

Die Fortschrittspartei zählte auch neben Stauffenberg, der innerhalb kurzer Zeit zu einem ihrer Führer aufgestiegen war, so bedeutende Politiker wie Carl Brater, Heinrich Marquardsen, Marquard Barth und Joseph Völk zu den Ihren. Noch Doeberl findet für den Idealismus dieser Partei in den sechziger Jahren Worte höchster Anerkennung, wenn er schreibt: "Die Männer der Fortschrittspartei... voran das Bürgertum und der gebildete Mittelstand, waren getragen von einer

---

1) Doeberl 3:464 ff.

2) MNN 1896,18; wiederholt 1908,75; vgl. DL 2:490

3) Im Nachlaß-Stauffenberg unter Nr. 65 befanden sich 5 Briefe Vechionis, an Vechioni gerichtete Briefe Stauffenbergs sind unauffindbar.

4) DL 2:88 an Marquardsen (23.7.1873); diese Beiträge Stauffenbergs sind nicht feststellbar, da die Wochenschrift alle Artikel ungezeichnet brachte.

Reinheit des Ideals und einer Aktivität des Staatsgedankens, wie sie wenige Perioden in solchem Maße aufweisen." [1] Hierfür hat Stauffenberg in seinen Anträgen auf Abschaffung der Todesstrafe einen glänzenden Beweis abgelegt, und zugleich gezeigt, wie sehr er von der Humanitätsidee und vom individualistischen Menschenrecht als höchsten Werten überzeugt war [2].

Am 20. Februar 1867 brachte Franz von Stauffenberg, zusammen mit 31 Genossen, im Landtag einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe ein [3]. Der Referent, Abgeordneter Ludwig Behringer, befürwortete in einem, von Stauffenberg als "meisterhaft" bezeichneten Referat dessen Annahme. In seiner Begründung hob Stauffenberg hervor, daß der Kampf für die Abschaffung der Todesstrafe "schon seit Jahren von unermüdlichen Streitern der Humanität geführt werde, und es müsse daher endlich aus der Theorie die praktische Schlußfolgerung gezogen werden." Dabei wandte er sich auch gegen die alleinige Gutachtertätigkeit des Staatsanwalts über den Vollzug der Todesstrafe - wie sie damals in Bayern rechtmäßig war - da man nicht eine unparteiische Darstellung in derselben Sache geben könne, in der man vorher Partei war. Ebenso übte er Kritik an dem oft Monate dauernden ministeriellen Nachprüfungsverfahren, das einer "grausamen Verschärfung der Todesstrafe gleichkomme."

In der am gleichen Tag (22. März 1867) anschließenden Debatte befürworteten die meisten Redner die Abschaffung [4]. Nochmals faßte Stauffenberg in seinem Schlußwort alle Argumente zusammen [5]. Dabei stellte er fest, daß die Ableitungen aus der absoluten Strafrechtstheorie und aus der Bibel ziemlich verstummt sind; ebenso habe die Abschreckungstheorie nicht ihren Zweck erfüllt, da man auch in Bayern schon 1862 zur geheimen Hinrichtung übergegangen sei. Stauffenberg wies auch richtig darauf hin, daß diese Theorie auf einer Verwechslung der Gemütsstimmung des Verbrechers vor und nach der Tat beruhe. Er hielt es daher für statistisch nicht beweisbar, daß die Furcht vor einer drohenden Todesstrafe auf die Ab- und Zunahme der

---

1) Doeberl 3:464
2) Schieder 136; vgl. A. Heuss: Theodor Mommsen (1956) 206 f. 195
3) LT 1 (20.2.1867) 277 ff.
4) LT 1 (22.3.1867) 284 ff. u. 396-421
5) LT 1 (22.3.1867) 399-406 u. 418 ff.

Verbrechen einen Einfluß habe; die Zahl der Verbrechen bildet eine Konstante, ob die Todesstrafe angewandt wird oder nicht; sie hängt vielmehr von den äußeren Umständen ab. Wir würden heute sagen: von der Umwelt, der psychophysischen, geistigen und moralischen Verfassung des einzelnen Menschen. Auch ist die Todesstrafe nach Stauffenberg eine unteilbare, die keine Rücksicht auf den individuellen Schuldgrad nimmt. Gerade die Grenzlinie zwischen Mord und Toschlag, obwohl deren Festlegung für den Schuldspruch so entscheidend ist, sei, so hob er hervor, besonders schwer zu ziehen. Dadurch ist die Gefahr von Justizmorden bei der Ungewißheit der menschlichen Gerechtigkeit nie ausgeschlossen. Ein unabweisbarer, rein juristischer Haupteinwand gegen sie ist daher ihre Irreparabilität. Dieser wurde auch von Stauffenberg vorgebracht, wenn er sagte: "Die Todesstrafe ist irreparabel und der Strafrichter ist und bleibt ein dem Irrtum unterworfenes Wesen." [1] Jedoch bejahte er das Notwehrrecht des Staats: "Gegen übermächtigen Andrang von Verbrechern hat der Staat dieses Recht so gut, wie jeder Einzelne es hat. Aber ich bezweifle, ob er es in einer weiteren Ausdehnung hat als der Einzelne." Stauffenberg schließt seine Ausführungen, in einer, seiner humanitären Auffassung würdigen Weise mit folgenden Worten: "... alle eingebildeten Vorteile, die mit der Aufrechterhaltung der Todesstrafe erlangt werden sollen, werden durch die Verurteilung eines einzigen Unschuldigen vollkommen aufgehoben."

Am 22. März 1867 nahm der Landtag mit 87 zu 44 Stimmen seinen Antrag an [2]. Die Reichsrätekammer lehnte ihn aber am 16. November 1867 ab [3]. Damit scheiterte dieser Vorstoß Stauffenbergs, wozu ihm auch das persönliche Erlebnis eines Zusammenseins mit einem zum Tode Verurteilten in dessen letzter Stunde, wie er selbst bekannte [4], getrieben hatte, die Todesstrafe in Bayern abzuschaffen.

In seiner Rede im Landtag übte Stauffenberg scharfe Kritik an dem schleppenden Gang des ministeriellen Nachprüfungsverfahrens und an der Amtsführung des Justizministers v. Bomhard; letztere wurde noch von verschiedenen Rednern vorgebracht. Dieser Tatbestand wäre an sich nicht erwähnenswert, wenn nicht v. Bomhard in seinem Tagebuch behauptete [5], Stauffenberg sei sein "erbittertster Gegner" nur deshalb geworden, weil er, v. Bomhard, dessen Versetzung

1) LT 1 (22.3.1867) 399
2) LT 1 (22.3.1867) 421
3) RK Prot. Bd. 2 (1867/68) 144
4) LT 1 (22.3.1867) 403
5) Bomhard 139.143 f.

beim König nicht erreicht, und er ihn dafür für "wortbrüchig" gehalten habe (vgl. S. 5). Wenn wir aber die für das Wesen Stauffenbergs so charakteristische Sachlichkeit, der alle Polemik und Ressentiments fern standen, in Betracht ziehen, dürfen wir wohl annehmen, daß ihm in diesem Fall kaum persönliche Motive, sondern das bei ihm so stark ausgeprägte politische Verantwortungsgefühl, für Sauberkeit im Staat zu sorgen, geleitet haben wird. Nachdem wir heute diese Vorgänge nicht mehr mit letzter Klarheit erfassen können, sind wir nicht in der Lage, darüber ein endgültiges Urteil zu fällen.

Aber dieser Mißerfolg von 1867 konnte Stauffenberg nicht entmutigen. Schon am 19. Mai 1870 wiederholte er diesen Vorstoß durch erneute Einbringung seines Antrags, den er in einer großen Rede begründete [1]. Darin mußte er sich schon eingangs mit dem Vorwurf des Referenten Krätzer auseinandersetzen, es handle sich hier um eine Parteisache [2]. Demgegenüber betonte Stauffenberg: "Es handelt sich hier um eine Sache, die über dem Gewühl der Parteien steht... um eine reine Frage der Menschlichkeit... die im humanen Geiste und nicht im Parteigeiste behandelt werden soll." Er hielt es ferner für "keinen Zufall, daß diese Frage in allen zivilisierten Ländern angerührt wird, sondern für einen allgemeinen Zug zur Menschlichkeit." Er räumte zwar ein, es bedürfe der Zeit, um eine Frage der Humanität nach manchen Rückschlägen zum Siege zu führen. Als Beispiele nannte er die Abschaffung der Tortur und der Hexenprozesse. In der vor wenigen Jahren erfolgten Sklavenbefreiung in den USA habe man, wie er hervorhob, "eines der großartigsten und schönsten Beispiele erlebt, auf das die Menschheit in diesem Jahrhundert stolz sein kann." Gerade ein Übermaß an Grausamkeit führe die Menschen nach seiner Ansicht auf die Frage, ob diese gerechtfertigt sei, von selbst hin. Dabei dürfe man sich nicht auf das Volksbewußtsein berufen, da dieses jede Tradition kritiklos hinnehme. Vielmehr muß "die Überzeugung der gebildeten Klassen, also aller jener, die sich mit dieser Frage ex fundamento befassen, dem Volksbewußtsein vorausgehen, und trotz des Volksbewußtseins diese Dinge durchsetzen." Es ist, wie er hinzufügte, "keine dieser großen humanitären Fragen auf andere Weise durchgesetzt worden, und wenn wir lediglich auf die Entwicklung dieser Fragen von unten warten wollten, so würden wir teilweise noch in der Barbarei früherer Zeiten stecken." Ähnlich wie bei der Begründung seines Antrags von 1867 wies er nochmals auf die Schwierigkeit der Grenzziehung zwischen

---

1) LT 2 (19.5.1870) 291-303
2) LT 2 (19.5.1870) 287 ff.

Mord und Totschlag hin, betonte aber auch die Notwendigkeit der poena certa; denn der durch das Nachprüfungsverfahren notwendige Aufschub bringt eine entsetzliche Verschärfung der Strafe mit sich. Die Todesstrafe erwecke nur eine Scheinreue, geboren aus der Verzweiflung, schließe aber, so folgerte er, eine wahre Besserung aus. Ebenso lehnte er die Ansicht ab, man dürfe aus der Existenz der Todesstrafe bei allen Völkern - so hat man es früher bei der Sklaverei getan - auf ihre Rechtmäßigkeit schließen; auch biblische Ableitungen ließ er nicht gelten. So interpretierte er die bekannte Paulusstelle (Römer 13,1-7): "wer Blut vergießt, des Blut soll wieder vergossen werden", dahingehend, daß wer Gewalt anwendet und Blut vergießt, wieder durch die Gewalt umkommen wird. Ebenso verhalte es sich nach seiner Ansicht mit jenem, aus dem nämlichen Paulusbrief stammenden Satz: "tust du Böses, so fürchte dich, denn die Obrigkeit führt das Schwert nicht umsonst." Dieser beziehe sich auf das Böse schlechthin, könne also nicht gemeint haben, der Mord müsse durch die Todesstrafe bestraft werden. Es freue ihn auch als Katholiken, so versicherte Stauffenberg, "daß es meist katholische Schriftsteller waren, welche in dieser Frage das beste Material lieferten." Mehrmals berief er sich bei seinen Ausführungen auf den katholischen belgischen Publizisten Edouard Ducpétiaux (1804-1868), der sich besonders durch seine Reformen im Gefängniswesen verdient gemacht hatte.

Den entscheidenden Punkt bildete für ihn die Tatsache: diese Stellen bieten für den gläubigen Katholiken kein Hindernis, bei dem jetzigen Stand der "Kultur und Gesittung und der Gestaltung der übrigen Strafmittel, die Todesstrafe aufzuheben"; denn sie "entspricht nicht mehr dem Geiste dieses Jahrhunderts und der Menschlichkeit, sie ist ebenso unmenschlich wie die Strafen früherer Jahrhunderte." Am schönsten kam wohl seine edle Gesinnung darin zum Ausdruck, wenn er die Ansicht des Referenten, das Leben sei das heiligste Gut und wer sich daran vergehe, der müsse es verlieren, mit den Worten zurückwies: "Es gibt noch ganz andere Güter, welche für mich eine viel höhere und heiligere Sache sind als das Leben." Mit diesem würdevollen Satz: "mich bestimmen dazu Rücksichten der Menschlichkeit, der Staat soll nur, wo ihm die Notwehr gebietet, über das Leben der Einzelnen verfügen; mich bestimmen Rücksichten des Christentums, ich erinnere an das Wort Jonas, der gesagt hat: "Ich bin nicht dafür, daß der Sünder sterbe, sondern daß er sich bekehre und lebe", beendete er seine Rede.

In der darauf anschließenden Debatte klingt die von Stauffenberg ausgesprochene humane Gesinnung nur bei seinen liberalen Freunden an. Die Patrioten verschlie-

ßen sich seiner Aufforderung, diese Frage über den Parteistandpunkt zu erheben[1]. Damit ist auch das Schicksal seines Antrags entschieden, nachdem die Patrioten seit 1869 die Mehrheit besitzen. Dies sieht auch Stauffenberg ein. Er hätte ihn dann, wie er am 21. Mai 1870 in seinem Schlußwort ausführte, nicht gestellt, wenn er dies hätte ahnen können[2]. Aber noch einmal erhebt er sich in seinen Schlußworten auf den seiner edlen Menschlichkeit so eigenen idealistischen Standpunkt: "Ich habe die Zuversicht, daß die Zukunft uns gehört, wenn sich auch die Gegenwart manchmal nicht rosig anläßt. Allein, ich hätte gewünscht, und ich hätte gehofft, daß unser Vaterland nicht das letzte wäre bei der Entscheidung dieser Frage, sondern daß es sich mit an der Seite derjenigen befinde, die an der Spitze der Kulturentwicklung stehen. Es ist an Ihnen zu entscheiden, ob das sein soll oder nicht." Dennoch wird sein Antrag am gleichen Tag mit 76 zu 67 Stimmen abgelehnt[3]. Damit ist sein Vorstoß in dieser Frage erneut gescheitert. Aber heute, nachdem die Todesstrafe in vielen Kulturstaaten, unter anderem in der Bundesrepublik, abgeschafft worden ist, sehen wir Stauffenbergs Vorhersage bestätigt: Die Zukunft gehört uns! Stauffenbergs Vorstoß besitzt bleibende Leuchtkraft durch seinen von echter Humanität getragenen Ideengehalt; denn nicht der äußere Erfolg sondern der innere Wert adelt die menschliche Tat.

Nachdem wir den parlamentarischen Ablauf der Bemühungen Stauffenbergs um die Abschaffung der Todesstrafe eingehend verfolgt haben, wenden wir uns seiner Arbeit im Landtag zu. Dort hat er seine Haupttätigkeit in den Landtagsausschüssen ausgeübt, besonders als langjähriges Mitglied des Finanzausschusses. 1867-1898 war er - nur mit kurzer Unterbrechung - Referent für das staatliche Post- und Telegraphenwesen und für die Staatsbahnen. Dabei hat er sich ein großes Verdienst am Ausbau des bayrischen Telegraphen- und Eisenbahnnetzes erworben. Seine hierfür "mit überaus großem Geschick und ebensolcher Sachkenntnis" ausgearbeiteten Referate bildeten stets "eine Glanzleistung"[4]. Dieser Aufgabe unterzog er sich mit großer Sorgfalt. Dies geht z.B. aus seinem Brief an Julius Höder vom 28. November 1867[5] hervor. Darin ersuchte er diesen um Unterlagen über das württembergische Telegraphennetz, da er feststellen konnte, daß das bayrische weit teurer sei und er die Ursachen dieser eigentümlichen Entdeckung überprüfen wolle. Dabei betonte er, er würde eine so große Bitte nicht wagen, wenn nicht im öffentlichen Interesse, das ihn hier zu einer genauen Untersuchung verpflichte.

1) LT 2 (19./20.5.1870) 303-337
2) LT 2 (21.5.1870) 338 ff.
3) LT 2 (21.5.1870) 348
4) So AZ Nr.152 (3.6.1901)
5) Nachlaß Hölder: cod.hist.fol. 880 fasc.IX,3 Nr.60

Als Liberaler war Stauffenberg gegen ein "rücksichtsloses" Anwenden "des Prinzips der Staatsbahnen", da, wie er 1886 im Landtag erklärte [1], "die Privatgesellschaft unter allen Umständen billiger bauen wird und auch den Betrieb wird billiger einrichten können." Konstitutionell bedeutsam erwies sich in diesem Zusammenhang seine Stellungnahme zu eigenmächtigen Spezialisierungen und Übertragungen im Eisenbahnetat am 27. April 1881. [2] Hierbei machte er geltend: Eine Übertragung im Voranschlag bedürfe der Genehmigung des Landtags oder eines nachträglichen Ersuchens um Indemnität von Regierungsseite. Dies sei "keine untergeordnete Frage ... sondern eine außerordentlich wichtige ... die den Grund und den Nerv der Rechte dieses hohen Hauses berühre." Er schloß daher mit der Mahnung: Ein Parlament dürfe sich nie das Budgetrecht entwinden lassen, sonst höre es auf ein solches zu sein.

Stauffenberg lehnte aber eine Aufgabe des bayrischen Postregals [3] - wie sie von unitarischer Seite gefordert worden war - ebenso wie den Griff des Reichs auf die bayrischen Eisenbahnen, ab [4]. Letzterer ziehe schwere wirtschaftliche und finanzielle Schäden nach sich und er sei, wie Stauffenberg in München (4. Januar 1877) erklärte, ein "Sprung ins Dunkle". [5] Als guter Bayer, der er war, ohne dabei aufzuhören ein guter Deutscher zu sein, hat er sich mit keiner Preisgabe der Sonderrechte einverstanden erklärt. Mit dieser Auffassung befand er sich in Übereinstimmung mit den bayrischen Liberalen; denn vor 1918 besaß noch jede Partei in Bayern eine bayrische Grenze gegenüber dem Reich, "die ihre besondere Kontur hatte und deren Bereich sich nicht in allen Positionen deckte." [6] Erst der Weimarer Zentralismus verwischte auch hier alle besonderen Konturen.

1873 bis 1875 bekleidete Stauffenberg das Amt des I. Landtagspräsidenten [7]. Seine unparteiische Handhabung fand allgemeine Anerkennung [8]. In gemeinsamer Arbeit mit Prof. Edel und Jörg entwarf er die Geschäftsordnung von 1872, die jahrzehntelang gegolten hat [9]. Er vertrat sie am 23. Februar 1872

---

1) LT 5 (16.3.1886) 39
2) LT 5 (17.4.1881) 700 f.
3) LT 5 (4.2.1890) 337
4) An Hölder (18.6.1876) Nachlaß Hölder: cod.hist.fol.880 fasc.XVII Nr. 333
5) MNN Nr. 9 (9.1.1877)
6) Zimmermann 121
7) Vgl. Stauffenbergs Wahl und Antrittsrede LT 1 (5.9.1873) 1-3
8) So Dingler LT 1 (5.9.1873) 3 und Frhr.v.Ow LT 1 (29.9.1875)2 ebenso S. Günther FK (6. Juni 1901)
9) Wortlaut bei Chr.Luthardt:Almanach f.d.Bayr.Landtag (1881)Heft 1, S.24-40.

vor dem Plenum, wobei er freudig bekannte: "es gibt noch Gegenstände, über die eine Verständigung in diesem Hause möglich ist und ein ersprießliches Wirken zum besten des Landes." 1) Dieser Zug zu sachlicher und überparteilicher Arbeit war Stauffenberg besonders eigen: ihm "lag alles Polemische fern." 2) So trat er 1879 für überparteiliche Behandlung von Steuerreformen ein, da deren Popularität nur in allgemeiner Form sehr groß sei, aber in konkreter rasch abnehme. 3) Sein Zug zu sachlicher und überparteilicher Arbeit zeigte sich bei den verschiedensten Angelegenheiten. So bekämpfte er 1875 vergeblich einen Antrag, der die Punkte der Tagesordnung nach der Reihenfolge des Einlaufs festsetzen wollte. Hierbei bedauerte er sehr, wenn schon um bloße Formalien Streit entstände. Wir haben, so führte er aus, "genügend Punkte materieller Natur, über die wir uns bekämpfen, den Kampf schon um Formalien noch führen zu müssen, ist doppelt zu beklagen vom Standpunkt des Landes und von dem der Kammer; wenn ich lediglich vom Parteistandpunkt sprechen würde, würde ich den Antrag... mit größter Freude begrüßen." 4)

Stauffenberg setzte sich für die verschiedensten Angelegenheiten ein - etwa für landwirtschaftliche Belange oder für Fragen der Arbeiterfürsorge. Auch fanden das Bildungswesen, insbesondere die Volks- und Höheren Schulen und die Universitäten, aber ebenso die Volksbüchereien, in ihm einen warmen Förderer. Keine Frage war ihm zu geringfügig, als daß er nicht ihr seine Aufmerksamkeit geschenkt und ihr bei sachlicher Berechtigung seine Förderung hätte angedeihen lassen. So trat er - um hier einige Beispiele anzuführen - für die Aufbesserung der Diäten bei unteren Beamten auf Dienstreisen und für deren Angleichung an die Bezüge höherer ein (April 1868), befürwortete die finanzielle Unterstützung von Ausgrabungen (Februar 1884 und März 1892), empfahl eine nur schrittweise Besteuerung des Hausiergewerbes, um viele kleine Existenzen nicht zu zerstören (Januar 1879 und November 1897), oder beantragte die Abstellung unnötiger Tierquälerei beim Schlachtviehtransport (Mai und Juli 1870). Auch hierin bewies er seinen Weitblick, wenn er etwa 1882 5), entgegen einem bäuerlichen Abgeordneten, dem landwirtschaftlichen Wetterdienst eine große Zukunft voraussagte und seinen Aufbau kräftig unterstützte, oder wenn er 1892 6) betonte: die Rindertuberkulose "kann unter Um-

1) LT 2 (23.2.1872) 29
2) Schieder 136
3) LT 4 (5.12.1879) 280 f.
4) LT 1 (2.10.1875) 19 f.
5) LT 3 (3.4.1882) 131
6) LT 9 (18.3.1892) 76 f.

ständen eine viel größere Kalamität werden, als sie im gegenwärtigen Augenblick schon geworden ist", dann sollte er auch hiermit nur zu recht behalten.

Stauffenberg schöpfte gewandt alle parlamentarischen Möglichkeiten aus: durch Geschäftsordnungsfragen, Interpellationen, Anträge, Modifikationen, Wünsche und Aneignung von Petitionen. Dabei bewies er seltenes Geschick sowohl in der klaren Formulierung seiner Anträge als auch darin, im entscheidenden Augenblick den richtigen Antrag zu stellen, da es oft ja nur auf eine geringfügige Änderung, auf ein Wort ankommt. Durch die Erfahrungen mit dem Kaiserreich ist den Deutschen, nachdem noch die Diktatur das übrige tat, vielfach die Einsicht verloren gegangen, daß die Politik vor allem aus der parlamentarischen Kleinarbeit besteht und sich nicht nur in großen Gesten erschöpft. Nur wer sich dieser mühevollen Arbeit unterzieht, hat den Beruf zum wahren Politiker, oder um Max Webers Definition zu gebrauchen, Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Stauffenberg hat die verantwortungsvolle, politische Stellung in der Fülle ihrer Pflichten erkannt, indem er die Tragweite der großen Fragen gebührend bewertete, aber auch den kleinen Dingen ihren Eigenwert zuerkannte.

Zeitlebens war Stauffenberg vom Wert der kommunalen Selbstverwaltung überzeugt. Es darf bemerkt werden, daß Bayern ebenso wie Baden bereits vor 1870 das Ziel erreicht hatte, dem Preußen nachher erst zustrebte; es hatte nämlich schon sein Gemeindewesen neu geordnet, freilich noch keine besondere Verwaltungsrechtspflege organisiert. [1]

Stauffenberg setzte sich deshalb immer für die Verwirklichung des Selbstverwaltungsgedankens ein. So betonte er 1868: eine Reorganisation unseres gesamten Verwaltungswesens dürfe nicht bürokratisch, sondern müsse "im Sinne der Selbstverwaltung" geschehen. [2]

Und bereits 1869 erkannte er als deren wesentliche Voraussetzung: sie müsse nicht bei der Spitze, sondern von Grund auf beginnen [3] - wir würden heute sagen bei der Gemeinde selbst, oder allgemeiner ausgedrückt bei den grass roots. 1872 meinte er: die Staatskuratel biete bei Mißbrauch von Selbstverwaltungsbefugnissen keinen Schutz, vielmehr "verlernen die Leute dadurch nur selbständig zu denken und zu handeln." [4] Er befürwortete daher trotz man-

1) Heffter 564
2) LT 4 (15.4.1868) 2
3) LT 6 (17.4.1869) 231
4) LT 1 (19.1.1872) 263

cher unvermeidlicher Rückschläge, die naturgemäß bei jeder Einrichtung eintreten, ihre Weiterbildung, da Mißstände hier nicht "im Prinzip, sondern im mangelhaften Gebrauch der Befugnisse liegen." Stauffenberg protestierte deshalb im Reichstag 1882 energisch dagegen, daß ein ganz Unberufener, der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen v. Mayr, als leisen Hieb gegen Bayerns Ablehnung des Tabakmonopols im Bundesrat die bayrischen Gemeindefinanzen als besonders schlecht hingestellt hatte, "als wären wir besonders heruntergekommen und gewissermaßen die personae miserabiles des Reichs." [1] In der Ablehnung dieser Behauptung sind "unsere Regierung und unsere Volksvertretung sich einig." Stauffenberg war sich mehr als viele seiner Berliner Parteifreunde der grundlegenden Wichtigkeit bewußt, welche die kommunale Ermessensfreiheit, ihr Aufbauen von unten her, für ein Staatswesen besitzt, das liberal sein will. Daher macht er im Reichstag am 12. Mai 1882 [2] geltend: "Wir sind in Bayern durch eine langjährige Erfahrung belehrt worden, daß die Freiheit der Kommunen" und die Erweiterung ihrer Aufgaben etwas ist, "was in erster Linie angestrebt werden soll." Damit nahm er vorweg, was - nach totalitärer Verheerung nicht nur Deutschlands - der Schweizer Adolf Gasser, wenn auch etwas übertreibend, als Rettung Europas [3] mit Recht empfiehlt.

Franz von Stauffenberg hat öfters zum Kulturkampf Stellung genommen. Gleich manchen anderen klugen Zeitgenossen, wie Chlodwig Hohenlohe, Roggenbach und Gladstone, erkannte er nicht sofort die rein innerkirchliche Konsequenz des Unfehlbarkeitsdogmas und überschätzte seine politische Tragweite für die nicht-katholische Welt. Hat doch sogar Gladstone, dem jegliche Intoleranz fernstand, in einer Flugschrift die Meinung vertreten, durch die Vatikanischen Beschlüsse komme ein gläubiger englischer Katholik in einen schweren Konflikt mit der Staatsmacht. [4] Stauffenberg sieht daher im Vatikanum, wie er am 25. Januar 1872 im Landtag erklärt hat, "eine folgenschwere Änderung der Grundverfassung der Kirche, die den bayrischen Staat in wesentlichen Punkten berührt und auf das bürgerliche Leben direkt übergeht." [5] Und noch 1884 meint er: Die Unfehlbarkeitserklärung habe damals die religiöse Freiheit bedroht. [6]

---

1) RT 68:145
2) RT 68:145
3) Gemeindefreiheit als Rettung Europas (1943, 2. A. 1946)
4) Eyck: Gladstone (1938) 308
5) LT 1 (25.1.1872) 375
6) LT 2 (29.1.1884) 219 ff.

Die Entscheidungen des Vatikanums stießen bekanntlich in katholischen Kreisen auf besonders starken Widerstand - etwa bei Ketteler, Döllinger und Franz Brentano - der seine bezeichnendste Ausprägung im Altkatholizismus finden sollte. Auch Stauffenberg scheint von dieser altkatholischen Bewegung zeitweise ergriffen worden zu sein. Es möge in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß auch ein bekannter Zentrumsführer, nämlich der spätere bayrische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler Georg von Hertling, sich damals, wenn auch "nur für ganz kurze Zeit", der altkatholischen Richtung angeschlossen hat [1].

So sagt Stauffenberg am 4. April 1871 bei der bekannten Grundrechtsdebatte (vgl. S. [illegible]), im Reichstag: Er halte den gegenwärtigen Scheidungsprozeß in der katholischen Kirche für den Anfang einer Bewegung, welche eine "ebenso weltgeschichtliche sein kann, wie es die Revolution gewesen ist." [2] Mit diesem Hinweis auf die französische Revolution [3] hatte Stauffenberg wohl dasselbe im Sinne wie der liberale orléanistische, zu Napoleon III. in Opposition stehende Graf Montalembert: eine gewisse in dem Widerstand gegen die Infallibilität hervortretende Verwandtschaft mancher Grundideen der französischen Revolution vor ihrer Korrumpierung seit 1792 mit den Menschenrechten, die den christlich-humanen Traditionen als solchen im Grunde wesensverwandt sind; Montalembert stand auch in Beziehungen zum Münchner Görreskreis; sogar der 1939 verstorbene französische Kardinal Verdier vertrat hier [4] dieselbe Ansicht.

In welchem Grade sich Stauffenberg der altkatholischen Bewegung verbunden gefühlt hat, ist schwer zu entscheiden. Die Behauptung von August Reichensperger [5], er sei "Hauptprotektor der Altkatholiken" gewesen, darf in dieser generellen Form als zu weitgehend angesehen werden - wohl auch für den Beginn der siebziger Jahre, als Stauffenberg sogar aktiv im altkatholischen Sinne tätig war. So beteiligte er sich an dem ersten, vom 22. bis 24. September 1871 in München stattfindenden Altkatholikenkongreß, an dem er sich "warm für die altkatholische Gemeindebildung" einsetzte. [6] In seiner dort gehaltenen

1) W. Goetz in HZ 131 (1925) 479
2) RT 19:141
3) Bei Vigener: Ketteler (1924) 639 Anm. 3 wird irrtümlich zitiert "Reformation"
4) Friedr. Wilh. Foerster: Politische Ethik (4. Aufl. 1957) 122
5) Lud. v. Pastor: August Reichensperger 2 (1899) 48
6) Joh. Friedr. (v.) Schulte: Lebenserinnerungen 1 (1908) 256

Rede [1] machte er darauf aufmerksam, daß die Gegner der Infallibilität nur einen politischen Verein im Rechtssinn gründen könnten, und daß man diesen nur von unten nach oben aufbauen könne. Einen Antrag, eine dementsprechende Resolution abzugeben, zieht er aber zurück, da man eine dahingehende Absicht, wie er zugibt, nicht geäußert hat. Ferner wies er in einem weitereren Diskussionsbeitrag [2] auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei der Beibehaltung des bisherigen Religionsunterrichts ergeben müßten. Darauf ging man sachlich nicht ein; auch das Programm, das der Kongreß gefaßt hatte, sagte nichts über die Frage des Religionsunterrichts aus [3]. Am zweiten Altkatholikenkongreß zu Köln (20.- 22. September 1872) nahm er nicht teil, sandte ihm aber eine Glückwunschadresse. [4] Stauffenberg gehörte auch zu den 47 Unterzeichnern der berühmt gewordenen "Interpellation Herz" über die Stellung der bayrischen Regierung zum Unfehlbarkeitsdogma (7.10.1871) [5], mit deren Beantwortung Kultusminister Lutz bekanntlich seine amtliche Wirksamkeit begonnen hatte. Auch wandte sich Stauffenberg am 25. Januar 1872 gegen die Verfassungsbeschwerde des Augsburger Bischofs v. Dinkel im Fall des altkatholischen Pfarrers Renftle aus Mering [6], die bei Stimmengleichheit (76:76) verworfen wurde. In späteren Jahren verhielt er sich dem Altkatholizismus gegenüber nur noch passiv - worüber unten noch näher einzugehen ist. So forderte er 1884 die religiöse Freiheit für alle Gläubigen; sie müsse daher auch für die Altkatholiken gelten [7]. Und 1894 bedauerte er, daß Lutz zuletzt noch den Altkatholizismus zerstört habe [8].

Fest steht nun allerdings, daß Stauffenberg in keine altkatholische Gemeinde eingetreten [9] und daß er, wie der führende Kopf der Altkatholiken Joh. Friedrich v. Schulte grollend betont [10], "römisch beerdigt worden ist." v. Schulte wirft ihm ferner vor, er habe "nicht konsequent seiner Überzeugung gemäß gehandelt" und obwohl er sich "aus vollster Überzeugung"

---

1) Stenograph. Bericht über die Verhandlungen des Katholischen-Congreßes abgehalten vom 22. bis 24. September 1871 in München. Th. Ackermann (1871) 86 f.

2) ebenda 123

3) ebenda 221-223

4) DL 2:61

5) LT 1 (7.10.1871) 14 f.

6) LT 1 (25.1.1872) 366 ff. u. 421

7) LT 2 (29.1.1884) 219 ff.

8) LT 3 (2.3.1894) 41 ff.

9) v. Schulte a.a.O. 1:296 u. persönl. Mitteil. v. Freifrau v. Habermann

10) v. Schulte a.a.O. 1:256

der altkatholischen Bewegung angeschlossen, sich auf dem Altkatholikenkongreß in München "warm" für die altkatholische Gemeindebildung eingesetzt habe, sei er schließlich doch "passiv geblieben" und sei nicht aus der römisch-katholischen Kirche ausgetreten. Wir dürfen v. Schulte zustimmen, daß Stauffenberg wohl zu Anfang der siebziger Jahre mit "vollster Überzeugung" an der altkatholischen Bewegung Anteil genommen hatte. Warum er aber dann später - von v. Schulte verständlicherweise als inkonsequent angesehen - doch nicht mit der römisch-katholischen Kirche gebrochen hat, können wir an Hand der Quellen nicht mit letzter Klarheit entscheiden. Man darf annehmen, daß Stauffenberg eine eigene Kirchenbildung, wohin der Altkatholizismus führte, abgelehnt und an der Einheit der römischen-katholischen Kirche - wenn gleich er sie ähnlich Lord Acton vermutlich mit mehr freiheitlichem Geist erfüllt sehen wollte - festgehalten hatte. Er scheint in dieser Frage des Unfehlbarkeitsdogmas auf dem nämlichen Standpunkt gestanden zu haben, den die liberale Minderheit auf dem Vatikanum, verkörpert durch Lord Acton, den amerikanischen Bischof Mc Quaid und den bosnischen Bischof Stroßmayer, vertreten hat [1].

Stauffenberg ist nie ein eigentlicher Kulturkämpfer gewesen: alle kulturkämpferischen Scharfmachereien hat er stets zurückgewiesen [2]. Dagegen unterstützte er schon 1868 einen Antrag auf Einführung der Zivilehe [3], der aber vom Landtag abgelehnt wurde. Auch weitgehenden Forderungen des Zentrums in der bekannten Grundrechtsdebatte (März/April 1871), in der zum ersten Mal präsumtive Kulturkampfstimmung aufgetaucht war, trat er mit einer ruhigen, aber unerbittlichen Sachlichkeit entgegen, wobei er den Widerspruch des Zentrumsantrags mit dem bayrischen Staatskirchenrecht aufwies (vgl. S. 70). Als Lasker im Preußischen Landtag (28.2.1877) seine Bereitwilligkeit versicherte, aus den Maigesetzen diejenigen Bestimmungen auf dem Wege einer Korrektur zu entfernen, die ins innere Gebiet des Gewissens und der Religion eingreifen, erklärten Forckenbeck und Stauffenberg auf einer Abendgesellschaft beim Kronprinzen Lasker "ihr volles Einverständnis mit jener Rede" [4].

---

1) Vgl. F. Engel-Janosi in Mitt. d. österr. Staatsarch. 8 (1955) 223-235
2) So S. Günther in FK (6.6.1901) /Abendausgabe/
3) LT 3 (29.2.1868) 136
4) Erich Foerster: Adalbert Falk (1927) 382

Es ist aber anzunehmen, daß Stauffenberg die Polizeimethoden im Gefolge des Kulturkampfes, ähnlich Gustav Freytag, der sie eine "Schande" genannt hatte [1], ablehnte. In dieser Richtung dürften seine Bemerkungen aus späteren Jahren zu verstehen sein, wenn er es 1884 für erfreulich hielt, daß in Kirchen- und Schulangelegenheiten ein "gewisser Zustand des Waffenstillstandes und der Neutralität" eingetreten ist [2]. In derselben Rede trat er auch für die religiöse Freiheit ein, die ihm damals durch die päpstliche Unfehlbarkeitserklärung bedroht erschienen war. Diese sei, wie er ausführte, nur in der praktischen Anwendung umstritten - sie müsse aber für alle gelten, auch für die Altkatholiken. Eine Verständigung hielt er aber nur für möglich, wenn beide Seiten von extremen Forderungen zurücktreten. Noch im März 1894 bedauerte er, daß Lutz, dessen Politik an ihm eine starke Stütze fand [3], von seiner ursprünglichen Linie abgekommen sei durch sein System des do ut des gegenüber der klerikalen Landtagsmehrheit [4]. Ähnlich tadelte zur gleichen Zeit sein Parteifreund Sigmund Günther [5] verschiedene Mißgriffe des Kultusministers und die zu große Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber klerikalen Ansprüchen. Demnach sind also Stauffenberg Klerikalismus wie Antiklerikalismus gleich zuwider gewesen.

Schon 1875 bezeichnete er es daher als Voraussetzung für das Ende des Kulturkampfes, "wenn die Achtung vor dem Gesetz, vor dem Recht und vor der Autorität, ohne welche die wahre Freiheit nicht bestehen kann, neu erwacht", sowohl im Volk als auch bei den Regierenden und "wenn Politik und Religion einmal getrennte Gebiete geworden sind" [6]. Noch am 3. Februar 1894 trat er für die Ideallösung einer Trennung von Kirche und Staat ein [7], die er 1871 in einem Brief an Marquardsen [8] einen "schönen Gedanken" genannt und die er schon am 16. Februar 1869 im Landtag befürwortet hatte [9]. Es war ihm aber 1869 die Schwierigkeit einer vermögensrechtlichen Trennung schon klar. Ebenso hielt er es für unerläßlich, daß auch der Staat sich in innerkirchliche Verhältnisse nicht einmischen dürfe - wobei er sogar die Niederlassung von

---

1) DL 2:108 (27.7.1874)
2) LT 2 (29.1.1884) 219 ff.
3) So Doeberl 3:548 (die einzige Stelle, an der Stauffenberg namentlich genannt wird!)
4) LT 3 (2.3.1894) 41 ff.
5) In einem Brief an Sepp (19.3.1894) Nachlaß Sepp:Seppiana Nr. 65
6) LT 1 (13.10.1875) 48
7) LT 3 (2.3.1894) 41-50
8) DL 2:29 (13.10.1871)
9) LT 5 (16.2.1869) 279-284.282

Jesuiten freizügig geregelt wissen wollte! In dieser Rede von 1869 stimmte er dem von ihm als "hervorragenden englischen Katholiken" bezeichneten Lord Acton bei, der im Hinblick auf die damals begonnene Konfiskation des Vermögens der irischen Staatskirche durch die Regierung Gladstone betont hatte: dieser Vorgang wäre "geeignet, auf die Vermögensverhältnisse der katholischen Kirche des Kontinents einen Rückschlag zu äußern." Und noch am 3. Februar 1894 billigte er Cavours Ausspruch von der freien Kirche im freien Staat [1]. In dieser Rede von 1894 erkannte er auch, daß der Kulturkampf sogar dem siegreichen Zentrum großen Substanzverlust brachte und nicht nur dem Liberalismus, der in ihm seine Grundsätze verleugnet hatte. Stauffenberg sagte nämlich: Das Zentrum habe hier einen Sieg nur durch seine parlamentarische Stärke errungen, jedoch müsse er bezweifeln, ob dieser äußere Erfolg auch ein "innerer" war. Denn das Zentrum, so dürfen wir hinzufügen, hatte, als es 1879 mit Bismarck seinen Frieden schloß, es allmählich aufgegeben, dem preußischen und deutschen Obrigkeitsstaat Widerstand zu leisten, was besonders bei den Heeresvermehrungen klar zu Tage trat.

Dieser Auffassung hat die Folgezeit im ganzen recht gegeben. Die sogenannte Trennung von Kirche und Staat kann freilich nie nach einem mechanischen Schema vollzogen werden; sie ist überaus problematisch. Wo von jeher kulturelle Durchdringung beider im geschichtlichen Aufbau des menschlichen Zusammenlebens waltet, läßt sich, um ein Beispiel anzuführen, nach der Säkularisation von 1803 in Deutschland eine gewisse Verpflichtung des Staats zur Erhaltung der kirchlichen Einrichtungen nicht bestreiten. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo das Verhältnis beider Mächte zueinander einfacher, weil neu zu gestaltender Art war, gibt es keine nur vereinsrechtliche Stellung der religiösen Gemeinschaften. Das Grundsteuerrecht ist für diese oft anders, der Bund stellt Heeresgeistliche an, und es gibt eine Sonntagsheiligung. Es verträgt eben kein menschliches Institutum, auch nicht die Trennung von Kirche und Staat, nach dem Ausspruch Wilhelm Roschers seine äußersten Konsequenzen. Gregor XVI. konnte daher sagen: "In keinem Teil der Welt bin ich so sehr Papst wie in den Vereinigten Staaten." Ebenso erhob die Kurie im Kanton Genf (1907) keinen Widerspruch, als man die Gebiete des kirchlichen und des staatlichen Lebens gegeneinander abgrenzte; der Syllabusartikel 55 von 1864 gilt heute nicht unbedingt; denn "unter Umständen", sagt das approbierte Lehrbuch

1) LT 3 (2.3.1894) 41.44

der katholischen Dogmatik von Bernhard Häring, "Gesetz Christi" [1], ist Trennung "ein geringeres Übel als ständiger Streit."

Die Apologie des Bismarckschen Kulturkampfes seitens Heinrich Bornkamms [2] hat keineswegs bewiesen, daß er ihn geführt habe, um den inneren und den äußeren Frieden für sein Reich zu erhalten. Ebensowenig läßt er, wie Georg Franz meint [3], sich damit entschuldigen, daß ihm die Grundanschauungen des Zentrums nicht genehm waren; denn daß sie das Zentrum um 1880, als sie Bismarck wieder genehm waren, geändert hätte, behauptet auch Georg Franz nicht. Der Liberalismus verleugnete damals seine wichtigsten Grundsätze; das erkannten damals nur wenige, die ihm angehörten, z.B. Roggenbach [4], Heinrich Geffcken [5], Lujo Brentano [6] und die "Frankfurter Zeitung".

Am Schulwesen hatte Stauffenberg mehr Interesse als die meisten Parlamentarier vor 1900. Schon am 17. Februar 1869 verfocht er das Prinzip des unentgeltlichen Elementarunterrichts, da das Schulgeld stärker die ärmeren als die reicheren Schichten belaste [7]; in der Überfüllung der Höheren Schulen erblickte er dagegen - unsere Gegenwartslage hier bereits vorausahnend - eine "bedenkliche Entwicklung." [8] Der von ihm einen Tag später gestellte Antrag (18.2.1869), die geringe Verfassungs- und Gesetzeskenntnis durch stärkere Behandlung dieser Materie im Schulunterricht zu beseitigen, als wesentliche Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts, wird aber abgelehnt. [9] Stauffenberg war also schon früh vom Wert staatsbürgerlicher Erziehung überzeugt, fand aber hierin bei seinen Zeitgenossen, zum Verhängnis der ganzen folgenden Entwicklung, kein Verständnis. [10]

---

1) (1954) 992
2) HZ 173 (1950) 300
3) Kulturkampf (1954) 208
4) Ring 123.144.174.421
5) Kirche und Staat (1875) 672
6) Mein Leben (1931) 68.70
7) LT 5 (17.2.1869) 306
8) LT 8 (4.2.1892) 272
9) LT 5 (18.2.1869) 337
10) Vgl. Franz Schnabel: Deutsche Geschichte 2 (2.A.1949) 360 ff.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang Stauffenbergs Einsicht selbst bei pädagogischen Spezialfragen. So wenn er am 4. Februar 1892[1] freie Aufsätze in unteren Schulklassen für unangebracht hielt, da sie "nur angelernte Worte, Gefühle und Ansichten" enthalten können. Stattdessen empfahl er mehr beschreibende Themen, damit dem von der Universität so beklagten "Mangel an Beobachtungsgabe" entgegen gewirkt werde.

Stauffenberg war am 16. Februar 1869[2] grundsätzlich für die Gemeinschaftsschule eingetreten, die nach seiner Ansicht den Kampf zwischen Kirche und Bürokratie beenden könnte. 1892 sprach er diese Auffassung nochmals aus: es sei ihm nicht faßlich, wie "das friedliche Zusammenleben der Konfessionen dadurch gefördert werden soll, daß sie von frühester Jugend an immer weiter und weiter auseinanderrücken und schließlich wie zwei verschiedene corpora im Reiche leben."[3] Jedoch waren ihm auch die erheblichen Schwierigkeiten schon klar[4], die sich in der praktischen Betätigung des christlichen, allgemein anerkannten Prinzips dabei ergeben. Und wenn sich später ein so bedeutender liberaler Pädagoge wie Kerschensteiner gegenüber solchen Befürchtungen, wie sie Stauffenberg noch hatte hegen können, dahin aussprach[5], daß z.B. die zahlreichen konfessionellen Sonderschulen in England nicht national schädlich wirken, werden wir heute der elterlichen E ntscheidung hier unbedingt den Vorrang geben.

Wichtig und von unverminderter Aktualität ist Stauffenbergs Landtagsrede über das Höhere Schulwesen vom 3. Februar 1888[6], deren wesentliche Gedanken er in jener vom 4. Februar 1892[7] wieder aufgegriffen hat. Wie so viele urteilsberufene Fachleute und Außenstehende hebt er manche Vorzüge hervor, die die englischen Public Schools vor den deutschen Höheren Schulen auszeichnen. Abgesehen von einer anerkennenden Bemerkung Goethes zu Eckermann (12.3.1828), hatte dies der preußische Gymnasialprofessor Ludwig Wiese in seinen "Deutschen Briefen über englische Erziehung" (1852) mit einer von Stauffenberg vielfach bestätigten Begründung getan. Stauffen-

---

1) LT 8 (4.2.1892) 272
2) LT 5 (16.2.1869) 280 f.
3) LT 8 (28.1.1892) 213
4) LT 3 (2.3.1894) 42 f; ähnlich LT 4 (7.11.1889) 187
5) Zeitschrift für die Geschichte der Erziehung 20 (1930) 32 f.
6) LT 2 (3.2.1888) 220-228
7) LT 8 (4.2.1892) 270-274

berg sagt: dort wird die Jugend in den alten Sprachen so unterrichtet, "daß Sie, wie schon ein flüchtiger Blick in die Parlamentsverhandlungen nachweist, sehen können, daß die Bekanntschaft mit dem Altertum, mit der lateinischen und griechischen Sprache, dort unter den gebildeten Klassen viel weiter verbreitet ist als bei uns." Er mag wohl an den Homerkenner Gladstone gedacht haben, der im Unterhaus 1883 Lukrez lateinisch zitierte und verstanden wurde. Gleichzeitig lernte dort, wie hinzugefügt sei, in Ascott Churchill mit Dreizehnjährigen Livius, und sogar, wenn auch ohne die schwierigen chorischen Partien, Sophokles und Aristophanes vom Blatt übersetzen [1].

Daß Stauffenberg mit seiner Bewertung des englischen Höheren Schulwesens nicht zu hoch gegriffen hat, beweist auch das Erstaunen eines deutschen Gymnasialabiturienten [2], der 1924 als Oxfordstudent Zwanzigjährige sich dort auf einer Gartenbank in Homer, Sophokles, Horaz oder Ovid wie in einen spannenden zeitgenössischen Roman vertiefen sah, während er nicht imstande war, einen lateinischen oder griechischen Text ohne Wörterbuch zu lesen. Man erreicht dies drüben, so betont Wiese [3], durch Beschränkung auf Weniges, Einfaches, Positives; "die Schüler lernen bei weitem nicht so viel als die unsrigen, aber eins besser, das Lernen." Unsere Jugend aber geht durch die Überlast verschiedenartiger Stoffmassen "der Zusammenhang der Vorstellungen" verloren, mehr aber noch die Fähigkeit aufzumerken, weil zu viel in sie hineingeredet wird, und damit der Kopf verwirrt wird. Die freie Selbsttätigkeit in den Oberklassen, die es in Schulpforta früher gegeben hatte, ist in den public schools noch üblich. Man hält dort vom Unterricht "alles fern, was die geistige Kraft des Knaben überbürden, überreizen oder zerstreuen könnte."

Dieses Grundübel der "Narrenspossen der allgemeinen Bildung", wie Goethe es nannte, haben nach Wiese und Theodor Waitz (Zur Vereinfachung des Gymnasialunterrichts 1857) gleichzeitig mit Stauffenberg auch seine engeren Parteifreunde Bamberger (1879) und Karl Hillebrand (Halbbildung und Gymnasialreform 1879) beklagt; Roggenbach stellte 1882 fest, daß die Gesamtleistung der Gymnasien stetig zurückgehe [4]. Auch politisch anders ge-

---

1) Harry Kessler: Neue Rundschau 46 (1935) 192
2) Wolfgang Gans Edler von Putlitz: Unterwegs nach Deutschland (1954) 47
3) 57.61-63
4) Arnold Sachse: Althoff (1928) 44

richtete Personen urteilen ebenso: Treitschke (1883), Paul de Lagarde und Nietzsche (vom Lande der Bildung im Zarathustra 1883). In den neunziger Jahren warf der damalige führende Altphilologe Deutschlands, v. Wilamowitz, dem 1891 reformierten preußischen Schulwesen vor: man verlangt von den Schülern zu viel, damit sie ungestraft zu wenig leisten können [1], und bescheinigt geradezu sein Fiasko 1907: Griechisch lernt man auf preußischen Schulen nicht [2]. Ebenso lautete das Schlußurteil eines heute sehr bedeutenden Altertumsforschers, nämlich von Heinrich Weinstock [3]: die immer stärker ins Kraut geschossenen Narrenspossen eines allgemeinen Bildungsdünkels haben den Spiegel der höheren Bildung so tief gesenkt, "daß nur noch ein kümmerlicher Tümpel übrig bleibt." So hat der ganze Riesenbau des deutschen öffentlichen Bildungswesens - mit dem der des englischen nie zu vergleichen war [4] - keinen geistig-moralischen Schutz gegen totalitären Irrwahn geboten. Im Gegenteil, er hat eher die Menschen, gerade auch die sogenannten Bildungsschichten, noch anfälliger gemacht. Das erkennt 1946 Max Picard [5]: "In England, wo die innere und äußere Kontinuität noch am meisten von allen europäischen Ländern vorhanden ist, ist auch die antike Bildung etwas Selbstverständliches bei den Gebildeten. Es ist noch keine zwanzig Jahre her, daß ein englischer Minister vor einer Gelehrtenversammlung eine griechische Rede hielt und daß ein anderer englischer Minister lateinische Gedichte machte. In der Welt der Kontinuität ist die antikchristliche Bildung kein historisches oder philosophisches Material, kein Anhängsel an eine andere Welt, sondern es ist das Licht, das die Kontinuität von der Antike bis heute in einer Einheit aufleuchten läßt."

Wie seine Zeitgenossen Nietzsche und Lagarde und das heutige geschichtliche Urteil z.B. Julius Stenzels [6] und Franz Schnabels [7] bestätigend, sah Stauffenberg, daß man unter solchen Bedingungen dem humanistischen Bildungsideal nicht diene, das so bei vielen nur "eine Bildungsheuchelei"

---

1) Reden und Vorträge 1 (4.A.1925) 25 ex 1891
2) Griech. Tragödien 2 (5.A.1907) 4
3) Erziehung 4 (1928) 266
4) Hans Zbinden: Welt im Zwielicht (1951) 41
5) Hitler in uns selbst (3.A.1948) 160
6) Logos 10 (1923) 263
7) Deutsche Geschichte a.a.O. 2:361

bleibe; er sah hier auch schon die "Quellen des geistigen Proletariats", der verpfuschten Halb- und Ungebildeten, die ihre beste Zeit auf dem Gymnasium zum Schaden desselben und zu ihrem eigenen verbraucht haben und nachher ihren Mitmenschen das Leben schwer machen.

Nur wenige - z.B. der Nationalökonom Joseph Conrad (Das Universitätsstudium in Deutschland 1884) - haben damals mit Stauffenberg bemerkt, daß diese Massen viertels- und achtelsgebildeter Mappen- und Büroproletarier, die zur höheren Bildung nur um des "Vehikels des Fortkommens" (Jakob Burckhardt), um des Berechtigungsscheins willen, gedrängt wurden, das "gefährliche Dynamit für jede Gesellschaft" (Röpke) bilden und nachher ein "nationales Unglück" [1] eine "Lebensgefahr" für die Nation [2] darstellen. Denn der Durchschnittsmensch kommt über dieses Mißverhältnis zwischen Ausbildung und Lebensstellung dann [3] nicht hinweg. Heute, sagt der Schweizer Hans Zbinden [4], wird niemand den erheblichen Anteil solcher Menschen am Sieg totalitärer Diktaturen bestreiten. Aber selbst nach dem zweiten Weltkrieg fällt eine Konfrontierung des englischen, diese nationale Gefahr stets vermeidenden Höheren Schulwesens mit dem deutschen in einer großen politischen Zeitung [5] noch genau so aus wie die von Wiese und von Stauffenberg.

Aber, wie es nach 1866 kaum anders sein konnte, es war die militärische Seite des deutschen Staatslebens, die - notgedrungen für Stauffenberg - nunmehr den Vorrang vor allem anderen haben mußte. Im Dezember 1867 wurde er zum Referenten für den neuen Wehrgesetzentwurf bestimmt, welcher die parlamentarische Behandlung der Heeresreform unter Kriegsminister v. Pranckh einleitete. Dieser Entwurf des Kriegsministeriums enthielt Teile des Privatentwurfs der Abgeordneten Marquard Barth und Melchior Stenglein; er soll nach einer Besprechung im Kreise der Mitglieder der Fortschrittspartei und der liberalen Mittelpartei, die dem Militärausschuß angehörten, Hohenlohe

---

1) Wilh. Hartnacke: Naturgrenzen (1930) 125
2) Hellpach: Universitas litterarum (1948) 146
3) Albert Huth: Handbuch psychol. Eignungsuntersuchungen (1953) 57
4) Welt im Zwielicht a.a.O. 56
5) Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.2.1955

zugespielt worden sein [1]. Die wesentlichste Neuerung des Regierungsentwurfs bestand darin, daß ein einheitlicher Aufbau des bayrischen Heeres nach preußischem Muster vorgesehen war, wobei aber bayrische Eigentümlichkeiten - wie die Einteilung in aktive Armee, Kriegsreserve, Legion, Landwehr und Landsturm - beibehalten wurden [2]. Ebenso brachte er anstelle der bisherigen Ersatzmannstellung die allgemeine Wehrpflicht. Jedoch war das im Entwurf Barth-Steinlein vorgesehene Kontingentgesetz, d.h. die Bestimmung der Armeestärke durch den Landtag in jeder Legislaturperiode, entfernt worden. Ohne dieses Kontingentgesetz, das der Militärausschuß am 5. Dezember 1867 wieder in den Entwurf brachte, ist dann die Vorlage am 12. Dezember dem Landtagsplenum von der Regierung vorgelegt worden. In den Plenarverhandlungen gelang es Stauffenberg die Ausschußfassung und damit das Kontingentgesetz wieder herzustellen. In seinem, am gleichen Tag gehaltenen Referat begrüßte er die im Regierungsentwurf vorgesehene Nachbildung des preußischen Systems, jedoch müsse dieses, wie er am 12. Dezember ausführte [3], nicht "notwendig mit allen Härten" übernommen werden. Ferner begrüßte er auch die Abschaffung der Ersatzmannstellung, die mit dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht nicht vereinbar" sei und die eine "Ungerechtigkeit" darstelle, da sie " nur den Wohlhabenden eine Wohltat erweise. " Dieses öfters hervortretende soziale Mitgefühl [4] ist ein kennzeichnender Zug des "bayrischen Volksmanns" Stauffenberg, der es nie verschmähte, sich - trotz seiner vornehmen Herkunft und seiner günstigen Vermögenslage - für die Besserung des Loses der einfachen Leute, ganz besonders der Arbeiter, einzusetzen. "Er besaß daher auch nicht die Spur junkerlicher Vorurteile und jenes bornierten Hochmuts", so schrieb bei seinem Tod Theodor Barth, "der nur zu oft den Mangel feinerer intellektueller Kultur verbergen muß." [5]

In der Debatte wandten sich gegen eine Einführung des preußischen Militärsystems die Abgeordneten Ruland und Jörg[6]; sie sahen in ihr eine drohende Umwandlung Bayerns in einen preußischen Militärstaat. Die liberalen Redner unterstützten dagegen die Regierungsvorlage. Am 17. Dezember nahm der Landtag den Gesamtentwurf mit 127 zu 15 Stimmen an [7]. Es gelang aber Stauffenberg am 16. und 24. Januar 1868 durch sein Eingreifen, eine Annahme der reichsrätlichen Modi-

1) So Schieder 169 (konnte Nachlaß Stauffenberg Nr.82 u.83 noch benützen)
2) Max Leyh:Die bayr.Heeresreform unter Lud.II.(Diss.1922) 52 ff.
3) LT 2(12.12.1867)286 ff.; vgl. hierzu M.Barth DL 1:366 f.(23.1.1867)
4) Günther 222
5) Barth 45
6) LT 2 (12.12.1867) 288 ff. u. 294-298
7) LT 2 (17.12.1867) 398

fikationen zu ermöglichen, wodurch er ein endgültiges Scheitern der Heeresreform verhinderte. Erst am 28. Januar 1868 erfolgte dann der zustimmende Beschluß beider Kammern.[1]

Diese Reformen, an denen Stauffenberg maßgeblich beteiligt war, erhöhten die Schlagkraft der bayrischen Armee, was sich beim deutsch-französischen Krieg von 1870/71 deutlich zeigen sollte. Stauffenberg konnte daher in seiner Münchner Wahlrede vom 14. Februar 1871 [2] mit Recht hervorheben: ohne unsere neue Militärorganisation "wäre es nicht möglich gewesen, die bayrische Heereskraft so beispiellos schnell zusammenzuziehen"; Süddeutschland wäre ohne jene Heeresreformen Kriegsschauplatz geworden. Die Siege in Frankreich, "die uns alle mit Begeisterung erfüllen", sind nur durch die allgemeine Wehrpflicht erfochten worden.

In dieser Rede vom 12. Dezember 1867 tauchte zum ersten Mal jener Gedanke auf, dem Stauffenberg immer großen Wert beimaß, nämlich der Wehrerziehung der Jugend durch Förderung des Wehrturnunterrichts. Sein Ziel war dabei nicht, wie ihm von patriotischer Seite vorgeworfen wurde, die Umwandlung Bayerns in einen Militärstaat, sondern er wollte durch eine, auf der Schule beginnende Wehrertüchtigung durch den Wehrturnunterricht erreichen, daß "die Präsenzzeit gesenkt und das stehende Heer und die Kasernenausbildung ganz wegfallen würden." Nur wenn wir "derartige, den Einzelnen treffende Lasten auf uns nehmen", so betonte er am 17. Dezember 1867 [3], können wir über das System der stehenden Heere hinaus- und zum Milizsystem kommen. Nach seiner Ansicht sollte auch "die Ausbildung des einzelnen Mannes so weit als möglich an seinem Heimatorte und nicht in der Kaserne" erfolgen. Er hielt die Durchführung dieser Grundsätze für unbedingt notwendig, "da der Staat auf die Länge nicht bestehen kann, ohne an seinen Militärausgaben auf das stehende Heer zugrunde zu gehen." [4] Stauffenberg sah zwar ein, daß sich dies nicht sofort ändern lasse, aber er meinte doch, daß etwas getan werden müsse, "damit die Sache in Zukunft nicht lediglich den Zufällen überlassen wird." Sein diesbezüglicher Antrag, den Wehrturnunterricht einzuführen, wird aber abgelehnt. April 1868 setzte er sich nochmals vergeblich dafür ein [5].

1) LT 2 (16.24. und 28.1.1868) 525-538.569
2) MNN Nr. 52 (21.1.1871)
3) LT 2 (17.12.1867) 399-403
4) LT 2 (17.12.1867) 403
5) LT 3 (2.4.1868) 462

Solche Einsicht in die möglichen Wege, den schon damals bedrohlich steigenden Rüstungslasten der Kulturvölker irgendwie Einhalt zu tun, wurde in deutschen Parlamenten, abgesehn von der Paulskirche, vor Stauffenberg nur durch den sächsischen Abgeordneten Ferdinand Goetz - dem Vater des Historikers Walter G. - im Norddeutschen Reichstag am 7. Oktober 1867 ausgesprochen. [1] Regierungsseitig kam nach der Ablehnung von Stauffenbergs Antrag der bayrische Ministerpräsident Chlodwig Hohenlohe am 10. Januar 1868 in der Reichsrätekammer auf die Frage eines Rüstungsstillstands in durchaus positivem Sinn zurück: er nannte den Zustand des damaligen Wettrüstens "trostlos" [2]. Im sächsischen Landtag fiel die Aufnahme eines ähnlichen Antrags seitens des Ministers v. Friesen (Nov. 1869) weniger entgegenkommend aus, und im preußischen Abgeordnetenhaus wurde ein entsprechender Antrag Virchows mit 215 zu 99 Stimmen abgelehnt - ohne eine Stellungnahme Bismarcks. Es mag erwähnt werden, daß entgegen der Angabe des Fremdwörterbuchs von Basler und Schulz 2 (1942) 112, wonach das Wort "Militarismus" erst 1870 im Gebrauch gewesen sei, Stauffenberg es schon am 19.12.1868 im Bayrischen Landtag als bekannt voraussetzte [3].

Stauffenberg, der wie erwähnt bereits 1867 und 1868 eine Senkung der Präsenzzeit befürwortet hatte (vgl. S. 27), hielt auch im "Neuen Reich" eine solche Maßnahme für notwendig, damit, wie er am 14. Februar 1871 in München forderte [4], jene Erleichterungen durchgeführt werden, "die mit den Anforderungen einer gesunden Volkswirtschaft unzertrennlich sind." Eine dreijährige Präsenzzeit sei viel zu lang, so fuhr er in dieser Rede fort, vielmehr solle die bayrische von nur zwei bzw. eineinhalb Jahren auch im Reich beibehalten werden, da das norddeutsche Gesetz nur zum Dienst bei der Fahne verpflichte, während es dem bayrischen Staat überlassen bleibe, die Präsenzdauer festzulegen. "Die Verfassung des deutschen Reichs enthält eine Bestimmung, wonach der Friedenspräsenzstand durch ein besonderes Bundesgesetz vom 1. Jänner 1872 an festgesetzt werden soll. Bis jetzt ist derselbe auf 1 % der Bevölkerung festgestellt. Die Aufgabe des Abgeordneten wird nun sein, daß, wenn wir friedlichen Zuständen entgegengehen, die

---

1) Wehberg 37 ff.
2) RK 3 (1866/68) 424 f.; vgl. Denkw. 1:293 ff.
3) LT 3 (19.12.1868) 59; vgl. LT 6 (23.4.1869) 327
4) MNN Nr. 52 (21.2.1871)

Herabsetzung nach und nach erfolge, und vor allem wird dahin zu wirken sein, daß dieses Gesetz über die Friedenspräsenzstärke jedesmal nur auf eine sehr beschränkte Anzahl von Jahren gemacht werde, damit hierin die Gesetzgebung die nötige Beweglichkeit habe." Jedoch dürfe man die Senkung der Präsenzzeit, so fügte er hinzu, nicht mit einem Schlage erreichen wollen, vielmehr arbeite man dadurch "nur der Reaktion in die Hand." Ebenso trat er nochmals 1884 [1] und 1890 [2] für die Verringerung der Präsenzzeit von drei Jahren durch Einführung der zweijährigen Dienstpflicht ein, wie sie dann die Kanzlerschaft Caprivis im Reich bringen sollte.

Bei der Beratung des Militärstrafgesetzbuches im Landtag (März 1869) befürwortete Stauffenberg in seiner Rede vom 23. April 1869 [3] eine Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit: Wenn die gesonderte Militärgerichtsbarkeit in den früheren Zeiten der gesonderten Heere eine Notwendigkeit war, so hört sie in dem Augenblick auf, eine Notwendigkeit zu sein, in welcher das Heer das Volk in Waffen ist." In dieser Rede wies er besonders auf die Gefahr hin, daß Militärgerichte bei Straftaten einer Militärperson an einem Zivilisten weit niedrigere Strafen aussprechen, als es entsprechende Zivilgerichte täten. Er wandte sich dabei gegen den Abgeordneten der Patriotenpartei, Ruland, der diesbezügliche Hinweise Völks als "Hirngespinste" bezeichnet hatte, und hielt ihm vor, daß ja besonders in der nichtfortschrittlichen Presse "über die Gefahren des preußischen Militarismus gerade in dieser Beziehung die kräftigsten und stärksten Dinge gesagt worden sind." Er bekannte sich dabei zu dem Ausspruche Robert v. Mohls, der die Militärgerichtsbarkeit einen "Unfug" genannt hatte. Stellvertretend für viele Beispiele sei hier an den Fall Zabern erinnert. [4] Mit 126 zu 8 Stimmen wird der ganze Gesetzentwurf über die Militärgerichtsbarkeit schließlich angenommen - Stauffenberg blieb bei seinem Nein. Sein Antrag, die Strafbestimmungen des Militärstrafgesetzbuches nur auf präsente Militärpersonen und nicht auch auf die Reservisten und Landwehrleute anzuwenden, wird abgelehnt [5]. In einer ähnlichen Materie wandte er sich 1875 im Reichstag gegen eine ungebührliche Überspannung des Jagdstrafrechts gegen Wilderer [6].

---

1) In Hersbruck am 19.10.1884 FK (20.10.1884)
2) In Fürth 14.2.1890 FK (15.2.1890) u. in Hersbruck 16.2.1890 FK (17.2.1890)
3) LT 6 (23.4.1869) 327 f.
4) Vgl. Eyck: Wilh. II. 666 ff.
5) LT 6 (23.4.1869) 341 f. u. 344 f.
6) RT 38:651 (14.12.1875)

Noch in späteren Jahren beschäftigten sich seine Gedanken mit diesen Gefahren. So sagte er 1887, als er auf verschiedene Mißbräuche bei der Militärgerichtsbarkeit hinwies, daß es die Voraussetzung der Disziplin sei, "daß der Soldat die feste Überzeugung habe, daß er vollständig gerecht behandelt werde." [1] Und am 4. November 1891 [2] sprach er sich - der schon 1868 vor dem "Paradegeist des unnötigen Militarismus" in der Landwehr gewarnt hatte [3] - für die Grundsätze der Öffentlichkeit und Mündlichkeit, der richterlichen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit und der Gerechtigkeit ohne Ansehn der Person im Militärstrafverfahren aus. Er sah eine große Gefahr darin, wenn die Neuordnung der Reichsmilitärgerichtsbarkeit nach preußischem Muster geschehe, dem das öffentliche und mündliche Verfahren und das Berufsrichtertum abgingen, im Gegensatz zur Militärstrafrechtspflege Bayerns und Württembergs. Stauffenberg verlangte, daß in dieser Angelegenheit der Landtag fest zusammenstehen müsse; bereits im März 1891 war er auf diese Frage im Reichstag ausführlich eingegangen (vgl. S. 146). Ohne Zweifel hat er dadurch mit dazu beigetragen, daß später die Reichsmilitärgerichtsordnung durch Reichsgesetz (1898) und die Errichtung eines bayrischen Senats beim Reichsmilitärgericht diesen Grundsätzen moderner Strafjustiz entsprachen.

Stauffenberg setzte sich während seiner jahrzehntelangen Tätigkeit im Landtag immer, wie er selbst 1897 einmal bekannt hatte [4], für die Reform des bayrischen Landtagswahlrechts ein. Schon zu dem von Jörg im Februar 1869 eingebrachten Antrag auf Einführung der direkten Wahl stellte er zusammen mit dem Abgeordneten Ludwig von Fischer einen Zusatzantrag auf entsprechende gesetzliche Vertretung der Minderheit [5]. In seiner Begründung bezeichnete Stauffenberg zutreffend die Frage, ob man direkt oder indirekt wähle, als eine solche der politischen Zweckmäßigkeit; nach seiner Ansicht sind aber Wahlmänner "überflüssig und schädlich". Das damals oft gebrauchte Beispiel Napoleons III. - das direkte Wahlrecht sei ein Mittel für den Cäsarismus - lehnte Stauffenberg ab, da sich die französische Regierung unter Beschränkung der Presse- und Vereinsfreiheit mit jedem Wahlrecht gefügige Mehrheiten schaffen würde. Es ist

---

1) LT 1 (18.10.1887) 115
2) LT 7 (4.11.1891) 160 ff.
3) LT 5 (19.12.1868) 59
4) LT 9 (20.10.1897) 239
5) LT 5 (12.2.1869) 218.226 ff.

überhaupt unrichtig, so dürfen wir hinzufügen, das Wahlrecht als solches - wie es noch vielfach geschieht - entweder als ein Kennzeichen der Demokratie - wie beim Mehrheitswahlrecht angelsächsischen Musters - oder wie beim Verhältniswahlrecht als ein Mittel für das Aufkommen einer Diktatur, zu bezeichnen. Stauffenberg beurteilte aber seine damalige Situation richtig, wenn er in derselben Rede anführte, daß seit Einführung des direkten Wahlrechts bei den Zollparlamentswahlen (1868), "es nicht möglich ist, daß in einem Lande zwei so grundverschiedene Wahlsysteme nebeneinander bestehen", ähnliches galt besonders für das Verhältnis von preußischem Dreiklassenwahlrecht und Reichstagswahlrecht in noch stärkerem Maße. In seiner Begründung des Antrags auf Schutz der Minderheit trat er für eine gleichmäßige Wertung jeder Wählerstimme auf Landesebene ein - also für eine Art von Verhältniswahlrecht (1869!). Damit wollte Stauffenberg eine gleichmäßige Vertretung aller Volksschichten erreichen. Sein besonderes Ziel war dabei: die Teilnahme des Arbeiters an der Vertretung seines Landes in organischer Weise herbeizuführen, damit er selbst die Verbesserung seines Loses in die Hand nehme. Der Antrag Jörg wurde aber am 13. Februar 1869 mit 92 zu 48 Stimmen abgelehnt, wodurch auch Stauffenbergs Zusatzantrag entfiel. Zusammen mit einigen politischen Freunden stimmte er mit den Patrioten in der Minderheit. [1]

Wie Stauffenberg Oktober 1897 berichtete [2], hatte er bereits 1868 und 1869 einen Entwurf für ein Verhältniswahlrecht ausgearbeitet und probeweise Wahlzettel drucken und verteilen lassen, mit dem Ergebnis, daß auch hier die Stimmenauszählung in wenigen Tagen beendet war. Dadurch habe er schon damals erwiesen, so fügte er hinzu, daß der Zeitverlust bei der Auszählung gegenüber dem Mehrheitswahlrecht nicht sehr groß sei, und der Proporz sich also auch technisch durchführen lasse.

Ebenso trat er 1870 nochmals für das direkte, allgemeine und gleiche Wahlrecht ein, mit gesetzlicher Regelung der Wahlbezirke und unter "freier Gestaltung der Presse- und Vereinsfreiheit." [3] Seine dabei ausgesprochene Ansicht, man werde durch dieses demokratische Prinzip zum Einkammersystem kommen, hat die geschichtliche Erfahrung bestätigt. Er hegte diese wohl besonders im Hinblick auf die bayrische Reichsrätekammer, in deren meisten Mitgliedern er schon 1867 [4] - doch etwas zu weitgehend - mangelnde politische Urteilsfähigkeit zu erkennen geglaubt hatte.

1) LT 5 (13.2.1869) 253
2) LT 9 (20.10.1897) 338 f.
3) LT 1 (12.2.1870) 302
4) Am 24.10.1867 an Hölder, Nachlaß Hölder: cod. hist. fol. 880 fasc. IX, 3 Nr. 138

Auch 1893 trat Stauffenberg für den Antrag Grillenberger (SPD) auf Vorlage eines neuen Landtagswahlgesetzes ein [1]; ebenso 1897 für den nämlichen von SPD und Bauernbund gestellten [2]. 1893 griff er seinen vor Jahren ausgesprochenen Gedanken wieder auf, daß es seit dem "allgemeinen und direkten Reichstagswahlrecht .... nicht mehr möglich ist, die Wahlrechte der Einzelstaaten auf einem ganz anderen Boden aufzubauen." Aber es müsse auch, wie er ergänzte, der Bevölkerungsstruktur Rechnung getragen werden, durch eine Revision der Wahlkreiseinteilung ex officio - etwa alle zehn Jahre. (Dies ist bekanntlich im Reich nie geschehen; noch 1912 wurde nach der Wahlkreiseinteilung von 1871 gewählt, was natürlich den sogenannten staatserhaltenden Parteien zugute kam.) Und 1897 schlug Stauffenberg das Proportionalitätswahlrecht vor. Es sollte nach seinen Intentionen eine gesetzlich festgelegte Zahl von Abgeordneten für jeden Regierungsbezirk gewählt werden. Dieses System ist dann 1919 und wiederum nach 1945 in Bayern angewandt worden. Stauffenbergs Vorhersage von 1893, der Antrag auf direkte Wahl werde solange gestellt werden, bis er durchgesetzt sei, erfüllte sich schon fünf Jahre nach seinem Tod, als 1906 das Zentrum auf die Seite der Wahlreformer einschwenkte.

Stauffenberg war zeitlebens ein entschiedener Gegner jeglicher Art von staatlicher Bevormundung; er hat immer an dem Prinzip der Selbsthilfe festgehalten und wollte auch im innerstaatlichen Bereich die Staatstätigkeit möglichst wenig eingreifen lassen. So war er schon April 1868 in einem Antrag, der angenommen wurde, für die Veräußerung der staatlichen Millerschen Erzgießerei eingetreten, wenn sie nicht in einen rentierlichen Betrieb umgewandelt werden könnte [3]. Dabei bekannte er sich zu dem Grundsatz: nicht unbedingt notwendige Staatsbetriebe müssen aufhören. Und am 14. Januar 1869 stellte er den Antrag auf Freigabe der Advokatenpraxis [4]. Darin wollte er die Freizügigkeit in der Ortswahl und die Beseitigung festgesetzter Advokatenzahlen erreichen, um auch diese freie geistige Beschäftigung der Konkurrenz zu unterwerfen. Dabei verfolgte er folgendes Nebenziel: dem politisch gemaßregelten Beamten einen Erwerbszweig zu gewährleisten, da einer unabhängigen Justiz eine unabhängige Beamtenschaft entsprechen müßte. Sein Antrag, der kühn in die Zukunft wies, wurde aber

1) LT 1 (10.10.1893) 111 ff.
2) LT 9 (20.10.1897) 338 f.
3) LT 4 (17.4.1868) 52 f.
4) LT 5 (14.1.1869) 137-153

abgelehnt. Dasselbe Schicksal widerfuhr seiner Modifikation, die er zwei Monate später eingebracht hatte, und worin er sich bei Aktiengesellschaften, bei denen der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht, für die Aufhebung des staatlichen Konzessionierungssystems einsetzte[1]. Aus seiner Begründung zeigte wohl folgender Satz am deutlichsten seine freiheitliche Gesinnung, dem aber selbst die liberale Mehrheit des Landtags von 1863/69 nicht folgen wollte: "Schaffen Sie diesen Rest des Bevormundungssystems aus dem Gesetze hinweg, Sie werden ganz gewiß keine Interessen geschädigt, Sie werden aber das Publikum zu eigener Tätigkeit, zu eigener Prüfung und zu eigenem Denken angeregt haben und gewiß werden sich keine Interessen dabei besser befinden, als wenn es sich lediglich auf die väterliche Fürsorge der Staatsregierung verläßt."

Den Gedanken an Staatshilfe hat Stauffenberg immer abgewiesen. So wandte er sich 1884 gegen das Übergreifen der Verstaatlichungstendenz auf das Versicherungswesen[2]. Jener "Spuk" eröffne nach seiner Meinung "unerfreuliche Aussichten in die Zukunft." Er hielt es demgegenüber für wichtiger, das "Vertrauen zum individuellen Unternehmungsgeist des deutschen Bürger- und Bauernstandes wach zu halten", anstatt die Privatinitiative durch die staatliche Konkurrenz abzuwürgen. "Der Staat soll", nach Stauffenberg, "nur solche Angelegenheiten besorgen, die der Einzelne nicht, oder doch nicht hinreichend besorgen kann." Damit sprach er einen alten liberalen Grundsatz aus: die Notwendigkeit eines staatlichen Eingriffs müsse erst bewiesen werden. Von seinem Standpunkt aus fiel daher ein von ihm in derselben Rede aufgestellter Vergleich zwischen den Verhältnissen in Europa und denen in den Vereinigten Staaten von Amerika zu Gunsten der Neuen Welt aus, wenn er sagte: "Wir in Europa haben eine Reihe von Dingen zum Gegenstande der Staatstätigkeit gemacht, die vielleicht der Einzelne oder Genossenschaften auch besorgt hätten - wir haben hierdurch die Einzelnen nach dieser Richtung aller Tätigkeit entwöhnt, und das wird nun in nächster Zukunft schwerlich anders werden." Darin hat aber Stauffenberg die Geschichte recht gegeben, wenn er hier Amerika als die "Richtung der Zukunft" bezeichnet; denn ist es nicht bemerkenswert, daß der, von den Europäern oft mit einem überlegenen Lächeln abgetanene, amerikanische Kapitalismus nach 1945 Europa vor dem Zusammenbruch retten konnte!

---

1) LT 6 (9.3.1869) 33 ff.
2) LT 1 (11.1.1884) 672-676

Im Dezember 1885 sprach Stauffenberg von einer weit verbreiteten Strömung, Hilfe für alle Dinge nicht von der eigenen Selbsttätigkeit, sondern nur vom Staate zu erwarten [1]. Wiederum 1891 nannte er es - bei der Beratung des bayrischen Polizeistrafgesetzbuchs - als den "Zug unserer Zeit, daß man bei jeder Gelegenheit, bei der man sich selbst helfen könnte, nach dem Polizeistock ruft und einen polizeilichen Schutz gegen Dinge verlangt, welche der Einzelne mit einem sehr geringen Aufwand von Mühe von sich abhalten könnte." [2] Ebenso warnte er 1893 [3] vor der in weite Volkskreise gedrungenen Tendenz, sich nicht um politische Fragen, sondern nur um materielle Vorteile zu kümmern. Und am 10. Januar 1896 sagte er in seiner Rede zum 70. Geburtstag Vechionis [4]: während früher wir für "eine große Idee gekämpft und deswegen auch gesiegt haben", sei heute eine Zeit, in der "materielle Interessen mehr und mehr in den Vordergrund getreten und als Hauptaufgabe der Volksvertretung" angesehen werden; eine Erneuerung des Liberalismus sei aber nur möglich, wenn an die Stelle der materiellen Interessen wieder der Idealismus trete. Wir haben heute genugsam erfahren, wie sehr das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit durch staatliche Bevormundung geschwächt wird, so daß wir den bleibenden Wert von Stauffenbergs Einsichten gebührend zu würdigen vermögen.

Wie an anderer Stelle gezeigt (vgl. S. 124), war und blieb Stauffenberg Freihändler. Er wußte, daß die zollprotektionistische Bevorzugung einzelner Produktionszweige der Verkehrsentwicklung und der Notwendigkeit internationalen Güteraustausches zuwider ist, und daß solche wirtschaftliche Absperrung auch außenpolitisch zu gegenseitigem Neid und Argwohn führt. Daher lehnte er Schutzzölle dieser Art ab. Weit davon entfernt, durch seine einfache Grundwahrheit, "Wer verkaufen will, muß kaufen", jede eigene Gegenleistung vorwegzunehmen [5], wirkt der Freihandel - durch beste und billigste Versorgung der Verbraucher - in der Richtung der optimalen Auswirkung aller nationalen Wirtschaftskräfte, aber ein das Gesetz der komparativen Kosten außer acht lassender Schutzzoll wirkt dem entgegen, in jedem Fall auch dann, wenn das durch ihn getroffene Ausfuhrland den Preis des betreffenden Gutes mindert [6].

---

1) LT 4 (3.12.1885) 465
2) LT 7 (6.10.1891) 13 f.
3) LT 1 (10.10.1893) 112
4) MNN Nr. 18 (12.1.1896); wiederholt Nr. 75, 1908
5) So Männer 369
6) Karl Forstmann: Kampf um den internat. Handel (2. A. 1936) 128

Beachtenswert ist Stauffenbergs Stellungnahme zum Tabakmonopol bei dessen Behandlung Februar 1882 im Landtag. Eingangs seiner Rede vom 10. Februar 1882 [1] setzte er sich mit dem Antrag des Abg. Schels - der den bayrischen Bundesratsbevollmächtigten verpflichten wollte, gegen das Monopol im Bundesrat zu stimmen - auseinander. Er hielt diesen nicht für gerechtfertigt, "solange das Monopolgesetz von 1879 noch nicht durchgeführt ist." Deshalb stellte er den Antrag, über den von Schels gestellten zur Tagesordnung überzugehn. In dieser Rede wies er auch auf seine früher im Reichstag abgegebene Stellungnahme dazu hin (vgl. S.86). Diese habe er "aus politischen Gründen eingenommen, welche teilweise in den Rechten des Reichstags und teilweise in den Konstellationen lagen, die es nicht wünschenswert machten, daß jetzt der Staatsbetrieb vermehrt wird und die Zahl der von der Regierung abhängigen Beamten absolut vermehrt werde." Dagegen teilte er nicht die vorgebrachte Ansicht, daß dieses Monopol "den föderativen Charakter des Reiches ändere", da ein solches auch von den Einzelstaaten besorgt werden könnte. Jedoch "hilft dieses Monopol nicht aus den gegenwärtigen Finanzkalamitäten", weil eben von einer Tabakbesteuerung in Monopolform kein Rücktritt mehr möglich sei. Sollte sein Antrag aber abgelehnt werden, so werde er für den von Schels stimmen. Tatsächlich widerfuhr dem seinen dieses Schicksal, während der von Schels angenommen wurde mit 98 zu 43 Stimmen - aber die Reichsräte verwarfen ihn am 11. März 1882. [2]

Dieses Tabakmonopol, dessen wahre Bedeutung Stauffenberg nicht verborgen blieb, lehnte der Reichstag am 15.6.1882 endgültig ab (vgl. S.89). Auch die bayrische Regierung, die hier verfassungsmäßig an die Voten der Kammern nicht gebunden war, stimmte im Bundesrat - "aus Rücksicht auf die monopolfeindliche Stimmung des Südens" - dagegen [3]. In seiner am 12. Mai 1882 im Reichstag gehaltenen Rede protestierte Stauffenberg energisch [4] gegen eine Anspielung des Unterstaatssekretärs v. Mayr auf die angeblich schlechte Lage der bayrischen Gemeindefinanzen, weil Bayern im Bundesrat das Tabakmonopol abgelehnt hatte. Nicht nur der Umstand, daß Stauffenberg keineswegs mit seiner Ablehnung allein stand, schließt hier jeden partikularistischen Hintergedanken bei ihm aus, sondern das ganze damalige Verhalten Bayerns bei seinen Auseinandersetzungen und seiner Haltung, die Reichsrecht und Landes-

---

1) LT 2 (10.2.1882) 45 ff. u. 61 ff.
2) RK Beil. Bd. 2 (11.3.1882) 736
3) Lerchenfeld 280
4) RT 68:145

recht betrafen, eine Haltung, auf die er lange Zeit maßgeblichen Einfluß gehabt hatte. Das wird auch von einem so unverdächtigen Autor wie dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionär Heinrich Braun anerkannt. Dieser urteilt: "Der (bayr.) Landtag wollte dem Monopol nicht deshalb entgegentreten, weil es eine Befestigung des Reichs bedeutet hätte, sondern weil eine solche finanz- und wirtschaftspolitische Stärkung des Reichs eine Gefährdung der Einzelstaatlichkeit nach sich zu ziehen schien. Überhaupt wird nicht nur jede wohlmeinende, sondern auch jede sachgerechte Beurteilung der bayrischen Reichsbeziehungen einmal zu der Erkenntnis vordringen, daß, abgesehen von einer ressentimentgeladenen Minderheit, die Bayern den Reichsausbau, wenn sie ihn zu verhindern suchten, nicht an sich bekämpften, sondern deshalb, weil sie glaubten, jede Ausdehnung der Reichspolitik enthalte eine Schmälerung der staatlichen Existenzgrundlage Bayerns." [1]

1893 befürwortete Stauffenberg eine Abschaffung der Liebesgabe für Branntweinbrenner [2] und 1895 verurteilte er die "widersinnigen" Prämien auf Exportzucker, die, wie er zutreffend ausführte, den Engländern einen niedrigeren Zuckerpreis als dem deutschen Erzeugerland ermöglichten [3] Daher hielt er es für eine ungesunde Steuerpolitik, wenn Steuererhöhungen - in Gestalt der Prämien - auf Kosten der Verbraucher "unverkürzt in die Taschen der Fabrikanten fließen." In dieser seiner Rede vom 23.11.1893 sah er auch eine große Gefahr für Bayern entstehen, wenn einmal die progressive Einkommensteuer für die einzelnen Bundesstaaten nach Reichssteuerfuß festgestellt werde. Diese Maßnahme träfe Bayern "mit seiner überwiegend mittleren Vermögensverteilung", wie er richtig erkannt hatte, besonders hart. So betrug die Einkommensteuer 1910 in Bayern ab 600 Mark 0,17 %, in Preußen seit 1891 ab 900 Mark 6 %. Erst durch den Weimarer Zentralismus, der verfassungswidrig die Finanzhoheit der Länder ausgehöhlt und das Einkommen nach Reichssteuermaßstab festgelegt hatte, ist die von Stauffenberg vorausgesehene Situation eingetreten, daß Bayern mit überwiegend "agrarisch-mittelständischer Bevölkerungsstruktur... den höchsten Prozentsatz von Einkommen- und Vermögenssteuerpflichtigen aufwies, in den Erträgen jedoch weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurückblieb." [4]

---

1) Braun 83
2) LT 1(23.11.1893) 595
3) LT 6 (9.12.1895) 8 ff.; Heinrich Sieveking: Grundlagen der Handelspolitik (3.A.1927) 112
4) Zimmermann 68.72.181

Zur Frage einer etwaigen Reichseinkommensteuer hat Stauffenberg, im Laufe seiner parlamentarischen Tätigkeit, eine unterschiedliche Haltung eingenommen. Während er vermutlich zu Beginn der siebziger Jahre eine Verwirklichung eines solchen Projekts gut geheißen hatte, gab er 1878 diese Ansicht wieder auf. In seiner Münchner Rede vom 26. Juni 1878 (vgl. S.105)[1] nahm er hierzu ausführlich Stellung: "Ich selbst war einmal der Meinung, daß es möglich sei, durch Einführung einer Reichseinkommensteuer die Reichseinnahmen selbständig zu machen, allein ich muß gestehen, daß eine lange Beschäftigung mit dieser Frage und hauptsächlich die Erwägung, daß es nicht möglich wäre, die direkten Steuern, ohne in die Verhältnisse der einzelnen Staaten allzutief einzugreifen, für das Reich zu nehmen, mich schließlich auch dahin geführt hat, diesen Gedanken aufzugeben." Aber am 18. Januar 1887 befürwortete er in Fürth[2] wieder den Plan einer Reichseinkommensteuer, damit den Wohlhabenden stärker als bisher die Militärlasten zum Tragen überantwortet werden. Jedoch 1893 ist er hiervon, wie oben dargetan wurde, wieder abgekommen. Tatsächlich hat es bis 1918 keine Reichseinkommensteuer gegeben.

Stauffenberg bekannte sich zeitlebens in der Wirtschaftspolitik zum Freihandelssystem, dessen Ausbau aber nicht mit einem Schlage, sondern succesive zu geschehen habe, wie er in München am 14. Februar 1871 gefordert hatte[3]. Und am 13. Juli 1878 fügte er ebenda hinzu: in der Wirtschaft müsse die Entwicklung zur Freiheit, aber nicht zu einer "schrankenlosen" voranschreiten; Gegenseitigkeit bei Handelsbeziehungen sei hier die Voraussetzung[4]. Stauffenberg stand aber allem freihändlerischen Doktrinarismus, wie ihn besonders die Manchesterschule vertreten hatte, immer fern (vgl. S. 34, 124). Bismarcks Abkehr von der liberalen Wirtschaftspolitik mißbilligte er dagegen in seinem Brief an seine Braunschweigischen Wähler, vom 25. Juli 1879 (vgl. S. 115). Darin sah er klar das Verhängnis voraus, das die Hinwendung zum Zollprotektionismus für die Wirtschaftspolitik des Reichs heraufbeschwören wird, und daß hiermit die staatspolitischen Interessen zwangsläufig hinter den partikularen zurücktreten werden. Schon in diesem Brief erkannte er die "Gefährlich- und Nutzlosigkeit" der Getreidezölle für die Landwirtschaft, die, wie er 1890 ergänzte[5], eine Verteuerung aller Lebensbedürfnisse herbeigeführt

---

1) MNN Nr. 180 (29.6.1878) ex 26.6.1878
2) FK 19.1.1887 u. AZ Nr.21 (21.1.1887)
3) MNN Nr. 52 (21.2.1871)
4) MNN Nr. 198 (17.7.1878)
5) FK (13. u. 17.2.1890)

und viele Handelsbeziehungen mit auswärtigen Staaten total zerstört hatten. Auch die Holzzölle nannte er in jenem Brief die "ungerechtfertigtsten", da sie, wie er 1897 betonte [1], nur einen künstlich überhöhten Holzpreis bewirken, bzw. eine verstärkte Verwendung von Ersatzstoffen herbeiführen. Schon 1885 sprach er sich im Reichstag gegen die Erhöhung der Zölle auf ausländische Edel- und Spezialhölzer aus [2]. Im Hinblick auf die Nürnberger Bleistiftindustrie sagte er da: "Es ist einem französischen Zolltarif nie eingefallen, das Rohmaterial solcher Spezialindustrien, wie sie hier in Betracht kommen, zu verteuern und ihnen die Konkurrenz mit dem Ausland zu erschweren."

Und am 19. Januar 1894 unterstützte Stauffenberg den - von den Agrariern scharf bekämpften - Handelsvertrag mit Rußland [3], nachdem er schon 1891 den mit Österreich-Ungarn im Reichstag befürwortet hatte (vgl. S. 147). Man dürfe, wie er sagte, dabei nicht die persönlichen Interessen ins Spiel führen, denn die wären bei ihm "nur landwirtschaftlich", sondern bei einem Handelsvertrag gehe es nur um die "allgemeinen Interessen." In diesem Fall sei es eine Lebensfrage für die deutsche Industrie, eine Senkung der russischen Zölle zu erreichen. Dabei verwahrte er sich gegen die Ansicht, das russische Getreide bedrohe die deutsche Landwirtschaft; "denn es kommt nur soviel Getreide herein, als sich nach menschlicher und kaufmännischer Berechnung verkaufen läßt." Es ist aber ein "volkswirtschaftliches Gesetz des Welthandels, daß gerade im Welthandelsgetreideverkehr das eine Getreide, das an einem Orte teurer ist oder wegen verschiedener Hindernisse nicht herein kann, durch anderes Getreide ersetzt wird"; wird das russische Getreide ferngehalten, so kommt das amerikanische herein oder umgekehrt - bei konstant bleibender Menge.

Es sei noch daran erinnert, daß Bismarck dasselbe Rußland, mit dem er stets Freundschaft halten wollte, im wirtschaftlichen Bereich Deutschland entfremdete, nicht viel anders, als es durch den Berliner Kongreß außenpolitisch geschehen war [4]. Die deutsche Ausfuhr nach Rußland ging von 231 Mill. Goldmark (1880) auf 196 Mill. (1889) zurück.

---

1) LT 9 (22.10.1897) 291 ff.
2) RT 81:1912-1915 (18.3.1885)
3) LT 2 (19.1.1894)466-469; vgl. Eyck:Wilh.II. 76 ff.
4) Friedr.Luckwaldt:Polit.Geschichte d.Weltkrieges 1 (1919)9

Die Folgen dieser Schutzzollpolitik werden sich, wie Stauffenberg am 22. Oktober 1897 im Landtag erklärte [1], erst in Zukunft zeigen: sie wird durch ein immer verschärfteres Anwenden der Zollpraktiken zum allgemeinen Zusammenbruch führen. In der nämlichen Rede bedauerte er es auch tief, daß sich der Protektionismus als Hemmung durch die Politik eingeschaltet habe, während die Verkehrsentwicklung die Länder immer mehr verbinde. Dieser Gedanke eines drohenden wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs muß ihn in seinen letzten Lebensjahren stark beschäftigt haben.

Schon früh erkannte Stauffenberg die Schwere der im 19. Jahrhundert aufgetretenen sozialen Schäden, wenn er am 12. Februar 1870 sagte: "die politischen Streitigkeiten und Feindschaften kommen und vergehen, während die sozialen nicht vergehen, sondern tief verwunden und die durch sie geschlagenen Wunden ewig fressende sind." [2] Er war sich daher klar, daß auch die im 19. Jahrhundert entstandene soziale Frage nicht durch "Blut und Eisen" zu "lösen" sei. Hier darf an Bismarcks Äußerung (30.1.1890) zum Grafen Hohenthal erinnert werden: sie sei nicht mit Rosenwasser, sondern mit Blut und Eisen zu lösen [3]. Als Liberaler wollte Stauffenberg die Arbeiter, für deren Wohl er sich immer eingesetzt hatte, nicht durch Zwangsversicherungen für den Staat gewinnen, sondern sie durch Selbsthilfe dazu bringen, ihr eigenes Los zu verbessern, um ihr staatsbürgerliches Verantwortungsgefühl zu wecken. Deshalb trat er schon 1869 in einem Antrag für die Einführung des Verhältniswahlrechtes ein, mit gleichmäßiger Wertung jeder Stimme auf Landesebene, damit der "Arbeiter in organischer Weise an der Vertretung seines Landes teilnimmt", um dadurch sein eigenes Geschick verbessern zu helfen (vgl. S. 31).

Ausführlich nahm er bereits in seiner Wahlrede in München vom 14. Februar 1871 [4] zur sozialen Frage Stellung, wobei er aber noch auf wenig Verständnis unter den Zuhörern stieß, da bezeichnenderweise dieser Teil seiner Ansprache durch keinen Beifall begleitet wurde. Stauffenberg machte hierzu folgende Ausführungen: ein genaues Programm sei noch nicht aufstellbar, da man nicht voraussehn könne, wie die Entwicklung verlaufen werde. Jedoch müsse "ein schüchterner Anfang" gemacht werden, um durch

---

1) LT 9(22.10.1897) 291 ff.
2) LT 1 (12.2.1870) 302
3) Deutsche Rundschau 190 (1922) 156
4) MNN Nr. 50 (19.2.1871)

"Bestimmungen über die Arbeitsverhältnisse, den Anfang der Lösung der sozialen Frage zu treffen." Mit Nachdruck hob er hervor: die soziale Frage tritt vielleicht den Erfolgen des Krieges, den großen politischen Ereignissen, deren Wirkungen wir jetzt alle unterliegen, gegenüber für den Augenblick in den Hintergrund, nach meiner innigen Überzeugung aber ist sie die Frage der Zukunft, und zwar die große Frage der Zukunft, vor der vielleicht in nicht allzuferner Zeit alle politischen Fragen erblassen werden." [1] Man müsse daher langsam beginnen, so fuhr Stauffenberg fort, "ihrer Lösung näher zu treten, wenn wir nicht über kurz oder lang entsetzlichen Zuständen entgegengehen sollen." Er setzte sich dann mit Lösungsvorschlägen auseinander, wie sie damals aufgetaucht waren. So urteilte er über das volkswirtschaftliche System von Lasalle: wenn gleich es "auch vieles Richtige" enthalte, so könne er in ihm doch nicht das "alleinseligmachende" sehen; aber noch viel weniger gelte das von der Manchesterschule, die jede Einmischung des Staates in die Arbeitsverhältnisse "förmlich perhorresziert." Vielmehr ist der Staat nach Stauffenberg berechtigt, sich in die Arbeitsverhältnisse einzumischen, "wenn sein Eingreifen notwendig wird." In diesem Zusammenhang billigte er die - von ihm als "segensreich" genannte - Einrichtung der Fabrikinspektoren - wobei er das britische Vorbild lobend erwähnte - und befürwortete ihre Einführung im Reich, was erst 1878 geschehen sollte; hellsichtig wie er war, warnte er vor einer übereilten Lösung der sozialen Frage, vielmehr müsse man hier behutsam vorgehen, um langjährige Vorurteile zu überwinden. Würde ein Abgeordneter eine "großartige Verbesserung" der sozialen Verhältnisse "mit einem Schlage" versprechen, dann beginge er nach seiner Überzeugung "eine große Gewissenslosigkeit; denn er würde Hoffnungen erwecken, die zu realisieren gar nicht in seiner Macht läge." Während seiner ganzen politischen Tätigkeit verlor Stauffenberg die soziale Frage nicht mehr aus dem Auge und befürwortete immer deren Lösung im liberalen Sinne.

Stauffenberg trat vornehmlich für den Arbeiterschutz ein, weil er diesen für das sozialpolitisch wichtigste hielt; hierin stimmte er zum Teil mit Jörg überein, der noch Lujo Brentano beeinflußt hatte [2]. So forderte er bereits 1871 - wie oben erwähnt - die Einführung der Fabrikinspektoren, deren Weiterbildung er zeitlebens angestrebt hatte [3]. Gegenüber dem auf Staatshilfe

---

1) Von den MNN in Sperrdruck gesetzt: vgl. hierzu Goetz:Dt.Lib.13

2) Maria Poll:Jos.Edmund Jörg (1936) 119.126

3) In seinen Münchner Wahlreden: 20.12.1873 in MNN Nr. 358 (24.12.1873), 26.6.1878:MNN Nr.183 (2.7.1878) u.13.7.1878:MNN Nr.197 (16.7.1878)und im Landtag LT 5(24.1.1896)575

zugeschnittenen Unfallversicherungsgesetz von 1884 meldete er Bedenken an und warnte auch zur Vorsicht gegenüber dem Alters- und Invalidengesetz [1]. Mit den Grundprinzipien der Alters- und Invaliditätsversicherung von 1889 - also ihrem staatlich organisierten Zwangscharakter - erklärte sich Stauffenberg 1890 nicht einverstanden [2]; die Güte dieser Einrichtung, so fügte er hinzu, werde erst die Zukunft zeigen. 1892 sah er in ihr sogar eine "Unglücksgeburt" [3], ähnlich Bamberger, der sie eine "unhaltbare Sache" genannt hatte [4]. In den beiden Kaiserlichen Erlassen erblickte Stauffenberg jedoch einen "Lichtpunkt" [5], einen "freudigen Hoffnungsstrahl" [6], der einen "versöhnenden Ausblick" bei der Lösung der sozialen Frage eröffne [7]. In seiner Rede in Erlangen (12.2.1890) [8] begrüßte er die darin vorgeschlagene Regelung der Arbeitsverhältnisse, nachdem er bereits 1878 [9] eine internationale vertragliche Vereinbarung der Arbeitsbedingungen empfohlen hatte. Mit Freuden stelle er fest, so sagte er in jener Rede zu Erlangen, daß mit diesen Verhandlungen, statt der sich immer "erneuernden Kriegsvorbereitungen, einmal ein gedeihlicher Gedanke in den internationalen Verkehr gekommen ist." Das Wertvollste an diesen Vorschlägen stelle die Bildung von Arbeiterausschüssen dar. Hierin liege auch die Anerkennung des Arbeiterstandes als selbständigen Kontrahenten, ebenso die des vollen Koalitionsrechts des Arbeiters - und zugleich die Verurteilung aller Bestrebungen, die auf dessen Abschaffung gerichtet sind. Dadurch tue sich ein Boden gemeinsamer und fruchtbarer Tätigkeit auf, der bis zu einem gewissen Grade zur Versöhnung führen werde. Und dazu wollen wir nach besten Kräften, so schloß Stauffenberg seine Rede, alle miteinander mithelfen. Auch in Fürth kam er nochmals auf diesen Fragenkreis am 14. Februar 1890 [10] zu sprechen. Hierbei empfand

---

1) So am 20.10.1884 in Fürth FK (23.10.1884)
2) In seiner Fürther Rede vom 14.2.1890 FK (15.2.1890)
3) RT 127:321 (14.12.1892)
4) DL 2:452 an Stauffenberg (6.4.1889)
5) Am 16.2.1890 in Hersbruck FK 17.2.1890
6) Am 12.2.1890 in Erlangen FK 19.2.1890
7) Am 14.2.1890 in Fürth FK 15.2.1890
8) FK 19.2.1890
9) Am 13.7.1878 in München MNN Nr. 197 (16.7.1878)
10) FK 15.2.1890

er es als "erhebend", daß durch die Kaiserlichen Erlasse, "neben den Kriegsvorbereitungen jetzt einmal eine friedliche kulturelle Frage energisch in Angriff genommen wird." Er hoffe aber, so fügte er hinzu, daß bei der Ausführung wenig bürokratische Zutaten hinzukommen werden, damit das Gute nicht abgeschwächt und ins Gegenteil verkehrt werde. Indessen wollte Stauffenberg die soziale Frage von der parteipolitischen Agitation ferngehalten sehen und keiner Partei darauf ein Monopol einräumen; denn ein "Wettlauf um die öffentliche Gunst in dieser Richtung" wäre, wie er am 17. Dezember 1889 im Landtag erklärte, "verhängnisvoll" [1]. Seither erfuhr man genugsam, wie recht er mit dieser vorausahnenden Warnung hatte.

Aber jede Art von Sozialismus, sei es den der Sozialdemokraten - wenn er auch in sachlichen Fragen z. B. in den Wahlreformanträgen von 1893 und 1897 mit ihnen zusammenging (vgl. S. 32) - oder den staatssozialistischen Bismarcks in seinem Zwangsversicherungswesen, hat Stauffenberg bekämpft. Als Liberaler war er nicht Gegner des Versicherungszwangs, aber gegen ein staatliches Monopol auf diesem Gebiet. Gerade die Ausbreitung der sozialistischen Verstaatlichungstendenzen "eröffnen" nach seiner Ansicht "unerfreuliche Aussichten in die Zukunft", weil dadurch die Menschen verlernen, sich selbst zu helfen, dafür alles vom Staat erhoffen und schließlich sich nur mehr um materielle Dinge kümmern (vgl. S. 34).

Stauffenberg ließ sich aber trotz aller Gegnerschaft zum Sozialismus, die er noch in seinen späteren Lebensjahren einmal im Landtag öffentlich bekannt hatte [2], deswegen den Blick nicht trüben, um kritisch die Ursachen des sozialistischen Aufstiegs in Deutschland zu analysieren. Auch muß er für Georg von Vollmar, in richtiger Erkenntnis seiner gemäßigten, von der Berliner Parteileitung oft mißbilligten Haltung, Sympathie gehabt haben. v. Vollmar hatte ja sogleich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes in seinen Eldoradoreden seine Parteifreunde aufgefordert, Gedanken an eine gewaltsame Sozialrevolution aufzugeben [3]. Es bestand auch ein freundschaftlicher und brieflicher Verkehr zwischen beiden. In einem Brief vom 14. Oktober 1886 versprach Stauffenberg, sich für v. Vollmar in einer Frage des Strafvollzugs beim Justizminister zu verwenden [4]. Zum Tode Stauffenbergs hat v. Vollmar sein Beileid der Familie ausgesprochen. Ebenso verkehrte Stauffenberg freundschaftlich mit dem Kathedersozialisten Luju Brentano [5], der nie seine

1) LT 4 (17.12.1889) 540
2) LT 7 (15.4.1896) 917
3) Vgl. Paul Kampffmeyer: Georg v. Vollmar (1930) 91 ff.
4) Nachlaß v. Vollmar (Amsterdam); im Nachlaß Stauffenberg befanden sich unter Nr. 65 vier Briefe v. Vollmars an Stauffenberg
5) Mein Leben (1931) 166 und persönliche Mitteilung von Freifrau v. Habermann

liberale Wurzel verleugnet hatte. Dieser mag wohl auch seine sozialpolitischen Einsichten mit beeinflußt haben.

Schon am 12.2.1870 wies Stauffenberg auf die 1869 gegründete SPD hin, die nach seiner Ansicht "gegen den ganzen sozialen Aufbau der Gesellschaft gerichtet sei." [1] Stauffenberg erkannte bereits am 25. Juni 1878 in einem Briefe an Hölder [2], daß der von Bismarck - infolge der Attentate auf Wilhelm I. - künstlich erregte Sozialistenschreck gegen das liberale Bürgertum gerichtet war, und daß in diesem Kampf auf Leben und Tod die liberale Partei "hierbei aufs Spiel gesetzt" wurde. Daher "sieht unsere Bourgeoisie", so schrieb er weiter, "gegenwärtig die Sozialdemokraten unten, und fürchtet sich nicht im Augenblick vor ihnen, aber viel mehr vor dem allgemeinen Stimmungsterror." Er glaubte daher auch, daß diese jetzt nach rechts abwandernden Wähler, "beim geringsten Anlaß haltungslos nach links fallen." Sein den Dingen auf den Grund gehender Blick sah auch schon den Aufstieg der Sozialdemokratie, gerade infolge des Sozialistengesetzes, voraus, wenn er in jenem Brief meint: "ich sehe voraus, daß die Umsturzpartei durch diesen unter ganz ungleichen Mitteln unterminierenden Krieg zu ungewohnter Größe anwächst."

Einen Tag später, am 26. Juni 1878, bestritt er durchaus nicht in seiner Münchner Wahlrede [3] die Notwendigkeit, sozialistische Ausschreitungen, die auf den "Umsturz der bestehenden Gesellschaft und Rechtsordnung" gerichtet sind, zu bekämpfen. Jedoch "darf die Gesetzgebung, welche diesen entgegentreten muß, nicht den Charakter eines Kampfes gegen eine ganze Klasse der Gesellschaft annehmen." Es sei eben seine und ebenso aller anderen bayrischen Reichstagsabgeordneten feste Überzeugung gewesen, daß das vorgelegte (erste) Sozialistengesetz diesen Charakter besessen habe. Gerade solche Vorlagen müsse man sorgfältig prüfen, wobei das Landesinteresse dem Fraktionsinteresse bei deren Beurteilung vorzugehen habe. Dieses sogenannte Erste Sozialistengesetz lehnte der Reichstag am 24. Mai 1878 ab; auch Stauffenberg stimmte mit der überwiegenden Mehrheit seiner Fraktionskollegen mit Nein [4].

Am 13. Juli 1878 erklärte Stauffenberg in München nochmals [2] zu diesem Fragenkreis: ein Strafgesetz müsse für alle Menschen gleich sein, es dürfe

1) LT 1 (12.2.1870)302
2) Nachlaß Hölder:cod.hist.fol.880 fasc.XVIII Nr.157.158
3) MNN Nr. 183 (2.7.1878)
4) RT 48:1552
5) MNN Nr. 197 (16.7.1878)

nicht gegen eine Klasse gerichtet sein; weder einen "Klassenkampf von unten noch von oben" könne er billigen. Auch sei er nicht bereit, den zu erwartenden Maßnahmen der Regierung - als Antwort auf das Attentat Nobiling vom 2. Juni - schon im vorhinein "bedingungslos" zuzustimmen. Eine solche Erklärung wurde bei dieser Wahl in vielen Wahlkreisen von den Kandidaten im voraus verlangt. So z.B. von Julis Hölder, der deshalb am 20. Juni Stauffenberg um Rat fragte, ob er jene abgeben solle. Stauffenberg erwiderte ihm am 25. Juni 1878, er würde sich nicht "im vorhinein für alles verpflichten", nachdem man noch nichts Genaues über die Regierungsvorlage wüßte (vgl. S. 119).

Stauffenberg war es auch sofort klar, daß das Sozialistengesetz, wie das mit Eduard Stephani die meisten seiner Fraktionskollegen auch zugaben [1], sich gegen die Nationalliberalen richtete, was Bismarck im vertrauten Kreise sogar eingestanden hatte [2]. Und so schrieb er in jenem Brief vom 25. Juni 1878 an Hölder: "Daß Bismarck g a n z a l l e i n uns treffen wollte, ist zweifellos; die Sozialdemokraten sind nur Vorwand. Sie werden sehen, wie die ganze Aktion aufhört, sobald w i r unten sind." [3]

Das Schicksal der Vorlage hing im Reichstag von der Stellungnahme der Nationalliberalen ab. Eine Ablehnung konnten sie sich diesmal nicht mehr leisten, gegenüber dem, von Bismarck erregten, in weite Volkskreise gedrungenen Sozialistenschreck. Sie versuchten daher in der zur Beratung des Regierungsentwurfs gebildeten Kommission, der Vorlage den reinen Unterdrückungscharakter, durch den Einbau rechtsstaatlicher Sicherungen, zu nehmen. Lasker und Stauffenberg konnten als deren Mitglieder hierin einigen Erfolg verbuchen [4]. Er habe sich damals mit einigen Freunden - besonders

---

1) Böttcher 209; teilweise auch Brockhaus 215

2) Eyck 3:228

3) Nachlaß Hölder:cod.hist.fol.880 fasc. XVIII Nr. 157.158 (In Sperrdruck Gesetztes im Text nach dem Originalbrief Stauffenbergs); diese Stelle wird vom Verfasser in einer von der "Süddeutschen Zeitung" (München) unter der Überschrift "Bismarck und das Sozialistengesetz" in Nr. 35 (9./10.II.1957) veröffentlichten Einsendung zitiert.

4) Eyck 3:234

mit Lasker - bemüht, so berichtete hierzu Stauffenberg am 8.5.1884 im Reichstag [1] - als er die Verlängerung des Sozialistengesetzes besprach (vgl. S. 134) - die Tragweite des Gesetzes, seiner ursprünglichen Vorlage entgegen, durch Kautelen so einzuschränken, daß es keinen polizeilichen Charakter trage, sondern daß unter Umständen seine richterliche Anwendung möglich sei. Am 19. Oktober 1878 nahm der Reichstag das Sozialistengesetz an; auch Stauffenberg stimmte gleich seinen Fraktionskollegen mit Ja [2]. Diese Entscheidung muß Stauffenberg schwer gefallen sein, was aus seiner Bemerkung sechs Jahre später hervorgeht, wenn er in Hersbruck am 19. Oktober 1884 [3] sagte: Er habe sich geirrt, als er früher glaubte, mit dem reinen Unterdrückungsgesetz, ein solches mit Rechtsschutz schaffen zu können; dem ersten Fehler sollte kein zweiter folgen, weshalb er eine weitere Verlängerung des Sozialistengesetzes ablehne (vgl. S.135).

Am 12.2.1890 plädierte er in Erlangen [4] auf Ablehnung des Sozialistengesetzes, da es nur zahlreiche Ungerechtigkeiten enthalte und Härten mit sich bringe, ohne seinem Ziel, der Zurückdrängung der sozialistischen Bewegung, einen Schritt näher zu kommen. So war er sich 1894 darüber klar: die "einzige Stärke der Sozialdemokratie ist ihr Glaube an ein bestimmtes Ideal, welcher der bürgerlichen Gesellschaft verloren ging." [5] Aber gerade die Sozialistenverfolgungen haben ihr Anwachsen gefördert; denn durch Versammlungsverbote gewinne diese Partei, so hob er 1896 hervor, "zehnmal mehr Anhänger als durch unbehinderte Verbreitung ihrer Lehren." [6] Das Sozialistengesetz, dessen "Erfolg" in dieser Hinsicht ja bekannt ist, so sagte er ironisch, hat die Gefahren des Mißbrauchs der Ausnahmebestimmungen auch gegenüber anderen Parteien gezeigt - was, wie oben dargetan, Stauffenberg sofort begriffen hatte.

Aber ebenso hatte Stauffenberg schon damals gleich erkannt, daß ohne die wirtschaftliche Umkehr von 1879, die im Sinne Bismarcks die Weltanschauungsparteien zerstörte und in rivalisierende Interessensgruppen auflöste, der Aufstieg der SPD, als einer Interessenspartei der Arbeiterschaft, anstelle einer alle Schichten umfassenden Volkspartei - wozu sich der skandinavi-

---

1) RT 75;532
2) RT 51;388
3) FK 20.10.1884
4) FK 13.2.1890
5) LT 3 (2.3.1894) 42 f.
6) LT 7 (15.4.1896) 915 f.

sche Sozialismus oder die britische Labourparty später entwickeln sollten - unmöglich gewesen wäre. Darüber schrieb er am 29. Oktober 1879 an Lasker: "... die politische Demoralisation im Volke hat unglaublich zugenommen - alle alten Parteien, selbst Zentrum, haben bei uns abgehaust, allein entscheidend ist nur das Interesse. "Wer mir am meisten bietet, der hat mich", scheint ... allgemein der Wahlspruch zu werden; heute hat Bismarck am meisten zu bieten, morgen die Sozialdemokraten; im ganzen Süden bereitet sich auch ein merkwürdiges Wachsen dieser Partei vor, der alle Unzufriedenen zufallen, und wer ist heutzutage nicht unzufrieden! Was uns aus dieser Misere retten soll, vermag ich noch nicht einzusehen" [1].

Stauffenbergs politische Freunde beklagten genau so wie er diese Folgen, die das deutsche innerpolitische Leben Bismarck verdankte. So meinte Ludwig Bamberger 1878: "Die inhaltleere, auf bloße Ausübung der Macht gerichtete Politik kommt immer mehr zum Durchbruch. Bismarck desorganisiert nicht nur wie bisher alle Organisation und Regierung, sondern die kümmerlichen staatserhaltenden Elemente im Volke selbst." [2] Theodor Mommsen mußte 1893 resigniert sagen: "Die Neidkategorie oder die sogenannten Parteien der materiellen Interessen ist das eigentliche Fundament des gegenwärtigen Parteilebens. ... Politische Parteien von ausschlaggebender Bedeutung gibt es nicht mehr." [3] Und Walter Goetz, der Stauffenberg sogar noch einmal persönlich in den neunziger Jahren gesprochen, und der noch heute mit großer Hochachtung seiner gedenkt [4], er betonte 1922: "Das Schicksal des deutschen Liberalismus hing an der Person Bismarcks: er zwang die Parteien zu Ja oder Nein, zu unbedingter Gefolgschaft oder zu unbedingtem Widerstande - die Programme zerbrachen vor seinem gewaltigen Eigenwillen... (er) drängte sie alle aus der normalen Entwicklung heraus - im Grunde verlor jede Partei durch ihn ihr wahres Selbst und der Liberalismus mehr als die anderen..." [5].

Ohne Kenntnis dieser Vorgänger äußern sich Kritiker der deutschen Demokratie nach 1918, M.J. Bonn 1925 [6] und Felix Somary 1952 [7] ebenso. Zu einem ähnlichen Urteil gelangen zwei Historiker von entgegengesetzter Wertgesinnung: Alexander Rüstow [8] und Gerhart Ritter [9]. Jener sagt: "Mit bewußt bösem

1) DL 2:280 2) RB 328 (8.8.1878)
3) Reden und Aufsätze (1905) 473 f.
4) Persönliche Mitteilung an den Verfasser
5) Goetz: Dt. Lib. 13 f. 6) Krise der Demokratie
7) Krise und Zukunft der Demokratie
8) Wirtschaftsliberalismus (2. A. 1950)83; vgl. Ortsbestimmung 3:148.418
9) Staatskunst und Kriegshandwerk 1 (1954) 305

Willen führte Bismarck, die traditionellen Gesinnungs- und Überzeugungsparteien zerschlagend und unter zynischem Hohn in Interessenhaufen verwandelnd, dadurch auf den Weg einer Schutzzollpolitik, die ihm gestattete, diese Interessenten durch Fütterung aus der Staatskrippe gefügig zu machen." Und Ritters am bedenklichsten, seiner dauernden Nachwirkungen wegen, erscheint Bismarcks bewußter Mißbrauch politischer Tendenzen zu rein taktischen Zwecken mit der Folge, einer inneren Aushöhlung der großen liberalen Bewegung, die er zuerst bekämpfte und dann in seinen Dienst zu zwingen suchte, "zu ideenlosem Opportunismus". Er hat, "indem er den politischen Idealismus der Parteien als bloße Ideologie behandelte" -. Ritter hätte hinzufügen können, wie es der Marxismus mit seinem universellen Ideologieverdacht tut - "die deutschen Gesinnungsparteien zu bloßen Interessentengruppen umzubilden suchte, um die Macht und Unabhängigkeit seiner monarchischen Regierung über sie zu behaupten, unendlich viel guten Willen zu verantwortlicher Mitarbeit zerstört."

III. DIE DEUTSCHE FRAGE (1866-1871)

Da für die Zeit vor 1866 keine politisch bedeutsamen Briefe Stauffenbergs vorliegen, und weil er erst nach Königgrätz in den Bayrischen Landtag eintrat, wissen wir nicht, wie er sich vor 1866 zur deutschen Frage stellte. Wir wissen daher auch nicht, zu welcher politischen Richtung er sich gerechnet hatte, ob zu den Groß- oder Kleindeutschen, ob er damals föderalistisch oder unitaristisch gesinnt war. Auch die Frage, ob das Jahr 1866 eine Wandlung seiner Haltung hierin brachte - wie z.B. bei Karl Brater, dem bayrischen Fortschrittsführer, der gleich vielen Deutschen vor den preußischen Waffenerfolgen (wie die Mehrheit der Bayrischen Fortschrittspartei) großdeutsch gesinnt war und erst nach Königgrätz für ein preußisch geführtes Reich eintrat [1] - muß entfallen. Nur aus einer Bemerkung Stauffenbergs - bei der Adreßdebatte des Landtags vom 19. Januar 1870 - daß sein deutsches Bewußtsein schon vor 1866 begonnen habe [2], kann man schließen, daß er bereits zu jener Zeit die deutsche Einheit erstrebt hatte. Wenn man etwas unbestimmte Andeutungen seiner Tochter, Freifrau Gabriele v. Habermann, in Betracht zieht, kann man ferner annehmen, daß er seine Hoffnungen hier vornehmlich auf Preußen gesetzt haben dürfte.

Aus seiner Tätigkeit im Landtag zwischen 1866 und 1871 geht deutlich hervor, daß der liberale Edelmann die deutsche Einigung durch Preußen erstrebt hatte, aber wie fast alle Träger des nationalen Gedankens, nicht durch Blut und Eisen, sondern durch die Werbekraft der konstitutionellen, nationalen und liberalen Ideen. Stauffenberg war nach Erich Eyck [3] "der eigentliche Vorkämpfter des nationalen Gedankens in Bayern." Wenngleich sich Stauffenberg keine Illusionen machte und am 26. Februar 1869 erklärte: "In dieser Richtung sind meine Hoffnungen nicht so sanguinisch, um in nächster Zukunft eine Lösung dieser Frage zu erreichen" [4], so hielt er es doch am 19. Januar 1870 für sicher, "daß die Vorsehung unser Volk bestimmt hat, geeinigt zu werden" [5] - er verzweifle daher nicht an der Entwicklung der deutschen Nation. Sein bayrischer Parteifreund Marquard Barth, der für die deutsche Einheit schwärmte, meinte damals ebenso einschränkend wie Stauffenberg, als er - in einem Brief vom 12.10.1870 an den Historiker

---

1) Doeberl 3:450 f.
2) LT 2 (19.1.1870) 71
3) Eyck 3:206
4) LT 5 (26.2.1869) 474
5) LT 1(19.1.1870) 72

Hermann Baumgarten - dem baldigen Anschluß Bayerns an den Norddeutschen Bund das Wort redete: "Wir reden wohl von dem Eintritt Bayerns, aber wir beantragen ihn nicht früher, als er durchzusetzen ist." [1] Es sei hier daran erinnert, daß auch die preußischen Unitarier v. Treitschke und Wilhelm Wehrenpfennig erst Mitte der siebziger Jahre die deutsche Einigung erwarteten. Sogar ein so tiefblickender Betrachter des deutschen Staatsschicksals wie der liberale badische Staatsmann - Franz von Roggenbach vertrat in einem Brief an den bremischen Freihändler Hermann Henrich Meier (13.8.1868) die gleiche Ansicht, wenn er schrieb: "Was unsere deutschen Dinge angeht, so sehe... ich immer nicht recht ab, wie schließlich die Räder der Maschine ineinander geschoben werden sollen". [2]

Besonders die preußische Wirtschaftspolitik ließ vielen Süddeutschen Preußen erträglicher erscheinen, da sie die machtstaatlichen und machiavellistischen Züge der preußischen Politik zurückgedrängt hatte, die hier erst wieder 1879 hervorbrachen. Dieser liberale, ganz unpreußische Zug, der vor allem durch die Ministerialbürokratie getragen wurde - deren letzter Vertreter Rudolf von Delbrück noch in die Bismarckzeit hineinragte - hat mit dazu beigetragen, Preußen in vielen Kreisen Süddeutschlands Sympathien zu verschaffen, die von Haus aus alles andere als preußenfreundlich waren. Diese Stimmung beherrschte auch Stauffenberg, wenn er den preußischen Zolltarif von 1818 - bei der Behandlung der Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins im Bayrischen Landtag - am 22.10.1867 für "unbestritten bahnbrechend" für die Entwicklung des freien Wirtschaftsverkehrs bezeichnete; [3] den von Preußen inaugurierten Zollverein nannte er hierbei: "die einzige der Nation zum Vorteil gereichende Schöpfung unter dem alten Bundestage...", welche die zersprengten Teile des Deutschen Volkes bis jetzt zusammenhält", und "gegen die sich partikulare Vorurteile jedesmal für unbegründet erwiesen haben." Diese Ansicht verband er mit dem Glauben, "daß die Entwicklung zur Nation dadurch voranschreiten wird". Diese hohe Einschätzung der preußischen Wirtschaftspolitik von 1818 bis 1879 findet sich auch bei Wilhelm Röpke, dem geistigen Führer des Neoliberalismus, der in seinem, 1945 erschienenen Buche "Die Deutsche Frage" erklärt: der preußische Zolltarif

---

1) DL 1:427
2) Nachlaß H.H. Meier
3) LT 2 (22.10.1867) 73-77

von 1818, "welcher als ein geradezu freihändlerischer Tarif die Bewunderung ganz Europas fand... hat die Aera des internationalen Wirtschaftsliberalismus eingeleitet.... Diese Epoche Preußens, die vom Zolltarif von 1818 bis zum Bismarcktarif von 1879 dauert, ist diejenige, in der es durch den Zollverein zum Führer auf dem Wege der wirtschaftlichen Befreiung wurde. Diese Rolle mußte es in den weitesten Kreisen des Bürgertums und der Arbeiterschaft zum Symbol des wirtschaftlichen Fortschritts machen und ihm - diesmal im Zeichen von Adam Smith! - moralische Eroberungen in Kreisen verschaffen, die alles andere als preußenfreundlich waren." [1] Aber Röpke weist auch auf die Verführung hin, der zum Verhängnis Deutschlands so viele edle Geister erlegen sind, wenn er sagt: "Es war nun gerade das Verhängnis, daß dieses lucidum intervallum Preußens von 1818 bis 1879 so entscheidend dazu beigetragen hatte, Deutschland für die preußische Hegemonie innerlich reif zu machen... So schlug es zum Unglück Deutschlands aus. Es hatte nur dazu gedient, den Erfolg Bismarcks um so sicherer zu machen, mit dem dieses Preußen ein Ende hat und eine neue Epoche beginnt, mit der es zur alten schlechteren Tradition zurückkehrt."

Stauffenberg befürwortete in seiner großen Rede vom 22. Oktober 1867 [2] die Fortdauer des Zollvereins und die Teilnahme an den Wahlen zum Zollparlament. Er befürchtete aber Schwierigkeiten von Seiten der Reichsräte und der Gegner von Hohenlohes nationaler Politik, die durch dessen Sturz ein Scheitern der Zollverträge erreichen wollten; hierdurch wären die von ihm gehegten nationalen Hoffnungen auf längere Zeit begraben worden. Diese Besorgnisse nahmen daher einen breiten Raum in seinem Briefwechsel mit dem württembergischen Liberalen Julius Hölder - der es später in seinem Heimatstaat noch zum Innenminister bringen sollte - im Oktober 1867 ein. So erblickte er in der gegen die Zollverträge gerichteten Agitation am 2.10.1867 "nur einen Vorwand zum Sturze Hohenlohes, um Schrenk an die Leitung der Geschäfte zu bringen." [3] Auch hielt er den Kräfteverfall in der Regierung für grenzenlos und glaubte, daß alles dem Ende zutreiben werde. Mit dieser Besorgnis stand Stauffenberg keineswegs allein; Marquard Barth teilte sie ebenfalls: nach einem Sturz Hohenlohes käme "ein Ministerium Schrenk oder Thüngen... und mit diesem die Reaktion und das Großdeutsch-

---

1) 3.A.1948 S. 214 f., 216 f.

2) LT 2 (22.10.1867) 72-77; vgl. Schieder 162 ff.

3) Nachlaß Hölder: cod.hist.fol. 880 fasc. IX, 3 Nr. 175; vgl. Otto Frhr.v.Völderndorff: Vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe (1902)19

tum in voller Blüte." [1] Ein Ministerium der beiden konservativen, großdeutsch gesinnten Reichsräte Karl v. Schrenk und Wilhelm v. Thüngen wurde damals von den bayrischen Anhängern einer kleindeutschen Lösung der deutschen Frage allgemein nach einem Sturze Hohenlohes befürchtet. Aber selbst Franz v. Roggenbach sah damals "in der Erhaltung des Fürsten Hohenlohe im Amte das A und O des Heiles für Süddeutschland." [2] Bekanntlich lag auch Bismarck viel an der Stellung Hohenlohes. Erst 1870 haben die Gegner des Anschlußes an Preußen seinen Rücktritt erzwungen. Sie konnten aber die von ihm in der deutschen Frage eingeleitete Politik, die Stauffenberg - bei der Beratung des patriotischen Mißtrauensvotums - am 19. Januar 1870 als eine "im wahrhaft deutschen Sinne" geführte [3] bezeichnet hatte, nicht mehr rückgängig machen.

Am 22. Oktober 1867 sprach sich der Landtag mit 117 zu 17 Stimmen für die Fortdauer des Zollvereins aus [4] - mit einer "über alles Erwarten großen Majorität" [5], wie Stauffenberg am 24. Oktober Hölder geschrieben hatte. In der Reichsrätekammer dagegen beantragte der Berichterstatter des reichsrätlichen Ausschusses, der Freiherr von Thüngen, am 23. Oktober die Ablehnung der Zollverträge. [6] Diesem Antrag schloß sich jener Ausschuß am 24. Oktober an. [7] Gegen diesen Beschluß mobilisierten die Anhänger der Verträge die öffentliche Meinung. So berichtete Stauffenberg Hölder in jenem Brief vom 24. Oktober; die Agitation sei bereits im Wachsen; "Telegramme und Adressen aller größeren Städte und aller Gewerbe- und Handelskammern" seien bereits eingelaufen; und die "allgemeine Stimmung steht aufs unzweifelhafteste auf unserer Seite." Darin hat er auch sofort erkannt, daß durch die günstig angelaufene Agitation "wir als Partei im Falle der Ablehnung von Seite unserer Reichsräte nur gewinnen... Was aber im Falle der Ablehnung durch die Reichsräte geschieht, das wissen die Götter." Sollte sich das Ministerium "nicht zur Abdankung entschließen", wäre nach seiner Ansicht "ein Staatsstreich unausbleiblich." Doch zum Äußersten ist es in dieser Frage nicht mehr gekommen; denn schon in diesem Brief vom 24. Oktober konnte Stauffenberg von einer ständigen Zunahme der Befürworter der Verträge unter den Reichsräten berichten, die zu etwas Hoffnung berechtigte. Gegenüber dieser weitverbreiteten Stimmung, die auf Annahme der Verträge drängte

1) DL 1;427 (12.10.1867)
2) DL 1;420 (26.5.1868) ähnlich Ring 87 f.(26.5.1868)
3) LT 1 (19.1.1870) 70
4) LT 2 (22.10.1867) 93
5) Nachlaß Hölder;cod.hist.fol.880 fasc.IX,3 Nr. 138
6) RK Beil.Bd. 2 (1867/68) 33-59
7) RK Beil.Bd.2 (1867) 60 ff.

und die, wie wir gesehen haben, besonders von Wirtschaftskreisen getragen wurde, war es den Reichsräten nicht möglich, auf ihrer früheren Ablehnung zu beharren. Daher beschlossen sie am 27. Oktober nur dann ihre Zustimmung zu geben, wenn Bayern ein Vetorecht in allen, das Zollwesen und die innere Besteuerung betreffenden Fragen erhalte.[1] Damit gaben sie den bisher rein ablehnenden Standpunkt auf. Über diesen Beschluß schrieb Stauffenberg Hölder am selben Tag: "er scheint eine verklausulierte Verwahrung zu sein, wird aber allgemein als eine Art Rückzug angesehen."[2] Daher hoffe er, Hohenlohe wird sich hier "zu einem Akt der Energie aufraffen." Dieser Vorwurf der Energielosigkeit wurde damals von den fortschrittlichen Kreisen in Bezug auf seine vorsichtige Haltung, Hohenlohe immer wieder gemacht, so z.B. von Marquard Barth [3] oder von den Münchner Neuesten Nachrichten; besonders mit seinem diplomatischen Lavieren in der deutschen Frage war man allgemein unzufrieden. Doch diesmal handelte er wider Erwarten rasch. Am 27. Oktober reiste er nämlich zusammen mit dem Freiherrn von Thüngen, dem erbittertsten Gegner der Zollverträge, nach Berlin, um dort zu versuchen, die bayrischen Wünsche durchzusetzen. Hohenlohe wollte v. Thüngen dabei die Gelegenheit geben, sich zu überzeugen, "daß das Veto für Bayern nicht zu erreichen sei."[4] Bismarck gewährte keine Konzessionen an Bayern. Deshalb mußte v. Thüngen einsehen, wie Hohenlohe weiter berichtete, daß bei Bismarck nichts in dieser Frage auszurichten war. Stauffenberg sah aber sofort die politische Bedeutung dieses Schrittes, wenn er ihn - am 27. Oktober gegenüber Hölder - "ein diplomatisches Meisterstück" des Fürsten" nannte.[5] Am 31.10.1867 erfolgte dann die Annahme der Verträge im reichsrätlichen Ausschuß und im Plenum; der Freiherr v. Thüngen befürwortete öffentlich die Annahme.[6] Daher konnte noch am gleichen Tag ein einhelliger Gesamtbeschluß beider Kammern erzielt werden.

Dieser Beschluß der bayrischen Kammern wirkte naturgemäß in Richtung des deutschen Einheitsstrebens, was auch im Sinne der Anhänger einer kleindeutschen Lösung der deutschen Frage lag, und er war daher auch von Stauffenberg begrüßt worden. Die wirtschaftliche Bedeutung des Zollvereins hat die Entscheidung damals gebracht. Aber gerade diese, auf wirtschaftlichem Gebiet so sympathische Seite Preußens verdeckte für viele dessen hegemonialen Charakter und verbarg den nivellierenden Zentralismus, der erst nach dem Sturz der Monarchie vollkommen sichtbar wurde.

---

1) RK Beil. Bd. 2 (1867/68) 64
2) Nachlaß Hölder: cod.hist.fol.880 fasc.IX,3 Nr. 136
3) DL 13 1:366 (26.1.1867); 1:426 (12.10.1867)
4) Denkw. 1:275 ff.; vgl. Völderndorff a.a.O. 19 ff.
5) Nachlaß Hölder: cod.hist.fol.880 fasc.IX,3 Nr.136 ebenso Völderndorff. a.a.O.21
6) RK Beil.Bd.2 (1867/68)70 f., 72 f.

Mit der Annahme der Fortdauer der Zollverträge war auch die Wahl süddeutscher (badischer, hessischer, württembergischer und bayrischer) Abgeordneter zum Zollparlament verbunden. Bei deren Wahl erlitten die Anhänger einer kleindeutschen Lösung der deutschen Frage in Württemberg und in Bayern (Februar/März 1868) eine schwere Niederlage. "Das Ergebnis war für die nationale Sache niederschmetternd. In Bayern und einem Teil von Hessen siegten die Ultramontanen, in Württemberg die Demokraten mit ihnen im Bunde." [1] So wurden in Bayern am 10. Februar 1868 nur 21 Liberale, wovon 12 der Bayrischen Fortschrittspartei und 9 der liberalen Mittelpartei angehörten, gegenüber 26 Patrioten und einem Demokraten gewählt. Stauffenberg blieb in Ansbach-Schwabach erfolgreich. Im Zollparlament trat er ebenso wie die übrigen bayrischen Abgeordneten nicht hervor, was sein pfälzischer Parteifreund Ludwig Andreas Jordan sehr bedauert hatte. [2] Nur am 29. April 1868 [3] befürwortete er einen dann auch angenommenen Antrag Miquels, es solle in Ausführung des Art. 9 § 1 des Zollvereinsvertrags vom 8.7.1867 auch in Bayern bei den Wahlen zum Zollparlament dasselbe zensuslose Wahlrecht in Kraft treten wie bei denen zum Norddeutschen Reichstag.

Das Zollparlament, welches zwar "ein Einnahmebewilligungsrecht aber keine Kontrolle der Verwendung der Gelder hatte" [4], erfüllte nicht die Erwartungen seines Schöpfers Bismarck, der mit dessen Hilfe die deutsche Einheit herbeiführen wollte. [5] Stauffenbergs Freund Ludwig Bamberger, der ihm angehört hatte, urteilte schon am 3.6.1868 [6] zutreffend: jetzt bleibt am Schluß nichts anderes übrig, als zu sagen, "was sorgfältige Einsicht am Anfang vorausgesagt hatte": es "kann weder fortbestehen noch untergehen; seine Erhaltung ist ebenso unmöglich als sie unentbehrlich ist! Von einer Volksvertretung verlangen, daß sie die Zollgesetzgebung entwickle und die Steuergesetzgebung unangetastet lasse, das heißt einen Menschen auffordern, daß er seinem linken Fuß hundert Schritte vorangehe, während sein rechter Fuß am selben Fleck stehen

---

1) Wilh. Schüssler: Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867 (1929)282
2) Schieder 294 an v. Sybel (12./14.5.1868)
3) Stenograph. Ber. über die Verhandl. des Deutschen Zollparl. (1868)22
4) So Walther Lotz: Ideen der deutschen Handelspolitik (1892)83
5) Walter Schübelin: Das Zollparl. u. d. Politik von Baden, Bayern u. Württemberg (1935) 136
6) Briefe aus dem Zollparl. 1868-70 in Ges. Schr. 4 (1896) 128

bleibe." Dieses Urteil Bambergers hat die Geschichte bestätigt: "Das Zollparlament", sagt Schübelin [1], "mußte als eine Steuerbewilligungsmaschine ohne Budgetrecht erscheinen; durch eine solche erzwungene, unnatürliche Scheidung von Politik und Volkswirtschaft blieb es in seiner Wirksamkeit gelähmt."

Stauffenberg war auf Grund seines starken Rechtsgefühls, das er einmal in die Worte kleidete: "wenn es sich um ein Prinzip und um ein Recht handelt, sollten wir es auch für unsere Pflicht halten, nicht um eine Strohhalmesbreite nachzugeben" - [2] ebenso wie die meisten Liberalen und einige altpreußische Konservative - ein Gegner von Bismarcks Blut- und Eisenpolitik. Wenngleich er sich mit der seit 1866 eingetretenen politischen Entwicklung abgefunden hatte, so klingt doch noch ein hörbarer Zweifel über Bismarcks Gewaltmethoden durch, wenn er am 19. Januar 1870, bei der Beratung des Entwurfs einer Adresse an den König, unter anderem ausführt: "Es ist richtig... und niemand wird das leugnen können, daß jene Gestaltung, welche Deutschland zu Grunde liegt, durch die Macht, wenn Sie wollen durch Gewalt entstanden ist. Aber ... blicken Sie zurück in die Geschichte und ob Sie mir irgend eine staatliche Form nennen können, deren erste Entstehung und deren weitere Entwicklung diese Macht und diese Gewalt nicht zu Grunde gelegen wäre? Es liegt nun einmal in der Unvollkommenheit der menschlichen Verhältnisse und Sie können das, wenn Sie es noch so wohlgemeint bedauern, nicht ändern... Das enthebt uns nicht der Pflicht, zu sehen, was aus diesen neugeschaffenen Verhältnissen zum Wohle Deutschlands und Bayerns geordnet werden kann." [3]

Vollkommen unberechtigt ist aber der von Stauffenbergs Gegnern aufgebrachte Vorwurf, daß er ein Unitarier sei, ein Vorwurf, der noch bei der Wahl in München und in Holzminden widerlegt werden mußte. [4] Auch die 1863 gegründete Bayrische Fortschrittspartei, der Stauffenberg sich angeschlossen hatte, und zu deren Führern er innerhalb kurzer Zeit aufstieg, war durchaus föderalistisch gesinnt. Sie unterschied sich allein dadurch von den norddeutschen fortschrittlichen Unitariern, wie Twesten und Virchow oder von dem Apologeten des preußischen Macht- und Einheitsstaats Heinrich von Treitschke. Auch hatte es die Bayrische Fortschrittspartei noch nach dem

1) Schübelin a.a.O. 133.135
2) LT 5 (21.4.1869) 285
3) LT 1 (19.1.1870) 71 f.
4) DL 2:216; Oncken 2:380.384

Prager Frieden in einer Erklärung deutlich ausgesprochen: "Wir erstreben ein unter parlamentarisch einheitlicher Zentralgewalt geeinigtes Vaterland mit Autonomie seiner Glieder in ihren besonderen Angelegenheiten und mit gesicherten Freiheiten des Volkes." [1] Mit gutem Grund konnte daher Stauffenberg im Namen seiner Partei auf eine Anspielung Jörgs im Landtag, auf Treitschkes, des liberalen Gesinnungsgenossen Unitarismus, am 10.2.1870 erklären, daß dies die bayrischen Liberalen nicht treffe, da jener bekanntlich ein Anhänger des Einheitsstaats sei, den wir in unserer Adresse zurückgewiesen haben.[2] In dieser Haltung ließ sich Stauffenberg auch dadurch nicht beirren, daß er nach Kriegsausbruch 1870 von König Ludwig II. - in einer politischen Mission von Kaiserin Augusta an ihn geschickt - nicht empfangen wurde. [3] Es ist daher auch das Ziel Stauffenbergs, wie es das vieler süddeutscher Liberaler gewesen war, daß Preußen in Deutschland und nicht umgekehrt Deutschland in Preußen aufgehe. So faßte es unter anderen ebenso der Graf v. Tauffkirchen auf, der durch die nach ihm benannte Mission (1867) der Nachwelt bekannt geblieben ist, als er, der von Stauffenberg für den ersten Reichstag einen sicheren Wahlkreis vermittelt haben wollte, ihm am 13.1.1871 schrieb: "man müsse den deutschen Gedanken im Gegensatz zu dem spezifischen Preußentum ausbilden, und weitere Opfer nur für ersteren und nicht für letzteres bringen." [4] Besonders der von Stauffenberg oft betonte Wert der Selbstverwaltung, welche die Eigenverantwortlichkeit und den Gemeinschaftsgeist des Bürgers wecke, muß eine zentralistische Haltung notwendig ausschließen (vgl. S. 14). Er wagte daher noch am 16. Januar 1871 Treitschke - in der Debatte bei der Beschlußfassung über die Versailler Verträge - "einen der geistvollsten, aber starrsten Vertreter des preußischen Einheitsstaats" zu nennen, den er scharf ablehne. [5] Und einige Wochen nach Annahme der Versailler Verträge fand er in seiner Münchner Kandidatenrede zum Reichstag (vom 14. Februar 1871) noch den Mut, öffentlich zu erklären: "Ein zentralisierter Einheitsstaat ist ein Unglück für die Nation." [6] Deutlich sah er auch für die Zukunft Deutschlands zwei Gefahren, entweder "die vollständige Zersplitterung" - er bezeichnete sie auch als "polnische Zustände", ein seinen Zeitgenossen geläufiges Bild - oder den "zentralisierten Einheitsstaat". Daher muß nach Stauffenberg jede dieser beiden Gefahren bei der Lösung der deutschen Frage - durch Zusammenwirken aller Kräfte - vermieden werden, wie er am 19. Januar 1870 im Landtag ausgeführt hat. [7] Stauffenbergs Konzeption war also der föderative Bundesstaat,

---

1) Doeberl 3:450 f.
2) LT 1 (10.2.1870) 250
3) Oncken 2:173
4) DL 2:7
5) LT 4 (16.1.1871) 216
6) MNN Nr. 49 (18.2.1871)
7) LT 1 (19.1.1870) 72

weder den Einheitsstaat - ein solcher ist das Bismarckreich, nur föderalistisch getarnt, tatsächlich gewesen - noch eine partikulare Auflösung Deutschlands in Einzelstaaten hatte er erstrebt.

Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 beschleunigte die Lösung der deutschen Frage im Bismarckischen Sinne. Dieses Ereignis brachte auch für Stauffenberg, der noch 1869 in dieser Hinsicht keine Entscheidung erwartet hatte (vgl. S. 48), die Erfüllung seines Wunsches, Deutschland geeint zu sehen. Er betonte gegenüber dem skeptischen Fürsten Chlodwig Hohenlohe, aus Berlin zurückkommend August 1870: man sähe es dort als ganz selbstverständlich an, daß "Deutschland gegründet sei." [1] Auch er - wie die meisten deutschen Zeitgenossen - glaubte, diesen Krieg hätten die Franzosen den Deutschen "aufgenötigt" [2]. Nur wenige außer Bamberger [3] haben damals schon die wahre Sachlage durchschaut. Zu ihnen gehörte Bismarcks Gegner Franz von Roggenbach, der immer daran festhielt, daß Bismarck diesen Krieg mit Absicht herbeigeführt habe, und der später [4] gegenüber der - bekanntlich [5] durch tendenziöse Auswahl der von Bismarck ihm überlassenen Akten verfälschten - Darstellung Sybels urteilte: "Wenn die Hohenzollernkandidatur als Einleitung dieses als notwendig erkannten Krieges erdacht und verfolgt wurde, dann läßt sich der Kasus verteidigen. Nur soll aber niemand kommen und wie Sybel die Welt glauben machen, Bismarck könnte einen Augenblick so blöde gewesen sein und die Tragweite der Hohenzollernkandidatur verkannt haben." Daß er nicht so blöde war, wissen wir aus Richard Festers Veröffentlichung [6], abgesehen von den Fällen in denen es sich Bismarck als Verdienst anrechnet, diesen Krieg herbeigeführt zu haben. [7] Es kann nur als Abreagieren eines nach 1945 erneut sich geltend machenden Schuldgefühls angesehen werden, wenn immer wieder neue Versuche gemacht werden, von der Emser Depesche aus zu bestreiten, was Franz Schnabel [8] abschließend feststellt: Bismarck hat seine drei Kriege "mit voller Absicht" herbeigeführt, dadurch die ausführliche Darstellung Eycks [9] bestätigend, daß damals niemand friedliebender war als Napoleon und daß dies niemand besser wußte als Bismarck.

---

1) Denkw. 2:18 (17.8.1870)
2) LT 4 (16.1.1871) 222
3) TB 211
4) Karl Samwer: Zur Erinnerung an Franz v. Roggenbach (1909) 123 f.
5) Julius v. Eckardt: Lebenserinnerungen 2 (1910) 124
6) Deutsche Rundschau 140 (1909) 49
7) Eyck 3:466
8) Hochland 42 (1949) 13
9) Eyck 2:280:456

Im Landtag trat Stauffenberg in der entscheidenden Abstimmung (19. Juli 1870) für die Bejahung des Casus foederis und damit für den Kriegsbeitritt ein. Den Ausschußantrag auf bewaffnete Neutralität sowie den Vermittlungsantrag Huttler lehnte er ab. [1] In die Debatte griff er nicht ein. Dagegen provozierte er einen Zwischenfall, der nur aus der an diesem Tag so erregten Atmosphäre zu verstehen ist. Eine harmlose Bemerkung des Abgeordneten der Patriotenpartei Westermayer, man müsse zuerst sein eigenes Haus verteidigen, bevor man an seine Nachbarn denken könne, sah er als nackten Egoismus an und quittierte sie daher zusammen mit einigen Parteifreunden mit erregten Pfuirufen. Als der so angegriffene Redner direkt auf ihn replizierte, ergriff Stauffenberg kurz das Wort, sprach sein Bedauern aus, da er einem Mißverständnis zum Opfer gefallen sei. Er fügte aber - überfließend vor nationaler Begeisterung - noch folgende Bemerkung hinzu: "... nehmen Sie es bei dieser Zeit einem erregten patriotischen Gefühl, das in der Sitzung viel hören muß, was es in einer deutschen Kammer, weiß Gott! im gegenwärtigen Augenblick nicht hören soll, (stürmisches Bravo) nicht übel, wenn es überwallt, denn die Zeiten wallen auch über!" [2] Das ist das nachweisbar einzige Mal, wo ihn die so charakteristische Ruhe und Sachlichkeit verlassen hat.

Nach einer von dem späteren Reichskanzler Fürst Bülow überlieferten Nachricht [3] soll Stauffenberg einen weiteren Zwischenfall hervorgerufen haben. Als nämlich Jörg am 19. Juli 1870 sein bekanntes Referat gegen die Bejahung des Bündnisfalls hielt [4] und dabei u.a. sagte, Preußen habe den Krieg heraufbeschworen, ereignete sich, um mit Bülows eigenen Worten zu sprechen, folgendes: sofort "erhob sich der Reichsfreiherr von Stauffenberg, spuckte aus und drohte dem vaterlandslosen Gesellen mit der Faust, indem er ihm das Wort "Bube" zurief." Im weiteren Verlauf seiner Rede wagte nun Jörg weiter zu behaupten, Bayern habe von Preußen bei dessen Sieg mehr zu befürchten als bei einem solchen von Frankreich. Daraufhin erhob sich nach Bülow "nocheinmal" Stauffenberg "mit zorngeröteten Wangen. Er ergriff einen in seiner Nähe stehenden Stuhl, und mit gewaltigem Wurf schleuderte er ihn nach Jörg." Bülow fügte sogar noch hinzu: "Das auf den dichtgedrängten Galerien versammelte Publikum brach in stürmischen Beifall aus."

---

1) LT 3 (19.7.1870) 407 ff.
2) LT 3 (19.7.1870) 398
3) Denkwürdigkeiten 4 (1931) 159 f.
4) LT 3 (19.7.1870) 383-386

Diese Nachricht wird nur von Bülow überliefert. Sein Gewährsmann ist Chlodwig Hohenlohe, der dieser entscheidenden Sitzung in der Loge beigewohnt hat und ihren dramatischen Verlauf ihm, Bülow, mehrmals erzählt haben soll. Es fällt aber auf, daß Hohenlohe diesen Vorfall in seinen Denkwürdigkeiten, in denen er minutiös alles festzuhalten pflegte, nicht verzeichnet hat, und daß auch die in München erscheinenden Zeitungen, z.B. die Münchner Neuesten Nachrichten, die sich dieses Vorkommnis kaum hätten entgehen lassen, es mit keinem Wort erwähnen. Wenn wir auch in Rechnung setzen, daß Stauffenberg in jener Sitzung sehr erregt war, weshalb er auch in der oben mitgeteilten Art gegenüber Westermayer reagiert hatte, so dürfen wir aus Kenntnis seiner ganzen Persönlichkeit doch annehmen, daß er sich kaum zu solchen pöbelhaften Handlungen hat hinreißen lassen. Auch stellt Bülow eine nur mit äußerster Vorsicht zu benutzende historische Quelle dar, was sich besonders darin gezeigt hat, als nach Erscheinen seiner Denkwürdigkeiten seine eigenen Mitarbeiter viele seiner Abweichungen von der Wahrheit richtig stellen mußten. [1] Historische Glaubwürdigkeit vermögen wir somit seinem ausschmückenden Bericht über Stauffenberg nicht zuzuerkennen; er trägt zu deutlich den Stempel der Erfindung.

Als am Vormittag jenes spannungsgeladenen 19. Juli 1870 der "besondere Ausschuß" des Landtags den Beschluß auf bewaffnete Neutralität faßte ist Stauffenberg, wie er am 10. Januar 1896 in seiner Rede in München zum 70. Geburtstag von August Napoleon Vechioni [2] berichtete, "ohne Kopfbedeckung auf die Redaktion (= der Münchner Neuesten Nachrichten) gekommen", und teilte ihn Vechioni mit. Beide verfaßten darauf - so erzählte er weiter - schnell einen Anschlag, den sie verbreiten ließen. Als dessen Ergebnis wurde dann auf der Abendsitzung des gleichen Tags im Landtagsplenum die Teilnahme am Krieg beschlossen. Für Stauffenberg war dieses Ereignis, wie er in jener Rede bekannte, "einer der unvergeßlichsten Momente meines ganzen Lebens." Diese Entscheidung zum Kriegsbeitritt hat er nach Sigmund Günther [3] sogar vom Ständehaus herab "mit flammenden Worten der unten gedrängten Menge mitgeteilt."

Für die Annahme der Versailler Verträge hat er sich am 16. Januar 1871 in einer großen Rede [4] eingesetzt. Sachlich alle Vor- und Nachteile abwägend,

1) Front wider Bülow (1931) hrsgg. von Thimme; vgl. Eyck: Wilh. II. 186 ff.; Ders.: Gladstone 238
2) MNN Nr. 18 (12.1.1896); wiederholt Nr. 75 (1908)
3) Günther 221
4) LT 4 (16.1.1871) 209-224

kommt er zum Ergebnis, daß ein Ja hierzu möglich ist. Davon können nur wenige wesentliche Punkte erwähnt werden, da manches heute naturgemäß überholt ist, was er über die einzelnen Punkte des bayrischen Vertrags ausgeführt hat. Wir müssen ihm aber nach Ablauf dieser geschichtlichen Epoche recht geben, daß das an dem ganzen Vertragswerk entscheidende war: das Gemeindewesen verblieb den Einzelstaaten und wurde somit dem Reichsunitarismus entzogen. Diese Ansicht Stauffenbergs, am Aufbau des Gemeindewesens, lasse sich der Grad der Zentralisation erkennen, ist heute communis opinio aller Föderalisten. Seine Mahnung, hierfür die richtige Form zu finden, sei Aufgabe der bayrischen Politiker, wurde im Laufe der Zeit nicht in dem Maße beherzigt, als es dem Prinzip der gemeindlichen Selbstverwaltung, der Gemeindefreiheit entsprochen hätte, gemäß dem schweizerischen und angelsächsischen Vorbilde. Hier liegt ein teilweise heute noch ungelöstes Problem der innerbayrischen Föderativstruktur, was vielleicht auch mit manchen Wesenszügen der bayrischen Stammesart zusammenhängt.

In dieser Rede konnte er nicht voraussehn, wie wenig sein Vergleich des bayrischen Zusammenwirkens zwischen Krone, Reichsrätekammer und Landtag mit den Verhältnissen der Funktionen von Bundesrat und Reichstag zutraf. Entgegen seiner Voraussage wurde die Stellung Bayerns im Bundesrat keine große; das Recht Bayerns, im Auswärtigen Ausschuß den Vorsitz zu führen, wurde nach seiner Tragweite sowohl von föderalistisch Gesinnten wie von den Unitariern, deren Unwillen es erregt hatte, überschätzt. Als am 4. Dezember 1874 der bayrische Reichstagsabgeordnete Joseph Edmund Jörg darauf hingewiesen hatte, durch diesen Bundesratsausschuß lasse sich das persönliche Regiment in der Außenpolitik kontrollieren, ließ Bismarck keinen Zweifel darüber aufkommen, daß dieser Ausschuß nur Fassade seines diktatorischen [1] Regimes sein sollte. Er erklärte im Reichstag gegen Jörg: "Der Ausschuß besteht in voller Wirksamkeit. Er tritt so oft zusammen, wie ein Bedürfnis vorliegt. Aber das Auswärtige Amt wird verhindern, daß ein solches Bedürfnis eintritt." [2] Für Bismarck also "bestand der Ausschuß in voller Wirksamkeit, wenn er", wie Heinrich Braun mit Recht bemerkte, "keine Wirksamkeit entfaltete." [3] Wenn er aber eine solche Staatseinrichtung "merkwürdig" nennt, so ist dies ein unangebrachter Euphemismus. Sogar der langjährige bayrische Bundesratsbevollmächtigte, Graf Hugo von Lerchenfeld-Köfering, erkannte deutlich die

1) So Heffter 469 und an dreißig weiteren Stellen; ebenso Gagliardi: Bismarcks Entlassung 2 (1941)236 und an neun weiteren Stellen

2) RT 1874/75 1:484; Maria Poll: Ed. Jörg (1936)117 f. bringt diese wichtige Initiative kommentarlos (!); vgl. Deuerlein 70-91

3) Braun 64

Kehrseite dieser Konzession - die darauf berechnet war, Bayern in den preußischen Staatsbau durch eine nach außen glänzende aber politisch bedeutungslose Funktion einzugliedern, damit es diesem auf Gedeih und Verderben verbunden wäre - wenn er zu folgendem Urteil kam: "Auch der Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat nicht die Bedeutung erlangt, die sein Schöpfer Graf Bray, ihm zugedacht hatte. Er ist, solange Bismarck im Amte geblieben ist, nur zweimal zusammengetreten, hat auch später nur selten getagt, also ein Scheindasein geführt. Dennoch hat zu ihrer Zeit diese Konzession die Verständigung erleichtert." [1] Ebenso konnte der Freiherr von Mittnacht, ein erfahrener württembergischer Staatsmann, der zeitlebens in einem freundschaftlichen Verhältnis zu Bismarck stand, bei diesem - als er 1875 zusammen mit seinen sächsischen und bayrischen Kollegen eine Reaktivierung des Auswärtigen Ausschußes erreichen wollte - keine Unterstützung finden. [2] Am 6. Juni 1875 schrieb Bismarck in einem Brief an Mittnacht über jenen Ausschuß: "er sei eine bei allseitiger Richtigstellung seiner Beziehungen zur Reichsgewalt und seiner Zusammensetzung im hohen Grade nützliche Institution." Diesen Brief hatte Bismarck also nur ein halbes Jahr danach geschrieben, als er sich im Reichstag (4.12.1874) gegenüber Jörg unverhüllt aussprach. Daher lautete auch Mittnachts Urteil: dieser Ausschuß spielte keine Rolle und wird auch voraussichtlich keine spielen. [3] Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn sogar Paul Laband, das Haupt der positivistischen Staatslehre in Deutschland, zu dem gleichen Ergebnis kommt: "Eine ganz anomale Gestalt hat der durch Art. 8 Abs. 3 der RV geschaffene (achte) Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten. Er besteht aus den Bevollmächtigten Bayerns, Sachsens und Württembergs und zweier vom Bundesrat zu wählender Staaten; den Vorsitz führt Bayern. Der Ausschuß hat nichts zu tun mit den Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten, der Instruierung der diplomatischen Geschäftsträger, dem Abschluß internationaler Verträge, sondern er ist nur dazu da, um Mitteilungen über die auswärtigen Beziehungen des Reichs zu empfangen und die Ansichten der Regierungen über diese Mitteilungen auszutauschen. Dadurch erklärt es sich, daß Preußen in diesem Ausschuß, und zwar nur in diesem, nicht vertreten ist." [4]

---

1) Lerchenfeld 74

2) Mittnacht 30-38; vgl. Deuerlein 70-91

3) Mittnacht 42

4) Wörterbuch des Staats- und Verwaltungsrechtes 1 (1911) 536

Zutreffend kann heute ein bekannter Staatsrechtslehrer [1] über den 'Föderalismus' des Bismarckreiches sagen: "Hinter der Fassade der Gleichberechtigung der Länder war das Reich in Wahrheit ein großes Preußen."

Die Art wie Bismarck in dieser hochwichtigen Angelegenheit den Reichstag behandelte, entsprach dem Verfahren, mit dem er 1880 ein bayrisches Bundesratsmitglied, v. Rudhardt, behandelte [2], als es um den teilweisen Anschluß des Hamburger Freihafengebiets gegen den Willen des Bundesmitglieds Hamburg ging. Auf Weisung der bayrischen Regierung hatte auch v. Rudhardt im Bundesrat dafür gestimmt, den Antrag Hamburgs im Verfassungsausschuß dieser Körperschaft zu prüfen. Daraufhin zwang Bismarck v. Rudhardt, der auf einer Abendgesellschaft sein Gast war, mit unglaublicher Taktlosigkeit sie zu verlassen und seine Mitgliedschaft im Bundesrat aufzugeben. Ähnlich war es einem anderen bayrischen Bundesratsbevollmächtigten, dem Grafen Perglas 1877 [3] ergangen, einem "harmlosen Menschen", wie Stauffenberg Bamberger aus direkter Quelle erzählte [4], den Bismarck vertrieben hatte, "weil er sich einbildet, er gehöre zum Lager der Kaiserin." Dies hat Bismarck nach Stauffenberg "durch direkte Korrespondenz mit dem König zu Wege gebracht, ohne daß die bayrischen Minister gefragt wurden." Dieser Tatsache rühmte sich Bismarck gegenüber Lucius [5], wobei er aber als Gründe für seine Handlungsweise nicht die von Stauffenberg angegebenen, die den Sachverhalt wohl richtig wiedergeben, angab, sondern vielmehr behauptete, dies sei wegen des Auftretens von Perglas geschehen, der täte, als ob er ein Vertreter einer auswärtigen Großmacht wäre, und auch weil er im Mittelpunkt des Klatsches der fremden Botschafter gestanden hätte, ähnlich herabsetzend sprach er sich schon im August 1875 über den bayrischen Diplomaten Mittnacht gegenüber aus. [6] Unter der Regentschaft Luitpolds hätte sich Bismarck so etwas nicht herausgenommen, aber er wußte, daß von dem unglücklichen Ludwig II. kein ernsthafter Widerstand zu befürchten war. So hat denn der Bundesrat weder auf außenpolitischem noch auf innerpolitischem Felde auf wichtige Entscheidungen weder vor 1890 noch, was die

---

1) Th. Maunz: Der Bundesrat in Vergangenheit und Gegenwart in: HJb 74 (1955) 547

2) Eyck 3:308

3) Vgl. über ihn F. Herre in HJb 74 (1955) 532-545

4) TB 323

5) Lucius 112; vgl. TB 529 u. Deuerlein 90 A. 342

6) Mittnacht 55

sachlogische Folge sein mußte, nachher wesentlichen Einfluß gehabt - eine Tatsache, die bisher kaum beachtet wurde. Der schweizer Historiker Werner Gabriel Zimmermann, der zwar den Ausfall der bayrischen Gegenwirkung im Bundesrat bedauerte, überschätzte doch gewaltig die Gefahr des Mißbrauchs des Ausschußvorsitzes, wenn er einen erst 1916 von alldeutscher Seite unternommenen Versuch, den, wie er selbst aufzeigte, Ludwig III. abgewiesen hatte, entlastend heranzieht.[1] Er widerlegte dadurch nicht, die von Bismarck unverhüllt ausgesprochene und von Lerchenfeld, Mittnacht, Laband und Braun richtig erkannte Wirksamkeit dieses Ausschußes, die eben in seiner Unwirksamkeit bestand. Vielmehr sagte mit Recht Herbert von Hindenburg [2]: "Hätte der auswärtige Ausschuß des Bundesrates mit Lerchenfeld als Vorsitzenden 1914 funktioniert, so hätte dieser aus seiner besseren Kenntnis der österreichischen Lage nicht carte blanche gegen Serbien unter Ignorierung Italiens zugelassen." Als in den Tagen des Zusammenbruchs der demokratische Vizekanzler v. Payer (Okt. 1918) dem Bundesrat mitteilte, daß die deutsche Armee geschlagen sei und um Waffenstillstand bitten müsse, hatte dieser Bundesratsausschuß keine Gelegenheit mehr, die Ansichten der verbündeten Regierungen über diese Mitteilungen auszutauschen - was ja vorher auch nie geschehen war.[3]

"Im Neuen Reich" (1871-81), wie sich Gustav Freytags für die damaligen Bildungsschichten bestimmte Zeitschrift nannte, stiegen auch Stauffenberg vor 1880 solche Bedenken noch nicht auf, welche die Stabilität des von Bismarck durch Blut und Eisen zustandegekommenen Großpreußen als deutsches Reich bei so manchen Zeitgenossen, bei Julius v. Eckardt, Const. Frantz, Jak. Burckhardt (an Preen 23.12.1871) und Gervinus erregte. Wir müssen Stauffenberg aber recht geben, daß damals für Bayern kein anderer Weg übrig blieb als der Anschluß an Preußen. "Das Deutsche Reich ist perfekt", so sagte er in jener Rede vom 16. Januar 1871 im Landtag, "ob wir heute, morgen oder übermorgen Ja oder Nein sagen... das deutsche Reich als solches wird proklamiert werden, es wird mit oder ohne uns ins Leben treten." In der entscheidenden Abstimmung vom 21. Januar 1871 stimmte Stauffenberg für die

---

1) Zimmermann 23 ff., 176; Zimmermann scheint wohl nicht mehr so hoch die institutionellen Einflußmöglichkeiten der Bundesstaaten auf die Reichspolitik einzuschätzen, wenn er, in der Neuen Zürcher Zeitung Nr. 249 (9.9.1956) Blatt 8, von einer 1871 "verfassungsmäßig verankerten Hegemonie Preußens" spricht.

2) Am Rande (1938) 184

3) Vgl. das zusammenfassende Urteil bei Deuerlein 207-230

Annahme der Verträge. Mit dieser "bayrischen Kapitulation von Sedan", sagte Jörg, die eigentlich schon 1866 begonnen hatte, ist der letzte Bundesstaat der Übermacht Preußens erlegen. Stauffenberg dagegen sah in der Gründung des kleindeutschen Reichs, wie er es am 14. Februar 1871 in seiner Münchner Rede öffentlich erklärte," vielleicht den größten Moment, den wir bis jetzt erlebt haben." [1)]

Aber Stauffenbergs Zukunftshoffnung auf ein freiheitliches Deutschland mit freiheitlichen Institutionen, womit er jene Rede vom 16.1.1871 schloß, blieb ein Traum. "Mit diesen Bündnisverträgen, so sagte er, "ist es möglich, jenen Zustand der Freiheit zu erringen, der ihm (= Deutschland) gebührt... ich glaube, wenn wir ein Parlament haben, in dem sich die Stimmen der gesamten Nation frei und offen aussprechen können, werden wir jene Rechte erringen, die uns gebühren, wenn wir selbst etwas taugen; jedes Volk wird so regiert, wie es schließlich regiert (= wie es verdient)."

Und am 14.2.1871[2)] sprach er in der nämlichen Münchner Rede nochmals die Hoffnung aus auf ein freiheitliches Deutschland, dessen Mission nur eine friedliche sein könne; das geeinigte Vaterland müsse "ein Reich des Friedens und der Freiheit" werden, in dem "die Ideen der Freiheit herrschen"; denn die Aufgabe, die es zu erfüllen habe, so schrieb er in seinem Brief an die Wähler vom 30. Januar 1871 könne "nur eine friedliche" sein.[3)]

Jedoch das deutsche Kaiserreich hat den ihm von Bismarck bei seiner Gründung aufgedrückten militärstaatlichen Charakter bis zu seinem Untergang beibehalten. So klingt es daher schon recht pessimistisch, wenn Stauffenberg bereits am 28. Januar 1880 den damals möglichen Reichsparlamentarismus "eine große Lüge" nennt.[4)]

---

1) MNN Nr. 49 (18.2.1871) ex 14.2.1871
2) MNN Nr. 49 (18.2.1871) ex 14.1.1871
3) AZ Nr. 32 (1.2.1871) ex 30.1.1871 u. MNN Nr. 32 (1.2.1871) ex 31.1.1871
4) DL 2:291

IV) STAUFFENBERGS STELLUNG IN DER REICHSPOLITIK (1871-1893)

Durch die am 21. Januar 1871 erfolgte Zustimmung des Bayrischen Landtags zu den Versailler Verträgen gehörte Bayern dem Deutschen Reich an und hatte daher an den auf den 3. März des gleichen Jahres angesetzten Wahlen teilzunehmen. Im Januar und Februar nominierten deshalb die Parteien ihre Kandidaten. Am 25. Januar erschien in der Allgemeinen Zeitung, mit Datum vom 23. des Monats, folgender Hinweis: "Eine große Anzahl einflußreicher Bürger (teils Mitglieder der Fortschrittspartei und der ehemaligen liberalen Mittelpartei) beabsichtigt, den Freiherrn von Stauffenberg als Candidaten zur Reichstagswahl ihren Parteigenossen vorzuschlagen." [1] Einen Tag später brachten die Münchner Neuesten Nachrichten dieselbe Notiz, wobei diese Kandidatur ihren Beifall fand. "Herr v. Stauffenberg hat seit einer Reihe von Jahren, " so schrieben sie, "für die Einigung Deutschlands und die freiheitliche Entwicklung unseres engeren Vaterlandes in der bayer. Kammer der Abgeordneten in einer Weise gewirkt, welche die beste Sicherheit dafür bietet, daß er sich auch im deutschen Reichstage als ein treuer Wächter der Einheit, als ein muthiger Verteidiger für die Freiheit erweisen wird." [2] Stauffenberg erhielt darauf folgenden, von Staatsbürgern aus allen Ständen unterzeichneten Brief: "Die Ausdauer, Intelligenz und Charakterfestigkeit mit welcher Sie , hochgeehrter Herr, seit einer Reihe von Jahren für die Einigung Deutschlands in der bayer. Kammer der Abgeordneten und außerhalb derselben mit so vielem Erfolge wirkten, veranlaßt uns an Sie die Frage zu richten: ob Sie uns gestatten wollen, Sie als Candidaten zur Wahl in den deutschen Reichstag unseren Gesinnungsgenossen für den Wahlkreis München I vorzuschlagen. Fest überzeugt, daß Sie sich auch im Reichstag als treuen Wächter der Einheit und muthigen Kämpfer für die Freiheit Deutschlands bewähren werden, richten wir gleichwohl an Sie die ergebene Bitte, in Ihrer Antwort uns ihre Anschauung über die Aufgaben des Reichstages und über Ihre eigene Wirksamkeit in demselben gütigst mitzuteilen." [3] Hierauf antwortete Stauffenberg: "Der Vertreter Münchens im ersten Parlament des deutschen Reiches zu sein, ist eine so ehrenvolle Aufgabe, daß ich Ihren Antrag als die schönste und größte Belohnung politischer Tätigkeit betrachten darf. Aber auch die Verantwortlichkeit und Schwierigkeit der neuen Stellung ist eine ungewöhnliche.

---

1) AZ Nr. 25 (25.1.1871)

2) MNN Nr. 26 (26.1.1871)

3) Wortlaut in AZ Nr.32 (1.2.1871) ex 30.1.1871 und MNN Nr. 32 (1.2.1871) ex 31.1.1871

Wir stehen ganz neuen Verhältnissen gegenüber. Die Verfassung, welche zunächst auf den beschränkten Kreis des Nordbundes berechnet war, ist nun die Verfassung des deutschen Reiches geworden; die mannigfachen schon oft berührten Mängel derselben werden teils verdoppelt, teils in anderer Richtung empfunden werden - ich würde es aber für unmöglich halten, sie jetzt schon in ein detailliertes Programm zusammenzufassen, das gewissermaßen als Plan für den künftigen Ausbau zu dienen hätte; die Erfahrungen der nächsten Jahre scheinen mir unbedingt hierzu erforderlich zu sein.

Die Bemühungen des früheren norddt. Reichstags werden wohl in zwei Richtungen neu aufgenommen werden - Einführung verantwortlicher Bundesminister und Bekämpfung der Diätenlosigkeit.[1] In beiden Richtungen würde ich mitwirken, obwohl ich auf Diätenlosigkeit nicht das übermäßige Gewicht lege, und sie mehr als den bisherigen Gewohnheiten des deutschen Volkes widersprechend beseitigt wünschte.

Die Bestimmungen über das Budgetrecht des Reichstags werden ihre erste Probe bei dem neuen Kriegsbudget zu bestehen haben. Die Aufgabe der Abgeordneten wird, nach meiner Auffassung, hier sein,die deutsche Wehrkraft ungebrochen zu erhalten bis der Friede gesichert ist; dann hat aber unabweislich der Ausgleich mit den Anforderungen einer gesunden Volkswirtschaft einzutreten; die Mission des geeinigten Deutschlands kann nur eine friedliche sein.[2]

Die Gesetzgebung des Bundes wird unter anderem zunächst das Preß- und das Vereinswesen ordnen; die Grundsätze, die mir hierin unbedingt maßgebend sind, habe ich mit politischen Freunden durch Anträge beim letzten bayer. Landtage dargelegt; sie gehen sämtlich auf eine freiere Entwicklung, als bisher die bayer. Gesetzgebung gestattete.

Es versteht sich, daß ich jeden Augenblick bereit bin, diese flüchtig hingeworfenen Zeilen mündlich näher auszuführen und zu ergänzen. Das Entscheidende wird aber wohl bei dieser Wahl sein, ob die Wähler in dem politischen Vorleben des Candidaten hinreichende Momente zu dem Vertrauen finden, daß er seine Mission im rechten Geiste ausführe; und dieser Geist soll der Geist der Freiheit sein, mit dem wir jetzt den Bau der deutschen Einheit zu erfüllen haben.

---

1) Von den MNN in Sperrdruck gesetzt
2) Von den MNN in Sperrdruck gesetzt

Glauben die Wähler Münchens dem Unterzeichneten dieses Vertrauen schenken zu können, so würde er für seine heiligste Pflicht halten es zu verdienen."

Die Münchner Neuesten Nachrichten konnten daher am 11. Februar 1871 berichten [1], daß Stauffenbergs Kandidatur in München auf ungeteilten Beifall stoße. Nach Darstellung seiner bisherigen politischen Tätigkeit, rühmen sie sein "reiches Wissen" und seine "glänzende Rednergabe", welche jene mit "vielseitigen Talenten" ausgestattete, "liebenswürdige Persönlichkeit" auszeichnen. Auch der Pfälzer Nationalliberale Ludwig Andreas Jordan schrieb am 4.2.1871 an Marquardsen: "Die Kandidatur Stauffenbergs in München hat mich mit großer Freude erfüllt. Ich gönne dem wackern Mann, dem hoffentlich noch eine einflußreiche Stellung zufällt, so recht von Herzen jede Auszeichnung." [2] Auf der am 14. Februar abgehaltenen Versammlung der Fortschrittspartei in München wird seine Kandidatur einstimmig gebilligt. [3] Dort hielt Stauffenberg am gleichen Tag seine Kandidatenrede [4], worin er folgendes ausführte: Die Gründung des Reichs ist "vielleicht der größte Moment, den wir bis jetzt erlebten." Dieses Reich müsse aber ein solches werden, das den Frieden und die Freiheit achte. Wenngleich uns bei der Verwirklichung dieser Ziele manche Enttäuschungen nicht erspart bleiben werden, so gelte es doch "die Begeisterung für die Einheit des Reichs" zu erhalten. Deshalb habe der Abgeordnete die Aufgabe, die Entwicklung des Reichs zu einem solchen Staate zu vertreten, in dem "die Ideen der Freiheit herrschen", aber ebenso müsse er "unverrückt an der Idee der deutschen Einheit festhalten." Diesem Bekenntnis zu einem Reichsaufbau in Freiheit und Frieden fügte er noch das persönliche hinzu: er sei politisch "niemals rückwärts gegangen" und er werde es "auch künftig nicht tun; meine persönliche Stellung... ist so, daß ich nach oben wie nach unten unabhängig bin, ich habe auf nichts Rücksicht zu nehmen als auf die Sache, die ich vertrete, die Sache des Vaterlands."

Jedem Partikularismus, der die "Zerbröckelung des Reichs beabsichtige", werde er entgegen treten ebenso wie jedem Zentralismus; denn "das deutsche Reich kann nur lebenskräftig und glücklich bestehen, wenn die einzelnen Staaten und Stämme sich glücklich fühlen... Ein zentralisierter Einheitsstaat ist ein Unglück für die Nation."

---

1) MNN Nr. 43 (12.2.1871)

2) DL 2:8

3) MNN Nr. 47 (16.2.1871) ex 14.2.1871

4) Wortlaut der Rede Stauffenbergs am 14.2.1871 in MNN Nr.49 (18.2.1871), fortgesetzt in Nr.50(19.2.1871), Nr. 52 (21.2.1871) und Nr.53 (22.2.1871)

Als erfahrener Politiker erkannte Stauffenberg in jener Rede auch, daß ein detailliertes Programm noch nicht aufzustellen sei, da man, wie er sagte, den Verlauf der Entwicklung noch nicht voraussehen könne. Hellsichtig wie er war, forderte er schon hier, mit der Lösung der sozialen Frage zu beginnen, in der er eine große Zukunftsfrage erblickte, "vor der vielleicht in nicht allzu ferner Zeit alle politischen Fragen erblassen werden"; er billigte auch die von ihm als "segensreich" bezeichnete Einrichtung der Fabrikinspektoren, wobei er das englische Vorbild lobte. Jedoch eine Lösung der sozialen Frage könne nicht "mit einem Schlage" erfolgen; sie werde erst nach "langem mühseligen Ringen mit langjährigen Vorurteilen, mit einer tausendjährigen Entwicklung" erreicht werden; würde aber ein Abgeordneter eine sofortige Verwirklichung einer so "großartigen Verbesserung" versprechen, beginge er nach Stauffenbergs Überzeugung "eine große Gewissenlosigkeit; denn er würde Hoffnungen erwecken, die zu realisieren, gar nicht in seiner Macht läge."

Ausführlich behandelte Stauffenberg auch die Organisation der deutschen Wehrkraft. Hierbei griff er seinen im Bayrischen Landtag schon vertretenen Gedanken einer Senkung der Präsenzzeit - am 12. Februar 1867 - wieder auf (vgl. S. 27). Es seien "alle jene Erleichterungen durchzuführen", so führte er aus, "die mit den Anforderungen einer gesunden Volkswirtschaft unzertrennlich sind." Daher hielt er auch eine dreijährige Wehrpflicht, wie sie im Reich festgelegt wurde, für viel zu lang, vielmehr genüge auch hier die in Bayern übliche von zwei, bzw. eineinhalb Jahren durchaus.

Kurz streifte er Verfassungsfragen, so den Art. 78 der Reichsverfassung (Kompetenzerweiterung) und befürwortete die Einführung der Ministerverantwortlichkeit im Reich. In der Frage der Annexion Elsaß-Lothringens forderte er die Eingliederung dieser Gebiete als ungeteiltes Reichsland.

Ähnlich wie in seinem offenen Brief vom Januar 1871 (vgl. S. 8), bekämpfte er ebenfalls die Diätenlosigkeit; denn diese sei ungerecht, da sie nur Wohlhabenden eine politische Tätigkeit ermögliche, während sie die weniger Begüterten von Parteigeldern und Zuwendungen aus dem Wahlkreis abhängig mache. Auf keinen Fall ist es aber angebracht, im Reichstag "große und glänzende Reden zu halten", sondern "die Aufgabe wird in nüchterner und sorgfältiger Arbeit zu bestehen haben." Seine Rede schloß er mit dem Wunsche ab: das Verhältnis zwischen den Volksvertretern und ihren Wählern solle sich enger als bisher gestalten, was sich darin zu äußern habe, daß der Wahlkreis durch notwendige Mitteilungen seinen Abgeordneten bei der Arbeit unterstütze.

Am 3. März 1871 wird Stauffenberg in München I bereits im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit gewählt; auf ihn fallen 8418 Stimmen, während seine Gegenkandidaten, nämlich der des Zentrums nur 1881 und der gemeinsame der Demokraten und Sozialdemokraten gar nur 773 aufweisen.

Im Reichstag schloß sich Stauffenberg der Nationalliberalen Partei an. Diese Partei zählte in den siebziger Jahren so glänzende Namen wie Bennigsen, Miquel, Lasker, Bamberger und Forckenbeck zu den Ihrigen. Stauffenberg gehörte nach Oncken [1] zu "den" Führern der Nationalliberalen. Die Nationalliberale Partei versuchte Bismarck, der ihren Wunsch nach deutscher Einheit erfüllt hatte, in seiner nationalen Politik zu unterstützen, ohne aber den Liberalismus in Verfassung, Gesellschaft und Wirtschaft aufzugeben. So forderte schon die Gründungsurkunde zur "Wachsamkeit über die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes auf, von denen keines aufgegeben und keines verkürzt werden dürfe." [2] Dieses nie ganz von Spannungen freie Bündnis mit Bismarck hat bis 1879 gehalten. Es ist naturgemäß besonders schwer für eine Partei, die eine individualistische Weltanschauung vertritt, eine solche ist nun einmal der Liberalismus, eine einheitliche Linie zu halten, ohne die Geschlossenheit nach außen zu gefährden und ohne Grundsätze über Bord zu werfen. Durch seine nie ermüdende Liebenswürdigkeit wurde Stauffenberg in der Partei der gegebene Vermittler, um Gegensätze auszugleichen und zwischen widerstreitenden Richtungen zu vermitteln. Dieser Aufgabe unterzog er sich mit Geschick, ohne aber seine grundsätzliche Haltung aufzugeben, was allgemeine Anerkennung fand. Dies bestätigten u.a. Theodor Barth [3] und Ludwig Bamberger, der am 13.8.1878 Stauffenberg versicherte: "Die Vermittlung, welche Sie zwischen Lasker und Bennigsen zu bilden haben, um die beiden Pole unserer Partei in sympathischer Verbindung zu erhalten, kann kein anderer übernehmen." [4]

Wenngleich die von Lasker (4.3.1871) befürchtete Absonderung der bayrischen Liberalen in einer "eigenen Landsmannschaft" nicht eintrat [5], so gelang es doch nicht, alle bayrischen liberalen Reichstagsmitglieder in eine der bestehenden liberalen Parteien gemeinsam hineinzuführen. Die Spaltung des norddeutschen Liberalismus - auch ein Ergebnis des preußischen Waffenerfolgs von Königgrätz - griff auch nach Bayern über, insofern neben einer Mehrheit, die den Nationalliberalen sich anschloß, eine Minderheit der

1) Oncken 2:248
2) Eyck 3:67
3) Barth 45
4) DL 2:216
5) DL 2:11 f. an Stauffenberg

Fortschrittspartei und der neugegründeten Liberalen Reichspartei beitrat.

August 1867 war es zum ersten Zusammentreffen der süddeutschen Liberalen, an dem auch Stauffenberg teilnahm, in Stuttgart gekommen. [1] Bei der erneuten Zusammenkunft in Karlsruhe, Januar 1870, konnte kein gemeinsames politisches Handeln der süddeutschen mit den norddeutschen Liberalen erreicht werden; erst am 3. April 1870 trat zu diesem Zweck ein Neuneraus-schuß in Stuttgart zusammen, dem auch Stauffenberg angehörte. [2] Die offizielle Vereinigung der süddeutschen und norddeutschen Liberalen wurde am 1. Mai 1870 bekannt gegeben, aber ohne bayrische Beteiligung; noch im Juni 1870 kam es dazu nicht, wie Stauffenberg Hölder (9. und 17. Juni 1871) berichtet hatte. [3] Das Bestehen mehrerer liberaler Parteien schwächte natürlich die Stoßkraft des Liberalismus, wie es Stauffenberg schon am 26.8.1871 in einem Brief an Marquardsen ausgesprochen hatte. [4] Aber dies wurde von den meisten liberalen Politikern erst eingesehen, als es zu spät war, und Zentrum und Sozialdemokratie zu inponierender Stärke angewachsen waren. Als 1873 eine Pressepolemik zwischen fortschrittlichen und nationalliberalen Blättern in Bayern ausgebrochen war und drohte, in die Parteiverhältnisse hineinzuwirken, wandte sich Stauffenberg gegen diesen selbstmörderischen Bruderzwist, der nur die Schlagkraft des Liberalismus hemme, seine Spaltung vertiefe und doch nur dessen politischen Gegnern zu gute komme, besonders in Bayern hielt er ein gemeinschaftliches Vorgehen aller Liberalen für unbedingt notwendig, da hier eine Parteischeidung nur der Sache schaden würde und den partikularistischen Kräften neuen Auftrieb gäbe. [5] Und am 4. Januar 1877 stellte er programmatisch in München die Forderung nach der Einheit des Liberalismus auf: "Nur eine große liberale Partei kann die Reichspolitik tragen und bestimmen, nur in unserer Einheit sind wir mächtig." [6] Am 4. November 1881 setzt er sich in einem Brief an Lasker für eine "Vereinigte Linke" ein, bestehend aus allen liberalen Parteien; vergeblich drängte er auf energisches Handeln in dieser Hinsicht. [7]

---

1) Aug. Reyscher: Erinn. (1884) 278 f.; Ed. Wilh. Meyer: Aus der Gesch. d. nat. lib. Partei 1868-71 (Meineckefestschr.) (1922) 137

2) Meyer a.a.O. 138 f., 141

3) Nachlaß Hölder: cod. hist. fol. 880 fasc. XIII Nr. 158 u. 171

4) DL 2:25

5) DL 2:84 ff. (16.7.1873); 2:86 ff. (23.7.1873); vgl. 2:19 f. Anm. 2 (3.7.1871) und 2:25 (26.8.1871)

6) MNN Nr. 9 (9.1.1877)

7) DL 2:386

In diesem Sinne wird er auch bei Leopold Sonnemann, dem Führer der Süddeutschen Volkspartei, im gleichen Monat sondiert haben, wie ein im Nachlaß-Stauffenberg vorhanden gewesener Brief Sonnemanns vermuten läßt. [1]

Die große Liberale Partei ist aber für immer ein Traum geblieben.

Stauffenberg griff gleich bedeutsam ein in eine der ersten Reichstagsberatungen von erheblicher Bedeutung, der über die Grundrechte der Reichsverfassung (1.,3.,4. April 1871). Das Zentrum hatte durch Peter Reichensperger einen Verbesserungsantrag zum Gesetzenentwurf betr. die Verfassung des Deutschen Reichs [2] zusammen mit einem Zusatzantrag von Leopold Sonnemann (Süddeutsche Demokratische Volkspartei), Fischer (Göttingen) und Genossen eingebracht. Man verlangte hinter Art. 1 einen Zusatz = Art. 2 bis 7, der in Art. 7 bestimmen sollte: jede Religionsgesellschaft "verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig." Als Vorbild galt die Preußische Verfassung, Art. 12 bis 18. Nun wurde auch von Liberalen das Fehlen von Grundrechten in der Reichsverfassung, die darin der Verfassung des Norddeutschen Bundes gleichen sollte, beklagt. [3] Aber es war wenig geschickt, in diesem Augenblick damit den ganzen ausgedehnten und infolge des bundesstaatlichen Aufbaus so verschiedenartige Materie aufrollenden Fragenbereich "Staat und Kirche" anzugreifen. Stauffenberg bemühte sich, wie er betonte (4. April 1871), [4] darzutun, daß seine Partei eben nur "nicht in diesem Augenblick" und nicht in der beantragten Form an eine Ordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche herantreten wolle. Das geltende bayrische Staatskirchenrecht schrieb u.a. für die Errichtung geistlicher Genossenschaften und Klöster die landesherrliche Genehmigung vor. Schon diese Sachlage, dann jene, die religiöse Kindererziehung regelnden bayrischen Bestimmungen konnten, so führte er aus [5], doch nicht unvermittelt aufgehoben werden, ohne geradezu chaotische Verhältnisse hervorzurufen. Über das in Bayern geltende Placetum regium könne man freilich

---

1) Nachlaßverzeichnis Nr. 57; der während des Kriegs ins Stadtarchiv Frankfurt gelangte Nachlaß Sonnemann hat den Zusammenbruch nicht überdauert (freundl. Mitt. von Herrn Rolf Weber)

2) RT Anlagenband 3 (1871) 62 f. = Anlage Nr. 12

3) Alfred Stern: Geschichte Europas 10(1924) 527

4) RT 19:139

5) RT 19:140

streiten. Aber man dürfe aus dem zentrumsseitig zur Begründung des Grundrechteantrags angeführten Umstand, daß jetzt das Vereins- und Versammlungsrecht reichsrechtlich geregelt werde, nicht schließen, daß dies auch mit der ganzen Kultusgesetzgebung geschehen müsse. Zwar irrte mit manchen anderen politisch Einsichtigen in der Zeit unmittelbar nach der Infallibilitätserklärung (Gladstone, Chlodwig Hohenlohe, Roggenbach) auch Stauffenberg mit seiner Annahme, es sei ein Riß in die Kirche gekommen. Aber auch den Optimismus, mit dem Reichensperger meinte, die preußische Kirchenpolitik nach 1815 verbürge, daß "bei gutem Willen auf beiden Seiten" - der Staatsregierung und der Repräsentanten der Kirche - solche Schreckbilder, wie Stauffenberg sie infolge einer reichsrechtlichen Regelung des Kultusgebietes voraussage, verschwinden würden - diesen Optimismus sollte der Kulturkampf in Kürze widerlegen.

Nun hatten einige Fortschrittler unter Führung Leopold Sonnemanns den Zentrumsantrag unter der Bedingung unterstützt, daß in ihn die Forderung hineingebracht würde, Pressevergehen den Schwurgerichten zu überweisen und das Vereins- und Versammlungsrecht einzuführen, das die Frankfurter Reichsverfassung enthalten hatte. Daraufhin beschwor der konservative Abgeordnete Graf v. Frankenberg das Zentrum, sich doch nicht mit Sonnemann und Genossen zu kompromittieren, wenn es mit jenen gemeinsam Opposition mache. Dies veranlaßte seitens Windthorsts den ironischen Zwischenruf: "Das ist ja schrecklich!" Eine parlamentarisch aktivierbare Affinität zwischen Zentrum und Konservativen bestand also nicht, um so weniger, als die Konservativen sonst gewiß einen geeigneteren Redner vorgeschickt hätten als diesen Abgeordneten v. Frankenberg, der dem Zentrum riet, einen Deutschen auf den päpstlichen Thron zu bringen. "Wenn deutscher Geist und deutsche Frömmigkeit in den Vatikan einziehen, werden wir die Lösung der römischen Frage haben." Er bekam es fertig, die Mahnung Attinghausens an Rudenz (2. Akt 1. Szene), die mit "Ans Vaterland, ans teure..." beginnt, unter Fälschung des Verses 925 zu zitieren, nämlich so:

"Dort in der römischen Welt stehest du allein."

Da nur "Lebhaftes Bravo!" darauf ertönte, scheint niemand diese Umdichtung bemerkt zu haben. Auf dieses Kuriosum war deshalb einzugehen, weil der von Stauffenberg vertretenen und auch erreichten Ablehnung des Zentrumsantrages eine Bedeutung beigemessen worden ist, die sie nicht hatte. Es habe, wird behauptet, [1] hier die Gefahr einer antiliberalen Regierungspolitik, auf

1) Stoltenberg 46

Grund eines Bündnisses von Altkonservativen und Zentrum, bestanden; diese Gefahr sei durch Stauffenbergs Eingreifen abgewendet worden. Aber die Erfolge des Zentrums bei den Nachwahlen im Sommer und Herbst 1871, auf die dabei verwiesen wird, wären sicher ohnehin erreicht worden. Die Ungeschicklichkeiten, mit denen Nationalliberale die Altkatholiken unterstützen wollten und nur das Gegenteil ihrer Absicht erreichten, hat Stauffenberg schwerlich gutgeheißen; es spricht nichts dafür, daß er zu der - wohl von Treitschke und ihm Gesinnungsverwandten getragenen - präsumtiven Kulturkampfstimmung [1] dieser Monate beigetragen hat, mit welcher der Nationalliberalismus zu seinem eigenen Schaden seine eignen Grundsätze verleugnen und Fortschritte liberaler Verwaltungsreform zu hemmen begann. Die Geschichtsschreibung [2] urteilt hierüber nicht anders als es ein prominenter Liberaler wie Geffcken [3] schon 1875 tat. Es mag übrigens auch im Zentrum selber ein so kluger Politiker wie Windthorst Bedenken gehabt haben, in ein so weitgehendes Fragengebiet, wie das des Verhälnisses von Staat und Kirche, durch einen so summarischen Artikel wie den von seiner Partei beantragten, hineinzugreifen, wenn es deshalb auch wohl nicht [4] zwischen ihm und v. Ketteler zu einem Konflikt gekommen ist.

In den stundenlangen wechselseitigen Polemiken erhitzte sich die parlamentarische Atmosphäre, aber die sachliche Analyse Stauffenbergs, die den Widerspruch des Zentrumsantrags zum geltenden bayrischen Kirchenrecht ausführlich nachwies, hat gewiß dazu beigetragen, daß gemäß einem Antrag Schulze-Delitsch und Genossen über den Antrag Reichensperger nebst Zusatzantrag Sonnemann und Genossen mit 223 gegen 59 Stimmen am 4. April 1871 zur Tagesordnung übergegangen wurde. [5] Stauffenberg hatte mit "unerbittlicher Schärfe" [6] nachgewiesen, daß durch dieses Vorgehen nur Zwietracht geschaffen, nicht beseitigt werden konnte und "daß es erst nach redaktioneller Feststellung des geltenden Verfassungsrechts Aufgabe des Reichstags sein könne, aber auch sein werde, den Ausbau der Reichsverfassung in freiheitlicher Richtung in Angriff zu nehmen." Aber Stauffenberg hatte durch sein Eingreifen auch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, wie sehr

1) Eyck 3:86
2) Heffter 572 und Stoltenberg 195
3) Staat und Kirche 672
4) Bachem 3:200-205
5) RT 19:154
6) Böttcher 120

ihm, dem anerkannten Führer des bayrischen Liberalismus, daran lag, auf dem hochwichtigen Lebensgebiet des Kultuswesens die föderalistisch zu garantierenden Hoheitsrechte seines nunmehr mit dem Deutschen Reich Bismarcks verbündeten Bayrischen Staats zu wahren.

Daß Stauffenberg der Vorwurf, er habe je bayrischen Partikularismus dem Reichsinteresse vorgehen lassen, nicht traf, bewies sein Eintreten für ein Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch. In seiner Rede vom 9. November 1871 betonte er im Reichstag: [1] "Die Gegensätze, die sich in Preußen zwischen Rheinpreußen und den Bewohnern der östlichen Provinzen zeigen, haben wir gerade ebenso scharf ausgeprägt zwischen unserer altbayerischen Bevölkerung, der Rheinpfalz und unserer fränkischen Bevölkerung und zwischen den Rechtszuständen dieser Gegenden. Alle jene Gründe also ... welche man gegen die Einheit des bürgerlichen Rechts im deutschen Reiche anführt, alle diese kann man mit noch viel größerem Recht gegen die Einheit des bürgerlichen Rechtes in irgend einem größeren Einzelstaate ... anführen." Deshalb durfte er in einer minder wichtigen Sache (Maß- und Gewichtsordnung) für eine Clausula Bavarica eintreten. [2]

Stauffenberg unterstützte auch später alle Bestrebungen, die auf die Verwirklichung der Rechtseinheit hinzielten. Als 1877 die Errichtung eines Reichsgerichts zur Diskussion stand, sagte er in seiner Münchner Wahlrede vom 4. Januar 1877 [3], es müsse dieselbe hohe Stellung einnehmen wie die englischen Gerichtshöfe, und seine Aufgabe sei, "alle Auswüchse in der Rechtspflege zu beseitigen, welche der Engländer unfair und der Deutsche unanständig heißt." Und als am 24.3.1877 der Reichstag in 3. Lesung sich mit großer Mehrheit für Leipzig als Sitz des Reichsgerichts entschied [4], gehörte ihr auch Stauffenberg, zusammen mit Lasker und einigen Nationalliberalen, an; Treitschke und Gneist dagegen bezeichneten in den vorausgegangenen Debatten einen solchen außerhalb Berlins als Majorisierung Preußens und Beeinträchtigung der Reichsgewalt. Diesen Vorwürfen trat Stauffenberg vor der liberalen Wählerversammlung in München, am 26. Juni 1878 [5] entgegen: er glaube, durch sein nach "reiflicher Überlegung" abgegebenes Votum für Leipzig als Sitz des Reichsgerichts, habe er "die berechtigten Interessen des Reichs in keiner Weise geschädigt aber andererseits das Vertrauen zu dem neuen Reichsgerichte wesentlich gesteigert."

---

1) RT 22;220-222; vgl. Ernst Rohmer an Marquardsen (25.11.1871) DL 2;32
2) RT 22;373
3) MNN Nr. 7 & 8 (7.1.1871)
4) RT 44;344
5) MNN Nr. 179 (28.6.1878

Am 20. November 1871 beteiligte sich Stauffenberg an der Debatte über die Einführung des Kriegsdienstverpflichtungsgesetzes des Norddeutschen Bundes vom 9.11.1867 in Bayern. [1] Der Abgeordnete Greil hatte verlangt, daß für diese Einführung die Zustimmung des bayr. Ministeriums nach Art. 78 Abs. 2 der Reichsverfassung nicht ausreiche, sondern daß die Kammern zustimmen müßten. Das lehnte der bayrische Bundesratsbevollmächtigte Minister v. Lutz ab. [2] Er berief sich dabei auf den Vertrag, mit dem Bayern dem Deutschen Reich (23.11.1871) beitrat, der so lautete:
"Bayern behält zunächst seine Militärgesetzgebung nebst den dazu gehörigen Vollzugsinstruktionen, Verordnungen, Erläuterungen etc. bis zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung über die der Bundesgesetzgebung anheimfallenden Materien, resp. bis zur freien Verständigung bezüglich der Einführung der bereits vor dem Eintritt Bayerns in den Bund in dieser Hinsicht erlassenen Gesetze und sonstigen Bestimmungen." Greil hatte mit Recht ("zweifelhaft") darauf hingewiesen, daß hier ein unklar gelassener Kompetenzkonflikt - denn Kompetenzen kann man nicht als solche teilen - zwischen Bund und Gliedstaat vorliege, wenn es im Art. 78 Abs. 2 der Reichsverfassung trotzdem heiße:
"Diejenigen Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältnis zur Gesamtheit festgestellt sind, können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden." Diesen Widerspruch klärte v. Lutz nicht auf. Lasker behauptete, daß die Verfassung des Reichs dem Bundesvertrag vorgehe und daß der damalige Reichstag die Reichsverfassung nicht angenommen hätte, wenn die Zustimmung aller Kammermajoritäten nötig gewesen wäre, d.h. also, wie heute hinzuzufügen ist, wenn der Grundcharakter des Bismarckreichs wirklich föderalistisch gewesen wäre. Windthorst trat entgegen Lasker für Greils Antrag ein, daß die gesamten legislativen Faktoren Bayerns zustimmen müßten. Lasker rief: "O nein!" - so stand Ansicht gegen Ansicht in dieser Haupt- und Lebensfrage des Deutschen Reichs von 1871.

In diese, wie er hervorhob, aufregende Debatte griff Stauffenberg ein. Auch er ist sich sicher bewußt gewesen, daß Bayern im Bundesrat gegen die preußische Sperrminderheit des Art. 78 Abs. 1 der Reichsverfassung doch nichts würde ausrichten können. Trotzdem stellte er sich nicht, wie Heinrich Braun irrig [3] behauptete, mit den anderen bayrischen Abgeordneten - bis auf einen

1) RT 22:382 f.
2) RT 22:380
3) Braun 46

das bayrische Ersatzwesen für unberührt erklärenden Zusatz - hinter den Bundesratsbevollmächtigten v. Lutz; denn dieser lehnte ja bei der Lesung dieses Reichsgesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes (Kriegsverpflichtungsgesetz vom 9.11.1867) in Bayern [1] den von Stauffenberg, Marquard Barth und Carl Crämer gestellten Antrag ab. Obwohl dieses Amendement-Stauffenberg, die bayrischen Kammern für zuständig zu erklären, in der zweiten Lesung angenommen wurde, ist es in der dritten Lesung am 22.11.1871 [2] dennoch abgelehnt worden. War, wie erwähnt, schon die allgemeinbundesstattsrechtliche Lage hier unklar, so kam bei der, wie Rudolf Delbrück, als Präsident des Reichskanzleramts, Bundesratsmitglied, hervorhob, "ganz ungemein knapp gehaltenen" Fassung des Bundeskriegsgesetzes, das mit dem Bayr. Militärgesetz vom 30.1.1868 kollidierte, eine wie Delbrück betonte, "sehr zweifelhafte" [3] positivrechtliche Situation zustande. Es lohnt sich heute nicht mehr, ihr nach zu gehen. Gewiß war es dann aber nicht so, wie Braun behauptete, es habe sich bei diesem Antrag Stauffenberg nur um eine bayrische Nebensächlichkeit, einen articulus bavaricus gehandelt, über dessen Tragweite sich der Antragsteller nicht klar gewesen sei.

Das Zusammenwirken zwischen Bismarck, der von den Parteien "unbedingte Gefolgschaft" [4] verlangte, gestaltete sich auch in der zu Unrecht als liberal bezeichneten Ära, für die nationalliberale Partei, der damals ausschlaggebenden politischen Kraft, immer schwierig. Schon 1871, bei den erregten innerfraktionellen Auseinandersetzungen in der nationalliberalen Partei um das militärbudgetrechtliche Triennat, wäre diese beinahe gespalten worden. Man kann annehmen, daß Stauffenberg als der compositeur amiable, der er stets war, dies verhindert hat. [5] Aber anläßlich des Kampfes um den Septennat, der durch das Reichsmilitärgesetz vom 14.4.1874 schließlich zustande kam, enthüllte sich die heikle Lage eines liberalen Parlamentarismus unter einem Bismarck unzweideutig. Hierbei begriffen nur die wenigsten Nationalliberalen, daß es sich bei der jährlichen Bewilligung des Budgets um einen wesensnotwendigen Bestandteil des parlamentarischen Budgetrechts handelte, das für Deutschland um so wichtiger war, als neun Zehntel des Reichsbudgets aus Militärausgaben bestanden; so stellte die Beratung und

1) RT 22;290
2) RT 22;424.425.427
3) RT 22;424
4) Goetz; Dt. Lib. 13
5) Böttcher 126

Beschlußfassung des Militäretats die einzige Möglichkeit dar, den Willen der Volksvertretung in Militärfragen auszudrücken. Dazu gehörte neben Eduard Lasker "der hochangesehene Abgeordnete für München" [1], Franz von Stauffenberg. Aus dem Briefwechsel zwischen beiden ersieht man ihre grundsätzlichen Bedenken. So erkannte Lasker am 3.4.1874 deutlich das Ziel dieser Vorlage: "den Anfang ... um die Militärverwaltung aus dem konstitutionellen Rahmen herauszuschneiden." [2] Er wollte daher nur bis auf vier Jahre in der Bewilligung als äußerste Grenze gehen. Um aber den Kompromiß auf sieben Jahre zu retten, erklärte er sich bereit, das Opfer seiner persönlichen Anschauung zu bringen, um die Spaltung der Partei zu verhindern. Auch Stauffenberg sah deutlich die Gefahren dieser Lösung. Er vertrat daher am 1.4.1874 die Ansicht, daß die Partei vor eine Alternative gestellt werde, die sie, wie sie sich auch entscheide, schwer schädigen werde. [3] "Der schlimmste Feind unserer nationalen Einigung", so schrieb er weiter, "hätte nichts schlimmeres erfinden können. Ich sehe recht schwarz in die Zukunft. Bei uns im Süden hat die nationale Sache schon einen Stoß bekommen, den sie lange nicht verwinden wird."

Bismarck war dagegen sehr ungehalten, in dieser Frage auf Widerstand zu treten. Sein Unwille entlud sich in mehr sarkastischer als humorvoller Weise auf dem Parlamentarischen Bierabend vom 28. Februar 1874, an dem auch Stauffenberg teilnahm, und den der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Heinrich Eduard Brockhaus [4] wie folgt festhielt: "Als Bismarck sich an unseren Tisch setzte, begann er, wie so oft, das Gespräch mit dem Biere und erwähnte, daß die eine schwerere Sorte des bayrischen Bieres uns nicht zu schmecken scheine; in den vorigen Sessionen sei immer nur sehr wenig davon getrunken worden, und er habe deshalb diesmal von der anderen leichteren Sorte mehr bestellt. Stauffenberg bemerkte, daß es vortrefflich schmecke, daß man aber davon auch nicht viel trinken könne. 'Oh', erwiderte er, 'es wirkt sehr beruhigend und gerade deshalb empfehle ich es Ihnen allen, besonders wegen der Beratung in der Militärkommission."

In dieser Frage des Reichsmilitäretats "kapitulierte" vor Bismarck "ein Nationalliberaler nach dem anderen - und nur Wenige blieben den Wählern gegenüber standhaft oder veranlaßten sie, vorsichtigere Resolutionen, z.B. für eine mehr-

1) Eyck 3:67
2) DL 2:103 f.
3) DL 2:101 f.
4) Stunden mit Bismarck 1871-1878 (1929) 97 hrsgg. von Herm. Michel

jährige Bewilligung und gegen eine dauernde Beseitigung des Budgetrechts zu fassen; - so auf Stauffenbergs Veranlassung in München." [1] Stauffenberg veranlaßte nämlich im Dezember 1873 in München die Einbringung von Resolutionen gegen eine Dauerbewilligung des Reichsmilitäretats. In seiner Rede vom 20.12.1873 vor dem dortigen liberalen Vereinsausschusse sagte er: [2] "Eine gesetzliche Festlegung der Militärorganisation ist unbedingt notwendig." Es sei "untunlich, die Ziffer der Friedenspräsenz durch Gesetz auf unbestimmte Zeit festzustellen; das würde die Höhe der Feststellung des Regierungsbudgets vollständig in die Hände der Regierung legen, und nur eine Volksvertretung, die sich selbst aufgibt, kann dem zustimmen." Er habe früher gegen das dreijährige Pauschquantum gestimmt, "weil dadurch die Militärverwaltung immer mehr an eine inconstitutionelle Geldgebarung gewöhnt werde." Mit Nachdruck betonte er: es gehe nicht an, der Regierung Mittel "in ganz unbekannter Größe zu bewilligen", ohne daß "die Einwirkung des Reichstags für dieselbe unbestimmte Zeit" sicher gestellt sei. Auch der mit Lasker eng befreundete Schriftsteller Berthold Auerbach vertrat hier dieselbe Meinung gegenüber einem hohen Staatsbeamten, der bedauert hatte, daß wegen der Militärfrage ein Konflikt im Reiche entstehe, wenn er sagte: "wenn durch die Militärorganisation das Budgetrecht bedroht oder angegriffen ist, muß sie verworfen werden ohne Rücksicht." [3]

Wie sehr Lasker und Stauffenberg mit ihrer Ansicht, man wollte den Militätetat für immer dem Bewilligungsrecht des Reichstags entziehen, Bismarck durchschaut hatten, ging aus dessen eigenen Worten hervor. Als der Kanzler sich im Dezember 1886 bei der Septennatsvorlage (vgl. S. 139) mit ähnlichen Gedanken trug, schrieb er an den Kriegsminister Bronsart von Schellendorf (16.12.1886): 1874 wäre man "berechtigt gewesen, eine dauernde gesetzliche Feststellung zu verlangen." Dieser Kompromiß sei damals "nur im Interesse des inneren Friedens für sieben Jahre geschlossen worden", wird aber daran "nicht festgehalten, so lebt der verfassungsmäßige Anspruch auf dauernde Feststellung wieder auf." [4] Es ist deshalb festzuhalten, daß Stauffenberg - neben Lasker, Eugen Richter und Leopold von Hoverbeck - in der Abwehr des beginnenden Übergewichts der Rüstungsforderungen gegenüber dem hier schon deutlich

---

1) Ludolf Parisius: Deutschlands polit. Parteien... 1 (1878) 93

2) MNN Nr. 357 (23.12.1873; vgl. zum Septennat von 1874 Friedrich Kapp an Alfred v.d.Leyen (10.4.1874)in Kapp 163 Anm.3

3) Briefe Berthold Auerbachs an Jakob Auerbach 2 (1884) 202 ex 2.4.1874; Berthold Auerbach kannte Stauffenberg vermutlich nur flüchtig und hatte ihn wohl nur einmal auf einem Bankett der Nationalliberalen in Berlin persönlich gesprochen vgl. Br. 2:333 ex 8.2.1878

4) Ges. W. 6c Nr. 344 (S. 348)

werdenden Militarismus des neuen Reichs in der ersten Reihe stand, ganz besondern durch seine Tätigkeit im Militärausschuß des Reichstags. [1] Das Verständnis für diese grundsätzliche Frage ging später immer mehr verloren. Vielmehr wurde die Ausnahmestellung des Militärs für selbstverständlich gehalten, an der Kritik zu üben, als vaterlandsloses Tun galt. Um so bezeichnender für die veränderte Geisteshaltung, daß nicht Kant, der über den Ewigen Frieden nachgedacht, sondern Moltke, der ihn einen Traum und nicht einmal einen schönen genannt hatte, als ihr Vertreter im Bereich des Politischen galt.

Bei der Reichstagswahl vom 10. Januar 1874 gingen im selben Wahlkreis München I die für Stauffenberg abgegebenen Stimmen erheblich zurück gegenüber der von 1871 (vgl. S. 68), während die Kandidaten des Zentrums und der SPD ihre Anteile verdoppeln konnten. Mit 6686 Stimmen gegenüber 4126, die auf das Zentrum, 1485, die auf die SPD und 345, die auf die Volkspartei entfielen, besaß er nur mehr eine knappe absolute Mehrheit im ersten Wahlgang. Stauffenbergs Stellung in der Militärfrage mag bei diesem schlechten Abschneiden mitgewirkt haben.

Die Wahlen des Jahres 1877 sollten dagegen wieder seine Stellung in seinem Wahlkreise verbessern. In seiner hierzu in München gehaltenen Rede vom 4. Januar 1877 [2] setzte er sich mit der Arbeit des Reichstags in der verflossenen Sitzungsperiode auseinander. Durch die vom Reichstag angenommenen Justizgesetze habe jener, so sagte Stauffenberg, "zum ersten Male den Grundstein der Rechtseinheit gelegt, die uns seit Jahrhunderten gefehlt hat", wodurch "eine der größten Errungenschaften der deutschen Nation" erreicht wurde. Einschränkend fügte er aber hinzu: "Das deutsche Volk ist durch den Krieg und die Verdienste seines Heeres geeinigt worden. Wir haben dies, so sehr wir uns darüber freuen, in anderer Richtung doch auch zu büßen gehabt", womit er zweifellos den von seiner Gründung an dem Bismarckreich anhaftenden militärstaatlichen Charakter, der jenem bis zu seinem Untergang erhalten bleiben sollte, gemeint hatte.

Am 10. Januar 1877 erhielt Stauffenberg mit 7718 Stimmen gegenüber 3586, die für den Kandidaten des Zentrums und 1682, die für den der SPD abgegeben wurden, bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit; er konnte auch gegenüber den Wahlen von 1874 die Stimmenzahl erheblich

---

1) MNN Nr. 6 (6.1.1877) u. Nr. 9 (9.1.1877)

2) Parisius: Hoverbeck 2:2 (1900) 301 Anm.6; Ders.: Deutschlands polit. Parteien a.a.O. 185 ff.; Eugen Richter: Im alten Reichstag 1 (1894) 81 ff.

steigern. Stauffenberg schien über einen sicheren Wahlkreis zu verfügen, was sich aber ein Jahr später als Täuschung erweisen sollte (vgl. S. 108).

Seine Hauptarbeit leistete Stauffenberg wohl in den Kommissionen; das ging aus seiner ausführlichen Behandlung der Tabaksteuervorlage (22.2.1878), einer reichlich komplizierten und trockenen Materie, hervor. Außerdem trat er vergeblich mit Windthorst für Diäten ein (26.3.1873) [1] - sein Wahlversprechen von 1871 einlösend (vgl. S. 67), um der föderalistischen Hauptrechte der Bundesstaaten willen lehnte er bei einer Verfassungsänderungsdeputation aus Mecklenburg einen Eingriff des Reiches (14.5.1873) ab [2]. Er wandte sich auch - etwas im Reichstag jener Zeit ärgster offizieller Geschmacklosigkeit Seltenes - gegen die ästhetisch unbefriedigenden Reichsgoldmünzen; [3] ebenso rügte er (11.4.78), daß das Reich für die Kunst "gar nichts" ausgebe. [4] Bemerkenswert ist aber auch sein Auftreten als Abgeordneter im Plenum. März 1879. Bismarck hatte einen Gesetzentwurf einbringen lassen, der die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder betraf. Er sollte nicht nur die Redefreiheit erheblich einschränken, sondern zielte auch darauf ab, die Sozialdemokraten aus dem Reichstag hinauszubringen. Dem trat Stauffenberg scharf [5] entgegen, ausführlich auf die parlamentarische Vorgeschichte vor 1870 und die Verhältnisse in ausländischen Parlamenten eingehend. Er zeigte dabei auch, daß er nicht an dem deutschen politischen Erbübel litt, alles und jedes im menschlichen Mit- und Gegeneinander behördlich regeln zu wollen. Wenn es nötig sei, so sagte er, den Ton der Reichstagsverhandlungen zu verbessern, dann solle man dies nicht durch Geschäftsordnungen und Gesetze erreichen wollen. Gleichwohl beantragte er [6], die Geschäftsordnungskommission des Reichstags solle seine Geschäftsordnung daraufhin prüfen, ob Änderungen erforderlich seien; nach Ablehnung der Regierungsvorlage wurde dieser Vorschlag angenommen, den er zusammen mit Lasker und Windthorst eingebracht hatte. Eugen Richter ging dies Entgegenkommen gegen Bismarck noch zu weit: "Warum nicht... in einer Zeit der Reaktion, wo man alle Rechte und parlamentarischen Freiheiten abzubröckeln suchte.

---

1) RT 27:1:78
2) RT 27:1:628:637
3) RT 27:2:1365 (23.6.1873)
4) RT 47:892.893
5) RT 4:2:287-289 (5.3.1879)
6) RT 4:2:326 (7.3.1879)

ein klares, rückhaltsloses und unverschobenes Nein ganz und voll zu geben, wie es die Fortschrittspartei durch Hänel aussprach?" [1] Allerdings, fügte Eugen Richter hinzu, habe man mit Lasker fraktionsseitig erst einfach ablehnen, dann aber schließlich dem Reichskanzler den guten Willen zeigen wollen, sachlich berechtigte Bedenken gegen die parlamentarischen Privilegien auch als solche zu behandeln.

1876-79 bekleidete Stauffenberg das Amt des I. Vizepräsidenten im Reichstag. Dieser Aufgabe unterzog er sich nach dem Zeugnis von Robert von Mohl [2] "mit großem Geschick", was sich nach dessen Ansicht "namentlich in einer Beschleunigung der Verhandlungen" ausgewirkt hatte. Auch der Stauffenberg sonst so mißgünstige württembergische Fraktionskollege Otto Elben (vgl. S.15) bescheinigte ihm, er habe "hervorragend" die Sitzungen geleitet, und "besonders bei der Budgetdebatte" sei er "äußerst geschickt" gewesen, "eine rasche Arbeit zu fördern." [3] Erst am 22.5.1879 legte Stauffenberg dieses Amt, im Zusammenhang mit der Verständigung Bismarcks mit dem Zentrum, nieder. An seine Stelle trat der Freiherr von und zu Franckenstein, der durch die nach ihm benannte Clausula der Nachwelt besonders bekannt geblieben ist. In dieser Franckensteinklausel war de facto Bismarck Sieger [4], was Stauffenberg sofort erkannte, wenn er am 4.6.1879 an Lasker schrieb: diese "föderativen Garantien" können zwar zugestanden werden, aber mit konstitutionellen haben sie gar nichts zu tun. [5]

Diese Niederlegung des ersten Präsidiums durch Max von Forckenbeck (20.5.1879) und die des zweiten durch Stauffenberg (22.5.1879) kennzeichnet nach außen das Ende der Zusammenarbeit Bismarcks mit dem Liberalismus. Den unmittelbaren Eindruck dieses Schrittes vermittelt anschaulich ein Brief Berthold Auerbachs aus Berlin vom 25.5.1879 [6], worin es u.a. heißt: "Von der Aufregung oder vielmehr Niedergeschlagenheit, Erbitterung und Empörung, die hier herrscht, könnt ihr euch draußen schwerlich eine Vorstellung machen. Alle liberalen Kräfte sind, wenn auch nicht zermalmt, so doch von jeder Betätigung verdrängt, und die Tat Forckenbecks, daß er das Prä-

1) Eugen Richter: Im alten Reichstag 2 (1896) 101 f.
2) Lebenserinnerungen 2 (1902) 195
3) Elben 180
4) So Braun 80
5) DL 2:240
6) Briefe B. Auerbachs an J. Auerbach 2 (1884) 399

sidium niederlegte, ist hoffentlich erweckend für die Nation, denn es ist ... kein Geringeres, daß der erste Bürger des deutschen Reiches, der Oberbürgermeister von Berlin erklärt: da kann ich nicht mehr mittun, und wieder sich in Reih und Glied zur Opposition stellt." Und resigniert fügt er hinzu: "So sind wir Liberalen also wieder in der Opposition und schlimmer dran als je; denn die idealen Interessen verfangen nicht mehr, und es ist gelungen, absolut materielle obenauf zu bringen."

In die Jahre 1877 und 1878 fällt eine Episode, die für das weitere politische Leben Stauffenbergs hätte bedeutsam sein können, nämlich seine Ministerkandidatur in Berlin.

Das Vertrauen seiner bayrischen Landsleute zu Stauffenberg - den schon 1868 der Pfälzer Liberale Ludwig Andreas Jordan zu den bedeutenden politischen Talenten gerechnet hatte [1] und dem er 1871 "so recht von Herzen jede Auszeichnung gönnt" und hoffte, daß ihm "noch eine einflußreiche Stellung zufällt" [2] - war bereits 1870 und 1871 zu ihm als homme ministrable so groß, daß schon im August 1870 ein Ministerium Hohenlohe-Barth-Stauffenberg geplant war [3] und er, wie Hohenlohe (13.7.1871) berichtete, als bayrischer Minister des Äußeren und Nachfolger Brays - der infolge des beginnenden Kulturkampfes seinen Abschied nahm [4] - vorgesehen war. [5] Die "Deutsche Verfassungsskizze von Marquard Barth" mag wohl als Regierungsprogramm für dieses Ministerium ausersehen worden sein. [6] Es wundert uns daher nicht, ihn auch im kronprinzlichen Kreise neben Roggenbach als elsaß-lothringischen Minister in Betracht gezogen zu sehen [7] Für das politische Vertrauen, das man in Süddeutschland zu Stauffenberg hatte, spricht der Umstand, daß er Frühjahr 1877, im Zusammenhang mit der Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Elsaß-Lothringens, von süddeutschen Blättern als künftiger Minister des Reichslandes genannt wurde, weil er "von jeher und mit Sachkenntnis und besonderem Wohlwollen für die elsaß-lothringischen

---

1) Schieder 294 (Jordan an v.Sybel 12./14.5.1868)
2) DL 2:8 an Marquardsen (4.2.1871)
3) Denkw.2:21.23; Schieder 264
4) Doeberl 3:495
5) Denkw.2:65
6) Doeberl: Bayern und die Bismarcksche Reichsgründung (1925)245 ff.
7) Philippson: Friedr. III. 316; Schneegans 352

Angelegenheiten" im Reichstag eingetreten war (vgl. S. 100).[1] Wenn aber Bismarck nach Bambergers Tagebuchnotiz[2] Stauffenberg Anfang Winter 1876/77 fragte, ob er nicht die Stelle des von ihm - wegen seiner Beziehungen zum Kronprinzenkreis - bei König Ludwig II. unmöglich gemachten bayrischen Gesandten v. Perglas haben wollte, dann mag Bismarck einer Enttäuschung ohne sein Wissen entgangen sein. Die verbindlich-gewinnende Art, die aus allem spricht, was wir von Stauffenbergs Person wissen, hätte Stauffenberg gewiß nicht eine so skandalöse Behandlung als Bayr. Bundesratsbevollmächtigter hinnehmen lassen, wie es nachher v. Rudhardt tat (vgl. S. 61).

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß Stauffenberg wohl einige Male an den, von Bismarck gegebenen sogen. Parlamentarischen Bierabenden im Reichskanzlerpalais teilnahm (vgl. S. 75)[3] - zu denen bekanntlich jeder Reichstagsabgeordneter Zutritt hatte - jedoch keinen Wert darauf legte, mit Bismarck in gesellschaftliche Beziehungen zu treten, da er beim Reichskanzler, wie Lucius berichtete[4], "nie seine Karte abgegeben" hatte.

Daß Bismarcks Schritt, nämlich die Aufnahme von Nationalliberalen in sein Ministerium, alles andere bezweckte als mit einem Parlamentarismus zu beginnen, liegt auf der Hand. Vielmehr war er bestrebt, im engen Zusammenhang mit seinen Finanz- und Zollplänen, "seine diktatorische Führung"[5] gegen die parlamentarischen wie die ministeriellen und höfischen Widerstände voll durchzusetzen. Im geraden Gegensatz zu dem liberalen Ziel eines kollegialischen, verantwortlichen Reichsministeriums wollte Bismarck, ohne die alleinige Entscheidungsgewalt mit selbständigen Mitarbeitern teilen zu müssen, sich durch zuverlässige Gehilfen vom Übermaß der in beiden Regierungszentralen stetig umfangreicher werdenden Geschäfte entlasten. Er brauchte eine Mehrheit ähnlich der des Kartells von 1887, wollte aber v. Bennigsen, als dem Führer der Nationalliberalen, nicht etwa Raum für eine liberale Reformpolitik geben; er sollte lediglich mit seinem parlamentarischen Einfluß die diktatorische Macht des Kanzlers verstärken.[6] Der Darstellung Heffters, daß

1) Poschinger 2:250 f., 3:35; Schneegans 331
2) TB 323.529 Anm. 83
3) Vgl. diesbezügliche Angaben bei Brockhaus 97 (28.2.74), 108 (28.11.74) u. 212 (9.4.78).
4) Lucius 160
5) Heffter 656
6) Heffter 657

Bennigsen im Fall der Annahme dieses Angebots sich als Führer der Nationalliberalen bald verbraucht hätte, ist hinzuzufügen, daß es zu dieser Annahme nicht nur aus dieser begründeten Besorgnis Bennigsens nicht kam, sondern daß es zu ihr auch dann nicht gekommen wäre, wenn Bennigsen von seiner Bedingung abgesehen hätte, seine weiter links als er stehenden Parteifreunde Forckenbeck, diesen für das Innenministerium, und Stauffenberg, jenen wohl für das spätere Reichsschatzamtsressort, zu berufen. Zutreffend erkannte Lerchenfeld-Koefering die Sachlage vor der Bennigsen stand, wenn er sagte: "Bennigsen habe das richtige Gefühl gehabt, daß er als einziger seiner Art neben Bismarck im Ministerium ohnmächtig und bald verbraucht sein würde", wenn er nicht seine Stellung in einem Bismarckministerium durch Mitaufnahme politischer Freunde stärke. [1] Wie sehr Lerchenfeld ebenso wie Bamberger [2], welcher der Ansicht war, Bismarck wolle "durch einseitiges Herausziehen von Bennigsen die Partei zersetzen und nachziehen", mit ihrem Argwohn recht hatten, geht aus Bismarcks eigenen Worten gegenüber Mittnacht (16.3.1878) hervor: "Sein Absehen sei darauf gerichtet gewesen, ihn (= Bennigsen) allein aus der Fraktion herauszuholen. Was tue man in einem Ministerium gebunden durch Fraktionsbeschlüsse." [3] Bennigsen stellte daher bei Beginn der Verhandlungen mit Bismarck (Juli 1877) die Forderung auf Hereinnahme politischer Freunde als Bedingung für sein Eintreten. Er veranstaltete auch noch vor seiner Einladung nach Varzin (Dezember 1877) Besprechungen mit seinen Parteifreunden. Dabei "ergab die Beratung vom 18.11.1877 mit Bennigsen, Forckenbeck, Stauffenberg, Bamberger und Lasker den Entschluß, an dem Anspruch auf die Aufnahme einer Dreizahl von Parteimitgliedern in die preußische und Reichsregierung festzuhalten." [4]

Ihren Gegensatz zu Bismarcks Diktatur hatte die Fortschrittspartei, die dem linken Flügel der Nationalliberalen immerhin nahestand, im Dezember 1876 öffentlich betont: "Wir sehen die Einheit des Vaterlandes nicht verwirklicht in der Person eines allgewaltigen Einzelbeamten an der Spitze der Reichsregierung." Bei dem von ihm geplanten Finanz- und Zollgesetz hatte Bismarck jedenfalls mit erheblichem parlamentarischen Widerstand zu rechnen.

---

1) Lerchenfeld 278; so auch Sandberger 113
2) TB 328 (8.8.1878)
3) Mittnacht 64
4) Herzfeld: Miquel 1:423

Diesen Widerstand leistete zuerst Stauffenberg mit seiner denkwürdigsten Reichstagsrede vom 22. Februar 1878. Sein Parteifreund Eduard Stephani fand sie meisterhaft durch ihre Klarheit, Schärfe und Sachlichkeit. [1] Sofort erhob sich Bismarck, um die Vorzüge dieses Tabakmonopols aus tiefster Überzeugung zu preisen als "das letzte Ideal", das er zum Heile des Reiches noch verwirklicht sehen wollte." Unter dem Eindruck dieses seltsamen Vorganges schloß die Sitzung. Man wußte nicht, sollte man mehr staunen über diese öffentliche Bloßlegung eines anscheinend tiefgehenden Zwiespalts innerhalb der Regierung, oder über das rückhaltlose Bekenntnis des Kanzlers zu einem umwälzenden Projekt, welchem die große Mehrheit des deutschen Volkes zweifellos mit Abneigung gegenüberstand." (Stephani) Hieraus und aus dem schweren, ihn geradezu krank machenden Ärger Bismarcks über die schroffe Weigerung des Königs (Brief an Bismarck 30.12.1877) [2] hinsichtlich einer Ministerschaft Bennigsens, geht hervor, wie außerordentlich viel Bismarck an ihrer Kombination mit dem Tabakmonopol lag. Es nützte ihm auch nichts, daß der König zwar die Schärfe seiner Ablehnung durch einen freundlichen Brief gleich darauf wieder gemildert hatte, da er dabei die Ministerkandidatur Bennigsens doch als erledigt ansah. Davon aber nahm Bismarck einfach keine Notiz! Weiter behauptete er nach v. Tiedemann [3], er habe dem König nach vier Wochen einen langen Bericht über seine Verhandlungen mit Bennigsen vom 26. bis 28. Dezember 1877 gesandt - aber gefunden hat sich dieser Bericht nicht. Ebenso ist verschiedenes, was diese Vorgänge betrifft, aus dem ursprünglichen Tagebuch v. Tiedemanns, des politischen Adjutanten des Kanzlers, im Drucktext (Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei 1909) fortgelassen. Auch hier, wie häufig [4] wollte Bismarck etwas auch nicht auf die Nachwelt kommen lassen: und das kann nur seine geheime Absicht sein, die hinter seinen Verhandlungen mit Bennigsen stand und die ihm dessen Ministerschaft so wichtig machte, daß er mit ihm, trotz der königlichen Ablehnung, weiter verhandelte, "als ob das Projekt noch in der Schwebe wäre." [5] Dies bestätigte auch Forckenbeck: Bismarck habe bei Bennigsen bis zu der Sitzung, in der er sich für das Tabakmonopol erklärt hatte, den Eindruck erweckt, als "ob die Verhandlungen noch schwebten." [6] Und Bennigsen selbst sagte später in seiner Rede in Magde-

---

1) Böttcher 198
2) Ges.W. 14:887,6c:92
3) Tiedemann 226
4) Heffter 657 Anm.1
5) Poschinger 3:38; Eyck 3:208
6) Poschinger 3:36; Böttcher 200

burg 1881: "die von Bismarck ernstlich herbeigewünschte Kombination sei gescheitert, weil ich es ablehnte, die Verantwortung für die Durchführung des Monopols zu übernehmen." [1] Seine Partei hatte dies mit einem "Gott sei Dank" gebilligt, als er sie in einer Konferenz unter Forckenbeck noch am 22.2.1878 davon unterrichtet hatte. [2] Es war die liberale Staats- und Weltanschauung", die sich in Bennigsen - hinzugefügt sei: auch in Stauffenberg-ausgewirkt hatte - hierin ist Sandberger [3] beizupflichten. Wenn Sandberger aber dann das Werturteil fällt, bei dem Scheitern des ganzen Ministerplans sei das Recht auf der Seite Bismarcks gewesen, "dessen Werk heute (=1929) noch der Zerstörung trotzt", dann muß auf die Jenaer Rede Bismarcks (31.7.1892) verwiesen werden, in der er den Kriegserfolg als solchen für ein Gottesgericht erklärt hat und damit auch die endgültige Vernichtung dieses seines Werks 1945.

Auf jene oben angeführte Rede Bennigsens in Magdeburg (1881) brachte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung einen, wie Poschinger hervorhob, "sichtlich inspirierten" Artikel, worin betont wurde, daß bereits mehrere Wochen vor formellem Abbruch der Verhandlungen sie schon abgebrochen gewesen seien. Diesen, für "alle Beteiligten überraschenden Enthüllungen" trat Stauffenberg in Erlangen entgegen, wobei er Bennigsen bescheinigte, er habe als "wahrer Gentleman in der ganzen Sache gehandelt" und seine Darstellung des Sachverhalts könne er, "als Augen- und Ohrenzeuge, wortwörtlich bestätigen." [4]

Lucius behauptete nun [5], er sei von Bismarck beauftragt worden, "nochmals" Bennigsen nach Varzin einzuladen und festzustellen, ob das "mittels eines ostensiblen Schreibens" geschehen könne. Wenn er weiter sagte, "das Tabakmonopol erschien als das größte, einträglichste und am meisten erstrebenswerteste", so dürfen wir annehmen, wohl für Bismarck. Dabei bleibt aber unklar, ob jetzt das Bennigsen mitgeteilt wurde, im Juli 1877 - bei Beginn der Verhandlungen und offenbar noch nicht. [6]

---

1) Poschinger 3:36; Böttcher 200
2) Böttcher 200
3) Sandberger 182
4) Poschinger 3:36
5) Lucius 120 f.
6) Eyck 3:204

Weiter fällt auf, daß Bismarck von Varzin aus am 27.12.1877, als er dort mit Bennigsen verhandelte, ohne diesem davon etwas zu sagen, den preußischen Finanzminister Camphausen telegraphisch anwies, den Entwurf zum Tabakmonopolgesetz "behufs baldiger Vorlage an den Bundesrat ... schleunigst" fertig zu stellen. [1] Nimmt man die Art dazu, mit der er 1881 (16.11. und 17.12.) auf Viktor von Unruhs Angabe in der Deutschen Rundschau [2] dementierte, Bennigsen habe nicht Minister werden wollen, weil er das Tabakmonopol ablehnte, dann hat Bismarck aller Wahrscheinlichkeit nach beabsichtigt gehabt, das parlamentarische Bewilligungsrecht - den Spuren Karls I. von England folgend - wenigstens teilweise durch ein Tabakmonopol los zu werden. Er wollte aber das Odium wegen dieser, wie er wußte, außerordentlich unpopulären Maßnahmen auf liberale Abgeordnete ablenken. Die Verantwortung sollte, so sagte auch Eyck [3], Bennigsen mit ihm teilen aber nicht die Macht. Auch Brock [4] stellte fest, daß es Bismarcks Absicht war, sich von dem Bewilligungsrecht des Reichstags zu befreien; aber deswegen, weil insbesondere der Lasker-Stauffenbergflügel der Nationalliberalen sich dagegen wehrte, strebte dieser noch nicht, wie Brock behauptete, [5] danach, "die ganze Macht im Staate" zu erringen, so wenig wie dies die Opposition gegen Bismarcks Verfassungsbruch vor 1866 getan hatte. [6]

In seiner Reichstagsrede am 22. Februar 1878 [7] sagte Stauffenberg: aus regierungsseitigen Andeutungen im Bundesrat über "Nachforschungen", die eine Einführung des Reichstabakmonopols beträfen, könne er nur entnehmen, daß diese Vorlage keine abschließende sein solle, im Hintergrund ständen andere Pläne. Er hob den Mangel einer geordneten Reichsfinanzverwaltung hervor, der darin bestehe, daß ein Mann fehle, "der für die systematische Ordnung dem Reich und dem Volk gegenüber auch die Verantwortung trägt." Damit sprach er eine gewisse Besorgnis aus, Bismarck könne die Finanzreform dazu benutzen wollen, "die Stellung des Reichstags noch weiter herabzudrücken." Mit dieser Besorgnis stand er keineswegs allein. Auch war sie durchaus nicht unbegründet. Fühlte sich doch Camphausen im Januar 1878 verpflichtet, den Kanzler auf die unbequeme Wahrheit hinzuweisen, daß ein Parlament,

---

1) Oncken 2:332 Anm. 1
2) 6 (1881) 30
3) Eyck 3:211
4) Brock 13
5) Brock 101
6) So Georg Jellinek:Regierung und Parlament in Deutschland (1909)25
7) RT 1:126

"welches keine Steuern zu bewilligen habe, an Gewicht verliere." [1]

So sprach sich Bismarck gegenüber Lucius (24.11.1881) dahin aus: durch Adolf Wagners Schuld sei das Monopol und der Gedanke, den Ertrag zum "Patrimonium der Enterbten" zu machen, in die Wahlagitation getragen worden. Dazu meinte selbst der ihm ganz ergebene Lucius: "Wir erinnern uns alle sehr wohl, gerade diese Wendung wiederholt aus seinem (= Bismarcks) Munde gehört zu haben, wie sie auch in den von ihm inspirierten Artikeln wiederholt stand." [2] Und als der Monopolplan auch beim zweiten Anlauf scheiterte, sagte Bismarck zu Lucius: es sei ein Fehler gewesen "den Monopolgedanken vor den Wahlen zu proklamieren."

Stauffenberg sagte aber in seiner Rede weiter: "Wenn die Gesetze geschaffen werden in der Absicht, die Leute zum Monopol hinzudrängen - der Herr Unterstaatssekretär v. Mayr hat von dem gegenwärtig geltenden Gesetz (= Tabaksteuergesetz) gesagt: lassen Sie das Gesetz zwei oder drei Jahre in Wirksamkeit sein, so werden alle Tabakbauer auf unserer Seite stehen - dann kann ich nur den verbündeten Regierungen sagen: schöne Gesetze sind es, die Sie uns vorlegen, die solche Wirkungen hervorgerufen!... Zu einer redlichen Ordnung der Tabakfrage werden wir nicht eher kommen, als bis der Monopolgedanke ein für allemal aufgegeben ist."

Übrigens hat in jener Sitzung vom 22.2.1878 der Reichstag, der "wie selten" [3] erregt war, auch nachdem ganz für Bismarck eingenommenen Stephani Bericht in allen Parteien "die Empfindung" als hätte er "überlistet werden sollen." Und als Stauffenberg die eben angeführte Rede hielt, hatte selbst Lasker bemerkt, worauf Bismarcks Tabakmonopolplan hinauslief: "für die Zukunft und bei gefügigeren Parlamenten unkontrollierbare Mehreinnahmen für das Reich zu gewinnen." [4]

Während also Bismarck bei seinen Vorverhandlungen mit Bennigsen nichts vom Tabakmonopol hatte verlauten lassen "und Bennigsen glauben ließ, er habe es aufgegeben", [5] trat er nun plötzlich auf eine Art damit hervor, wie sie damals nur in einem von ihm abhängigen Parlament möglich war.

---

1) RT 1:129
2) Lucius 219 f.
3) Böttcher 199
4) Aus Eduard Laskers Nachlaß 1 (1902) 111
5) Eyck 3:207 f.

Als nämlich bei jener Sitzung vom 22.2.1878 Camphausen den Verdacht zu zerstreuen suchte, es werde ein Reichstabakmonopol angestrebt, erhob sich Bismarck und erklärte: "Ich strebe dem Monopol zu und nehme in diesem Sinne die Vorlage (= zur Steuer- und Finanzreform) als Durchgangspunkt an." Deshalb brach Bennigsen sofort durch ausdrückliche Erklärung an Bismarck, daß seine Partei das Monopol nicht mitmachen werde, alle Verhandlungen ab. [1]

Diese Niederlage bei der Frage des Tabakmonopols, die Bismarck die Nationalliberalen bereitet hatten, verursachte bei ihm einen großen Ärger, der sich auf der parlamentarischen Soirée vom 2.3.1878 entlud, die der dort zwar nicht anwesende Eduard Brockhaus wie folgt festgehalten hatte [2]: Bismarck setzte sich gleich zu Forckenbeck an einen der kleinen Tische und hatte mit "diesem so lebhaft (!) gesprochen, daß niemand sich dazuzusetzen wagte (!), ja beim Weggehen der anderen hatte er Forckenbeck noch mit in sein Zimmer genommen und hier weiter eine Stunde lang mit ihm gesprochen (!)." Über den Inhalt habe man nur erfahren, daß Bismarck auf den Reichstag gezankt, während Forckenbeck dessen Auffassung verteidigt habe. Beim Hinausgehen hatte er nur zu Völk gesagt, er werde den Reichstag zu einer Stellungnahme über das Tabakmonopol nötigen: 'Ich werde den Reichstag an die Wand drücken, daß er schreit.' Darauf habe Völk humorvoll geantwortet: 'Schreien werde der Reichstag dann schon gehörig; er werde ihn gewiß nicht versponnen finden (süddeutscher Ausdruck für 'zugeknöpft'".

Wie viel Bismarck am Tabakmonopol lag, geht daraus hervor, daß er, nach dem Scheitern der Kombination mit Bennigsen, den Monopolplan weiter verfolgte. So hoffte er mit dem ehemaligen württembergischen Minister v. Varnbüler, den er am 11.6.1879 Lucius gegenüber [3] als den dafür geeigneten Mann bezeichnet hatte, das zu erreichen, was ihm mit Bennigsen mißglückt war. Ebenso hatte er mit Hilfe des Unterstaatssekretärs und Finanzministers Hermann Bitter (1813-1885) jahrlang versucht, es doch noch durch vorgreifende Verwaltungsakte einzuführen. [4]

Nachdem der Reichstag am 7. April 1880 erklärt hatte, er erwarte keinen Regierungsantrag auf Einführung des Tabakmonopols, [5] spielte es im Wahl-

1) Poschinger 3:38
2) Brockhaus 194
3) Lucius 150.130.162
4) Joh. Hohlfeld: Geschichte des deutschen Reiches (1926) 156
5) RT 61:623 Anlage 80

kampf 1881 die Hauptrolle.[1] Seine Durchführung hätte die Existenz vieler Unternehmer und Angestellten schwer bedroht - was Stauffenberg sofort erkannt hatte (vgl. S. 107) - da jene für die Entschädigung der Privatbetriebe in Aussicht gestellten 257 Millionen Goldmark viel zu wenig gewesen wären; es hätten 500 sein müssen.[2] Die Behauptung Adalbert Wahls[3], die betroffenen Unternehmer hätten "redlich" entschädigt werden sollen, so daß die Gegner des Monopolplans sich als beinahe schamlose Individualisten gezeigt hätten, ist also unzutreffend. Durch das Tabakmonopol hätte Bismarck einen, der Einwirkung des Reichstags entzogenen Jahresbetrag von 163,3 Mill. zur Verfügung gehabt, der die aus den Zöllen bewilligte Reichsquote von 130 Mill., noch übertroffen haben würde. Bismarck fand keine Mehrheit dafür. Der eitle[4] und von Roggenbach[5] "etwas toll" genannte Staatssozialist Adolf Wagner erreichte durch die ihm von Bismarck eingegebenen, unten noch zu besprechenden Vorspiegelungen (vgl. S. 90) nur, daß er nachher als der bestdurchgefallene Reichstagskandidat dastand. Aber obwohl Bismarck in einer von ihm selbst als Panegyrikus auf das Monopol bezeichneten Rede (12.6.1882) behauptete, es sei nötig, um das Reich als solches zu kräftigen und es werde ohnehin von selber "allmählich populär" werden, lehnte der Reichstag am 14.6.1882 in zweiter Lesung das Tabakmonopol mit 277 gegen 43 Stimmen ab - eine dritte erfolgte nie. Ohne Zweifel war demnach für ihn das Scheitern seines Tabakmonopolplans, dessen Gelingen ihn von dem Steuerbewilligungsrecht des Reichstags befreit hätte, eine große Enttäuschung. Nur insofern ist Männer[6] recht zu geben: Bismarck hatte sich von Bennigsen "durchschaut" gefühlt, den er über die tatsächliche Lage im "Unklaren"[7] gelassen hatte. Dabei hatte er schon in allen Teilen Deutschlands Verkaufsfilialen errichten lassen für die erweiterte Straßburger Tabakmanufaktur:[8] "Der Gedanke ging dahin, durch die Konkurrenz der Straßburger Fabrikate die Rentabilität der deutschen Privatbetriebe zuerst zu mindern, um dann, wenn es bei Einführung des Tabakmonopols zu ihrer Expropriation käme,

---

1) Georg Schuster in Gebhardts Handbuch d.dt.Gesch. 2 (1913) 767
2) E.C.Corti: Die trockene Trunkenheit (1930) 291
3) Deutsche Geschichte 2 (1929) 126 f.
4) Lujo Brentano: Mein Leben (1931) 71
5) Ring 410
6) Männer 367
7) So Matthes 71
8) Lujo Brentano: Der Unternehmer (1907) 11

geringere Entschädigungssummen zahlen zu müssen. Die Privatfabriken merkten, um was es sich handelte, und setzten sich zur Wehr. Durch ganz Deutschland wurde eine Agitation ins Leben gerufen, welche die Straßburger Zigarren noch schlechter machte, als sie waren. Die herabwürdigendsten Benennungen wurden für sie in Umlauf gesetzt. Der Erfolg war, daß in Altdeutschland kein Mensch mehr Straßburger Zigarren rauchen wollte. Die Filialen mußten eingezogen werden. Schließlich wurden einige Millionen Zigarren unter den Kosten an ein paar Schweizer Händler vergeben für den Absatz an ein internationales Publikum in Höhenluft; der Rest ging durch den Schornstein in Rauch auf."

Auf diese Versuche Bismarcks das Tabakmonopol doch noch heimlich von Elsaß-Lothringen aus einzuführen, scheint Stauffenberg sein Augenmerk gerichtet zu haben, wenn er es am 10.5.1878 im Reichstag [1] als "höchst eigentümlich" empfindet, "daß die Tabaksteuervorlage bis zu diesem Augenblick noch nicht zurückgezogen ist und noch in der Verhandlung ist, während gleichzeitig die Regierung uns eben mitteilt, daß sie über die Verhältnisse des Tabakbaues noch nicht unterrichtet ist und erst noch weiteres Material braucht."

In seiner Reichstagsrede vom 12.5.1882 [2] - nachdem er einige Monate vorher schon im Landtag bei der dortigen Beratung des Monopolplans das Wort ergriffen hatte (vgl. S. 35) - kam Stauffenberg nochmals auf seine schon 1878 ausgesprochenen Besorgnisse, Bismarck wolle durch das Tabakmonopol einen Präzedenzfall schaffen, zurück, wenn er sagte: "Was haben wir in diesem hohen Hause in den Äußerungen des Herrn Reichskanzlers innerhalb dieses hohen Hauses, von Äußerungen, welche direkt von ihm ausgegangen sind, in den Äußerungen, welche als von ihm ausgegangen von berufener Seite kolportiert worden sind, nicht alles Mögliche gehört, was mit dem Erträgnis dieses Tabakmonopols gemacht werden soll." So hat Bismarck Adolf Wagner erklären lassen, der auf 130-150 Mill. zu berechnende Ertrag des Tabakmonopols solle für eine Arbeiterinvaliden- und Altersversicherung verwendet werden. [3] Bismarck erklärte dies natürlich nicht selbst, weil er im Falle der Annahme des Monopols den Ertrag doch nicht dafür verwendet, sondern vielmehr behauptet hätte, er habe nichts versprochen.

---

1) RT 47:1230-1235
2) RT 68:144-151
3) RT 68:146

Wenn also Bismarck am 17.12.1881 [1] den preußischen Innenminister Graf Friedrich Eulenburg für das Scheitern des ganzen Ministerplans verantwortlich macht, so ist dies noch viel weniger wahrscheinlich, als Heffter [2] annimmt. In dem Brief vom 17.12.1877, durch den Bismarck Bennigsen nach Varzin einlud, steht nur etwas von der zweckmäßigen Besetzung eines preußischen Ministerpostens. Die Darstellung des Geschehenen, die die "Gedanken und Erinnerungen" bieten, [3] verschiebt die Tatsachen wesentlich [4]; sie ist "einseitig und unvollständig". [5] Freilich brauchte Bismarck Bennigsen von einer Amtsmüdigkeit Eulenburgs, die tatsächlich bestand, da er sich im Dienst aufgerieben hatte, nichts mitzuteilen. Ein Gedächtnisfehler war hier nach fast zwei Jahrzehnten auch möglich, wenn auch in einer so wichtigen Sache nicht gerade wahrscheinlich. Schwerlich hatte er schon 1881 bei seinem Dementi der Angaben v. Unruhs (vgl. S. 86) vergessen, daß er einige Tage nach Stauffenbergs Rede Bennigsen allein als den bezeichnet hatte, der sich das Scheitern seiner Kandidatur zuzuschreiben hätte (26.2.1878). Bennigsen habe seinen Eintritt in das Ministerium von der Aufhebung des Artikels 109 der preußischen Verfassung abhängig gemacht, und auf solche "konstitutionelle Prinzipienreiterei" habe er nicht eingehen können. Der Artikel 109 lautet: "Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelnen Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden" - sein Initiator war Friedrich Julius Stahl gewesen. König Wilhelm wurde von Bismarck dabei nicht erwähnt. Unmöglich hat Bismarck diese Angabe zu Tiedemann [6] schon am 27.6.1878 vergessen gehabt, als er Hohenlohe gegenüber [7] nur Stauffenberg als den bezeichnete, der sich durch seine Rede mit ihrer Forderung, diesen Artikel aufzuheben, als Finanzminister beim König unmöglich gemacht habe. Indessen, und darin irrt auch Hohenlohe: dieser Artikel kommt in Stauffenbergs Rede (22.2.1878) gar nicht vor. Wohl aber hatte, wie erwähnt (vgl. S. 86) Stauffenberg die Bismarck zuzutrauende

---

1) Hofmann 1:359
2) Heffter 658
3) Ged.u.Erinn. 2 (1898) 184
4) Oncken 2:332
5) So Herm.Michel in Brockhaus XIII
6) Tiedemann 233
7) Denkw. 2:242

Absicht einer Beeinträchtigung des parlamentarischen Budgetrechts herausgefühlt und seine Sicherung und seinen Ausbau im liberalen Sinne verlangt; einer Aufhebung des preußischen Verfassungsartikels, der Stauffenberg als Bayern kaum interessieren konnte, hätte es in dieser Reichsangelegenheit auch nicht bedurft. Wenn Wilhelm I. es so ansah, dann hat es ihm Bismarck nach Eycks Vermutung [1], wider besseres Wissen so dargestellt.

Es mag, wie Ziekursch [2] vermutet, ein Nebenmotiv Bismarcks bei diesen Verhandlungen gewesen sein, im Falle des Thronwechsels dem Kronprinzen ein Kabinett Stosch - und Roggenbach ? fügen wir dann hinzu - unmöglich zu machen. Aber schwerlich stieß er am 22. und 23. Februar 1878 die Nationalliberalen nur darum mit Absicht vor den Kopf, weil das am 20.2.1878 begonnene Pontifikat Leos XIII. ihm die Aussicht auf ein Nachgeben gegenüber dem Zentrum eröffnet hätte, so daß er geglaubt hätte, ohne sie auskommen zu können.[3] Dazu ist die Frist, die hierfür in Betracht kommt, doch wohl zu kurz. Es wird sich freilich eine voll befriedigende Erklärung aus dem oben (vgl. S. 84) angegebenen Grunde kaum geben lassen, da wir Bismarcks 32 Folioseiten umfassenden Bericht über seine Verhandlungen mit Bennigsen vermissen.

Mit diesen seinen einander widersprechenden Angaben, die nicht die einzigen blieben, wollte Bismarck wohl nur von dem Mißerfolg seines Tabakmonopolplans ablenken, wohl auch seinen eigenen heftigen Ärger [4] darüber dadurch beschwichtigen, daß er Geschehenes sich selbst gegenüber nicht zugab. "Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis; so kann ich nicht getan haben, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich gibt das Gedächtnis nach." (Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse IV 68). Dies Ressentiment entlud sich weiter gegen Stauffenberg: er nannte ihn Hohenlohe gegenüber einen "Draufgänger und Popularitätshascher", vermutlich auch vor anderen ähnlich herabsetzend. So sagte Bismarck August 1878 zu Mittnacht: "In den Augen des Kaisers erscheinen Forckenbeck dunkelrot, Bennigsen und Stauffenberg blaßrot, alle drei rot." [5] Dies auch von Oncken [6] und Heffter [7] angeführte

---

1) Eyck 3:213
2) Polit.Gesch.d.neuen deutschen Kaiserreichs 1 (1927) 316
3) Ziekursch a.a.O. 328; Männer 373
4) Eyck 3:207
5) Mittnacht NF 13
6) Oncken 2:300
7) Heffter 658

Wort Wilhelms I. beruht schwerlich auf sontanen Äußerungen des Kaisers. Vermutlich geht es auf Beeinflußung desselben Bismarck zurück, dem vor dem Scheitern seines Tabakmonopolplans diese Liberalen so wenig rot vorgekommen waren wie Bebel, an den er sich, um sich 1890 an der Macht zu halten, genauso wie an Windthorst gewendet hätte. Die Glaubwürdigkeit seiner dahingehenden Äußerung zum Grafen von Frankenberg hat man nicht in Abrede gestellt.[1] Sonst hätte Stauffenberg im Wahlkampf von 1878 in München nicht als arger Streber und übertrieben ehrgeizig bezeichnet werden können. Dagegen nahm ihn Bennigsen in einer Wahlrede (18.8.1878) in Schutz und wies die Unterstellung v. Kardorffs zurück, daß es zu dem Eintritt liberaler Männer in die Regierung deshalb nicht gekommen sei, weil Stauffenberg auf seiner Ernennung zum Reichsfinanzminister bestanden hätte. Vielmehr habe er, Bennigsen, ihn ohne dessen Zutun zum Eintritt in die Regierung vorgeschlagen, Stauffenberg habe sich nicht dazu gedrängt, vielmehr sei er nur mit Mühe durch ihn und sein Parteifreunde soweit gebracht worden, seine Zustimmung zu geben. "So ist der gegen ihn gerichtete Vorwurf krankhaften Ehrgeizes und Strebertums gänzlich unbegründet."[2]

Es ist daher unverständlich, wie Karl Bachem[3] diesen Vorwurf - auf Grund des Dargestellten nur als Fraktionsklatsch zu bezeichnender vager Behauptungen - wiederholt, die er zudem nur aus dritter Hand, von dem Abgeordneten v. Cluny über Peter Spahn, erhalten hat. Da Bachem die causa prima ac remota der ganzen Ministerkandidaturangelegenheit, den Bismarckschen Tabakmonopolplan, überhaupt nicht dabei erwähnt, kann er den Gesamtzusammenhang ohnehin nicht richtig erfaßt haben. Wenn er aber meint[4], Stauffenberg und seine Parteifreunde hätten es damals in einer schwierigen Lage des Reiches abgelehnt, auf den Bock des Staatswagens zu steigen, dann irrt er sehr. Um im Bilde des vornehmen Lebensstils jener Tage zu bleiben: Stauffenberg wußte, daß er nur den Groom hätte spielen dürfen, der den Wagenschlag auf- und zumacht.

Unglaubwürdig ist die weitere Behauptung Bismarcks im Reichstag 13.3.1884, Lasker sei es gewesen, dem das Scheitern dieser Verhandlungen mit den Nationalliberalen zuzurechnen sei. Dann war es 1891 Bennigsen wieder allein

---

1) Siegfried v.Kardorff: Wilhelm v. Kardorff (1936) 180
2) Oncken 2:384; Poschinger 2:254.267 u. 3:35 f.
3) Bachem 3:361
4) Bachem 3:362

gewesen, aber nicht wegen seiner, den bewußten Verfassungsartikel betreffenden Forderung (vgl. S. 91), sondern weil er Forckenbeck und Stauffenberg mit in sein Kabinett habe nehmen wollen; [1] tatsächlich wird dieser Angabe Bismarcks in einer neueren Darstellung Glauben geschenkt. [2] Ein Jahr darauf spielte Bismarck auch in dieser Sache den Verletzten: weil es ihm nicht gelungen sei, die Ernennung Bennigsens beim König durchzusetzen, hätten die Liberalen ihn, Bismarck, stürzen wollen. [3] In seinen Memoiren behält er diese Rolle bei und schildert auch hier ein letztes Mal die Vorgänge, nicht wie sie waren, sondern "wie er sie hernach angesehen wissen wollte." [4] Danach ist auch die hier stehende Anekdote zu bewerten (vgl. S.91): als er, Bismarck, auf Bennigsens Wunsch, vor Wilhelm I. Stauffenberg erwähnt, habe dieser noch ganz unter dem Eindruck von dessen Reichstagsrede gestanden und, auf seine Schulter zeigend, wo auf der Uniform die Regimentsnummer sitzt, gesagt: "Nr. 109, Regiment Stauffenberg." [5] Nach Freifrau v. Habermann war ihr Vater - gewiß mit Recht - der Meinung, daß Bismarck dies erfunden hatte.

Da Joh. Friedrich v. Schulte die geheimen Absichten Bismarcks, die er mit seinem Tabakmonopolplan verfolgt hatte, verborgen blieben, fällt seine ganz in nationalliberaler Tonart gehaltene Auslassung in sich zusammen, wenn er meint: [6] Bennigsen hätte einsehen müssen, daß Bismarck auf seine Forderung nach dem gleichzeitigen Eintritt Forckenbecks und Stauffenbergs "nie eingehen werde, (um) sich solche radikale Doktrinäre zuzugesellen, und daß auch der Kaiser dem alten Aristokraten (= Stauffenberg) nie den Radikalismus verzeihen werde." Es sei hier nochmals daran erinnert, daß Bismarck diese Nationalliberalen vor dem Scheitern seines Tabakmonopolplans so wenig "radikal" vorkamen wie Bebel, an den er sich, um sich 1890 an der Macht zu halten, genau so wie an Windthorst gewendet hätte (vgl S. 93).

August Bebel erkannte zwar zutreffend, daß Bennigsen "allein", ohne die Aufnahme von Parteifreunden in einem Ministerium Bismarck "den wachsenden reaktionären und schutzzöllnerischen Strömungen gegenüber nicht gewachsen" gewesen wäre [7], besitzt aber nicht die völlige Klarheit von den Zusammen-

---

1) Hofmann 1:359
2) Friedr. C. Sell: Tragödie des deutschen Liberalismus (1953) 253
3) Hofmann 2:22
4) Robert Pahncke: Die Parallelerzähl. Bismarcks zu seinen Ged. u. Erinn.
5) Ged. u. Erinn. 2 (1898) 184 (1914) 307
6) Lebenserinnerungen 1 (1908) 257
7) Aus meinem Leben 2:325 f. (unveränd. Nachdruck 1946 d. Originalausg. v. 1913)

hängen, wenn er das Scheitern dieses Plans nur mit der zweifellos vorhandenen Abneigung Wilhelms I. gegen Bennigsen, infolge von dessen Verhalten im Jahre 1866 gegenüber dem hannöverschen Königshaus, erklärt, während doch die Frage des Tabakmonopols hier den Ausschlag gegeben hat.

1884 erschien von dem 1904 verstorbenen Oberlehrer Hermann Robolsky unter dem Pseudonym H. Wiermann eine zwei Bände umfassende Sammlung von Charakteristiken damaliger Reichstagsabgeordneter, "Der Deutsche Reichstag", die aber über Stauffenberg fast nur nationalliberale Pressestimmen brachte, in denen wenig sachlich gehaltene Verstimmung über die Sezession sich aussprach. Was über die Vorgänge beim Scheitern des Bismarckschen Ministerplans hier steht, ist mit der Behauptung gekennzeichnet: "Der liberale Minister Camphausen wurde von den Liberalen aus dem Ministerium gedrängt und Herr von Stauffenberg hatte seinen Hauptanteil daran." [1] Auch Oskar Klein-Hattingen [2] wiederholte jenen Vorwurf, den auch Camphausen selbst - menschlich verständlich - teilte, wenn er Hohenlohe gegenüber, der ihm hier zustimmte, am 25.8.78 geäußert hatte: sein Sturz sei darauf zurückzuführen, weil die Nationalliberalen sich "einbilden, daß Stauffenberg Finanzminister werden müßte." [3] Wie wenig Sinn man aber bei den Gesinnungsfreunden von Robolsky für das stets von Stauffenberg so energisch verteidigte staatsbürgerlich wichtige Etatrecht des Reichstags hatte, zeigte seine Zustimmung zu der Behauptung der Nationalzeitung, für das politische Gewicht des Reichstags sei es ganz unerheblich, ob er die Militärlasten nur für ein Jahr oder gleich septennatsweise bewillige. Mit der Vermutung, daß hier der Reptilienfonds aktiviert worden ist, geht man schwerlich fehl.

Hermann Michel, der Herausgeber von Heinrich Eduard Brockhaus' "Stunden mit Bismarck 1871-1878" äußerte die Vermutung [4], bei Bismarcks Ministerplan sei das Tabakmonopol nur "eine vergleichsweise nebensächliche Angelegenheit" gewesen, Bismarck habe jedoch die Umbildung der Reichsregierung in eine im parlamentarischen Sinne gehaltene verhindern wollen. Tatsächlich aber wollte er, wie wir heute wissen, ihr das Wenige an parlamentarischer Substanz nehmen, das sie immerhin doch hatte.

---

1) 2:270.274
2) Liberalismus 2:228
3) Denkw. 2:255
4) Brockhaus XIII

Es war auch durchaus nicht so, wie Oswald Spengler meinte [1] - und I. A. von Rantzau [2] scheint sich ihm mit anderen anzuschließen - Bismarck habe den Parteien die Mitverantwortung für die Verwaltung und Leitung des aufstrebenden Landes und die Aufgaben seiner Außenpolitik auferlegen wollen. Ganz im Gegenteil wollte er seine Alleinherrschaft auf diesem schwer zu durchschauenden Weg nur noch festigen, indem er den Liberalen die Verantwortung für ein solches, in seiner geplanten Höhe jedenfalls äußerst unpopuläres Monopol zuschob, und ihnen dadurch schwere Wahlverluste zufügte.

Wir müssen mit Hans Goldschmidt "wie oft", so auch hier, Bismarcks Mitteilungen als Quelle außer Betracht lassen [3], und nicht mit Sandberger [4] für "allzu subjektiv" halten. Richtig weist Goldschmidt auch die Ansicht Onckens ab, Bismarck habe Bennigsen von dem Augenblick an innerlich fallen lassen, als dieser in Varzin auf der Hereinnahme von Forckenbeck und Stauffenberg in die Regierung bestand. Es ging eben um das, in seiner wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Bedeutung auch von Goldschmidt nicht richtig bewertete Reichstabakmonopol. Matthes [5] dagegen nimmt die Angaben Bismarcks ernst, obwohl er Goldschmidts Buch im Literaturverzeichnis (352) anführt; freilich erkennt Matthes die Absichten nicht, die Bismarck mit dem Tabakmonopol erreichen wollte. Jedoch Klein-Hattingen [6] hat den richtigen Sachverhalt insofern bemerkt, wenn er meint, Bennigsen hätte annehmen müssen, daß Bismarck nicht ein Tabakmonopol anstrebt, wenn er es in den mehrtägigen Verhandlungen in Varzin nicht berührt hat, aber gleichzeitig Camphausen anwies, einen dahingehenden Entwurf auszuarbeiten. Auch könne Bennigsen nicht den Eindruck gehabt haben, seine Forderung, Forckenbeck und Stauffenberg mit zu berufen, bilde ein unüberwindliches Hindernis. Zu Unrecht, aber bei der damaligen Quellenlage verständlich, nahm Klein-Hattingen [7] an, Bismarcks Ministerplan sei gar nicht ernst gemeint gewesen, er habe dadurch nur die Liberalen so lange bei der Stange halten wollen, bis er einer klerikal-konservativen Mehrheit sicher wäre. Aber um eine "konkrete Verantwortungsteilung" wie Theodor Heuß [8] meint, hat es sich jedenfalls ebensowenig gehandelt.

1) Neubau des Deutschen Reiches (1924) 4 f.
2) In: Aus Geschichte u. Politik, Festschr. f. L. Bergsträßer (1954) 198
3) Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung (1931) 44 f.
4) Sandberger 115
5) Matthes 22. 72 Anm. 3
6) Klein-Hattingen: Gesch. d. dt. Lib. 2:219
7) Bismarck 2 (1904) 307
8) Volk und Reich der Deutschen, hrsgg. von Bernhard Harms 2 (1929) 107

Auch was den nach dem Fiasko des Kulturkampfes größten innerpolitischen Mißerfolg, das Scheitern des Reichstabakmonopols, angeht, zeigt der begrenzte Erkenntniswert seiner Memoiren wie der Parallelerzählungen zu ihnen. In beiden Quellen wird,wie Richard Fester 1900 feststellte und Pahncke 1914 bestätigte, immer nur gezeigt, wie Bismarck "die Dinge ansah und angesehen wissen wollte", also nicht: wie sie gewesen waren. Dem trat auch G.P. Gooch 1942 bei [1]: "Every statement of fact (= in den Ged.u.Erinn.) has to be verified, every judgement of men and events to be checked."

Aber richtig hat Viktor von Unruh [2] erkannt, vor welcher Sachlage hier Stauffenberg stand, selbst wenn er, wie wir aus unserer heutigen Einsicht in die wahren Absichten Bismarcks hinzufügen, unter günstigeren Umständen in ein Bismarcksches Ministerium eingetreten wäre: "Im Winter 1877/78 unterhandelte Fürst Bismarck mit dem Abgeordneten v. Bennigsen über dessen Eintritt in die Regierung. Man sagt, dieser habe nicht allein eintreten wollen, sondern nur in Gemeinschaft mit v. Forckenbeck und Freiherrn von Stauffenberg. Als ich im Februar 1878 zur Eröffnung des Reichstags nach Berlin kam, traf ich zuerst Stauffenberg und sagte ihm, ich hielte es bei der Persönlichkeit Bismarcks für ganz unmöglich, daß er, Bennigsen und Forckenbeck unter Bismarck längere Zeit Minister sein könnten. Bei aller Anerkennung der großen Eigenschaften des Fürsten und seiner außerordentlichen Erfolge ließe sich doch nicht übersehen, daß er von den Ministern vor allen Dingen unbedingte Unterordnung verlange, daher mit Männern von selbständigem Charakter notwendig sehr bald in Konflikt geraten müsse. Wir hätten in Preußen eine Konstitution, aber keineswegs eine konstitutionelle Regierung, ebensowenig im Reich. Sie würden schnell abnutzen, und dann sei die Lage der Partei schlimmer als jetzt... Die Verhandlungen schwebten damals noch, aber nicht viel später sagte mir Stauffenberg auf einer Soirée bei Bismarck ins Ohr: 'Sie haben recht gehabt'." Auch Bennigsen, der noch Dezember 1877 gegenüber der Behauptung von Albrecht von Stosch, Bismarck könne nur unselbständige, "halbe Naturen" als Minister ertragen, die optimistische Ansicht vertreten hatte, der Kanzler könne "sehr gut selbständige Minister ertragen, er hätte bis jetzt nur keine solchen gehabt, welche imstande gewesen, im Geiste des Kanzlers selbständig

---

1) Studies in Diplomacy and Statecraft 261

2) Erinnerungen (1895) 359 f. (identisch mit dem Okt. 1881 Veröffentlichten, vgl. S. 86)

zu handeln," [1] kam nach seinen bösen Erfahrungen mit Bismarck zur nämlichen Ansicht, wenn er am 22.3.1878 an seine Frau schrieb: "Ich kann mir und meinen Freunden gratulieren, aus der ganzen Geschichte (= Ministerkandidatur) heil heraus zu sein. So nervös wie Bismarck jetzt ist und bei der ganz unsinnigen Art, wie er die Geschäfte neuerdings betreibt und die Parteien behandelt, wäre nicht ein halbes Jahr mit ihm auszukommen gewesen." [2]

Wie Bismarck 1877 feststellte [3], verfügte Stauffenberg nicht über die Eigenschaft, die er von jedem Beamten verlangte, die Subordinationsfähigkeit. Schon 1862 hatte er v. Möller gegenüber über dieses Auswahlprinzip keinen Zweifel gelassen: schwache Minister können ihm nur recht sein. [4] Darum konnte v. Möller, der ein großes Verwaltungstalent war, als selbständige Natur auf die Dauer nicht mit ihm auskommen. [5] Auch Georg Beseler stellte ein Stocken des inneren Ausbaus fest, da Bismarck allein herrschen und nicht mit selbständigen Männern zusammenarbeiten wolle. [6] Dem stimmte nicht nur Bismarcks Gegner Roggenbach [7] zu, sondern sogar Treitschke: [8] "Bismarck kann selbständige Naturen nicht vertragen, und ich rate keinem Freunde, seinen Kopf in diese Schlinge zu stecken." Auch der bismarckgläubige Nationalliberale Heinrich Eduard Brockhaus erkannte [9], daß Bismarck "die selbständigen Charaktere mehr und mehr entfernt hat." Freilich war er klug genug, um auf wichtige Außenposten keine Unfähigen zu stellen; auf solchen hat er daher v. Schlözer, v. Schweinitz, Paul v. Hatzfeldt und Fürst Carl Wedel lange belassen. Aber keinen von ihnen hätte er, das darf bei ihrer Wesensart behauptet werden, lange neben sich in Berlin geduldet. Mit dem Hinweis auf solche Fälle hat man daher nicht widerlegt, daß Bismarck seine engeren Mitarbeiter nach dem Wort aussuchte: "Macht muß es sein, wo meine Sterne strahlen." Der hier als Gegenbeweis auch angeführte Radowitz d.J. war übrigens nach seinen "Aufzeichnungen und

---

1) Ring 190 (27.12.1877) an Roggenbach
2) Oncken 2:360
3) Heffter 657
4) Eyck 1:427
5) Heffter 543
6) DL 1:444
7) Ring 139.346
8) Treitschke-Freytag Briefwechsel (1900) 180
9) Brockhaus 215

Erinnerungen" (1925), in denen er nicht einmal über seine wichtige Petersburger Mission von 1875 rechten Aufschluß gibt, kein bedeutender Kopf, und der dann noch genannte Bülow d. Ä. nach H. O. Meisners [1] Urteil nur ein diplomatischer Techniker von streng höfischem Wesen. Auch der von Arnold Oskar Meyer [2] in derselben Absicht hinzugefügte Herbert Bismarck, der "durch sein herrisches und brutales Auftreten früher oder später jeden seiner Mitarbeiter gegen sich aufbrachte" [3], ist schwerlich noch ein Gegenbeweis.

Es kam Bismarck eben vornehmlich auf die Befriedigung seines Geltungsstrebens an; unreflektiert und "mit elementarer Wucht" war "der eine Wert der Macht in ihm Herr." [4] Er hat "nie aus dem Zwang eines naturhaften Verbundenseins mit dem Volksganzen heraus gehandelt" und fühlte sich auch dem preußischen Militär- und Beamtenstaat nicht verbunden, sondern wollte "dieser selbst" [5] sein. Wie klar trat dies im Kulturkampf hervor! Und wie übergangslos-kontradiktär zu ihm verkörperte Franz von Stauffenberg Verbundenheit mit heimischem Volks- und Staatsleben zugleich mit dem Dienst an hohen, nationalen wie menschlichen Aufgaben!

Daß dies Diktatur Bismarcks - anders nennt Heffter seine Regierungsweise nicht - nachher in den höchsten Zentralstellen im Gegensatz zur britischen und französischen Tradition fast nur unbrauchbare Mitarbeiter hinterlassen hatte, bewies allein Raschdau (Unter Bismarck und Caprivi 1939). Ein klassisches Beispiel ist jener Attaché in Washington, der sich dort durch einen Eheskandal unmöglich gemacht hatte und nach Bismarcks Urteil so unfähig war, daß er ihm kein selbständiges Konsulat anvertraut hätte [6], aber als gefügige Kreatur von ihm gehalten wurde, die sich ihm gegen Harry von Arnim in Paris auf eine Weise nützlich machte, über die man sich heute ebenso einig ist wie über den Schaden, den dieser Fritz von Holstein später für die deutsche Außenpolitik bedeutet hat - nur Bismarcks System hatte diesem Geheimrat seine Herrschaft ermöglicht. [7]

---

1) Neue Deutsche Biographie 2 (1955) 728
2) Bismarck (1949) 665
3) Eyck 3:445
4) Hellmuth Wolff: Bismarcks Geschichtsauffassung (1926) 217
5) Paul Joachimsen: Dioskuren 1 (1922) 154
6) Raschdau 371
7) Eyck: Wilh. II. 29

Von heute aus gesehen, stellt dieser Scheinsieg, den Bismarck gegen Ende des ersten Jahrzehnts seines Reiches für die preußische Monarchie gegen die Volksvertretung erfocht, den ersten Schritt zu ihrem Untergang dar. [1] Die ebenso monarchische wie nationale Nationalliberale Partei war stark genug gewesen, durch verantwortliche Teilnahme an der Regierung dem prekären Gebilde dieses Reiches von innen festen Halt zu geben. Der preußische Kronprinz hatte gewußt, daß dies "kunstvoll gefertigte Chaos" ihn nötig hatte. Da sein Vater das nicht begriff, tat er den ersten Schritt, damals unter Bismarcks Antrieb, auf dem Wege zum 9. November 1918.

"Man hat dem Doktrinarismus der liberalen Politiker viele Vorwürfe gemacht", so betont Walter Goetz [2], "und Bismarck vor allem hat ihre Unfähigkeit zu regieren scharf gegeißelt. Es fragt sich heute (= 1922), nachdem wir das letzte Ergebnis aus der Bismarckschen Zeit haben ziehen müssen, mehr als je, ob das geschichtliche Recht nicht weit stärker auf seiten dieses angeblichen Doktrinarismus als bei der sog. Realpolitik Bismarcks lag. Gewiß trug der Liberalismus doktrinäre Züge an sich, die nur im praktischen Handeln behoben werden konnten; aber was ihm Bismarck grundsätzlich entgegenstellte: die Übermacht der Krone über das Parlament, wurde nicht nur ihm selber, sondern schließlich dem ganzen Volke zum Verhängnis. Dasselbe Gottesgnadentum, das den ersten Kanzler stürzte, hemmte nach weiteren zweieinhalb Jahrzehnten die Entwicklung des deutschen Verfassungslebens und führte in Irrtümer und Wirrnisse, denen zuletzt die Nation nicht mehr gewachsen war. Die Beschränkung des liberalen Einschlags im neuen Deutschen Reiche auf das von Bismarck erlaubte Maß, das Aufhalten jeder innerpolitischen Weiterentwicklung muß heute (1922) als eine der Ursachen unseres schweren Falls festgestellt werden."

Die Annexion von Elsaß-Lothringen warf für das Reich verschiedene Probleme auf, die naturgemäß auch eine parlamentarische Behandlung mit sich brachten. Eine Stellungnahme Stauffenbergs zur Frage der Annexion ist nicht belegbar. Seine Ansicht, auf welche Weise dieses Gebiet dem Reich einzugliedern sei, faßte er - unter Ablehnung eines etwaigen Teilungsplans - am 14.2.1871 in seiner Münchner Wahlrede wie folgt zusammen: "Wenn Elsaß und Lothringen an Deutschland kommen, dann können sie nicht nur ungeteilt an Deutschland kommen, sie können nur deutsches Reichsland werden." [3]

---

1) Eyck 3:214

2) Goetz:Dt.Lib.11

3) MNN Nr. 53 (22.2.1871)

Am 2.5.1871 war von Bismarck persönlich die Regierungsvorlage über die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Reich vor das Plenum des Reichstags gebracht worden. Im Reichstagsausschuß sprach sich eine starke Minorität für einen Antrag Stauffenberg-Lasker aus, die Zustimmung des Reichstags zu denjenigen von Kaiser und Bundesrat beschlossenen Finanzgesetzen zu verlangen, die Elsaß-Lothringen mit Anleihen oder der Übernahme von Garantien belasten sollten. Bismarck, der erst bei der dritten Lesung (25.5.1871) des Gesetzes anwesend war, erklärte, daß dies Amendement Stauffenberg-Lasker ein Mißtrauensvotum sei, das ihn schmerzlich berührt habe. [1] Bismarck hat eben nie glauben können, daß jemand aus sachlichen Gründen von seiner eigenen Ansicht abweichen könne [2] - diese seine autokratische [3] Natur zeigte er auch hier. Er behauptete sogar, er werde von den Antragstellern dem Lande gegenüber als leichtsinniger Schuldenmacher hingestellt! "Diese selbst von Bismarcks Anhängern als schroff bezeichneten Erklärungen lösten äußerste Verwirrung bei den Abgeordneten aus, die sich deutlich in den Reden von v. Kardorff [4] und v. Hennig [5] widerspiegelte." [6]. Die Abgeordneten kamen, berichtete Chlodwig Hohenlohe [7], in die größte Verlegenheit: "Alles rannte ratlos umher" - auch ein Beweis, daß der Vorwurf launenhafter, widerspruchsvoller, nur von persönlichen Stimmungen beherrschter Geschäftsführung, den Roggenbach gegen Bismarck erhob [8], nicht unbegründet ist. Der Antrag wurde an den Ausschuß zurückverwiesen, und es gelang der klugen Behandlung Bismarcks durch Kommissionsmitglieder, ihn dahin zu bringen, daß er gar nicht mehr wußte, warum er sich erbost hatte. Als er im Verlauf dieser Debatte sogar behauptete, er sei seiner ganzen Natur nach nicht regierungsbedürftig, das heißt passiv im höchsten Grade, erzielte er aber nun doch einen Heiterkeitserfolg. Ein Vermittlungsantrag, der das strittige Zustimmungsrecht des Reichstags etwas einschränkte, erreichte am Abend dieses turbulenten Tags eine Mehrheit von 16 der 28 Ausschußmitglieder; zu den ablehnenden Nationalliberalen gehörte Stauffenberg. Seine Fraktion war in

---

1) RT 20:923
2) Eyck 3:565
3) Gerh. Ritter:Staatskunst und Kriegshandwerk 1 (1954) 81
4) RT 20:927-930
5) RT 20:932-933
6) Stoltenberg 66 f.
7) Denkw. 2:57 f. ebenso Roggenbach in Ring 109 ff.
8) Ring 110 f., 164

diesem Fall Bismarckscher Willkür denn doch "einmütig der Überzeugung, der Gegenstand eines unberechtigten Mißtrauens gewesen zu sein." [1]

Da Stauffenberg Vorsitzender des Reichstagsbudgetausschußes für Elsaß-Lothringen war, stellte er in dieser Eigenschaft im Plenum die ungeheuer schwierige staatsrechtliche Lage dieses annektierten Gebietes in helles Licht und verlangte (20.3.1877), es solle, unter Aufhebung des gegenwärtigen Provisoriums, der Schwerpunkt der Gesetzgebung in den Landesausschuß (seit 1874 beratend) verlegt werden. [2] Er mag dadurch mitgewirkt haben, daß dieser Landesausschuß am 2.5.1877 eine beschließende Funktion, abgesehen von Verfassungsgesetzen, erhielt. Daneben bestand noch das Gesetzgebungsrecht des Reichstags - das aber nur 1887 und 1895 in untergeordneter Angelegenheit wirksam wurde - und das Vetorecht des Bundesrats.

Diese Bestrebungen, Elsaß-Lothringen eine weitgehende innere Autonomie zu geben, deren Träger in den siebziger Jahren die elsäßische Autonomistenpartei war, fanden bei den Nationalliberalen das meiste Verständnis. [3] Der Plan einer Statthalterschaft des Kronprinzen schien 1878 gesichert. In der Presse wurde daher schon berichtet: der Kronprinz habe bereits mit Roggenbach und Stauffenberg, als den voraussichtlichen Ministern, konferiert. [4] Anfang Mai 1878 bestätigte Stauffenberg dem Führer der Autonomisten, August Schneegans: "Das Kronprinzenland ist fertig." [5] Dieses Projekt ist dann durch die beiden Attentate auf Wilhelm I. hinfällig geworden, da der Kronprinz die Stellvertretung des Kaisers übernehmen mußte. Damit erledigten sich von selbst Stauffenbergs Ministerpläne; Schneegans und sein Parteifreund Julius Klein hätten ihn als "gewiegten Parlamentarier" [6] Roggenbach vorgezogen. Stauffenberg blieb aber weiterhin einer der stärksten Fürsprecher des Autonomiegedankens, dessen Weiterbildung, wie er am 26.6.1878 in München sagte [7], "in einer segensreichen Weise" erfolgen müsse. Zusammen mit Schneegans gewann er den Kronprinzen in einer Unterredung, am 22.2.1879, für die elsäßische Autonomie. [8] Die von Schneegans belegten Hinweise, Altdeutsche hätten bei der Wahl von 1878 im Elsaß für Protestkandidaten gestimmt, "damit die

---

1) Böttcher 123

2) RT 44:262.276

3) Schneegans 269-277-280.282, 320 ff. 355 f. und Schneegans an Stauffenberg DL 2:183 f. (3.8.1878)

4) Philippson: Friedr. III. 316; Schneegans 352

5) Schneegans 352

6) Schneegans 354

7) MNN Nr. 179 (28.6.1878) ex 26.6.1878

8) Schneegans 379 f.

Verwaltung in diktatorischer Weise fortgeführt werden könne," und von Stauffenberg, daß diese Kreise es dabei durch Plakate noch öffentlich erklärt hätten, veranlaßten den Kronprinzen zu der Bemerkung: "Das ist unerhört, das kann und darf nicht bleiben." Er versprach eine, in seinen Kräften stehende Unterstützung.

Am 27.3.1879 nahm der Reichstag den Antrag der Autonomisten auf selbständige Regierung im Lande an; am 4.7.1879 erfolgte dann die Verlegung der Zentralverwaltung von Berlin nach Straßburg und am 1.10.1879 begann der Statthalter seine Tätigkeit. In die Debatte hat Stauffenberg nur wegen einer Äußerung von v. Schorlemer-Alst am 27.3.1879 eingegriffen. [1] In seiner Rede hob er hervor, die Abtrennung Elsaß-Lothringens durch einen Krieg, "der in weiten Kreisen... große Aufregung und Erbitterung hervorrufen mußte", lasse es erklärlich erscheinen, daß diese Stimmungen und ihre Äußerungen noch vorkommen. Deshalb haben aber wir im Reichstag, so fuhr er fort, "auch nicht den Schein eines Interesses, nach dieser Richtung hin mit Rekriminationen irgendwie vorzugehen." Stauffenberg begrüßte auch die "Grundsätze", die Bismarck hinsichtlich einer Abänderung der staatsrechtlichen Lage Elsaß-Lothringens ausgesprochen hatte und ergänzte die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten v. Puttkamer, der sich vor Schorlemer-Alst auch gegen das, von den Autonomisten unter Schneegans angestrebte Ziel einer Neutralisierung [2] ausgesprochen hatte, indem er die von 1871 an erfolgten Maßnahmen besprach, die Elsaß-Lothringen betrafen; Bismarck hat im Reichstag am 2.5.1871 den Elsäßern - im Unterschied zu Frankreich - ein hohes Maß an individueller Freiheit und kommunaler Selbstverwaltung versprochen - "aber die Organisation, die er einrichtete, erfüllte das Versprechen nicht." [3] Als ihn Schneegans am 21.3.1879 im Reichstag daran erinnerte, behauptete er, dies seien nur "Äußerungen" gewesen, und er habe hier auf eine Reichstagsinitiative gehofft; letzteres hätte ihn wohl nicht gehindert, in einer so wichtigen Sache sein Versprechen zu halten. Schneegans konnte nur auf dem Boden des Frankfurter Friedens eine Autonomisierung als Endziel anstreben, die es Elsaß-Lothringen ermöglichen sollte, eine Brücke, keine Scheidewand zwischen

---

1) RT 52:663-665; vgl. Schneegans 401 f.

2) Dahingehende Bestrebungen: Leonid Kamarowski in Revue de droit international 20 (1888) 136; Goluchowski (1897) Große Politik 12:1:293; Roggenbach Ring 110 f. 141.205.286

3) Heffter 543

Frankreich und Deutschland zu sein. Es sollte neben einem kaiserlichen Statthalter haben: 1. eine parlamentarische Regierung, 2. einen Landtag wie die anderen Gliedstaaten und 3. Anteil am Bundesrat und Reichstag wie diese. Eine eventuelle freie, europäisch garantierte Neutralität wäre so jedenfalls immerhin erleichtert worden, wenn eine außenpolitisch günstige Situation dies nach Ableben Wilhelms I. unterstützt hätte.

In jener Rede vom 27.3.1879 verlangte Stauffenberg weiter, man müsse mehr Vertrauen zu diesem Land haben, das trotz erschwerender Umstände unter denen es von Frankreich getrennt worden war, die öffentliche Ordnung vom ersten Augenblick der Besitznahme bis zur Gegenwart bewahrt habe. Er empfahl daher eine geeignetere Auswahl der Beamtenschaft, besonders durch Heranziehung des einheimischen Elements, was, wie er hervorhob, nicht bei den unteren Beamtenstellen geschehen könne, da dies zu lange dauern und außerordentlich schwer vollziehbar sein würde. Deshalb wäre es sehr zu begrüßen, "wenn es dem Herrn Reichskanzler gelänge, aus dem Lande selbst und aus den Reihen der im Lande voranstehenden Männer bei der Rekonstruierung der Regierung in Straßburg Kräfte zu gewinnen, welche in diese hineingezogen werden können." Dann "wird der Anfang der Gewinnung des Landes in Wahrheit gemacht werden können, und dann wird sich das alles von selbst ergeben, nämlich die Erfüllung der Hoffnung, daß auch die anderweitigen Elemente, die Elsaß-Lothringer selbst eintreten werden"; der Diktaturparagraph müsse natürlich fallen. Stauffenbergs Erwartung einer, durch eine selbständigere Landesregierung und eine aus den eigenen Kreisen kommende Beamtenschaft zu bewirkende Eindeutschung Elsaß-Lothringens wurde vom nächsten Redner, dem früheren Achtundvierziger Wilhelm Löwe-Bochum [1] nicht geteilt. Er meinte vielmehr, wenn man 1871 die gegenwärtige Haltung des Landes hätte voraussehen können, würde er vorgeschlagen haben, eine preußische Provinz aus ihm zu machen.

In seiner Reichstagsrede vom 29. Januar 1885 wandte sich Stauffenberg nochmals gegen den Diktaturparagraphen (= § 10 des Reichsgesetzes vom 30.12. 1871) [2]. Dieser könne, so führte er aus, nicht Hort und Schiboleth des Deutschtums im Elsaß sein, vielmehr sei er ein über der ganzen dortigen Presse schwebendes Damoklesschwert. Daß unter der Herrschaft eines solchen Gesetzes sich anständige Pressezustände in keiner Weise entwickeln können, das

1) Eyck 3:74
2) RT 80:966-970

erschien ihm als absolut selbstverständlich. Er schlug vor, bei einer, die Gesamtlage Elsaß-Lothringens in verfassungsmäßiger Hinsicht revidierenden Nachprüfung diesen Paragraphen zu beseitigen. Er wurde aber erst 1902 aufgehoben; die Dislokation elsaß-lothringischer Truppen bestand bis 1903.

Stauffenbergs Hoffnung, dieses Land durch eine weitgehende innere Autonomie dem deutschen Reiche einzugliedern, erfüllte sich nicht. Erst 1911 erhielt es durch Initiative von Bethmann-Hollweg eine Verfassung. "Aber das Schicksal hat es gewollt, daß sie zu spät kam, und selbst in den wenigen Jahren ihrer Geltung konnte sich das Land keiner ruhigen und ungestörten Entwicklung erfreuen." [1] Der Fall Zabern (1913) zerstörte dann die letzten Möglichkeiten seiner Gewinnung für das Deutschtum.

Das Attentat von Dr. Karl Nobiling auf Wilhelm I. vom 2. Juni 1878 beantwortete Bismarck mit der Auflösung des Reichstags, und setzte auf den 30. Juli Neuwahlen an. Stauffenberg kandidierte bei diesen Attentatswahlen mit "denkbar geringster Lust", wie er am 25.6.1878 Hölder geschrieben hatte [2], wieder im Wahlkreis München I. In den vorausgehenden Wahlkampf griff er mit zwei in München gehaltenen Reden ein. In der vom 26. Juni 1878 [3] verwahrte er sich einleitend gegen den Vorwurf, der Reichstag hätte aus "übertriebenem Doktrinarismus" nur ideelle Gegenstände behandelt, um dafür die materiellen zu vernachlässigen, gerade die Annahme des Gesetzes über die elsaß-lothringische Autonomie und das Patentgesetz beweisen das Gegenteil. Auf die Steuerfrage übergehend, betonte er, daß die Reichsverfassung von Anfang an auf ein Defizit zugeschnitten worden war, das durch Matrikularbeiträge ausgefüllt werden sollte; da letztere aber pro Kopf der Bewohner gemessen werden, wirken sie sich sehr ungerecht aus; denn sie belasten gewerbearme, dichtbevölkerte Staaten weit stärker als etwa die reichen Hansestädte. Demgegenüber sei die Nationalliberale Partei immer auf Schaffung von Reichseinnahmen und auf Befreiung von den Matrikularbeiträgen gedrungen. Früher habe er, so versicherte Stauffenberg, die Einführung einer Reichseinkommensteuer befürwortet (vgl. S. 37), um dem Reich selbständige Einnahmen zu verschaffen. Jedoch durch längere Beschäftigung mit dieser Frage sei er davon, hauptsächlich auf Grund der Erwägung abgekommen, daß es nicht möglich sei, "die direkten Steuern, ohne in die Ver-

1) Eyck:Wilh. II. 607

2) Nachlaß Hölder:cod.hist.fol.880 fasc.XVIII Nr.157.158

3) MNN Nr. 179(28.6.1878), Nr.180(29.6.1878), 181/82 (30.6.1878), 183(2.7.1878), 184(3.7.1878)

hältnisse der einzelnen Staaten allzutief einzugreifen, für das Reich zu nehmen." Daher müsse man an dem Prinzip festhalten: die direkten Steuern gehören den einzelnen Staaten, die indirekten dem Reich; eine Ausnahme hiervon bilde nur der bayrische Malzaufschlag. Stauffenberg forderte daher ein "bestimmtes Steuerprogramm", in dem genau aufgeteilt werde, welche Materie in das Gebiet der reichs- und welche in das der einzelstaatlichen Besteuerung gehöre. Dazu müsse Hand in Hand gehen, daß das im Reichstag bestehende Steuerbewilligungsrecht "in keinem Falle geschmälert" werde, denn ein Ausgabenbewilligungsrecht sei nur dann sinnvoll, wenn ihm ein Einnahmebewilligungsrecht zur Seite stehe.

Stauffenberg hat also zutreffend erkannt, daß in einem föderalistischen Staatsgebilde die Zentralregierung nicht in die einzelstaatliche Steuergesetzgebung eingreifen darf, und daß es nicht angeht, die staatliche Existenz der Einzelstaaten durch Aushöhlung der Finanzhoheit zu untergraben; ein schon klassisches Beispiel hierfür bietet die Weimarer Republik. Diese von Stauffenberg befürwortete Aufteilung der Steuerarten, und zwar, daß der Bund die indirekten, die Glieder die direkten Steuern erhalten sollen, kann in der Gegenwart, bei dem erhöhten Finanzbedarf der öffentlichen Hand, nicht mehr folgerichtig durchgeführt werden, nachdem heute die indirekten Steuern zur Grundlage des Finanzsystems geworden sind, und daher auch der Einzelstaat auf sie angewiesen ist. Jedoch sein Vorschlag, eine reinliche Scheidung zwischen Bundes- und einzelstaatlichen Steuern zu treffen, erscheint noch heute als erwägenswert. Während in der Schweiz die dem Bund und die den Kantonen zustehenden Steuern klar umschrieben sind, ist das in der Bundesrepublik nicht geschehen. Hier gibt es den sogen. Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung, der zwar eine gewisse finanztechnische Elastizität gewähren könnte, aber in der Praxis doch zu alljährlich bei der Bundesetatberatung wiederkehrenden Auseinandersetzungen geführt hat, wie das Beispiel der Einkommen- und Körperschaftssteuer zeigt, die bei einer klaren Spezifizierung der beiden Steuerbereiche hätten vermieden werden können.

Ausführlich behandelte Stauffenberg weiter das Tabakmonopol (vgl. S. 86), wobei er gleich einleitend hier bemerkte: es sei "zur allgemeinen Überraschung des Reichstags" gewesen, als Bismarck das Tabakmonopol als sein Steuerideal erklärt habe , und das könne er als Zeuge bestätigen. Die Gründe, die ihn, Stauffenberg, und seine Fraktionskollegen zur Ablehnung bewogen haben, sind folgende gewesen: das an und für sich "erstrebenswerte Ziel" der Beseitigung der Matrikularbeiträge dürfe nicht "durch Vernichtung einer blühenden Industrie", wie die Tabakindustrie sie darstelle, erreicht werden.

Das sei "ein Sprung ins Dunkle", da es eben von einer Monopolform "keinen Rücktritt" gebe, das würde weiter den Ruin der Heimindustrie bedeuten, deren Grundlage ein gesunder Familienbetrieb ist, und wo jener sich finde, da konnten die Sozialisten bisher keinen Fuß fassen. Auch daran sei nicht zu zweifeln, daß der vernichteten Privatindustrie der Staatsbetrieb mit allen seinen Schäden sofort folgen würde. Ebenfalls mache man sich von den etwaigen Erträgnissen eines Tabakmonopols "übertriebenste Vorstellungen", wie das etwa Moritz Mohl tue, der in seinem darüber verfaßten Buch auf 400 Mill. komme.[1] "Und im Reichstag ist von einem Mitgliede der freikonservativen Richtung[2] gesagt worden, daß er noch viel mehr erwarte." Auf eine so hohe Summe könne man aber nur dann kommen, wenn man die billigsten Sorten am stärksten besteuere, wodurch man gerade die unteren Gesellschaftsschichten besonders hart treffe.

Abschließend befaßte er sich noch mit der Frage des Sozialistengesetzes. Hierbei kannte er durchaus die Notwendigkeit an, die sozialistischen Ausschreitungen, die "auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaft und Rechtsordnung", gerichtet sind, zu bekämpfen. Jedoch "darf die Gesetzgebung, welche diesen entgegentreten muß, nicht den Charakter eines Kampfes gegen eine ganze Klasse der Gesellschaft annehmen", wie das beim vorgelegten Sozialistengesetz der Fall gewesen sei. Diese Überzeugung teile er mit allen anderen bayrischen Reichstagsabgeordneten. Man müsse deshalb solche Vorlagen sorgfältig prüfen, wobei das Landesinteresse dem Fraktionsinteresse vorzugehen habe; ein umgekehrtes Verfahren wäre "nicht nur verbrecherisch sondern auch töricht"; und so haben es wir Nationalliberalen immer gehalten.

Am 13. Juli 1878 hielt Stauffenberg eine weitere große Wahlrede in München[3] zu der am 30. des Monats stattfindenden Wahl. Eingangs nahm er nochmals zur Frage des Sozialistengesetzes Stellung. Nachdrücklichst bekannte er sich dabei zur Gleichheit aller vor dem Strafgesetz; dieser Grundsatz dürfe auch nicht im Hinblick auf die Sozialdemokratie verletzt werden. Stauffenberg war also nicht bereit, Bismarck auf seinem Wege, den Rechtsstaat zu durchlöchern, Gefolgschaft zu leisten. Ebenso wies er es zurück, sich "bedingungslos" im voraus allen zu erwartenden Regierungsmaßregeln zu unterwerfen und das Versprechen abzugeben, ihnen seine Zustimmung zu erteilen - eine Zusage,

---

1) Denkschrift über eine Reichs-Tabak-Regie (1878) 141 f.

2) = Adolf Wagner (1835-1917) vgl. S. 202

3) MNN Nr. 197 (16.7.1878) u. 198 (17.7.1878) ex 13.7.1878

die im voraus in vielen Wahlkreisen verlangt worden war [1], und die auch viele Nationalliberale gegeben hatten, um gewählt zu werden. [2]

Auch eine Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts - in dem er keineswegs "das Ideal eines Wahlgesetzes" erblickt hatte - hielt Stauffenberg für "untunlich." Vielmehr müsse als positive Maßnahme die soziale Lage der Arbeiter verbessert werden. Er ging sogar einen großen Schritt weiter, wenn er eine internationale vertragliche Regelung durch internationale Vereinbarung der Arbeitsbedingungen empfahl. Trotz aller gegen ihn gerichteten Verdächtigungen werde er, Stauffenberg, weiterhin die nationale und liberale Fahne hochhalten, wie er es bisher getan habe. Daran ändere nichts, wenn er auch vom Wahlkomitee des Zentralverbandes der deutschen Industriellen und von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung auf die Proskriptionsliste, die 40 Abgeordnete umfaßte, gesetzt wurde, deren Wiederwahl unter allen Umständen zu verhindern sei.

Er schloß seine Rede - es sollte die letzte Wahlrede in München sein- mit diesen denkwürdigen Worten: "Wenn Sie mir nach der Vergangenheit das Vertrauen für die Zukunft schenken, das volle Vertraurn, dann bin ich Ihr Mann; ist das nicht der Fall, so bitte ich Sie auf das Allerdringendste, beehren Sie mit Ihrem Mandat einen Anderen, denn es würde hieraus das größte Unheil entstehen. Behalten Sie bei der Stimmabgabe bei der Reichswahl nicht die Person im Auge, die Person ist ganz gleichgiltig, sondern wählen Sie einen Mann Ihres Vertrauens, dann allein wird es zum Heil des Reiches ausschlagen."

Bei der Wahl vom 30. Juli 1878 gingen die für Stauffenberg abgegebenen Stimmen bedeutend zurück. Während er 1871, 1874 und 1877 noch mit verhältnismäßig großen Mehrheiten bereits im ersten Wahlgang gewählt worden war, erreichte er bei dieser Wahl nur mehr die relative Mehrheit, so daß eine Stichwahl notwendig wurde. Noch 1877 konnte er 7718 Stimmen gegenüber 5268 gegnerischen auf sich vereinigen, aber am 30.7.1878 sank die Stimmenzahl auf 6535 ab, dagegen stieg die seines Gegenkandidaten vom Zentrum, des katholisch-bayrischen rechtskundigen Münchner Magistratsrats, des späteren Ritters Kaspar (v.) Ruppert auf 5033 an. Da die Sozialdemokraten es auf rund 2000 Stimmen brachten, und der konservative Zählkandidat, der ehemalige Finanzminister, Staatsrat Georg (v.) Berr (1872-1877) 530 erhielt, mußte ein Stichentscheid zwischen Stauffenberg und Ruppert stattfinden. Hierfür kam ein

---

1) Vgl. Eyck 3:231

2) So z.B. Julius Hölder in seinem Brief vom 20.6.1878 an Stauffenberg vgl. S. 118 ebenda die Antwort Stauffenbergs (25.6.1878)

Bündnis zwischen den Ultramontanen und den Sozialdemokraten zustande. Während v. Schauß, der Wahlhelfer Stauffenbergs, eine Wahlenthaltung der Sozialdemokraten hier noch für möglich hielt [1], sah dagegen die in Augsburg erscheinende Allgemeine Zeitung das voraussichtliche Ergebnis, "daß bei der Stichwahl die Sozialdemokraten dem klerikalen Kandidaten ihre Stimme geben werden" [2], richtig voraus; denn am 8. August 1878 erhielt Stauffenberg - für dessen Wiederwahl sich besonders die Münchner Neuesten Nachrichten einsetzten [3] - nur 6524, Ruppert aber 9745 Stimmen; Ruppert wäre also sogar ohne sozialistische Wahlhilfe siegreich geblieben.

Für seine Parteifreunde und wohl auch für Stauffenberg selbst kam diese Niederlage unerwartet. Sie habe ihn, so schreibt Stauffenberg am 11. August 1878 an seinen bremischen Fraktionskollegen Hermann Henrich Meier [4] "nicht meinetwegen, sondern wegen unserer süddeutschen Weiterentwicklung, förmlich niedergeschmettert." Ihre Ursache hatte sie in dem Bündnis zwischen den Patrioten - so nannte sich das Zentrum in Bayern noch bis in die 80er Jahre - und den Sozialdemokraten, dem sich noch die Konservativen und eine liberale Splittergruppe anschlossen; auch die bisherigen Nichtwähler scheinen sich weitgehend gegen Stauffenberg entschieden zu haben. Außerdem dürfte sein Austritt aus dem Landtag und seine Übersiedlung nach Berlin, die man irrigerweise mit seinem Ministerplan in Zusammenhang brachte (vgl. S. 3), ebenso eine gewisse Unzufriedenheit über die liberale Münchner Kommunalpolitik bei diesem Mißerfolg mitgewirkt haben, wenn man für letztere diesbezügliche Angaben von Friedrich von Schauß in Betracht zieht. [5] Ferner berichtete v. Schauß, daß man sich kurz vor der Stichwahl an den konservativen Staatsrat Georg von Berr wandte, weil er Stauffenberg persönlich schätzte, damit er sich für seine Wahl erkläre. Dies hat er aber abgelehnt, weil es ihm nicht gefiel, daß Stauffenberg, der liberale Freihändler - Stauffenberg hatte schon am 25.6.1878 Hölder brieflich versichert, er werde von seiner "bisherigen Richtung keine Linie" abgehen [6] - vor der aus Berlin kommenden protektionistischen Welle nicht zurückwich. [7] Dazu wird noch "das Bestehen einer weitverbreiteten Gleichgültigkeit in den Bevölkerungsschichten, auf welche die liberale Partei zählt," gekommen sein, wie die Allgemeine Zeitung in ihrer Wahlbetrachtung schrieb [8], und worauf sie auch v. Schauß zurückführte. [9] Besonders

---

1) DL 2:212 (3.8.1878) an Stauffenberg
2) AZ Nr.219 (7.8.1878)
3) MNN Nr.216.217 (4.8.1878), Nr.219 (7.8.1878), Nr. 220 (8.8.1878)
4) Nachlaß H.H.Meier
5) DL 2:214 (7.8.1878) an Stauffenberg
6) Nachlaß Hölder:cod.hist.fol.880 fasc. XVIII Nr.157.158
7) DL 2:213 ff.;vgl. 2:219 (7.8.1878)
8) AZ Nr.219 (7.8.1878)
9) DL 2:214 (7.8.1878)

haben Stauffenberg auch die Enthüllungen v. Kardorffs geschadet, an seiner Person seien die nationalliberalen Ministerkandidaturen gescheitert, weil er als "Unitarier" und "Preußenfreund" für die verbündeten Regierungen unannehmbar gewesen sei. Dessen und der Schwierigkeit seiner Lage war sich Stauffenberg vollkommen bewußt, als er am 9.8.1878 an Bennigsen schrieb:[1] "Die Dinge in München sind gekommen, wie ich von Anfang an gefürchtet, und man muß jetzt eben den Schaden besehen und finden, wie er zu bessern. Daß ich ein nichtbayrisches Mandat nicht annehmen kann, war mir von vornherein klar, und ich lasse mich von meiner Überzeugung auch durch die mehr wohlwollenden als richtigen Bemühungen meiner Münchner Freunde nicht mehr abbringen. Einstweilen muß ich in den Bayrischen Landtag und sehen, ob im Laufe der Session sich etwa ein bayrisches Reichstagsmandat erledigt... Mir hat nichts so viel geschadet als die sog. Kardorffschen Enthüllungen, nach denen es erschien, als ob ich absolut das Schatzamt haben wollte und deshalb wegen meiner absoluten Unannehmbarkeit die ganze Kombination gescheitert sei - dies genügt, um mich in den Augen vieler als einen Streber schlimmster Sorte erscheinen zu lassen; ich möchte wohl wissen, ob dieser Klatsch auf Kardorffs eigenem Miste gewachsen oder ihm von Bismarck soufflliert worden. Die können wohl einmal bei passender Gelegenheit diesen Gerüchten aufs Maul schlagen" - was Bennigsen auch tat (vgl. S.). Stauffenberg fügte in jenem Brief noch hinzu: die Auflösung hat der nationalen Sache in Süddeutschland einen Schlag gegeben, von dem sie sich schwer erholen wird... ". Er ersuchte aber Bennigsen an seiner Stelle in Braunschweig - wo Bennigsen neben seinem hannöverschen Wahlkreis gewählt worden war - Friedrich Kapp zu wählen.

Trotz dieser Weigerung Stauffenbergs, außerhalb Bayerns ein Mandat anzunehmen, wollen ihn seine Freunde veranlassen, doch in jenem Wahlkreis Holzminden-Gandersheim zu kandidieren. Sie sind sich einig, daß gerade sein Fehlen im Reichstag, wie sich Forckenbeck ausdrückt, "der härteste Schlag der ganzen Wahlbewegung wäre."[2] Lasker meint am 3.8.1878: "Aber wenn Sie fehlen, dann ist ein Teil des Zerstörungsplans gelungen; freilich in einem ganz anderen Sinne, als selbst Bismarck sich vorgestellt hatte. Die Rückwirkung auf Bayern wäre eine besonders schlimme, und unsere Partei erhielte einen neuen Keim der Zersetzung."[3] Er schlägt daher ebenfalls vor, sich

---

1) Oncken 2:381
2) DL 2:193
3) DL 2:212 f.

einer Wahl in Braunschweig zu unterziehen - ähnlich wie v. Schauß. [1] Auch Georg von Bunsen - der Sohn des bekannten preußischen Diplomaten Josias v. Bunsen - hofft, wie er Stauffenberg schreibt (29.8.1878) [2], ihn "baldigst in der kleidsamen Tracht als braunschweigischer Jäger begrüßen zu dürfen."

Nachdem aber Stauffenberg sich weigert, im Falle eines Mißerfolgs in der Stichwahl, außerhalb Bayerns zu kandidieren, schreibt ihm Lasker nochmals am 13.8.1878 in dieser Angelegenheit: [3] "Ihre entschiedene Weigerung, außerhalb Bayerns ein Mandat anzunehmen, trifft mich sehr hart... Sie wollen den bayrischen Boden nicht verlassen, weil sie dort die Wurzeln Ihrer Wirksamkeit befestigt wissen." Seine Nichtwahl sei eine "Beschädigung der nationalen Sache ... und füge der Partei im Reichstag und dem Liberalismus noch größeren Schaden" zu. Daher beschwört er ihn, doch anzunehmen; denn er gehöre dem "ganzen Vaterlande... und sei über die Grenzen des engen Partikularstaates schon hinausgewachsen"; ohne ihn sind die Bayern führerlos und die Partei ist im Süden gespalten. Er rät ihm daher dringend zur Annahme in Braunschweig, solange noch kein bayrisches Mandat frei sei. "Meine Stellung verändert sich ganz, wenn Sie im Reichstag fehlen", und er fügt diesem persönlichen Wunsch noch abschließend hinzu: "Das Land kann Sie in so schwerer Zeit auch nicht vorübergehend entbehren." Ähnlich schreibt ihm auch Bamberger am 13.8.1878. [4] Dieser diagnostiziert Stauffenbergs Niederlage in München als "das quintessenzierte Resultat aller verderblichen Kombinationen, welche jetzt entfesselt sind, um Deutschlands politische Zukunft zugrunde zu richten. Bismarcks Herrschsucht hat sich mit der Selbstsucht aller gemeinen Triebe in Deutschland zusammengefunden." Er hält ihn für unentbehrlich als Vermittler zwischen den beiden Polen Lasker-Bennigsen; auch verlöre dadurch die Partei viel an Prestige. Ferner versichert ihm Bamberger auch sein persönliches Gefühl, daß ihn der Reichstag ohne seine Anwesenheit anöde und er "viel von seiner Anziehungskraft für ihn verlöre." Aber, so fügt er hinzu, "steht dies doch im engsten Zusammenhang mit den Bedürfnissen des großen Ganzen."

---

1) DL 2:219 f. (24.8.1878)
2) DL 2:222
3) DL 2:217
4) DL 2:216 f.

Mittlerweile haben sich Stauffenbergs norddeutsche Parteifreunde, besorgt durch den ungewissen Ausgang seiner Münchner Stichwahl, für ihn persönlich verwendet. So bringen Kreisrichter Haberland, nationalliberales Komiteemitglied aus Holzminden, ein alter Korpsbruder Bennigsens, und der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hermann Henrichs Meier, Reeder aus Bremen, Anfang August 1878 bei Bennigsen den Plan vor, Stauffenberg, sollte er in München unterliegen, in Holzminden-Gandersheim aufzustellen. Bennigsen war damit einverstanden, und er werde daher, wie er H.H. Meier am 5.8.1878 schrieb [1], ihm, sollte Stauffenberg unterliegen, sofort "näheres wegen der alsdann erforderlichen Operationen" mitteilen. Bennigsen hatte, wie wir aus diesem Brief ersehen, sich bereits über Berlin in München telegraphisch über die Aussichten Stauffenbergs erkundigt, und dabei erfahren, daß "das Resultat sehr unsicher ist." Ebenso pessimistisch lautete die Wahlprognose, die v. Schauß und Vechioni auf die von Bennigsen veranlaßte Anfrage an das Zentralwahlkomitee in Berlin schrieben (3.8.1878) [2], und aus der hervorging, daß in Bayern für Stauffenberg kein sicherer Wahlkreis vorhanden sei und man es daher lieber sähe, wenn er einen solchen in Norddeutschland erhalten könnte. H.H.Meier, der gerade zur Kur in Bad Harzburg weilte, begab sich sofort nach Holzminden und leitete zusammen mit Haberland persönlich einen Werbefeldzug für eine Kandidatur von Stauffenberg.

Soweit waren die Dinge schon gediehen, bevor das Ergebnis in München feststand und bevor Stauffenberg seine Einwilligung zur Aufstellung in Braunschweig gab. Letztere wurde durch Bennigsens Initiative erreicht. Darüber schrieb er am 10.8.1878 an H.H.Meier: "Stauffenberg, welcher nach den von München erhaltenen Mitteilungen offenbar durch die Niederlage in München und noch mehr durch die heillose Art der Agitation gegen ihn vorher sehr deprimiert gewesen ist, hatte Anfangs gar keine Neigung mehr, es noch mal außerhalb Bayerns mit ihm versuchen zu lassen. Nachdem heute auf meine Veranlassung eine Zusammenkunft bayerischer Freunde mit ihm in Ulm stattgefunden, hat er seine Bereitwilligkeit, eine Wahl in Braunschweig anzunehmen, telegraphiert." [3] Diese Änderung seines bisherigen Entschlußes teilte Stauffenberg H.H. Meier mit, der ihm von seiner Werbetätigkeit berichtet hatte: er habe, so schrieb er am 11.8.1878, auf Grund dringendster Bitten von allen Seiten, entgegen seinem "ursprünglichen Entschluß", diese Kandidatur doch angenommen. [4] Jedoch erlaube die bevorstehende Niederkunft seiner Frau und

1) Nachlaß H.H. Meier
2) DL 2 : 212 f.
3) Nachlaß H.H. Meier
4) Nachlaß H.H. Meier

seine eigene körperliche Angegriffenheit nicht, sein persönliches Erscheinen in Holzminden: "Geht es ohne dieses nicht, so wählen Sie in Gottes Namen einen Anderen; an guten Leuten fehlt es ja nicht." Es ist daher das Ziel seiner Parteifreunde, Stauffenberg in Braunschweig, trotz aller Hindernisse, durchzubringen. So schrieb Bennigsen an H.H. Meier am 10.8.1878: [1] "Auf Ihren Eifer und Einfluß darf ich unbedingt zählen, da Sie ursprünglich diesen Gedanken mit erfaßt hatten. Nachdem wir Stauffenberg einmal in diesem Bezirk in Vorschlag gebracht haben, muß er auch glänzend durchgebracht werden!" Bennigsen griff daher persönlich in den Wahlkampf ein, nachdem er schon einige Zeit nicht mehr öffentlich hervorgetreten war, und verteidigte Stauffenberg - dessen Wunsche willfahrend (vgl. S. 110) - in einer Rede in Kreiensen am 18.8.1878, wobei er allen gegen ihn gerichteten Vorwürfen - besonders den Verdächtigungen v. Kardorffs (vgl. S. 93) - entgegentrat. Dort widerlegte er - ebenso wie die beiden Wahlhelfer H.H. Meier und Haberland - den Vorwurf [2], daß Stauffenberg, wie schon in München behauptet worden war, ein Unitarier sei. Vielmehr hob er besonders hervor, Stauffenberg habe ebenso wie er, Bennigsen, von Anfang an am Bundesstaat festgehalten: "Einheitsstaatler sind wir Nationalliberale nicht." Aus der Kenntnis der politischen Wirksamkeit Stauffenbergs, der immer vom Wert eines föderalistischen Reichsaufbaus und von dem der Selbstverwaltung überzeugt war (vgl. S. 55.14), können wir die Unhaltbarkeit dieses Vorwurfs deutlich sehn: Stauffenberg war ein liberaler Föderalist, allen Unitarismus hat er zeitlebens von sich gewiesen. Bennigsen antwortete am 12.8.1878 auf Stauffenbergs Brief vom 9. August (vgl. S. 110), woraus hervorging, welch große Wertschätzung sich dieser bei allen seinen Parteifreunden erfreute. Darin sprach Bennigsen ihm zuerst seinen Dank aus, daß er, "trotz berechtigter Verbitterung über den traurigen Ausgang in München und die schamlos gegen ihn betriebene Agitation", sich noch einer außerbayrischen Kandidatur unterziehe!"Ihre Empfindungen", so fuhr Bennigsen fort, "begreife ich sehr wohl; mir ist im Laufe der Jahre wiederholt übel genug mitgespielt (worden), um einen ästhetischen Widerwillen gegen die unwürdige und gemeine Art zu bekommen, welche aber einmal mit öffentlicher Politik und Parteiwesen als unzertrennliches Übel verbunden zu sein scheint. Zur Zeit leisten freilich wir Deutschen auf diesem Gebiete in Europa wohl das Schlimmste und bislang habe ich wenigstens von dem erziehlichen Elemente im allgemeinen und gleichen Wahlrecht nichts entdeckt, es müßte denn Erziehung zu Demagogentum und allgemeiner Rohheit sein." [3]

---

1) Nachlaß H.H. Meier

2) DL 2:216; Oncken 2:380 f. Anm. 1, 384; Poschinger 2:254.267, 3:35 f.

3) DL 2:215

Stauffenbergs Aussichten, in Braunschweig gewählt zu werden, waren daher dank Bennigsens, H.H. Meiers und Haberlands Einsatz nicht ungünstig. In diesem Sinne beurteilte sie auch Bennigsen in einem Briefe (25.8.1878) an Lasker. [1] Darin schrieb er: "Die Aussichten sind zwar durchaus günstig; aber man kann nie wissen, was noch passiert, da die Konservativen Gegner dieses Mal klug genug gewesen sind, nicht wie bei mir einen konservativen Ultra, sondern einen gemäßigten sogenannten Freikonservativen - unter diesem Namen läuft jetzt viel - aufzustellen, einen sehr geachteten und beliebten Mann, Herrn von Cramm. Ich hoffe jedoch, daß der Wahlkreis, nachdem er mir fünf Sechstel aller Stimmen gegeben hat, an einer liberalen Wahl festhalten wird, trotzdem der Süddeutsche, Katholik und angebliche Unitarier stark ausgenutzt wird. Was die letzte Qualifikation Stauffenbergs anlangt, habe ich übrigens in einer großen Versammlung in Kreiensen (18.8.1878)... die Gelegenheit benutzt, den Kardorffschen Humbug, welcher leider mit großem Erfolg in München ausgenutzt worden ist, sehr bestimmt zu dementieren." Stauffenberg wird aber dort, "trotz aller Spenden, die der Reptilienfonds in Braunschweig liefern wird", wie Bamberger ihm am 19.8.1878 schrieb [2], am 3. September 1878 gewählt mit 9154 Stimmen gegenüber 2109 seines freikonservativen Gegners v. Cramm. Er lehnte aber schon vorher eine in Berlin I eigenmächtig aufgestellte Kandidatur ab. [3] Wegen seiner schwankenden Gesundheit kann er an der Arbeit des Reichstags 1878 bis 1881 nur wenig teilnehmen.

Auf die Tage seiner Münchner Wahlniederlage fiel auch die Geburt seines einzigen, am Leben gebliebenen Sohnes. Dazu schrieb ihm Bamberger (19.8.1878) in feiner Weise: "Mit innigster Freude habe ich die Nachricht von der Geburt Ihres Söhnleins begrüßt ... es ist wie ein Sonnenstrahl in dieser dunklen Zeit, daß gerade Ihnen dies Gute widerfahren ist." [4] Wie Sigmund Günther berichtete [5], äußerte sich damals Stauffenberg scherzend in den Wandelgängen des alten Reichstagsgebäudes: "Ich bin zwar durchgefallen, aber dafür habe ich gleichzeitig einen Stammhalter bekommen."

Das Jahr 1879 brachte den großen wirtschaftspolitischen Umschwung durch die Annahme des Bismarcktarifs im Reichstag. Wegen seines Gichtleidens konnte Stauffenberg an den entscheidenden Zolldebatten, Mai 1879, nicht teilnehmen. In dieser Zeit trug er sich auch mit dem Gedanken, sein Reichstagsmandat niederzulegen, da es ihm widerstrebe, wie er Lasker schrieb (4.6.1879) [6],

1) Oncken 2:386 f.
2) DL 2:219
3) DL 2:221 f.
4) DL 2:218
5) FK 6.6.1901 (Abendausgabe)
6) DL 2:241

ein auf den Namen Bennigsen erhaltenes, beizubehalten. Davon wollten aber seine Freunde nichts wissen. So berichtete ihm Lasker, daß sein Wahlkreis durchaus hinter ihm stehe [1], und Bamberger meinte, "man muß jetzt seinen Wählern eine Nachwahl ersparen." [2]

Gegenüber dieser neuen politischen Lage fühlte sich Stauffenberg, als maßgebender Vertreter des Linken Flügels der Nationalliberalen - dessen bedeutenden Einfluß auf seine engeren Freunde Forckenbeck bezeugte, der, wie er ihm (3.6.1879) schrieb [3], keine entscheidenden politischen Schritte ohne sein "Einverständnis" unternehmen will - verpflichtet, seine Stellung zu Bismarcks "Abkehr vom Liberalismus in jeder Gestalt" [4] öffentlich zu beziehen. Er tat dies durch seinen offenen Brief an seine Wähler vom 25. Juli 1879, der folgenden Wortlaut hat: [5] "Ich schreibe Ihnen vom Bette, an einem neuen schweren Gichtanfall darniederliegend, und habe daher vor allem Ihre Nachsicht mit Schrift und Inhalt auszusprechen. Vor allem den herzlichen Dank für Ihren Brief, dessen Inhalt mir eine wahre Erquickung war. Sie können sich denken, wie mir zu Mute war, tatlos diesen Entscheidungskämpfen zuschauen zu müssen; einmal war ich nahe daran, mein Mandat niederzulegen, da es mir unverantwortlich schien, den Wahlkreis in dieser Weise unvertreten zu lassen, und nur das Zureden der Freunde hat mir den Mut gegeben, dies zu unterlassen. Sie wissen, daß ich durchaus nicht zu jenen gehöre, die bestehende Notstände der Industrien ignorieren zu können glaubten, wenn eine Hülfe wirklich möglich war, und man durfte ja auch nach der Anordnung der beiden Enqueten glauben, daß der Weg der sorgfältigen Untersuchung und Erwägung im Einzelnen eingeschlagen wurde. Das ist nun in einer Weise inauguriert worden, die ich für grundverderblich halte, nicht nur weil sie durch die, ohne jede Untersuchung über Hals und Kopf angenommenen Zölle wahrscheinlich mehr Industrien schädigt als beschätzt, sondern hauptsächlich weil sie in unser parlamentarisches Leben zum ersten Mal jene rücksichtslose Vertretung der einzelnen Interessen hineingetragen, die der Tod jeder politischen Moral ist. Ebenso würde ich ja die finanzielle Selbständigmachung des Reiches mit Freuden begrüßt haben, wenn sie nicht, wie es jetzt der Fall ist, ausschließlich zu Lasten der konsumierenden unteren Klassen geschehen wäre, denen man dafür einen sehr unsicheren Wechsel auf die Zukunft aufgestellt hat. Ich könnte

---

1) DL 2:248 (29.6.1879)
2) DL 2:242 (5.6.1879)
3) DL 2:240
4) Eyck 3:291
5) Wortlaut in AZ Nr.209 (28.7.1879) S.3061 ex 25.7.1879; vgl. Friedr. Kapp zur Bismarckschen Schutzzollpolitik an Ed.Cohen (5.4.1879) in

in beiden Richtungen nichts besseres sagen, als Minister Dr. Delbrück in seiner ausgezeichneten Schlußrede ausgesprochen hat. Ich gestehe, daß mir diese Rücksichten noch höher stehen als der Franckensteinsche Antrag, so sehr dessen gegen den Geist der Verfassung gerichtete Tendenz mir auch allein das Ganze unakzeptabel gemacht hätte; dazu kommt nun der Mangel aller konstitutionellen Garantien, der nur zur Folge haben kann, daß jedes künftige Widerstreben des Reichstages den Charakter eines akuten Konflikts annehmen muß. Gestatten Sie auch noch einem Landwirte zu sagen, daß ich die Getreidezölle für gefährlich und für die Landwirtschaft nutzlos, die Viehzölle als direkte Beschädigung der Landwirtschaft in vielen Gegenden und die Holzzölle als die ungerechtfertigsten ansehe. Daß mit der wirtschaftlichen Reaktion die politische im Zusammenhang steht, wird vielleicht die nächste Zukunft erweisen. Die Logik der Tatsachen, um einen alten Spruch zu gebrauchen, wird hier auch stärker sein als wohlmeinende Velleitäten. Demgegenüber ist der liberalen Partei festes Zusammenhalten und entschiedenes Auftreten notwendig; für den Augenblick gilt es zu retten, was zu retten ist, aber für die Zukunft ist nur auf diesem Wege Erfolg möglich. Daß meine Wähler selbst unter so erschwerenden Umständen mir Ihr Vertrauen bewahrt haben, erkenne ich dankbar an; ich kann dem entgegen nur einfach versprechen, daß ich es mir zu verdienen suchen werde. Ich denke vor dem nächsten Reichstage sicher zu Ihnen zu kommen; doch bin ich mit Plänen recht vorsichtig geworden, nachdem mir der Sommer dieses Jahres so zugesetzt. Mit herzlichen Grüßen, die ich auch an Ihre Umgebung zu bestellen bitte. Ihr ergebenster Franz Frhr. Schenk v. Stauffenberg."

Seine politischen Freunde billigten Stauffenbergs Brief an seine Wähler. So berichtete ihm Forckenbeck (27.7.1879) [1], daß er eine gute Wirkung ausübe. Gustav Lipke urteilte (30.7.1879): [2] "der Schlachtruf aus Süddeutschland sticht vorteilhaft gegen die Hannöversche Resignation (= die Bennigsens) ab." Und Lasker anerkannte (2.8.1879) seine "würdige, knappe und treffende Form" und konnte mitteilen: er hat, "soweit ich Stimmen gehört, ungeteilten Beifall." [3]

Dieser Brief zeigte, wie deutlich Stauffenberg das Verhängnis vorausfühlte, das diese wirtschaftspolitische Hinwendung zum Protektionismus seitens desselben Bismarck heraufbeschwören werde, der im Reichstag noch am 12.6.1875 [4]

1) DL 2:258
2) DL 2:259
3) DL 2:261
4) Poschinger:Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck 1 (1890) 204

verkündet hatte, er werde keinen Schutzzoll mitmachen. Stauffenberg erkannte, was die Geschichtsschreibung heute [1] nachweisen kann: dadurch, daß Bismarck die staatspolitische Funktion der Parteien zerschlug, trat das echt politische Anliegen hinter partikularen Interessen und Bedürfnissen der Wählerschaft und vor allem der großen Berufs- und Standesverbände zurück. Kraft der immanenten Logik der Dinge mußte diese wirtschaftliche Reaktion dann aber auch eine politische ergeben. Aber weder Forckenbecks Rede als Oberbürgermeister der Reichshauptstadt auf dem ersten Deutschen Städtetag in Berlin, am 17.5.1879 [2], noch Otto Gildemeisters, des Bremer Bundesratsmitglieds gegen den Getreidezoll gerichtete Anklage [3], noch Stauffenbergs Appell an die Wähler haben Erfolg gehabt.

Durch die seit 1876 einsetzende protektionistische Strömung wurden die Liberalen immer mehr in die Defensive gedrängt. Auch das Verhältnis Bismarcks zu den Nationalliberalen gestaltete sich immer schwieriger. Besonders die beiden Attentate auf Wilhelm I. im Jahre 1878, die der Kanzler durch die Reichstagsauflösung beantwortet hatte, richteten ihre Spitze eindeutig gegen die Nationalliberalen, was bekanntlich aus Bismarcks eigenen Worten hervorging, und was auch von Stauffenberg sofort erkannt wurde (vgl. S. 44).

Stauffenberg befürchtete daher in den politischen Verhältnissen "eine große Verwirrung", wie er am 4. Februar 1878 aus Berlin dem freikonservativen Reichstagsvizepräsidenten, Hermann Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, geschrieben hatte [4], welche die bisherigen Parteigruppierungen von Grund auf ändern wird. "Es ist ja kaum möglich", so fuhr er in jenem Brief fort, "daß die schwebende Krisis noch lange 'in der Luft hängen bleibt', eine Entscheidung in der einen oder anderen Richtung müssen uns ja die nächsten Wochen bringen; (es wird sich zeigen), wie sich dann die Gruppierungen ändern. Sonst ist die Luft physisch und politisch schwül as possible - was der Besitzer von Varzin e i g e n t l i c h [5] will, weiß wohl Niemand sicher, vielleicht am wenigsten die sogenannten Eingeweihten." Daher ersuchte Stauffenberg den erkrankten Fürsten Hohenlohe-Langenburg, um die "reichsfreundliche Mehrheit" zusammenzuhalten, wie er sich ausdrückte, nochmals für das Amt des Reichstagsvizepräsidenten zu kandidieren, was der Fürst auch getan

1) Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik (1955) 68 und Alexander Rüstow: Wirtschaftsliberalismus (1945) 83 u. Ortsbestimmung 3:178 f. 418 ff.

2) Eyck 3:288

3) Aus den Tagen Bismarcks (2.A.1913) 179-182 ex 1879

4) Nachlaß Hohenlohe-Langenburg Paket 6, Nr. 4

5) Hervorhebung nach Stauffenbergs Originalbrief; "Besitzer von Varzin"

hatte, denn er wurde am 7.2.1878 in Abwesenheit zum 2. Reichstagsvizepräsidenten gewählt [1], nachdem er Stauffenberg am 6.2.1879 vermutlich positiv geantwortet hatte. [2]

Diese sich anbahnende Abkehr Bismarcks vom Liberalismus zwang die Nationalliberale Partei zu einer politischen Neuorientierung, die nach Stauffenberg nur in einer Sammlung der entschiedenen Liberalen, als Gegengewicht zur neuen protektionistischen Mehrheit aus Zentrum und Konservativen bestehen konnte. So tauchte schon vor dem Bismarckbrief vom 15. Dezember 1878 bei Lasker - von Stauffenberg angeregt - der Gedanke einer Art Aussonderung der entschieden liberalen Elemente auf. Jedoch bezweifelte Lasker in seinem Brief an Stauffenberg (14. November 1878), "ob für die zugleich maßvollen und doch entschieden Liberalen, und dazu rechne ich uns beide, die Gegenwart überhaupt zur Parteiverbindung günstig ist." [3] Dieser Gedanke der Zusammenfassung der entschiedenen Liberalen muß bei Stauffenberg schon früh festere Gestalt angenommen haben. Er läßt sich bereits für das Jahr 1873 belegen, denn in einem Briefe an Marquardsen (16.7.1873) hielt er eine neue liberale Parteibildung für möglich, fügte aber einschränkend hinzu, ob sich diese im Augenblick verwirklichen lasse, "wird die Zukunft lehren." [4] Und ein Jahr später meinte er in einem Brief an Lasker (28.6.1874): "... die Trennungsgelüste haben sich bei ruhiger Überlegung bei mir sehr abgeschwächt", und er glaube, daß bei Zusammenfassung des Linken Flügels "innerhalb der Partei mehr auszurichten sei." [5] Stauffenberg hielt daher im Sommer 1878 einen Zusammenhalt der Nationalliberalen Partei, in der besonders über die Stellungnahme zu Bismarcks Abkehr von der liberalen Wirtschaftspolitik keine Übereinstimmung mehr erzielbar war, für kaum noch möglich. Als ihn sein Parteifreund Julius Hölder, der bei der Attentatswahl von 1878 in seinem Wahlkreis nur gewählt zu werden glaubte, wenn er sich im voraus auf das zu erwartende Ausnahmegesetz festlege, am 20. Juni 1878 brieflich um Rat fragte, ob er eine solche Erklärung abgeben solle und welche Rücksichten er dabei auf die Fraktion zu nehmen habe [6], antwortete ihm Stauffenberg am 25. Juni 1878 [7] in

---

1) RT 47:7 (7.2.1878)
2) Dieser Brief war im Nachlaß-Stauffenberg (Nachl.verz.Nr.26)vorhanden
3) DL 2:226
4) DL 2:85
5) DL 2:107
6) DL 2:207 f.
7) Nachlaß Hölder: cod.hist.fol.880 fasc.XVIII Nr. 157.158

einem ausführlichen Brief: er, Stauffenberg, würde sich nicht "im vorhinein für alles verpflichten", nachdem man noch nichts Genaues über die Regierungsvorlage wisse. "Rücksichten auf die Fraktion brauchen Sie nicht nehmen; ich halte die Fraktion für agonisierend, und ich glaube nicht, daß sie die ersten Wochen des Zusammenseins überlebt." Man werde vielmehr, so hob er hervor, eine ganz bismarckhörige Partei finden, "der ich nicht angehören werde, auch kaum Bennigsen." Stauffenberg war sich auch klar, wie er weiter schrieb, daß sich der gemäßigte Liberalismus von dem Schlag, den ihm Bismarck durch diese Attentatswahlen zufügen werde, kaum erholen könne, nachdem dieser hierbei "die liberale Partei aufs Spiel gesetzt hatte", um sich eine gefügige Mehrheit zu verschaffen. Und am 2. Juli 1878 wandte er sich an Hölder [1] gegen Versuche, den "Linken Flügel", zu dem nach seiner Ansicht jetzt auch Bennigsen gehört, aus der Partei hinauszudrängen - eine "Mission", die Hölder eine Stuttgarter Parteiversammlung aufgetragen hatte. Stauffenberg hielt es aber ebenfalls für unmöglich, wie dort gefordert worden war, daß der entschiedene Liberalismus zusammen mit Treitschke und Gneist die "reine" Partei bilden könne.

Seit dem Jahre 1879 nehmen die Stimmen zu, die auf Sammlung des entschiedenen Liberalismus drängen. In diesen Zeitraum fällt auch die Erkrankung Stauffenbergs; er kann daher nicht persönlich an den entscheidenden Vorgängen mitwirken, die zur Sezession des linken Flügels der Nationalliberalen führten. Deshalb wird er um so mehr mit Briefen seiner politischen Freunde bestürmt, die seinen Rat suchen oder ihn über den augenblicklichen Stand der Dinge unterrichten. Daraus kann man seine entscheidende Stellung innerhalb der Partei ziemlich genau feststellen. In der von Wentzke besorgten Auswahl fehlen aber die Briefe, die Stauffenberg an seine Freunde richtete, nur die an Lasker gerichteten liegen gedruckt vor. Daß aber auch solche von dem zeitweise ans Krankenbett gefesselten Stauffenberg geschrieben wurden, ist aus verschiedenen direkten und indirekten Bezugnahmen einwandfrei feststellbar. So geht natürlich manche aufschlußreiche Note verloren, da anzunehmen ist, daß sich Stauffenberg z.B. an den humorvollen, oft sarkastischen, aber so scharfen Beobachter Bamberger [2] wohl vorbehaltsloser ausgedrückt hat als gegenüber dem etwas trockenen Lasker. Dennoch genügen die vorliegenden Briefe durchaus, um ein ziemlich richtiges Bild vom Ablauf der Sezession

---

1) Nachlaß Hölder: cod.hist.fol.880 fasc. XVIII Nr. 190

2) Vgl. Bamberger: Ges.Schr. 3:42

und von deren Teilnehmern zu zeichnen. Darin sind sich alle einig, wie es in einem Briefe Forckenbecks heißt, worin auch die von Stauffenberg ausgesprochene Ansicht geteilt wird: lieber untergehen als mit dem reaktionären Strom zu schwimmen. [1] Über Mittel und Wege einer politischen Erneuerung sind sie verschiedener Ansicht - aber ohne Stauffenbergs Einverständnis will keiner etwas unternehmen. Daher die zahlreichen Briefe an Stauffenberg: von den engeren Freunden Lasker, Bamberger und Forckenbeck, von den unermüdlichen Organisatoren Heinrich Rickert und Gustav Lipke, dem ehemaligen Freunde Twestens, von den bremischen Freihändlern Albert Gröning und Theodor Barth, oder von dem gothaischen Fortschrittler Ernst Adolf Müller. Immer wieder muß Stauffenberg vermittelnd eingreifen, um Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, bis nach vielen Mühen der Austritt vollzogen und die von ihm mitunterzeichnete Austrittserklärung im August 1880 veröffentlicht werden konnte. [2]

Diese, zwischen Hoffnung und Niedergeschlagenheit hin- und herschwankende Stimmung beherrschte auch Stauffenberg in den Jahren 1879/1880, als es darum ging, eine neue politische Linie zu finden. So schrieb er am 4.6.1879 an Lasker: "An eine neue Parteibildung in diesem Reichstage glaube ich jetzt nicht mehr - sie muß von außen kommen und von unten her erfolgen - hätten wir mehr Demonstrationen wie in Breslau (= für Forckenbeck), würden auch die Leute im Reichstag mehr Kurage bekommen. Ich hoffe noch darauf, daß die Rekonstruktion der Partei von anderer Seite in Angriff genommen wird, und daß wir hinausgedrängt werden, das würde die Leute fester machen. Geschieht das nicht, so werden wir auf wenige Führer beschränkt bleiben, die nur für die Zukunft, nicht aber für die Gegenwart arbeiten." [3] Ähnlich hatte er sich Hölder gegenüber schon am 25.6.1878 geäußert: es bleibe den entschiedenen Liberalen nur übrig, sich in "dieser schlimmen Zeit unter der Sturzwelle zu ducken und sich tatfähig für die Zukunft zu erhalten." [4] Und an Ernst Adolf Müller schrieb er am 23.8.1879 - mit dessen politischen Ansichten er sich einverstanden erklärt hatte [5] - daß "die Besserung unserer parlamentarischen Parteiverhältnisse nur durch die Wähler erfolgen kann." [6] In seinem Brief vom 23.7.1879 an Lasker, zieht er eine Trennung bei mate-

---

1) DL 2:231

2) Wortlaut der Austrittserklärung aus der Nationalliberalen Partei in DL 2:355 ff.

3) DL 2:240 f.

4) Nachlaß Hölder: cod.hist.fol.880 fasc.XVIII Nr. 157.158

5) DL 2:267-272; vgl. 2:300 ff.

6) DL 2:318 (aus E. A. Müllers Brief an Lasker)

riellen Gründen einer solchen aus persönlichen vor, räumt aber ein, daß es nie ganz programmgemäß gehe [1]. Wenn er aber bei Bismarcks wirtschaftlichem Umschwung meint, dahinter stecke ein Kriegsplan gegen Frankreich, und er habe das Bündnis mit den Klerikalen geschlossen und das Elsaß à tout prix befriedigt - denn die "agrarische Leidenschaft und das bischen Geldbedürfnis (= Reichsfinanzreform) können nicht allein diese seit Jahr und Tag systematisch hervortretende Politik erklären", so hat er nur teilweise falsch gesehen. Ob Bismarck, denn darauf stützte sich wohl seine Annahme, 1875 bei der "Krieg-in-Sicht-Krise" wirklich den Krieg mit Frankreich wollte, ist schwer zu entscheiden. Aber so viel ist sicher, daß es sich hierbei um ein, durch Gortschakow und dem Zaren vereiteltes Manöver Bismarcks handelte, Frankreich für immer zu isolieren. Auch 1880 hatte Bismarck in seiner Presse behauptet, es bestünde eine Kriegsgefahr, und als die beabsichtigte Wirkung auf die Reichstagsabgeordneten nach Hohenlohes Mitteilung [2] prompt eingetreten war, lachte er. Er brauchte auch diese Stimmungsmache zur Befestigung seiner Machtstellung als des unersetzlichen Reichserhalters. Die Wehrvorlage vom Mai 1880 (2. Septennat) wäre auch ohne solche außenpolitische Unruhe bewilligt worden, die Deutschland nichts nützte und für die Zukunft als Präzedenzfall nur schadete. Aber in diesen Jahren begann das innere Prestige Bismarcks zu sinken, wie dies z.B. auch Fontane bezeugt hat [3], und so ergaben die Wahlen im Oktober 1881 zum ersten Mal eine Mehrheit gegen ihn. Er hatte mit dem Schüren solcher nationalistischer Erregung diesem Mißerfolg vergeblich zuvorzukommen versucht. Darin behielt also Stauffenberg recht, daß Bismarck die von ihm erregte Kriegspsychose zur Durchsetzung seiner innerpolitischen Ziele benutzt hatte.

Tief resigniert schreibt Stauffenberg am 21. Januar 1880 an Lasker über die Zukunftsaussichten einer liberalen Politik: "Was man liberale Partei nennt, führt nur ein galvanisches Scheinleben, und nur das persönliche Interesse vermag noch etwas über die Menschen. Unsere Rolle scheint ausgespielt zu sein, und ich vermag mich des täglich mehr drückenden Gefühls, ein halbes Leben pro nihilo gearbeitet zu haben, immer weniger zu erwehren. Sie

---

1) DL 2;256
2) Denkw. 2;290
3) Eyck 3;354 f.

können sich denken wie ich dem Reichstag entgegensehe! Jeder Gedanke an Parteipolitik ekelt mich unaussprechlich - und gar jetzt schon mit behaglicher Geschwätzigkeit ausgeführt zu lesen, wie die Stellung der nationalliberalen Partei durch die Militärvorlage günstig geworden! Macht man sich nicht zum Mitschuldigen dieser großen Lüge des Parlamentarismus, wenn man noch mittut, und wäre ein gemeinschaftlicher motivierter Austritt aus dem parlamentarischen Leben nicht das Richtigste?" [1] Ähnlich pessimistisch wird er sich vermutlich auch März 1880 in einem, nicht erhaltenen Brief an Albert Gröning geäußert haben, wie aus dessen Antwortschreiben (18.3.1880) [2] hervorgeht. Darin hat Stauffenberg, die von diesem nicht geteilte Befürchtung ausgesprochen, daß die Zeit des Liberalismus schon vorbei sei, wenngleich er von dessen Wert überzeugt sei und so lang er lebe an ihm festhalten werde; sein letztes öffentliches Bekenntnis zum Liberalismus legte Stauffenberg 1894 im Bayr. Landtag ab [3], wobei er aber resigniert hinzufügte, wenn er spätere Dinge mit früheren vergleiche, dann komme er sich vor "wie ein Überbleibsel aus vorsintflutlicher Zeit." Gröning dagegen, der große Hoffnungen damals auf eine liberale Neubildung gesetzt hatte, konnte Stauffenbergs Resignation daher noch nicht begreifen, wenn er meinte: "Es ist für uns, die wir uns vorzugsweise unter Parteigenossen bewegen, viel leichter, den Kopf über Wasser zu halten, als für Sie im jetzigen Reichstage; aber gerade Sie unsere Führer im jetzigen und künftigen Kampfe, dürfen um alles in der Welt den Mut nicht sinken lassen, sonst sind wir alle auf lange hinaus verloren." Wie sehr sich diese Gefühle bei Stauffenberg im Laufe der Jahre noch verstärkt haben, geht deutlich aus einem Brief des bayrischen Diplomaten und Hofmanns, Graf Moy de Sons hervor, worin dieser Stauffenberg trotz gegenteiligen Standpunkts sein freundschaftliches Gefühl versicherte. Graf Moy schrieb darin: "die Parteien ruinieren den Parlamentarismus und die Zeit wird kommen, in der die Völker nach einem absoluten Regimente rufen, um die Parlamente loszuwerden"; hierin könne er "keinen Fortschritt des Menschengeschlechts" erblicken, aber eine Korrektur halte er für unbedingt nötig, nur werde sie nicht von den Parlamenten kommen. Diesen fast prophetischen Worten fügte er hinzu: "Sie halten es für Ihre Pflicht auszuharren, aber es muß Ihnen doch schrecklich schwer fallen, und mir würde zu solchem Scharwerke Kraft und Mut fehlen." [4]

---

1) DL 2:290 f.
2) DL 2:305
3) LT 3 (2.3.1894)50.43
4) DL 2:427 f.

Wie schwer muß Stauffenberg, der, wie oben dargetan, schon 1880 im Reichsparlamentarismus eine "große Lüge" sah und 1881 resigniert feststellte, "die Fraktionswirtschaft wird uns noch herrlich weit bringen" [1] diese Pflicht gefallen sein! Ebenso wie Stauffenberg erkannte auch sein Freund Ludwig Bamberger diese Gefahren, wenn er am 7. August 1883 in sein geheimes Tagebuch notierte: "Die Gefahr, daß einmal bei einer kritischen Situation nach Innen oder Außen eine starke Hand dem Parlamente vorgezogen werde, wächst; um so mehr als die Zersplitterung der Parteien die Bildung von Kabinetten erschwert." [2] Auch er sieht die "Lüge des Parlamentarismus", wenn er in dasselbe am 22. Februar 1884 einträgt: "Dieses deutsche Parlament ist zu spät auf die Welt gekommen, als der Parlamentarismus bereits niederging."

In einem Brief vom Juni 1880 warnte Stauffenberg (worin er auch seinen Ekel über die Ausbreitung der schutzzöllnerischen Bewegung mit bezahlten Agitatoren nach sozialdemokratischem Muster ausspricht) vor Aufstellung eines bestimmten Programms beim Austritt. Hier dürfe man sich nicht festlegen, meinte [3] der erfahrene Politiker, sondern dies müsse einem späteren Parteitag vorbehalten bleiben. Sein Brief vom 18. Juni 1880 enthielt auch ein scharfes Urteil über Bismarck: "... Von Politik schreibe ich Ihnen nichts, ich verstehe absolut nicht mehr, was er will, und habe die Ahnung, daß er demnächst, nachdem er den Karren rettungslos in den Dreck geschoben, auf einmal untertauchen wird, er hat seine 'glückliche' Hand verloren." [4]

Die Berechtigung dieses Urteils dürfte heute kaum mehr bestritten werden; es hat nur länger gedauert bis es so weit war. Stauffenberg sah daher auch ein, daß, wie er Hölder schrieb (25.6.1878), mit Bismarcks Abgang zwar "eine Unmenge Dinge wie ein böser Spuk verschwinden wird", aber wir können dann sehen, wie der von ihm angerichtete Schaden "niemals gut zu machen ist." [5] Diese von vielen Urteilsfähigen vor und nach Stauffenberg erkannten Folgen der Bismarckschen Herrschaft werden heute nur noch unter Übergehung wichtiger Tatbestände bestritten. Nachdem bei der Erörterung von Stauffenbergs Ministerkandidatur bereits darauf hingewiesen wurde, erübrigt sich eine weitere Darlegung (vgl. S. 99).

Im Juli 1880 setzt sich Stauffenberg dafür ein, daß bei der Austrittserklärung

---

1) DL 2:291 (28.1.1880); 2:375 (10.2.1881)
2) TB 270 f. 275
3) DL 2:317; ähnlich Bamberger an Stauffenberg (13.8.1880) DL 2:344
4) DL 2:322
5) Nachlaß Hölder: cod.hist.fol.880 fasc.XVIII Nr.157.158

die Aussicht auf Neubildung einer Partei des entschiedenen Liberalismus pari passu angedeutet werde. [1] In demselben Brief dringt er nochmals darauf, im Programm nur Richtpunkte aufzustellen, um es nicht mit Fragen des unmittelbaren parlamentarischen Vorgehens zu belasten. Auch Lasker, Bamberger und Forckenbeck drücken sich in Briefen an Stauffenberg im selben Sinne aus, wenn sie betonen, der Austritt solle nur mit allgemeinen Gründen motiviert werden. [2] Danach hat sich die Ende August 1880 veröffentlichte Austrittserklärung auch gehalten. In einem Brief vom Juni 1880 warnt Stauffenberg ähnlich Rickert - der eine rein "liberal-wirtschaftliche Partei" für ein bedenkliches Unternehmen hält [3] - jene Austrittserklärung "nur nicht freihändlerisch quand même" ausfallen zu lassen. [4] Obwohl Stauffenberg selbst Landwirt war, so ist er doch, wie es Sigmund Günther und Theodor Barth übereinstimmend bestätigen, "bis zum Lebensende ein überzeugter Freihändler geblieben." [5] Stauffenberg begriff deshalb auch, daß allein auf eine Wirtschaftsfrage keine Partei zu gründen ist. Daher könnten auch die Worte des ihm so nahestehenden Lasker von ihm selbst stammen, die jener an Miquel schrieb: "Keine isolierte Wirtschaftsfrage darf zum Inhalt der liberalen Politik gemacht werden ... sie darf sich nicht im Freihandel erschöpfen ... ihre Forderungen sind viel umfassender, sie durchdringen das ganze öffentliche Leben." [6]

Stauffenberg gehört auch dem freihändlerischen Cobden-Klub an. Gegen diesen richtete sich 1881 eine Broschüre von Bismarcks Intimus Lothar Bucher, welche dieser bezeichnenderweise anonym veröffentlicht hatte. Darin beschuldigte er dessen deutsche Ehrenmitglieder, zu denen neben Schulze-Delitzsch auch Delbrück und Stauffenberg gehörten, als Vaterlandsfeinde. Daß dahinter Bismarck seine Hand hatte, liegt auf der Hand. An ihren Schluß ist das bekannte Spottwort gesetzt, mit dem Bismarck seine bedeutendsten innerpolitischen Gegner glaubte herabsetzen zu können: un ministère Gladstone tout prêt. Er fürchtete ein solches, solange Wilhelm I. lebte, völlig grundlos - es war tatsächlich ein Schattenkabinett aus Wahnvorstellungen. Sommer 1881 hatte

---

1) DL 2:323 f.
2) DL 2:299 (12.3.1880); 2:300 (12.3.1880); 2:301 f. (14.3.1880)
3) DL 2:331 an Stauffenberg (19.7.1880)
4) DL 2:318
5) Günther 220; Barth 48 ebenso MNN Nr. 257 (4.6.1901)
6) DL 2:261 (1.8.1879)

es die Zusammensetzung:[1] Bennigsen, Karl Bitter (1879-81 preuß. Finanzminister), Stosch, Stauffenberg und Forckenbeck. Gegen diese Schmähschrift protestierte der freikonservative Prof. Erwin Nasse, einer der Begründer des Vereins für Sozialpolitik, in einer Gegenschrift. Aber die Stimmung des nationalgesinnten Deutschen entsprach nach Eyck[2] "weit besser Buchers Karikatur als Nasses Wahrheit."

Noch 1885 mußte Stauffenberg im Landtag einen Vorwurf des späteren bayrischen Ministers und damaligen Landtagsabgeordneten Max von Soden-Fraunhofen, "er stehe auf manchesterlichem Standpunkte", mit folgenden Worten zurückweisen: "Ich weiß mich nämlich von diesem Standpunkte vollkommen frei! Ich bin auch in meinem ganzen Leben noch nicht auf demselben gestanden."[3] Dieses Bekenntnis sprach er schon in seiner Münchner Wahlrede vom 18. Februar 1871[4] aus: die Manchesterschule, die jede Einmischung des Staats in die Arbeitsverhältnisse "förmlich perhorresziert", biete nicht das "alleinseligmachende" System bei der Lösung der sozialen Frage; vielmehr ist der Staat berechtigt, sich in die Arbeitsverhältnisse einzumischen, "wenn sein Eingreifen notwendig wird." Und 1894 fügte er hinzu: "Wenn bei der wirtschaftlichen Entwicklung nur der Egoismus Triebfeder ist ... wird die ganze Entwicklung zu einem höchst unbefriedigenden Zielpunkt führen, hinter der der allgemeine Kladderadatsch (= Zusammenbruch) steht."[5]

Geschichtlich steht fest:[6] "Das manchesterliche Gebot der Nichteinmischung des Staates in wirtschaftliche Fragen war ein ebenso großer Irrtum wie die Behandlung des Freihandels als einer politischen Programmfrage." Heute werden wir Stauffenberg weder zu den Manchesterleuten noch zu den doktrinären Freihändlern rechnen, sondern wir sehen in ihm einen Vorläufer des Neo-Liberalismus.

Über die Gründe, die den Linken Flügel bewogen hatten, aus der Nationalliberalen Partei auszuscheiden, verfaßte Ludwig Bamberger eine Broschüre, die er einfach "Die Sezession" betitelte.[7] So wurden die Mitglieder der

---

1) Herzfeld: Miquel 1:463; Lucius 209
2) Eyck 3:303 f.
3) LT 4 (11.12.1885) 478
4) MNN Nr. 50 (19.2.1871)
5) LT 3 (2.3.1894) 42
6) Goetz: Dt.Lib. 13
7) Bamberger: Ges.Schr. 5:39-134

Liberalen Vereinigung - so lautete der offizielle Name der Ausscheidenden - die Sezessionisten, von dem Dioskurenpaar Bucher-Busch in der Reptilienpresse, in Anspielung auf das Schicksal der amerikanischen, genannt. Eyck zählte diese Schrift Bambergs zu den "wenigen deutschen Flugschriften, die noch nach Jahrzehnten lesenswert sind." [1] Auch Bismarck gehörte zu den eifrigsten Lesern! Bamberger hatte sie im Spätsommer 1880 in Interlaken geschrieben und er legte sie Stauffenberg vor, als er bei ihm auf seinem Rückwege eingekehrt war. [2] In einem Brief vom 31.8.1880 [3] übersandte er Stauffenberg den Grundstock dieser Schrift und bat ihn um sein Urteil. In einem weiteren Schreiben vom 18.9.1880 bedankte er sich für die Rücksendung des Manuskriptes und knüpfte daran noch folgendes: "... alle Bemerkungen richtig befunden und beherzigt. Ich habe noch zwei Kapitel beigefügt, resp. beizufügen, da ich noch nicht fertig. Darf ich sie Ihnen auch schicken, wenn sie fertig sind?" [4] Daraus geht hervor, daß Stauffenberg indirekt an dieser Broschüre, die er am 9. Dezember 1880 Lasker gegenüber, "einige wenige Kleinigkeiten abgerechnet", als "vortrefflich" beurteilt hatte [5], beteiligt war, wenngleich Einzelheiten nicht mehr feststellbar sind, da der Nachlaß-Bamberger unauffindbar ist.

Die Gründe für die Sezession, um noch einmal zusammen zu fassen, lagen, wie Eyck zutreffend hervorhob [6], nicht allein bei der Wirtschaftspolitik, so entscheidend diese für viele entschiedene Liberale auch war, wohl stärker hat sich die Tatsache erwiesen, daß durch Bismarcks Schwenkung die Nationalliberale Partei ihren Sinn verloren hatte. Sie war aus der Verbindung des nationalen Gedankens mit dem liberalen hervorgegangen. Aber Bismarcks Verständigung mit dem Zentrum und mit den Konservativen stellte sie vor ein "Entweder-Oder, sie mußte entweder mit Bismarck brechen, oder mit ihrer liberalen Überlieferung" (Eyck). Für diese grundsätzlichen Erwägungen hatte Bismarck - der "die Parteien zu Ja oder Nein, zu unbedingter Gefolgschaft oder zu unbedingtem Widerstande zwang" [7] - kein Verständnis; für ihn waren die Sezessionisten eitle Leute, die gern an die Regierung wollten, und die er mit seinem ganzen Haß verfolgte. Daß aber die Sezession keine Abspaltung eines Häufleins Unzufriedener war, bewies die Wahl von

---

1) Eyck 3:351 f.

2) Ges. Schr. 5:43 (Vorwort Bambergers ex August 1896) 3) DL 2:358

4) DL 2:365

5) DL 2:372

6) Eyck 3:352 f.; vgl. Friedrich Kapps Urteil über die Sezession von 1880 in einem Brief an Ed. Cohen (27.8.1880) Kapp 161 f.

7) Goetz: Dt. Lib. 13

1881, bei der die Sezessionisten gleich stark waren wie die Nationalliberalen, und wo zum ersten Mal eine oppositionelle Mehrheit Bismarck gegenüberstand.

Bekanntlich galten die Sezessionisten als "Kronprinzenpartei". Sie waren daher Bismarck ein besonderer Dorn im Auge. Auf eine direkte Anfrage Forckenbecks (29.8.1880) [1] an Stauffenberg über sein Zusammentreffen mit dem Kronprinzen, antwortete ihm dieser in einem Brief vom 1. September 1880: "Mit dem Kronprinzen habe ich lange gesprochen - er nahm mich mit seinem Extrazug mit nach Friedrichshafen, und ich war 2 1/2 Stunden allein mit ihm. Er erkundigte sich zuerst nach unserem Schritt (= Sezession), wollte alle Chancen desselben dargelegt haben, und ich habe das auch unverhüllt getan. Ich habe den Eindruck, daß er auf unserer Seite steht... Im ganzen hat es fast den Eindruck einer Demonstration gemacht, daß er mich (und zwar durch Vermittlung des preußischen Gesandten in München) bestellte." [2]

Franz von Stauffenberg stand immer dem Kronprinzenpaare nahe; so war der Kronprinz Taufpate von zwei früh verstorbenen Söhnen Stauffenbergs. [3] Stauffenberg wußte aber, wie vorsichtig die hohen Herrschaften gegenüber Bismarcks Argwohn im Umgang mit Liberalen sein mußten, also mit offiziellen Reichsfeinden. [4] Man braucht nur an die Stellung Ludwig Bambergers, als geheimer Berater während der 99 Tage, erinnern, die erst 1932 durch Feders Publikation der geheimen Tagebücher bekannt geworden ist. Davon hat wohl Stauffenberg, wenn man eine Andeutung Bambergers vom 3.5.1888 in Betracht zieht, eine gewisse Ahnung gehabt. [5] Auch ließ er sich öfters durch den freisinnigen Abgeordneten Karl Schrader, der durch seine Frau dem kronprinzlichen Hause nahe stand, über deren augenblickliche politische Haltung Bericht erstatten. Beim Tode seiner Gattin (1187) haben sie ihm auch, so deutlich es möglich war, ihre Anteilnahme ausgesprochen. [6] Der Kronprinz konnte sie jedoch erst ein halbes Jahr darauf, Stauffenberg brieflich aus Bad Ems übermitteln, da er, wie er schrieb, in Berlin zu sehr bespitzelt werde. [7] Während der nur drei Monate dauernden Regierung Friedrichs III. hielt sich Bismarck dann an Stauffenberg noch dadurch schadlos, daß er die ihm vom Monarchen zugedachte Dekorierung verhinderte. Kaiser Friedrich hatte

---

1) DL 2:358
2) Philippson: Friedr. III. 474.356 u. ders.: Forckenbeck 339
3) So Frhr. Friedr. Schenk v. Stauffenberg in einem Brief an den Verfasser (30.12.1955)
4) DL 2:417 ff.; TB 351.368.438 ff. 533
5) DL 2:439
6) DL 2:433
7) So Freifrau Gabriele v. Habermann in einem Brief an den Verfasser (5.9.1955); jener Brief des Kronprinzen ist unauffindbar.

beabsichtigt, mehreren hervorragenden liberalen Parlamentariern Ordensauszeichnungen zu verleihen: Virchow, Mommsen, Hänel und Stauffenberg. Er verzichtete aber darauf, als Bismarck das Entlassungsgesuch "des ganzen Staatsministeriums in Aussicht stellte." [1] Der Tod Friedrichs III. begrub für immer alle Hoffnungen auf ein liberales Deutschland.

Stauffenberg hatte aber, obgleich er sich an der Sezession beteiligte, auch 1880 an der parlamentarischen Arbeit, so weit ihm dies gesundheitlich möglich war, teilgenommen. Beachtlich ist in diesem Jahr seine Stellung zur Septennatserneuerung. Sein politischer Ausgangspunkt in dieser Frage war die Ansicht, wie er am 28. Januar 1880 Lasker schrieb: bei den Militärvorlagen "ist unter allen Umständen eine bleibende Mehrbelastung abzulehnen." [2] Diese seine Auffassung hat er auch öffentlich in seiner Reichstagsrede vom 2. März 1880 ausgesprochen [3], und zwar "ruhig, klar, deutlich und unter großer Aufmerksamkeit des Hauses." [4] Darin versicherte er, man müsse mit Ernst an diese Vorlage herantreten, schon wegen der außenpolitischen Lage. Alle Kulturstaaten Europas tragen jetzt eine Last [5], "welche nach allgemeinem Einverständnis an die Grenzen des Tragbaren gekommen ist." Wenn der Septennat, so fuhr Stauffenberg fort in seiner Rede, unter der Voraussetzung verlangt worden wäre, seine Bewilligung bedeute auch das Zugeständnis seiner automatischen, als "selbstverständlich" angesehenen Erneuerung, dann wäre er abgelehnt worden. Daher trägt dieser zweite Septennat einen "wesentlich anderen Charakter" als der erste. Man setzt die patriotische Haltung des Wählers als konstant voraus, will aber anderseits Vorsichtsmaßregeln gegen das Aufhören derselben in so hervorragendem Maße", wie durch diese erneute Bewilligung auf sieben Jahre, treffen. Da wäre es nun ein sehr bedeutender Gewinn, so hob er hervor, wenn gerade bei dieser Gelegenheit das immer noch ein Provisorium darstellende "Budgetrecht des Reichstags in verfassungsmäßiger Weise in irgend einer Form" erzielt würde. Wenn es aber so scheinen möchte, "als ob in

---

1) Poschinger 3:194; Philippson: Friedr. III. 421
2) DL 2:291
3) RT 58:202 ff.; vgl. Dorothea Dietz: Die Heeresvorlage von 1880 und die liberalen Parteien Diss. (1929) 23.203 f. ferner Amendement Lasker-Stauffenberg DL 2:315 Anm. 1 (7.4.1880)
4) So Lasker an Forckenbeck DL 2:300 (2.3.1880)
5) Vgl. Wehberg 39.51

weiten Volkskreisen das Bewußtsein für dieses Recht geschwunden wäre, so sollten wir wenigstens als die letzten" - er meint die gleich ihm ablehnungsbereiten Abgeordneten - "es aufrecht erhalten; denn wenn wir diese Fahne senken, wer soll sie aufnehmen? Sie wird von Parteien aufgenommen werden, deren Herrschaft wir alle miteinander im Interesse gedeihlicher Entwicklung des Reiches nicht wünschen." Am 16. April 1880 nahm der Reichstag den Septennat dennoch mit 186:128 Stimmen an.

Wie schwer es aber schon damals Politiker hatten, die wie Stauffenberg - als ein entschiedener Befürworter friedlicher Völkerverständigung - [1] für eine Verminderung der Rüstungslasten eintraten, geht aus einem, an ihn gerichteten Brief von Albert Gröning hervor (6.3.1880). [2] Darin erklärte Gröning sich persönlich mit jedem Punkt seiner Rede einverstanden, muß jedoch mitteilen, daß eine Trennung aus Anlaß der Militärfrage bei ihm in Bremen ungünstig wirken würde, "da man hier in Bezug auf das Militär im allgemeinen sehr opferwillig und hegt unbedingtes Vertrauen zu unseren militärischen Autoritäten und zu unserer auswärtigen Politik"; auch Bamberger [3] und Forckenbeck [4] hielten die Militärfrage, vermutlich aus ähnlichen Gründen, als ungeeigneten Ausgangspunkt für den geplanten Austritt aus der Nationalliberalen Partei. Stauffenberg scheint sich besonders in Bremen eines nicht unbedeutenden politischen Ansehens erfreut zu haben, da er, so sei hier erwähnt, für das Jahr 1878 zur traditionellen "Schaffermahlzeit" als Ehrengast eingeladen worden war, an ihr aber wegen einer bevorstehenden Reichstagssitzung, wie aus seinem Absagebrief vom 12.2.1878 hervorgeht [5], nicht teilnehmen konnte.

Die auf den Oktober 1881 angesetzten Wahlen waren ein Prüfstein, ob es sich bei der Sezession nur um eine "unbeträchtliche Abspaltung eines Häufleins Unzufriedener und Ehrgeiziger" handelte, oder ob "sie als Ausdruck einer starken und ernsthaften Stimmung in den Reihen unzweifelhaft reichstreuer Männer" anzusehen war [6]; für Bismarck waren dagegen die Sezessionisten nur "sehr eitle Leute, die gern an die Regierung wollten." [7]

1) Persönl. Mitteil. von Freifrau v. Habermann
2) DL 2:297
3) DL 2:300 (12.2.1880) an Stauffenberg
4) DL 2:301 f. (14.2.1880) an Stauffenberg
5) Autogr. X, 36 (Staatsbibliothek Bremen)
6) Eyck 3:354
7) Ges. W. 8:379

Stauffenberg kandidierte im Wahlkreis Erlangen-Fürth, hatte aber mit fortschrittlicher Rivalität zu kämpfen, und war daher fest entschlossen, wie er Lasker schrieb (10.2.1881) [1], bei einer eventuellen Niederlage "nicht mehr außerhalb Bayerns zu gehen." Jedoch die Angabe von Herzfeld [2], "Stauffenbergs Klage, daß der Terrorismus des Berliner Fortschritts die Lage in Bayern völlig verderbe, zeigte, auf welche Schwierigkeiten die Sezession in Süddeutschland stieß", erscheint in dieser Form als zu weitgehend. Sie stützt sich vermutlich auf obigen Brief Stauffenbergs an Lasker (10.2.1881) [3], worin jener über die Agitation der Fortschrittspartei gegen seine Erlanger Kandidatur Klage führt, und wobei er u.a. schreibt: die Fortschrittspartei verderbe "alles nach Berliner Anregung", besonders durch ihr "ganzes terroristisches Auftreten", durch "die Behandlung der Sezessionisten als Schwanz, dem man gnädig erlaubt, für Fortschrittskandidaten zu stimmen", wodurch sie "noch alles durcheinander bringt." Dadurch werde es sehr zweifelhaft, ob er gegen eine geplante selbständige Fortschrittskandidatur durchdringen könne - soweit ist es nun doch nicht gekommen, da die Fortschrittspartei auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet hat.

In zahlreichen Versammlungen griff Stauffenberg in den Wahlkampf in Erlangen-Fürth ein. So sprach er nach Angabe des Fränkischen Kuriers [4] - in der Woche vom 9. zum 15. Oktober - in nicht weniger als neun Wahlversammlungen in den ländlichen Bezirken um Lauf und Hersbruck. Den Eindruck, den er durch sein Auftreten hervorgerufen hatte, schilderte jene Zeitung ausführlich: "Daß Stauffenbergs Wahl in unserem Bezirke eine glänzende wird," so heißt es hier, "ist heute selbst den Gegnern klar, deren Achtung er sich ausnahmslos durch sein ruhiges Auftreten, durch seine wirklich noble Kampfweise zu erobern wußte. Noch vor wenigen Tagen der Mehrheit nur dem Namen und Wirken noch bekannt, scheidet er heute von Hunderten wie ein alter liebgewordener Bekannter, dem nur der Wunsch folgt - der des baldigen und häufigen Wiedersehens im Bezirke."

---

1) DL 2:375
2) Herzfeld: Miquel 1:461
3) DL 2:375
4) FK 16.10.1881

Am 17. Oktober 1881 hielt Stauffenberg eine große Wahlrede in Erlangen.[1] Eingangs entwickelte er einen Rückblick über die zehn Jahre deutschen Parlamentarismus', die durch die Zusammenarbeit aller liberalen Gruppen gekennzeichnet waren. Seit dem Rücktritt Delbrücks habe die wirtschaftliche Reaktion begonnen, deren Wirtschafts- und Zollpolitik, wie jetzt schon feststehe, sich auf allen Gebieten als schädlich erweise. Früher sei es niemand eingefallen die notwendigsten Lebensmittel durch Zölle zu verteuern. Auch habe der Reichstag mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt[2], er erwarte in der Tabakfrage keine Initiative, damit endlich diese Industrie zur Ruhe komme. Nichtsdestoweniger sei diese Frage fortwährend urgiert worden. Schon nach dem Brief Bismarcks an den Freiherrn v. Thüngen[3] sei überhaupt eine wirtschaftliche Politik eingeschlagen worden, "die ihn und seine Freunde schließlich bewogen haben, aus der Nationalliberalen Partei auszutreten." Unter den, in den letzten Jahren auftauchenden Projekten sei aber das "bedenklichste" das Tabakmonopol gewesen, da es eine blühende Industrie, mit nahezu einer halben Million Beschäftigten zu Grunde gerichtet hätte. Es könne auch kein Zweifel bestehen, daß, wenn das Monopol einige Millionen mehr als die bisherigen Steuern abwerfen sollte, dies nur durch Besteuerung der billigen Tabaksorten möglich sei, was dann gerade der kleine Mann tragen müsse.

Auf die Militärfrage übergehend, betonte Stauffenberg, daß er nach 1866, als Referent des Militärgesetzes im Landtag, weitgehendere Reformen verlangt habe, als im Entwurf vorgesehen war (vgl. S. 26), obwohl es damals auf konservativer Seite "durchaus nicht populär war, große Summen für militärische Zwecke auszugeben." Freilich habe er zu dieser Zeit ebenso wie später im Reichstage darauf gedrungen, daß bei diesen finanziell so weittragenden Einrichtungen "die konstitutionellen Rechte des Volkes gewahrt werden." Sein Festhalten an diesen Grundsätzen sei heute um so berechtigter, "zumal wir namentlich durch die in steigender Progression wachsende Militärlast" vor die Notwendigkeit gestellt werden, "bei jeder Ausgabe ernstlich zu prüfen, ob nicht gespart werden könne."

Nachdem er sich mit der Gewerbeordnung auseinandergesetzt und sich dabei zu der in Bayern schon seit langem bestehenden Gewerbefreiheit bekannt

---

1) FK 18.10.1881
2) Am 7.4.1880 vgl. RT 61:623 Anlage 80
3) Vgl. Eyck 3:283

hatte, befaßte er sich mit den Zukunftsprojekten, die Bismarck nahestehende Personen zur Lösung der sozialen Frage kolportierten. Über deren Gebaren müsse man, so sagte Stauffenberg, schamrot werden; denn auf der einen Seite bedienen sie sich der Heuchelei, daß zum Schutze der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen gegen die Sozialdemokraten die stärksten Waffen, wie sie im Sozialistengesetz zur Geltung kommen, notwendig seien, und auf der anderen Seite die fortwährende Anerkennung der berechtigten Forderungen derselben. In diese Richtung ziele die Äußerung des Grafen Wilhelm Bismarck, daß das Sozialistengesetz und der Belagerungszustand in Berlin weniger als eine Hundesperre empfunden werde, obwohl letzterer viele Familien ins Elend gestürzt habe. Aber andererseits liebäugle man mit den Sozialdemokraten und mache ihren Forderungen gegenüber unverantwortliche und unerfüllbare Versprechungen. Als daher Stauffenberg ausrief: "diese politische Doppelzüngigkeit und Unehrlichkeit ist nicht süddeutsche Art, nicht bayrisch, diese norddeutsche Einschleppung wird und muß von uns zurückgewiesen werden", da erntete er den stürmischen Beifall der Versammlung. Er hatte deshalb auch mit äußerstem Unwillen, wie der Korrespondent berichtete, diese unerfreuliche Tatsache festgehalten, daß die Demagogie sich immer mehr von oben herab geltend mache, und daß durch sie bei den unteren Klassen mit gewissenlosen Schlagwörtern und unerfüllbaren Hoffnungen Leidenschaften erweckt werden, "vor denen ihr noch bange werden müßte"; sie dürfe, so schloß er seine Rede, in Erlangen, der Wiege des bayrischen Fortschritts, von wo ein Berater die Fahne der Freiheit in die bayrischen Gaue getragen habe, nicht hochkommen.

Bei der Wahl vom 27. Oktober 1881 siegte Stauffenberg in Erlangen-Fürth mit 7354 Stimmen gegenüber 2674 sozialdemokratischen, 2605 konservativen und 452 volksparteilichen, mit einer großen Mehrheit bereits im ersten Wahlgang - Möglichkeiten für die Sezession bestanden also entgegen Herzfeld (vgl. S. 130) durchaus in Süddeutschland.

Bereits kurz nach erfolgter Sezession hatte Eugen Richter die Bereitwilligkeit der Fortschrittspartei zur Zusammenarbeit mit den Sezessionisten Lasker gegenüber am 7.9.1880 ausgesprochen.[1] Diese hat sich bei den Wahlen von 1881 nicht allgemein ausgewirkt; denn Stauffenberg mußte noch schwer mit fortschrittlichen Rivalitäten kämpfen (vgl. S. 130). Erst 1884 kam zwischen den Sezessionisten und der Fortschrittspartei die Fusion zur Deutsch-Freisinnigen Partei zustande; die öffentliche Bekanntgabe erfolgte am 5. März 1884. Stauf-

1) DL 2:360; vgl. Bamberger an Stauffenberg DL 2:358 (31.8.1880)

fenberg beteiligte sich an ihr [1] und wurde in der von Richter aufgebauten Neuorganisation Vorsitzender des für jede Legislaturperiode neu zu wählenden Zentralkomitees der Partei [2], was, wie Bamberger ihm schrieb (25.2.1884), "der Sache die Signatur unserer Firma gibt." [3] Diese Fusion kam besonders durch Heinrich Rickerts und Albert Hänels Initiative zustande. Während sie Bamberger nur widerwillig mitmachte, und sie 1887 sogar als einen schweren Fehler bezeichnet hatte [4], stemmten sich Forckenbeck und Stauffenberg mit aller Kraft dagegen. Beide vertraten die Ansicht, daß dadurch der Riß mit den Nationalliberalen verschärft werde, und diese von ihrem Hinstreben zur Sezession abgehalten und wieder nach rechts geworfen werden. Stauffenberg bekämpfte daher diese partielle Vereinigung, da sie ein weiteres Ankristallisieren von liberalen Elementen von links und rechts verhindere. [5]

Resigniert bemerkte Stauffenberg gegenüber Albert Hänel (Februar/März 1884): "Ich verkenne nicht die Gefahren für beide Teile, - für uns sind sie übrigens größer; denn es handelt sich bei uns um die Existenzfrage; und schließlich sind wir der tönerne Topf und die Fortschrittspartei der eiserne; - in dem unheilbaren Bruch, der aus dem Scheitern resultieren würde, sehe ich für beide Teile die größere Gefahr." [6]

So haben manche Nationalliberale, die sich 1880 nicht der Sezession anschlossen, sie durchaus positiv beurteilt. So etwa Robert von Benda im September 1880: "Ich wünsche gerne, daß die alten Freunde, wenn auch räumlich getrennt, harmonisch in allen Hauptfragen miteinander arbeiten mögen." [7]

Die von Stauffenberg befürchtete nationalliberale Antwort auf die Fusion der Liberalen Vereinigung mit der Fortschrittspartei erfolgte kurz darauf durch das Heidelberger Programm (23. März 1884). Darin erklärten sich die Nationalliberalen für selbständige Parteiorganisation und für die Unterstützung der Bismarckschen Schutzzollpolitik, verbunden mit der von Miquel gewünschten "agrarischen Anhauchung." [8] Das weitere Schicksal der Fusion sollte Stauffenbergs anfänglichen Bedenken recht geben.

---

1) Vgl. Briefe an Stauffenberg von Rickert DL 2:399 f. (27.1.1884) Bamberger 2:400 f. (9.2.1884), 2:401 (25.2.1884) u. Hänel in: Rachfahl, Richter 326 f. (9.2.1884)

2) Matthes 181 3) DL 2:401 4) DL 2:434; TB 339

5) Philippson: Forckenbeck 355; TB 288 ff.

6) Rachfahl: Eugen Richter 327 7) DL 2:359

8) DL 2:404

Am 8. Mai 1884 besprach Stauffenberg im Reichstag die von der Regierung beantragte Verlängerung des Sozialistengesetzes. [1] In dieser Rede hob er hervor, daß dieses Gesetz keinen dauernden Rechtsboden zu schaffen beabsichtige. Die Majorität sei sich einig gewesen, daß es nicht gegen die Bestrebungen der Sozialdemokraten an sich, sondern gegen die gesamte Art ihrer Agitation gerichtet gewesen sei. Er habe sich damals mit seinen Freunden, besonders mit Lasker bemüht (als Mitglied der Kommission für die Beratung des Sozialistengesetzes 1878), die Tragweite des Gesetzes - seiner ursprünglichen Vorlage entgegen - durch Kautelen so einzuschränken, daß es keinen polizeilichen Charakter trage, sondern daß unter Umständen seine richterliche Anwendung ermöglicht sein sollte. Die wenigen Kautelen jedoch, die dann hineinkamen, waren bedeutungslos. "Die Wirkungen dieses Gesetzes waren nur äußerlich günstig." Dagegen die psychologische Wirkung spreche durchaus gegen die Weiterdauer des Gesetzes: Gesetze dieser Art, die einen akuten Staatsnotstand beheben sollen, können nur ad hoc für eine verhältnismäßig kurze Zeit gelten. Sonst drängt man diese Anzahl von Staatsbürgern, die sehr bedeutend ist, die unter ein nur gegen sie gerichtetes Straf- und Polizeirecht gestellt sind, gerade vom Pfade der Gesetzlichkeit ab. Das zeige auch die Erfahrung, die man in anderen Ländern mit solchen Ausnahmegesetzen gemacht habe. Ebenso ist eine organisierte anarchistische Partei, die es früher als solche nicht gab, nicht nur den Sozialdemokraten zu verdanken. "Ich halte es für absolut ungerechtfertigt", so hob er hervor, "daß man die Entwicklung dieser anarchistischen Partei der gegenwärtigen Sozialdemokratie vollständig und allein in die Schuhe schiebt." Beide Gruppen sind nicht als einheitliche Umsturzpartei zu bezeichnen. Die öffentliche Organisation der Sozialdemokratie ist zwar zerstört, aber die im Dunkeln sich bewegende ruft man durch ein derartiges Gesetz erst recht hervor. Die Geheimpolizei, die hier abhelfen soll, kann den Vorwurf eines gewissen Agentenprovocateurtums nicht abweisen. Daß ein solches durch seine Maßregeln "nicht gerade zur Beförderung des sittlichen Gefühls in weiten Kreisen beiträgt", gibt sogar die Kreuzzeitung zu.

Sicherheit gegen verbrecherische Vorkommnisse erreicht man durch dieses Gesetz doch nicht; denn wenn es damals bestanden hätte, würde es die Attentate von Hödel und Nobiling auch nicht verhindert haben, da ihre Personen von so nebensächlicher Bedeutung waren, daß die Polizei sie gar nicht beachtet hätte. Auch die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse hindert

1) RT 75:443-448; vgl. hierzu Aug. Bebel: Aus meinem Leben 3:180

nicht, daß der Zürcher "Sozialdemokrat" - dessen Ton sich immer mehr verschärft hat - illegitim verbreitet wird. So wäre man, wenn man ein derartiges Ausnahmegesetz weiter beibehielte, zu immer schärferen Unterdrückungsmaßnahmen genötigt. Ein Ende wäre nicht abzusehen, wenn es zuträfe, daß es ein solches Gesetz geben müsse, solange es eine Sozialdemokratie gebe. Es kann kein Zweifel sein, daß auch die gegenwärtige Verbitterung der ganzen deutschen Parteikämpfe, an der auch die Regierungsblätter teilhaben, mit dem Erlaß dieses Gesetzes begonnen hat.

Der Reichstag bewilligte dennoch die Verlängerung des Sozialistengesetzes am 10. Mai 1884 mit 189.157 Stimmen. [1] Stauffenberg stimmte in der, aus Zentrum und Freisinn bestehenden Minderheit.

Auch in seiner Wahlrede in Hersbruck vom 19. Oktober 1884 [2] erklärte Stauffenberg, er habe sich geirrt, als er früher glaubte, mit dem reinen Polizeigesetz ein solches mit Rechtsschutz schaffen zu können. Dem ersten Fehler sollte ein zweiter nicht folgen. Dieses Polizeigesetz habe zwar die sozialistische Bewegung von der Oberfläche verschwinden lassen, wie sie aber im Geheimen wuchere, davon hätten die leitenden Kreise wohl selbst keine Ahnung. Je stärker die Unterdrückung desto schlimmer seien die Folgen, wenn einmal der angehäufte Zündstoff zur Explosion gelange.

Oktober 1884 rückten die Reichstagwahlen heran, bei denen die von allen entschiedenen Liberalen mit so großen Hoffnungen begrüßte Deutsch-Freisinnige Partei mehr als ein Drittel ihrer Mandate verlieren sollte. Stauffenberg kandidierte wieder in Erlangen-Führt. Die durch das Heidelberger Programm (23.3.1884) mit starker Rechtstendenz gefestigten Nationalliberalen versuchten auch Stauffenberg durch eine zugkräftigte Kandidatur den Wahlkreis zu entreißen. Daher brachten sie zuerst seinen alten Duzfreund Heinrich Marquardsen in Vorschlag, der es aber ablehnte, gegen Stauffenberg zu kandidieren. [3] Jedoch Friedrich v. Schauß - ebenfalls ein alter bayrischer Duzfreund von Stauffenberg, noch 1878 sein Wahlhelfer in München (vgl. S. 109) - ließ sich als nationalliberaler Gegendandidat aufstellen. Im Hinblick darauf, besitzt die Angabe von Lucius [4], v. Schauß sei Stauffenbergs Rivale gewesen, große Wahrscheinlichkeit; v. Schauß gehörte ebenso wie Treitschke, Hölder und Völk zu den Nationalliberalen, die 1879 für den Zolltarif stimmten - auf Sezessionsseite nannte man sie die

1) RT 75.532
2) FK 20.10.1884
3) MNN Nr. 256.157 (4.6.1901)
4) Lucius 154

"scheußlichen Völker". [1] Es nimmt daher nicht wunder, wenn Bamberger März 1884 [2] in v. Schauß - mit dem er sich fast duelliert hätte (vgl. S.145) - nur einen "bismarckseligen Philister und einen politischen Snob" gesehen hat.

Die Gegenkandidatur eines Duzfreundes mag Stauffenberg wohl etwas verbittert haben, was aus seiner persönlichen Bemerkung auf der Erlanger Rede vom 23.10.1884 [3] hervorgeht, wenn er hier erklärt: weder Eugen Richter noch er, Stauffenberg, haben je gesagt, v. Schauß sei ihm der liebste Gegenkandidat.

In mehreren Wahlreden griff Stauffenberg in den Wahlkampf ein. So führte er in jener vom 19. Oktober [4] zu Hersbruck aus: Es sei ihm unverständlich, daß man der Forderung nach verantwortlichen Reichsministerien so heftig entgegenarbeite, da dieselbe bei der Schaffung der Verfassung ja auch von der damaligen nationalliberalen und freikonservativen Partei erhoben wurde. Aber die Diätenlosigkeit, so fuhr er fort, schädige das Ansehen des Reichstags, da sich nur Reiche in denselben wählen lassen können, wodurch er den Charakter einer Interessenvertretung gewinne. Auf das Sozialistengesetz übergehend, sagte Stauffenberg, er habe sich geirrt, als er früher glaubte, mit dem reinen Polizeigesetz könne man ein solches mit Rechtsschutz schaffen. Dem ersten Fehler sollte aber kein zweiter folgen. Dieses Polizeigesetz habe zwar die sozialistische Bewegung von der Oberfläche verschwinden lassen, wie sie aber im Geheimen fortwuchere, davon hätten die leitenden Kreise wohl selbst keine Ahnung. Je stärker die Unterdrückung desto schlimmer die Folgen, wenn einmal der angehäufte Zündstoff zur Explosion gelange. Das seien eben die Gründe, die seiner Ansicht nach gegen die Verlängerung dieses Gesetzes sprechen und weshalb er auch dagegen stimmen werde. In seiner Rede in Fürth vom 21. Oktober [5] fügte er ergänzend hinzu: Als das Sozialistengesetz unter dem Druck schwerer Verhältnisse eingebracht wurde, habe er mit seinem Freunde Lasker sich bemüht, die größten Härten zu beseitigen. Als es zum zweiten Mal vorlag, sei er schwer krank daniedergelegen, Lasker habe auch schon damals gegen die Verlängerung gestimmt; bei einem Antrag auf abermalige Verlängerung werde es, das könne er versichern, kein Mitglied

---

1) Lucius 154
2) TB 290
3) FK 24.10.1884
4) FK 20.10.1884
5) FK 23.10.1884

der freisinnigen Partei geben, das dafür stimmen wird.

Neben der Erörterung der einzuschlagenden Wehr-, Sozial- und Kolonialpolitik nahm Stauffenberg auch Stellung zur Erhöhung der Getreidezölle. Einer solchen könne er eben, so hob er in Hersbruck hervor, nie und nimmer zustimmen. Obwohl er selbst Gutsbesitzer sei, der von den Erträgnissen seines Gutes lebe, wolle er keinen Teil an den durch Zölle erhöhten Getreidepreisen haben. Die Getreidezollfrage sei für ihn eine Frage von großer sozialpolitischer Bedeutung, die immer wieder Veranlassung bieten werde, daß die Massen des Volks aufgerüttelt und zu großen Kämpfen getrieben werden, was das britische Beispiel gezeigt habe.

Bei der Wahl vom 28. Oktober 1884 erhielt Stauffenberg 6871 Stimmen - also gegenüber 1881 verringerte sich sein Stimmanteil um etwa 500 (vgl. S. 132). Da sich für v. Schauß 4796 Wähler entschieden, die Volkspartei mit 2568 Stimmen ihre Wähler verfünffachen konnte und auch der sozialdemokratische Kandidat auf 1506 Stimmen kam, war eine Stichwahl notwendig geworden. Bei dieser, die für 11. November angesetzt war, siegte Stauffenberg mit 10520 Stimmen über v. Schauß, der es nur auf 5740 brachte.

Am 11. Januar 1887 stellte Stauffenberg den Antrag auf dreijährige Bewilligung der von der Regierung beantragten Heeresstärke. [1] Demgegenüber verlangte Bismarck Bewilligung auf sieben Jahre, wobei er auf die von ihm entfachte französische Kriegsgefahr hinwies. In seiner Rede bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs am 11. Januar 1887 [2] erhob Stauffenberg gegen eine verteidigungsnotwendige Rüstung keinen Einspruch, betonte aber, man müsse gerade diese Vorlage ernsthaft prüfen; denn bei dem allgemeinen europäischen Wettrüsten, das ein Hinaufschrauben der Militärlasten bis zur Unerträglichkeit in sichere Aussicht stelle, und angesichts des Umstandes, daß der Reichstag nichts gegen eine aktuelle Kriegsgefahr tun, sondern eine dauernde Neueinrichtung bewilligen solle, stehe er vor einer Situation, "welche ganz unzweifelhaft eine schwierigere ist, als sie je bei der Beratung eines solchen Gesetzes" ihm vorlag. Warum, fragte er, wenn man sich regierungsseitig hinsichtlich der Heeresvermehrung auf kein Provisorium einlassen könne, ist denn ein siebenjähriger Zeitpunkt kein solches? Liegt denn eine "geheiligte geheimnisvolle Kraft" gerade in dieser Zahl? Wie er es mit

1) Eyck 3:464 f.

2) RT 93:229-234; vgl. Poschinger 3:171 Anm. 1

seinen Freunden stets getan, trete er auch jetzt wieder für die jährliche Bewilligung ein, zum Vorteil der Armee; denn je länger die Termine sind, in denen der Reichstag Militärvorlagen berate, "desto aufregender vollziehen sich diese Beratungen." Wie sehr hier Stauffenberg mit seiner schon 1874 geäußerten Besorgnis, Bismarcks letztes Ziel sei die Entziehung des Militäretats aus dem Bewilligungsrecht des Reichstags, recht hatte, geht aus Bismarcks eigenen Worten an Bronsart-Schellendorf (16.12.1886) hervor (vgl. S. 139).

In seiner Rede in Fürth (18. Januar 1887) [1] hob Stauffenberg hervor: Bismarck hätte in der Militärfrage einen einstimmigen Beschluß erreichen können, wenn er nur gewollt hätte, stattdessen legte er "eine merkwürdige Eile mit der Auflösung an den Tag." Diese Militärvorlage, so sagte er weiter, "schließt eine dauernde Belastung des Volkes in sich", die aber, da im Augenblick keine akute Kriegsgefahr bestehe, nicht gerechtfertigt sei, und da auch der Kanzler einen Präventivkrieg gegen Frankreich ablehne. Jedoch sollten die Wohlhabenden das Anwachsen der Militärausgaben mehr als bisher tragen, was in Form einer Reichseinkommensteuer geschehen könnte. Mit Nachdruck stellte er hierzu fest: "Ich werde jedoch von dem Grundgedanken, daß man die Steuerlast, entgegen der bisherigen Tendenz, nicht immer den schwächeren, sondern vielmehr den kräftigeren Schultern aufbürden soll, nicht abgehen." Als der erste Septennat zustande kam, hatte Niemand gedacht, "daß die sieben Jahre eine organische Reichsinstitution werden sollten." Fände sich für die Annahme dieses Septennats eine "ohnmächtige Volksvertretung, so kann nur ein Kind daran zweifeln, daß alle bisherigen Pläne: Branntweinmonopol, Tabakmonopol, Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit usw. wieder zum Vorschein kommen."

Als dennoch der Antrag Stauffenberg im Reichstag am 14. Januar 1887 [2] angenommen wurde, und zwar mit 186 zu 154 Stimmen, erfolgte die Auflösung. Da Bismarck jetzt den näher rückenden Thronwechsel zu fürchten Veranlassung hatte, benötigte er im Reichstag eine sichere Mehrheit. Er konnte sie nur zur Befestigung seines Rufes, als des getreuen Eckarts Deutschlands verschaffen, der zum Schutz vor dem kriegdrohenden Frankreich eine Rüstungsvermehrung brauche. Er lehnte deshalb einen Vermittlungsantrag v. Bendas (15.12.1886), er solle sich mit einem Quinquenat begnügen, ab, da er fühlte, "daß er für ein Septennat die Mehrzahl der Wähler auf seiner

---

1) FK 19.1.1887 u. AZ Nr. 21 (21.1.1887) ex 18.1.1887
2) RT 1887 1:428

Seite hatte."[1] Wie sehr er es gerade darauf anlegte, die Wähler durch den Franzosenschreck zu mobilisieren, geht aus seinen eigenen Worten gegenüber Bronsart von Schellendorf hervor (22.12.1886): "Ein generelles Pferde-Ausfuhrverbot (= gegen Frankreich), wenn dasselbe irgendwie begründet ist, würde auch parlamentarisch nützlich wirken, und abgesehen von der militärischen Vorsicht dem Auslande gegenüber, für die etwa bevorstehenden Neuwahlen die Situation richtig und für die Wähler verständlich kennzeichnen." [2] Zwar setzte ihm der Generalstabschef (16.11.1886) auseinander, daß an einen französischen Angriff nicht zu denken sei, und der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, erklärte ebenfalls, daß ein Krieg von Frankreich jetzt nicht drohe. Aber Bismarck zwang ihn, seinen dahingehenden Immediatbericht zurückzuziehen, den er beim König eingereicht hatte, da er, Bismarck, seine Militärvorlage beim Reichstage sonst nicht durchsetzen werde. Mit Hilfe dieser "Komödie", wie Waldersee sie nannte, der Boulangergefahr, und der ungerechten Wahlkreiseinteilung erzielte Bismarck dann seinen Kartellsieg, obwohl er die Hälfte der Wähler gegen sich hatte. Die Annahme von Stauffenbergs Antrag vom 11. Januar 1887, die neue erhöhte Rüstungslast eines stehenden Heeres von 468.000 nur auf drei Jahre, nicht durch ein drittes Septennatsgesetz auf sieben zu bewilligen, - also die Volksvertretung auf diesem hochwichtigen Gebiet des Staatslebens, dem militärischen, nicht wieder solange auszuschalten, hatte Bismarck die Möglichkeit für diese Neuwahlen gegeben, die er so dringend [3] nötig hatte. Das auf diese Art erreichte dritte Septennatsgesetz, das nunmehr auch die Mehrzahl der Familienväter bis zum 45. Jahre einzog, eröffnete damit die Ära der Millionenheere des 20. Jahrhunderts. Weit entfernt, der außenpolitischen Beruhigung zu dienen, führte es schon vor seinem Ablauf am 15.7.1890 zu einer abermaligen Erhöhung des deutschen Kriegspotentials. In den Wahltagen von 1887 dachte Bismarck im Sinne "der in den letzten Jahren von ihm erwogenen Gedanken"[4] schon praesumtiv an einen Bruch der Reichsverfassung, wie er ihn 1890 beabsichtigt hatte: er wollte, falls kein ihm gefügiger Reichstag gewählt würde, diesen "trockenlegen", indem er sich, unter Verletzung des Reichsverfassungsartikels 4 Nr. 14 für seine Rüstungsausgaben 300 Millionen vom preußischen Landtag bewilligen lassen wollte. Dazu kam es zwar nicht, da die Parteien, welche die Annahme des Septennats befürwortet hatten, bei den Wahlen die Mehrheit erhalten sollten. Dazu paßt, was Wilhelm von Kardorff [5] am 10. März 1887

1) Poschinger 3:172
2) Ges.W. 6c Nr. 345
3) Eyck 2:457
4) Herzfeld: Miquel 2:95
5) Siegfried von Kardorff: Wilhelm v. Kardorff a.a.O. 196

notiert hat: vom Hof soll gegen die Septennatsverweigerer "jetzt darin vorgegangen werden, daß keiner derselben mehr zu Hof und auch keiner mehr zu den Prinzen befohlen werden darf (Kronprinz - Forckenbeck - Schrader - Stauffenberg)."

Für die auf den 21. Februar angesetzten Wahlen brachte Bismarck ein Kartell aus den drei Parteien, die für das Septennat gestimmt hatten - also Deutschkonservative, Reichspartei und Nationalliberale - zustande, das dafür sorgte, daß in jedem Wahlkreis nur ein regierungsfreundlicher Kandidat aufgestellt wurde. Die Agitation der Kartellparteien schreckte vor keinem Mittel zurück, und fand hierbei Bismarcks kräftige Unterstützung. [1] Auch gegen Stauffenberg führten die Nationalliberalen einen verleumderischen Wahlfeldzug in Erlangen-Fürth. Sie hatten diesmal Prof. Wilhelm Kahl, den Kirchen- und Strafrechtslehrer in Erlangen, der später in Bonn und Berlin dozieren und der ab 1919 als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei noch in der Weimarer Republik eine nicht unbedeutende politische Rolle spielen sollte, aufgestellt, und hofften hierdurch Stauffenberg den Wahlkreis entreißen zu können. So fand es z.B. ein erst jüngst vom Prinzregenten Luitpold dekoriertes Mitglied der oberen Gesellschaftsschicht nicht unter seiner Würde, Stauffenberg öffentlich zu verunglimpfen [2]; und in der nationaliberalen Presse erschien ein übles Spottgedicht auf Stauffenberg, das ihn als Reichsverräter denunzierte. [3] Während in den meisten Wahlkreisen eine Einigung zwischen Freisinn und Volkspartei zustande kam, stellte letztere in Erlangen-Fürth einen eigenen Kandidaten auf und agitierte auch noch gegen Stauffenberg. [4] In diesen heftigen Wahlkampf, den zu seinen Gunsten der Fränkische Kurier führte [5], griff Stauffenberg mit mehreren Reden ein, wobei er auch in kleineren Orten das Wort nahm. [6] Neben seiner Rede in Fürth vom 18. Ja-

---

1) Vgl. Eyck 3:459 ff.
2) FK 17.2.1887
3) FK 16.2.1887
4) FK 5. und 11.2.1887
5) Wahlaufrufe für Stauffenberg FK 2., 12. und 15.2.1887
6) In Bruck bei Erlangen am 12.2.1887, FK 15.2.1887; in Hüttenbach (Wahlkreis Erlangen) am 14.2.1887, FK 15.2.1887 und in Zirndorf am 20.2.1887, FK 21.2.1887

nuar 1887 (vgl. S.138) ist jene bemerkenswert, die er am 16. Januar [1] in Erlangen gehalten hat. Hierin führte er u.a. aus: Gerade die offiziöse Presse versündige sich dem Ausland gegenüber an der Sicherheit des Reichs, indem sie große Bevölkerungsmassen als Reichsfeinde und verkappte Vaterlandsverräter hinstelle. Zu den ihm, Stauffenberg, von nationalliberaler Seite gemachten Vorwurf, er habe früher ein Herz für das Deutsche Reich gehabt, woraus man schließen müsse, das sei jetzt nicht mehr der Fall, gab er die Versicherung ab: Er hänge mit allen Fasern seines Wesens an ihm, aber sein Streben gehe auch dahin, die Freiheit des Volkes zu wahren.

Während am 21. Februar 1887 die freisinnigen Stimmen allgemein zurückgingen, konnte Stauffenberg in seinem Erlanger Wahlkreis gegenüber 1884 nahezu 2.000 Stimmen gewinnen (vgl. S. 137). Da der nationalliberale Kandidat einen gleich großen Stimmengewinn erzielte, die Sozialdemokraten durch die zugkräftige Kandidatur Bebels stark zunahmen, und auch die Volkspartei noch 2847 Wähler auf sich vereinigte, gelang es Stauffenberg mit 8610 Stimmen nur die relative Mehrheit im ersten Wahlgang zu erreichen. Daher kam es zur Stichwahl mit dem Nationalliberalen Prof. Kahl - der im ersten Wahlgang 6756 Stimmen errungen hatte - wobei Stauffenberg mit 12622 Stimmen gegen 6433, die Prof. Kahl auf sich vereinigen konnte, siegreich geblieben war.

Diese Wahlen vom 21. Februar 1887 ergaben den Sieg des Bismarck-Kartells; sie brachten dem Freisinn eine Niederlage; denn er verlor mehr als die Hälfte seiner bisherigen Mandate. Das "Ministerium Gladstone" war ein Bonmot von vorgestern geworden. Zum Wahlausgang schrieb Ludwig Bamberger am 25. Februar 1887 an Stauffenberg: "Was können wir uns sagen? Die anderen, namentlich Bismarck und Bennigsen-Miquel haben glänzend recht behalten, und es ist nichts törichter, als nicht besiegt sein zu wollen, wenn man so gründlich ist.... Die neue Vertretung ist der wahre Ausdruck des deutschen Publikums. Junkertum und katholische Kirche, die sehr deutlich wissen, was sie wollen, und ein Bürgertum, kindlich und unschuldig, politisch einfältig und weder des Rechtes noch der Freiheit bedürftig! Junkertum und katholische Kirche werden sich zusammenfinden und das Bürgertum nach Verdienst traktieren, die Nationalliberalen werden die staatsmännische Musik dazu machen." [2] Noch schärfer charakterisierte er den Nationalliberalismus einige Monate später in seinem Tagebuch: "Sein Geist, pomphafte Unterwürfigkeit, ist der Ausdruck der deutschen Mittelklassen. Der deutsche Parlamentarismus war eine Episode." [3]

1) FK 17.1.1887
2) DL 2:429
3) TB 339

Aber der scharfe Beobachter las auch klar in der Seele Bismarcks: "Der Kronprinz", so schreibt er in jenem Brief, "ist jetzt aller Verlegenheit enthoben. Er wird tun, was Bismarck will." Ähnlich schrieb der seit Jahren allem Parteigetriebe fernstehende Franz von Roggenbach drei Jahre später: "Die Nation als solche ist aus sich heraus, wie sie seit zwei Jahrtausenden bewiesen hat, absolut unfähig, einen politischen Organismus zu schaffen oder zu ertragen, der an sie den Anspruch der selbständigen Mitwirkung in Gesetzgebung und Regiment macht, - unter Achtung und Wahrung der Freiheit anders denkender Mitbürger. Die germanischen Erbfehler der Parteisucht, des Neides und der dienstbereiten Servilität werden stets wieder solche Verirrungen ermöglichen, wie wir sie in der Bildung des Kartells und des naiven Hasses gegen alle Andersgesinnten erlebten, die den Kitt dieser Bismarckschen Heeresfolge abgeben." [1]

Die Wahl vom 20. Februar 1890 zertrümmerte das Kartell und brachte auch dem Freisinn eine Verdoppelung seiner Mandate. "Die Opposition hatte ihre volle Vergeltung für die Niederlage von 1887." [2] Stauffenberg kandidierte wieder in seinem alten Wahlkreis Erlangen-Fürth. In mehreren Wahlreden behandelte er die schwebenden Fragen.

In der in Erlangen vom 12. Februar 1890[3] muß er sich eingangs mit dem Vorwurf auseinandersetzen, warum er sich an den Arbeiten des letzten Reichstags so wenig beteiligte.[4] Als Entschuldigung brachte er vor: als Mitglied des Finanzausschußes des Bayr. Landtags hatte er das schwierige Eisenbahnreferat auszuarbeiten, das ihn so in Anspruch nahm, daß er auch in Berlin daran arbeiten mußte, da er es eben keinem Kollegen überlassen konnte.

Die Umstände der Wahl des verflossenen Reichstags erörternd, stellte er nachdrücklich fest, "daß eine wirkliche Kriegsgefahr damals nicht bestanden hat, denn regierungsseitig sei sie niemals bestimmt behauptet worden, und man würde, wenn sie wirklich bestanden hätte, ein so unsicheres Experiment der Reichstagsauflösung nicht gewagt haben; die Kriegsfurcht hat aber die ganze Lage beherrscht. "Aber es sei damals um ganz andere Dinge gegangen, an

---

1) Ring 346 an Albrecht v. Stosch (4.3.1890)
2) Eyck: Wilh. II. 71
3) FK 13.2.1890
4) Vgl. FK 8.2.1890

die kein Mensch gedacht habe; und wenn er es gesagt hätte, dann wäre es als Verleumdung bezeichnet worden. Statt der befürchteten militärischen Maßnahmen brachte der Reichstag eine nochmalige Erhöhung der Getreidezölle, wodurch alle Lebensbedürfnisse erheblich verteuert wurden, und die Verlängerung der Legislaturperioden. Man sage nun, letzteres diene der Beruhigung der Wählerschaft, und sei daher auch in anderen Ländern üblich. Man habe hier vergessen hinzuzufügen, daß in Großbritannien ein ganz ausgebildetes parlamentarisches System bestehe, während das bei uns nicht der Fall sei. Auch habe bei uns die Regierung große Machtbefugnisse, während der Reichstag von seinen Rechten nur unzulänglichen Gebrauch mache; da die Auflösung des Reichstags im Ermessen der Regierung liege, so könne sie hierdurch ihre Macht der Volksvertretung gegenüber sehr stark zur Geltung bringen. Zweifellos werde auch, was noch hinzukomme, bei einer fünfjährigen Legislaturperiode das Verhältnis des Abgeordneten zu seinen Wählern lokkerer als bei einer dreijährigen.

Das Sozialistengesetz lehne er ab, da es nur Härten bringe, das Rechtsbewußtsein des Volkes erschüttere, aber keine Heilung der sozialen Schäden anstrebe. In diese unerfreuliche Lage schimmere ein "freudiger Hoffnungsstrahl" durch die beiden Kaiserlichen Erlasse. Wenn man darin eine internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse vorgesehen habe, wodurch "statt der sich immer erneuernden Kriegsvorbereitungen einmal ein gedeihlicher Gedanke in den internationalen Verkehr gekommen ist", dann könne er das nur begrüßen, einschränkend fügte er hinzu: durch bürokratische Zutaten dürfe aber das Gute, das hierin zum Ausdruck komme, nicht ins Gegenteil verkehrt werden. Und ähnlich sagte er in seiner Fürther Rede (14.2.1890): "Es ist erhebend, daß neben den Kriegsvorbereitungen jetzt einmal eine friedliche kulturelle Frage energisch in Angriff genommen wird." [1] Es sei daran erinnert, daß Stauffenberg bereits 1878 den Gedanken einer internationalen Regelung der Arbeitsverhältnisse befürwortet hat (vgl. S. 108).

Auf die ständige Zunahme der Militärausgaben übergehend, beklagte es Stauffenberg in jener Erlanger Rede (12.2.1890) tief, daß auf diesem Gebiet die Lasten ständig wachsen: "Europa starrt in Waffen, und man könne sich wohl fragen, wie das enden soll? Der Erfindungsgeist hat sich in der neuesten Zeit auf Herstellung von Vernichtungswerkzeugen mit Vorliebe geworfen; in kurzen Zwischenräumen werden immer neue Festungswerke,

---

1) FK 15.2.1890

neue Waffen nötig, und alle Ausgaben sind umsonst gemacht, und auf diesem bodenlosen Weg geht es ruhig weiter. Es wird sich kein Mensch dem entziehen wollen, das herzuschaffen, was zur Verteidigung des Vaterlandes nötig ist, aber die Ausgaben für militärische Zwecke nehmen in der neuesten Zeit in beängstigender Weise zu, besonders für die Marine. Letztere ist zwar immer ein Schoßkind des deutschen Volkes gewesen, jetzt ist aber ein Tempo in die Sache gekommen, welches recht schwere Bedenken hervorzurufen geeignet ist. Ein heute neugebautes Schiff ist nach drei bis vier Jahren wieder veraltet; es muß daher etwas mehr Rücksicht auf die Finanzkraft des Landes genommen werden. Da wird ein gewisser Einhalt geschehen müssen, denn wenn in der Weise die Kerze an beiden Enden angebrannt wird, so wird die Kerze bald zu Ende sein." Und in seiner Rede in Fürth vom 14. Februar 1890 [1] sprach er nochmals diese Bedenken aus: bei Militärausgaben ist eine energische Sparsamkeit notwendig; "denn man wandelt um eine Katastrophe herum, so daß man sich fragen muß, wie soll das enden." Es dürfe zwar das Vaterland nicht wehrlos gemacht werden, aber es seien doch Erleichterungen und Ersparungen möglich, ohne daß die Schlagkräftigkeit der Armee dadurch beeinträchtigt werde; insbesondere könnte die zweijährige Dienstzeit eingeführt werden.

Am 16. Februar 1890 forderte er in seiner Wahlrede in Hersbruck [2] erhöhte Sparsamkeit bei der Finanzgebarung des Reichs, damit das Defizit des Reichsetats beseitigt werde. Wenngleich viele militärische Ausgaben absolut notwendig sind, so könne auch hier gespart werden, besonders bei den steigenden Anforderungen der Marine, ohne daß der Wehrhaftigkeit Eintrag getan werde. Zu der finanziellen Belastung geselle sich noch das persönliche Opfer der langen Präsenzzeit, weshalb die zweijährige Dienstzeit uns immer als erstrebenswertes Ziel vor Augen schweben müsse. Wenn man sich frage, so hob Stauffenberg hervor, wie die verschiedenen Staaten auf die Dauer die Ausgaben für die Kriegsrüstungen tragen sollen, dann eröffne sich eine sehr trübe Perspektive. Zu dieser militärischen Last komme noch die Erhöhung der Getreidezölle hinzu, die eine starke Teuerung verursache, und die viele Handelsbeziehungen mit auswärtigen Staaten total zerstört habe. Und dennoch gebe es noch viele Leute, die den Fall des Tabakmonopols beklagen, obwohl es sicher nicht die an ihm geknüpften Erwartungen erfüllt, dafür aber viele Existenzen vernichtet

---

1) FK 15.2.1890
2) FK 17.2.1890

hätte. Demgegenüber stellen die Kaiserlichen Erlasse einen "Lichtpunkt" dar, welcher die Möglichkeit einer einträchtigen Zusammenarbeit aller Parteien eröffne.

Bei den Wahlen vom 20. Februar 1890 erhielt Stauffenberg nur 5433 Stimmen, also um über 3000 weniger als 1887. Da es Bebel diesmal auf 5839 brachte, der nationalliberale Kandidat Prof. Kahl nur 3850, die Volkspartei 3725 (1887:1847 Stimmen!) aufwiesen, und 232 Wähler Windthorst ihre Stimme gaben, obwohl jener telegraphisch Stimmabgabe für Stauffenberg bereits im ersten Wahlgang empfohlen hatte [1], vermochte Stauffenberg nicht einmal mehr die relative Mehrheit zu erreichen und stand zum ersten Mal in der Stichwahl mit einem Sozialdemokraten. Der Stichentscheid sah aber Stauffenberg mit 11059 Stimmen gegenüber 8658, die für Bebel abgegeben wurden, als Sieger.

Aber nur noch selten nahm Stauffenberg an der Arbeit des Reichstags teil. Dagegen dem Bayrischen Landtag widmete er seine ganze Kraft. "Darüber mußte er sich", so schrieb Theodor Barth bei seinem Tod, "in Berlin manchen Spott gefallen lassen, daß er seine Arbeitskraft im Finanzausschuß des Bayrischen Abgeordnetenhauses als langjähriger Referent verbrauche, während er in der Reichspolitik so viel größere Aufgaben vor sich hatte." [2] Dieselbe Kritik findet sich auch bei Bamberger, der am 27. März 1884 in sein Tagebuch eingetragen hat: "Leider ist Stauffenberg nicht viel mehr als eine Fahne (= als Führer der Liberalen Vereinigung bzw. der Deutschfreisinnigen Partei). Tief verstrickt in bajuvarische Verhältnisse, arbeitet er viel mehr in München als im Reich; eine Signatur für die unheilbare Atomistik Deutschlands. Dazu seine schwache Gesundheit." [3]

Wiederholt mußte auch Stauffenberg als amiable compositeur (vgl. S. 68) Streitigkeiten zwischen seinen Parteifreunden schlichten. So März 1884, als es zwischen Bamberger und dem Nationalliberalen v. Schauß beinahe zum Duell gekommen wäre [4] und 1887, als Rickert mit Eugen Richter in ein Zerwürfnis geraten war, so daß Rudolf Virchow sich gezwungen sah (23.3.1887) [5], seine Vermittlung anzurufen, um die Einheit der Partei dadurch nicht zu gefährden. Als Frühjahr 1890, vermutlich wegen Eugen Richters zu selbstherrlicher Art, der Parteiausschuß der Deutschfreisinnigen Partei, ohne beschlußfähig dafür zu sein, Schrader statt seiner zum Vorsitzenden gewählt hatte, und als daher ein

1) FK 19.2.1890; vgl. Wahlaufruf für Stauffenberg FK 4.2.1890
2) Barth 47
3) TB 290
4) DL 2:402 f.
5) DL 2:432 f.

ernster Zwischenfall in der Fraktion drohte, gelang es Stauffenberg noch einmal, ihn zu verhindern. Als Vorsitzender des Zentralkomitees der Partei veranlaßte er diesen Ausschuß (sog. Dreizehnerausschuß) zu ersuchen, "eine anderweitige Konstituierung vorzunehmen, und unter der Voraussetzung der Wiederwahl von Virchow und Bamberger im engeren Ausschuße, die Wahl des Abgeordneten Richter zum Vorsitzenden und des Abgeordneten Schrader zum Stellvertreter herbeizuführen." [1]

Aus den letzten Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit im Reichstag ist besonders Stauffenbergs Stellungnahme in der Frage der Neuordnung der Militärgerichtsbarkeit des Reichs beachtlich. Damit befaßte er sich eingehend im Jahre 1891; schon 1869 hatte er vergeblich im Bayrischen Landtag die völlige Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit beantragt (S. 29).

Diese Frage war seit Jahrzehnten nicht vorangekommen, obwohl bereits 1870 vom Reichstag eine Resolution nach Antrag von Lasker und Forckenbeck, unterstützt von Bennigsen und Benda, wie Rickert in seiner Rede am 14. März 1891 hervorhob [2], angenommen worden war, worin die Reichsregierung ersucht wurde, ein Gesetz vorzulegen, durch das das Militärstrafverfahren mit den wesentlichen Formen des ordentlichen Strafprozeßes umgeben, und die Zuständigkeit der Militärgerichte im Frieden auf die Vergehen der Militärpersonen beschränkt würde. Dieser Beschluß wurde mehrfach wiederholt; und 1879, 1880, 1881 und 1883 wurden die verschiedenen Kriegsminister (preußischen!) deshalb interpelliert. "Im Jahre 1877", so betonte Rickert, "ist bereits eine Immediatkommission eingesetzt worden; dieselbe arbeitet seit einiger Zeit, und trotzdem kommt die Sache nicht voran. Ich glaube, es ist endlich Zeit, daß diese Akten nunmehr geschlossen werden, und daß die Forderungen, welche der Reichstag schon 1870 aufgestellt hat, im Jahre 1891 oder 1892 endlich in Erfüllung gehen."

Stauffenberg, der vor Rickert sprach, verwies in seiner Rede (14. März 1891) [3] darauf, daß die Öffentlichkeit der Verhandlungen vor den Militärgerichten in Bayern schon lange und unangefochten bestehe. Die Ansicht, öffentlichen Verhandlungen über diese Materie stünden militärische Rücksichten entgegen, wies er auf das energischste zurück. Diese Theorie, "daß die Autorität leidet, wenn man Mißstände an die Öffentlichkeit zieht, ist eine sehr alte

---

1) Klein-Hattingen 2:492

2) RT 116:2054

3) RT 116:2050.2054; vgl. Dl 2:48 Stauffenberg an Marquardsen (23.4.1872)

Theorie, welche in unserem ganzen öffentlichen Leben vollständig verlassen worden ist. Wenn wir derselben folgen wollen, so wäre überhaupt die Öffentlichkeit unserer parlamentarischen Verhandlungen und unser ganzes öffentliches Leben, wie es sich im Verlaufe der letzten vierzig Jahre entwickelt hat, nicht möglich und müßte vollständig wieder auf den Stand zurückgeschraubt werden, wie es anno dazumal bestanden hat." Es handle sich hier ja auch nicht darum, "daß die Dinge, wie sie nicht sein und nicht vorkommen sollten, an die Öffentlichkeit gebracht werden, sondern daß auch die übertriebenen und unrichtigen Behauptungen, welche sich in der Presse weiter fortspinnen, auf diese Weise am besten zum Schweigen gebracht werden können, denn bei kontradiktorischen Verhandlungen in öffentlicher Sitzung, insbesondere mit Zuziehung von Verteidigern, lassen sich derartige Legenden, sollten sie wirklich bestehen, absolut nicht aufrecht erhalten, und in den weitaus meisten Fällen hat nach meiner Erfahrung die Militärbehörde und die militärische Disziplin nur einen großen Vorteil von der Öffentlichkeit der Verhandlungen." Stauffenberg wies die ihm von einem Konservativen unterschobene Behauptung als erfunden zurück, er habe die preußische Militärjustiz eine verkommene oder verrottete genannt. Vielmehr habe er die weltbekannte Erfahrung geltend gemacht, daß die Heimlichkeit von Gerichtsverhandlungen zur Entartung der Justiz führe. "Ich habe in meinem früheren Berufsleben Gelegenheit genug gehabt, mich in den Akten der früheren geheimen Justiz zu unterrichten und sie mit dem zu vergleichen, was unter der Herrschaft der Öffentlichkeit möglich und nicht möglich ist, um ein auf ganz gute Gründe, auf eine ganze Reihe von Tatsachen begründetes Urteil aus voller Überzeugung abzugeben."

Ähnlich hat er nochmals im November 1891 im Bayrischen Landtag (vgl. S.30) auf die Gefahren hingewiesen, wenn eine Neuordnung des Militärgerichtswesens nach preußischem Muster geschehe, dem im Gegensatz zur Militärstrafrechtspflege Bayerns und Württembergs, die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen und das Berufsrichtertum fehle. Dadurch hat er ohne Zweifel mit dazu beigetragen, daß später die Reichsmilitärstrafgerichtsordnung vom 15.12.1897 diesen Grundsätzen moderner Strafjustiz entsprach.

Stauffenberg befürwortete am 15. Dezember 1891 im Reichstag den Caprivischen Handels- und Zollvertrag mit Österreich-Ungarn.[1] Er schloß diese Rede mit dem Hauptargument liberaler Freihandelspolitik, daß landwirtschaftliche Prohibitivzölle, die unentbehrliche Nahrungsmittel verteuern, die minder-

1) RT 118,3425-3431

bemittelten Schichten am meisten belasten. Der Führer der Konservativen in dieser Debatte, Graf Mirbach, brachte dagegen nur vor, was auch Max Weber bald darauf, 1893 [1] feststellte: es geht der ostelbischen Landwirtschaft, zumal der dortigen Großlandwirtschaft schlecht. Denn diese war es, die Graf Mirbach mit seinem Ausdruck "Landwirtschaft" meinte. Aber er setzte es auch als selbstverständlich voraus, daß das deutsche Gesamtinteresse, von dem er sprach [2], um dieses ostelbischen Großgrundbesitzes willen leiden müsse. Er konnte zwar nicht bestreiten, was Stauffenberg im Interesse der kleineren und vornehmlich Großvieh züchtenden Landwirte betont hatte, daß Cerealienzölle ihnen die Futtermittel verteuern. Aber dann, meinte Graf Mirbach, müssen sie eben ihr Vieh teurer verkaufen. Er bemerkte nicht oder wollte es nicht wissen, daß die dadurch bewirkte Erhöhung des innerdeutschen Preisniveaus bei der stetigen, auf gewerbliche und industrielle Ausfuhr angewiesenen Bevölkerungszunahme schließlich zu der von Caprivi formulierten Alternative führte: Waren exportieren oder Menschen! Er sprach im Rahmen einer Feudalordnung, die ihn gleichzeitig auch wieder die in solcher Lage stets vorgebrachte Forderung einer Seisachtheia erheben ließ, hier einer Geldentwertung durch Doppelwährung, um die landwirtschaftlichen Schulden in verschlechtertem Geld zurückzahlen zu können. In diesen Herrenzentren Ostelbiens, die "nach den Traditionen Preußens bestimmt waren, die materielle Unterlage für die Existenz einer Bevölkerungsschicht zu bilden, in deren Händen der Staat die Handhabung der politischen Herrschaft, die Vertretung der militärischen und politischen Macht der Staatsgewalt" über zwei Drittel Gesamtdeutschlands zu legen gewohnt war (Max Weber) [3], gab es kein Verständnis für die Höhe des Standpunkts, von dem aus der süddeutsche Freiherr diese Lebensfrage der Nation behandelte, indem er entschied: ich habe als Großgrundbesitzer nicht das Recht [4], "über einen mir entgangenen Profit zu klagen, wenn so und so viel Leute in Deutschland eben wegen dieses Profits zum Teil hungern müssen."

Stauffenbergs letzte bedeutsame parlamentarische Leistung bildete seine Rede vom 14. Dezember 1892 zur Heeresvermehrung von 1892/93. [5] Stauffenberg machte gegenüber der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 84000 Mann, ohne Offiziere und Unteroffiziere, geltend: diese unerwartete und erstaunliche Forderung schaffe eine noch nie dagewesene Situation für den Reichstag. Das

1) Ges. Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgesch. (1924) 456.507
2) RT 118:3433 C
3) a.a.O. 471
4) RT 118:3430 B
5) RT 127:321-326

war keine Übertreibung, denn erst 1913 wurde eine noch größere Heeresvermehrung verlangt. [1] Er forderte, daß dieser Schraube ohne Ende energisch Halt geboten werde; das ganze deutsche Volk ohne Parteiunterschiede, da z.B. auch die Konservativen Süddeutschlands hier beistimmen, verlange dieses Halt. Es sei doch sehr merkwürdig, daß jedesmal dies Steigen der Militärausgaben mit einer angeblichen Kriegsgefahr begründet werde, aber immer im Reichstag, während die bundesstaatlichen Regierungen und ihre Volksvertretungen von einer solchen nichts wissen.

Diese Regierungsforderung, von der 12000 Mann gestrichen wurden, lehnte der Reichstag am 6. Mai 1893 mit 210 zu 162 Stimmen ab; in der Mehrheit stimmten diesmal Zentrum und Freisinn, die Minderheit bestand aus den Nationalliberalen und den beiden konservativen Fraktionen. Nachdem aber sechs Freisinnige dafür, die Mehrheit der Partei aber dagegen gestimmt hatte, zerbrach darüber die Einheit der Partei. Die Mehrheit unter Eugen Richter bildete die Freisinnige Volkspartei, die Minderheit, zu der auch Stauffenberg gehörte, die Freisinnige Vereinigung. Seitdem war der entschiedene Liberalismus keine lebendige Kraft mehr. Stauffenberg hat diese Spaltung geradezu "geknickt". [2] Er schloß sich der Freisinnigen Vereinigung an, verzichtete aber auf eine erneute Kandidatur für den Reichstag. Als er die Spaltung auch von Bayern nicht fernhalten konnte, trat er vom langjährigen Landesausschußvorsitz zurück. Für eine neue Parteiverbindung hat er sich nach Mitteilung seiner Tochter, Freifrau Gabriele von Habermann, nicht mehr erwärmt und hat sich auch nicht von Friedrich Naumann für seine Bestrebungen gewinnen lassen.

Sicher wird sich Stauffenberg am Ende seines Lebens um so stärker des Wortes erinnert haben, das er einmal an Lasker geschrieben hatte: "Macht man sich nicht zum Mitschuldigen dieser großen Lüge des Parlamentarismus, wenn man noch mittut?" (S. 122). Die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland bis 1918 und auch noch um so mehr danach, hat ihm hier recht gegeben. Wie muß ihn da der Besuch von Carl Schurz berührt haben, der es in seinem neuen Vaterland zu etwas bringen durfte, das Stauffenberg schon 1884 als die Richtung der Zukunft gefeiert hatte (vgl. S. 33). Sicher hat hier sein Freund Bamberger auch seine Ansicht ausgesprochen, als er ihm am 3. Mai 1888 schreibt: "An Schurz habe ich viel Freude gehabt. So könnten wir werden, wenn wir nicht in einer Hundehütte säßen." [3]

---

1) Wehberg 62 u. A. Grote in "Die Friedenswarte" 15 (1913) 169 f.
2) Günther 223
3) DL 2:441; wird zit. von Wilh. Röpke: Die deutsche Frage (3. A. 1948) 11, jedoch mit falscher Datumsangabe (recte 1886 nicht 1866)

Friedrich von Payer, der, 1877 als süddeutscher Volksparteiler in den Reichstag gekommen, als Vizekanzler 1917 der erste parlamentarische Reichsminister wurde, faßte seinen Rückblick über das Verhältnis des Reichsparlaments zur Reichsregierung bis 1890 so zusammen: wo und wie hätte der Reichstag sich gegenüber einem Bismarck geltend machen können, der in seinem öffentlichen Verkehr mit ihm sogar den notdürftigen äußeren Respekt vermissen ließ? Bei dem deshalb geringen Ansehen eines Reichstagsabgeordneten gehörte damals ein schon ganz besonderes Interesse an parlamentarischer Tätigkeit dazu, sich als solchen herzugeben. [1)]

Auch Stauffenbergs reichspolitische Tätigkeit beweist, daß es dem Reichstag nicht an politischen Talenten gefehlt hat, die das Reich hätten aufbauen und mitregieren können. Aber das liberale Selbst- und Verantwortungsgefühl, das sie dabei geleitet hätte, war Bismarck unbedingt verhaßt: er ließ sie also nicht heran und brach, um Mommsens Ausdruck (1902) zu verwenden, der Nation das Rückgrat; er hinterließ sie "ohne alles und jede politische Erziehung, tief unter dem Niveau, welches sie in dieser Hinsicht zwanzig Jahre vorher bereits erreicht hatte." [2)]

---

1) Von Bethmann bis Ebert (1923) 12 ff.

2) Politische Schriften (1921)138; Stauffenberg und Mommsen waren politische Freunde: vgl. A. Heuss, Mommsen (1956) 195.206 f. im Nachlaß Stauffenbergs unter Nr. 39 befanden sich zwei Briefe Mommsens

V. STAUFFENBERGS GESCHICHTLICHE BEDEUTUNG

Wenn Theodor Barth anerkannt hatte[1]; "man konnte sich keinen Politiker vorstellen, der modernen liberalen Anschauungen zugänglicher gewesen wäre" als Stauffenberg, so müssen wir uns überlegen, was dies in jenen Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende bedeutete, in denen der Liberale, vor allem der Freisinnige nicht für gesellschaftsfähig galt. Wie Bamberger berichtete[2] wurde - als Forckenbeck 1880 aus der Nationalliberalen Partei ausschied - sogar dessen Schwager, ein Herr v. Luck, von seinen adeligen Gutsnachbarn gesellschaftlich geschnitten. Als der Hamburger Oberbürgermeister Mönckeberg seinen Schwiegersohn, den Rechtsanwalt und Reserveoffizier Dr. Semler, Wilhelm II. vorstellte und dabei bemerkte, er sei Reichstagsabgeordneter, fragte der Kaiser, welcher Partei er angehöre. Auf die Antwort, der National-liberalen, entgegnete Seine Majestät: "Na, das geht ja gerade noch."[3]

Diese liberalen Hauptziele jedoch, die Stauffenberg anstrebte, sind heute zu konservativen geworden[4]: Privateigentum an den Produktionsmitteln, freie Verkehrswirtschaft, zumal zwischen den Nationen, Selbsthilfe auf allen Lebensgebieten als Primäres und dann erst staatliches Eingreifen, Rechtsgleich-heit, geistig-kulturelle Toleranz und Humanität, religiöse Duldsamkeit. Wenn Stauffenberg 1870 in diesem Sinne "die volle Freiheit" das Beste schien[5], fügte er 1875 hinzu: "ohne Achtung vor dem Gesetz, vor dem Recht und vor der Autorität kann die wahre Freiheit nicht bestehen"[6], so verkörperte der süddeutsche Aristokrat schon damals diese Verwandtschaft zwischen liberalem und konservativem politischen Denken. Und wenn er als guter Bayer auch ein guter Deutscher blieb, hat er dem Föderalismus universaler Art vorgearbeitet, den wir heute für die Weltfriedenswahrung wirksam sehen möchten, indem so, wie subnationale Stufen sich dem größeren Bund einfügen, die freien Völker in eine übernationale Ordnung eingehen.

Für die menschlich-persönliche Wesensart Stauffenbergs, soweit sie im politischen Leben sich zeigte, seien zunächst Urteile seiner engeren Landsleute angeführt. Der Patriotenführer Prof. Joh. Nepomuk Sepp urteilte[7], als er

---

1) Barth 45
2) TB 368
3) Eugen Schiffer: Ein Leben für den Liberalismus (1951) 129
4) Wilhelm Röpke: Gesellschaftskrise (1942) 153
5) LT 1 (15.3.1870) 422
6) LT 1 (13.10.1875) 48
7) LT 2 (19.5.1870) 309

Mai 1870 im Landtag Stauffenbergs Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe bekämpfte: "Ich betrachte ihn als meinen Freund, er hat in diesem Hause keinen persönlichen Gegner; sondern wir alle achten sein Talent, kennen seine Liebenswürdigkeit und haben ihn gern." Sigmund Günther [1] Professor für Geographie an der Technischen Hochschule München, liberales Mitglied des Bayrischen Landtags und des Reichstags, der gleich Stauffenberg dem entschiedenen Liberalismus sich zugerechnet hatte - er rühmte seine "hohe persönliche Liebenswürdigkeit und seinen idealen Gerechtigkeitssinn", und nannte ihn einen "Ritter des Geistes ohne Furcht und Tadel ... einen edlen, feinfühligen Menschen, wie solche im Zeitalter der Interessenpolitik immer weniger zu finden sind", und sah in ihm "einen Aristokraten im besten Sinne des Wortes." Stauffenbergs norddeutscher Gesinnungsgenosse Theodor Barth, der ihn erst als Sezessionist kennen lernte und dann sein engerer Freund wurde, stimmte zu [2]: er "ist eine der edelsten und uneigennützigsten Persönlichkeiten, die der deutsche Parlamentarismus aufzuweisen hat." Sogar der Historiker v. Sybel nannte ihn "den geistvollen und gutgesinnten", als er (29.11.1871) [3] bedauert hatte, ihn in dem Militärstreit auf Laskers Seite zu sehen. August Napoleon Vechioni bezeichnete Stauffenberg, nach Bekanntwerden von dessen Niederlage bei der Stichwahl in München I (8.8.1878), in vertrautem Kreis [4], als "einen Mann, der weder nach oben noch nach unten schmeichelte", und der keine Linie von seiner Überzeugung abgewichen ist. Als Präsident des Abgeordnetenhauses und als Vizepräsident des Reichstags habe er sich die höchste Anerkennung errungen, und es "ist unser Stolz und es gereicht uns zur Ehre, daß wir an einem solchen Mann unentwegt festhielten." Sogar der spätere Reichskanzler Fürst Bülow bescheinigte noch in seinen "Denkwürdigkeiten" [5] Stauffenberg: "Er war ein Edelmann nicht nur der Abstammung nach, sondern auch in der Gesinnung." Oskar Klein-Hattingen [6], der Geschichtsschreiber des deutschen Liberalismus, sagte von ihm: er sei "ein sehr befähigter Mann, von den reinsten Absichten, vornehm und doch volkstümlich" gewesen.

---

1) Günther 221.224 u. LaF 437
2) Barth 44
3) DL 2:33
4) MNN Nr. 222 (10.8.1878)
5) 4 (1931) 159 f.
6) Klein-Hattingen 2:434 f.

Zum Tode Stauffenbergs brachten die Münchner Neuesten Nachrichten am 4. Juni 1901 (Nr. 256.257) einen Nachruf, der die vornehme Ruhe und Sachlichkeit des Parlamentariers und die anerkannte Lauterkeit und hohe Bildung des Menschen hervorhob. Mit ihm, heißt es da, "ist wieder einer jener großen Männer" aus der Zeit der Reichsgründung heimgegangen." Wir Epigonen erkennen, so oft wieder eine solche Lücke in den Reihen unserer einstigen Führer entsteht, immer mehr und mehr, welche Fülle von Geist, Wissen und aufopfernder Vaterlandsliebe die hervorragenden Männer aus der großen Zeit der Wiedergeburt des Reiches beseelte." Er trat stets für "ein Zusammenhalten aller liberalen Elemente" ein und blieb dennoch "der süddeutsch fühlende Liberale." Seine Tätigkeit hatte "den größten Einfluß auf den Gang der politischen Dinge in Bayern und Deutschland"; in der Zeit der Einigungsbestrebungen wie nach der Reichsgründung wirkte er "für die freiheitliche Entwicklung seines engeren und größeren Vaterlandes", so daß ihm ein "hervorragender Platz unter den vielen großen Männern" jener Zeit bleibt.

Im "Fränkischen Kurier" (6. Juni 1901, I und II) würdigte Sigmund Günther in einem ausführlichen Nachruf Stauffenbergs vornehmes Menschentum und seine umfassende politische Tätigkeit in Bayern und im Reich. Mit ihm ist, so schrieb Günther, "der erste Mann des bayrischen Liberalismus, der rastlose Vorkämpfer für die freiheitliche Entwicklung seines Volkes, einer der Hervorragendsten unter denen, die dem Reichsgedanken die Bahn brechen halfen", dahingegangen. "Leer wird es um uns herum; einer nach dem anderen von den Alten, mit denen die besten und schönsten Erinnerungen der deutschen Parlamentsgeschichte verknüpft sind, geht hinüber, und wir wissen nicht, wer seinen Platz ausfüllen soll." In seinem engeren und weiteren Vaterlande lernte man seine politischen Talente schätzen, sah man in ihm "einen Führer der Nation", der als "ausgezeichneter Repräsentant süddeutschen Wesens" berufen war, in der Frage der deutschen Einheit am Ausgleich zwischen Nord und Süd mitzuwirken. Als Landtagspräsident leitete er mustergültig die Geschäfte; unter seiner Amtstätigkeit "beseelte ein frischer Hauch die Gesetzgebung", und seine, von "echter Courtoisie" getragene Unparteilichkeit und persönliche Liebenswürdigkeit meisterte die schwierigsten Augenblicke. Sein selbstloser Eifer, mit dem er sich der Landtagsarbeit unterzogen hatte - besonders als Verkehrsreferent - fand allgemeine Anerkennung.

Im Reichstag, als Vizepräsident und als Abgeordneter war er rastlos tätig, den Ausbau des Reichs im freiheitlichen Sinne mitzugestalten. Man muß sich aber die schmerzerfüllte Frage vorlegen, so betonte Günther, warum diesem

"so ungewöhnlich reich ausgestatteten Menschen" es versagt war, an einer höheren Stelle seine Kraft dem Wohle des Landes dienstbar zu machen. Die Antwort könne aber nur lauten: "Das wäre wohl in vielen anderen Staaten geschehen, aber es konnte nicht geschehen in Deutschland, wo das Bekenntnis zu einer liberalen Weltanschauung von jeher einen Stein des Anstoßes darstellte und auch jetzt noch darstellt." Es schien einmal, daß der Eintritt von Nationalliberalen - Bennigsen, Forckenbeck und Stauffenberg - in ein Ministerium Bismarck das Eis zu brechen vermöge. Jedoch die Verhandlungen zerschlugen sich - man weiß nicht sicher weshalb: "war es Bismarcks Festhalten an dem für jeden Liberalen unannehmbaren Tabakmonopol?", so fragte Günther, den Kern der Dinge treffend (vgl. S. 86). "Wir wären mutmaßlich ein gutes Stück weiter, wenn die damals angebahnte Kombination ihre Verwirklichung gefunden hätte. Es hat nicht sollen sein, und angesichts der Lethargie des Bürgertums hätte vielleicht sogar den liberalen Reichsministern die unentbehrliche Rückendeckung gefehlt." So ist dieser hochverehrte Mann aus unserer Mitte gerissen worden: "Wenn man aber in der Folgezeit die besten Namen aus der Epoche der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung auf-aufzählt, dann wird auch der Name Stauffenberg nicht unvergessen bleiben."

In der "Allgemeinen Zeitung" (München) erschien am 3. Juni 1901 (Nr. 152) nur ein kurzer Nachruf, worin gesagt wird, daß mit Stauffenberg "ein hervorragendes Mitglied der Nationalliberalen Partei... einer der begabtesten bayerischen Parlamentarier der letzten 30 Jahre" heimgegangen ist. In den letzten Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit hat er wegen Kränklichkeit, aber auch aus "Unbehagen über die scharfe Zuspitzung der parteipolitischen Verhältnisse" von der Reichstagsarbeit sich zurückgezogen; nur dem Landtag widmete er fast bis an sein Lebensende seine Kräfte.

Der in Stuttgart erscheinende nationalliberale "Schwäbische Merkur" brachte am 3. Juni 1901 (Nr. 253) nur die Todesnachricht zusammen mit einem kurzen Nachruf, ähnlich verfuhr der dortige offizielle "Staatsanzeiger", der nur die Todesnachricht (4.6.1901, S.1061) und die Beerdigungsnotiz (6.6.1901, S. 1079) verzeichnete. Die beiden Zeitschriften "Die Woche" (3. Juni 1901, III, S. 1000) und die von Berthold Auerbach begründete "Gartenlaube" (2.Beil. zu Nr. 25, 1901) enthielten nur einen kleinen Nekrolog und je eine photographische Abbildung von Stauffenberg.

Zu beachten ist, was Joh. Friedrich v. Schulte, ein bedeutender Kanonist, Gegner des Vatikanums und dann der führende Kopf der altkatholischen Be-

wegung - auch saß er 1874-79 als Nationalliberaler im Reichstag - über Stauffenberg zu berichten weiß. Stauffenberg habe, so sagte v. Schulte [1], Forckenbeck "nichts an starrer Theoretizismus nachgegeben", und auch sei ihm "die radikale Strömung und schließlich die Sprengung der Partei mit zu verdanken." Ferner warf ihm v. Schulte mangelnde Grundsatztreue vor, da er aus "vollster Überzeugung" der altkatholischen Bewegung sich angeschlossen habe und auch öffentlich für sie eingetreten sei, aber sich doch "schließlich passiv" verhalten habe und "römisch beerdigt worden" sei. Auch habe ihn Bismarck als "radikalen Doktrinär" nicht zum Minister machen können, und auch der Kaiser konnte ihm nie den "Radikalismus verzeihen."

Was v. Schulte polemisch bei Stauffenberg als "starren Theoretizismus" ansah, darf man als Ausdruck, des seit Bismarck verbreiteten Glaubens ansehen, ohne sittliche Werte in der Politik auskommen und eine Weltanschauung entbehren zu können. Deshalb konnte v. Schulte infolge dieser Auffassung gar nicht zu der Erkenntnis vordringen, daß es sich bei der Sezession um mehr handelte als um die Abspaltung eines Häufleins Unzufriedener, und daß deren Mitglieder nicht von einem Radikalismus getrieben wurden, sondern daß sie sich vor die Grundsatzfrage gestellt sahen, entweder mit Bismarck oder mit ihrer liberalen Überlieferung zu brechen, und sie sich folgerichtig für ersteres entscheiden mußten. Ferner sah v. Schulte nicht, daß 1874 in der Militärfrage Bismarck das Kompromiß nicht "aufgenötigt" wurde, [2] wie er sich ausdrückte, sondern daß dadurch das parlamentarische Budgetrecht gesichert wurde, mit dem doch jeder Parlamentarismus steht und fällt. Weiter billigte er das Sozialistengesetz [3] und erblickte in der Ablehnung der Schutzzölle einen "Doktrinarismus" [4], wobei er verkannte, daß gerade durch beide Maßnahmen die Klassengegensätze verschärft und die Interessentenkämpfe aufgestachelt wurden. Wenn v. Schulte meinte, Bismarck habe Stauffenberg nur wegen seines radikalen Doktrinarismus nicht zum Minister machen können, dann irrt er sehr. Es sei daran erinnert, daß eine solche Gesinnung, wenn tatsächlich vorhanden, Bismarck keine Skrupel bereitet hätte, der einen wirklichen Radikalen wie Lothar Bucher zu seinem Mitarbeiter erwählt und der durch jenen sogar versuchte, einen Karl Marx in seine Dienste zu ziehen. Und daß er mit Lasalle nur wegen dessen

---

1) Lebenserinnerungen 1 (1908) 256
2) ebenda 257
3) ebenda 258
4) ebenda 249 ff. 259

persönlicher Anziehungskraft in Verbindung getreten ist, wird ihm heute kaum noch jemand glauben. Es waren eben ganz andere Gründe, die zum Scheitern der nationalliberalen Ministerkandidaturen führten, die v. Schulte nicht durchschaut hatte (S. 86). Die Frage, warum Stauffenberg, trotz anfänglichen Mitmachens, dem Altkatholizismus schließlich doch den Rücken gekehrt hat, kann dagegen nicht befriedigend beantwortet werden. Man darf immerhin annehmen, daß er eine kirchliche Neubildung abgelehnt und wohl nur innerkatholische Reformen gebilligt hat, weshalb er eben in der alten Kirche verblieben ist (S. 18).

Sogar der nationalliberale Sezessionsgegner Otto Elben, der Bismarcks Schutzzollplan "hochsinnig" fand [1], das Tabakmonopol billigte und die Parteigenossen, die das nicht mitmachten, unverbesserlich und doktrinär nannte, und für den Treitschke als Politiker ebenso hervorragend war wie als Geschichtsschreiber [2], er gab zu, daß Stauffenberg "ein höchst begabter, kenntnisreicher, vielseitiger Mann" war, der als amtierender Reichstagsvizepräsident "hervorragend, und bei der Budgetdebatte äußerst geschickt" war, eine rasche Arbeit zu fördern." [3] Elben behauptete aber, Stauffenberg habe, weil er, höchst ehrgeizig nach der Reichskanzlerschaft strebend, zunächst einmal 1871 Reichstagvizepräsident werden wollen. Da Elben dies verhindert habe, habe er Stauffenbergs Freundschaft verloren. Aus Adelsstolz habe Stauffenberg häufig erzählt, daß einst die Hohenzollern einem seiner Vorfahren die Schweine gehütet hätten - womit die oben (S. 1) berichtete Anekdote offenbar falsch wiedergegeben ist. Auch daran nahm Elben Anstoß, daß er gerne den Freiherrn in seine Unterschrift gesetzt hätte - letzteres war bei den damaligen Gesellschaftsverhältnissen und bei einem Mann in öffentlicher Stellung die Regel. Was Elben hier von einem lange Jahrzehnte hindurch von vielen beobachteten unabhängigen Edelmann erzählte, der nie durch taktlosen Standesdünkel auffiel (S. 26), ist wenig glaubwürdig. Vermutlich hat Stauffenberg jene Schweineanekdote richtig, aber in einer ironisierenden, sagen wir in der Art Thomas Manns erzählt, die der biedere Schwabe Elben nicht verstand. Elben mag auch herausgefühlt haben, daß er als solcher dem Aristokraten etwas auf die Nerven ging. Aus Elbens Bemerkungen sprach aber vornehmlich, und darauf kommt es an, die typische kleinbürgerliche Untertanenmentalität des Deutschen der Bismarckzeit, der es nicht fassen kann, einen Bismarck, diese, wie er ihn nannte, "Notwendigkeit" [4], ersetzen zu wollen.

---

1) DL 2,239 (28.5.1879 an Treitschke); 2,375 f.(17.3.1881 an Lasker
2) Elben 179 (ex 1895)
3) Elben 180
4) DL 2,375

Man hat es bedeutenden Männern in politisch wichtigen Stellungen nicht selten vorgeworfen, es habe ihnen leider an persönlichem Geltungswillen gefehlt. Um die Mitte des 20. Jahrhunderts hat aber Europa von dem Menschentyp, der in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig läßt, genug erfahren. Stauffenberg gehörte zu der, unter praktischen neuzeitlichen Politikern so seltenen Art, die ihr persönliches Menschentum in der Tätigkeit für ihre sachlichen Ziele völlig aufgehen läßt - als Beispiele mögen Sir Edward Grey und Brüning genannt werden. Denn als kurz vor der Sezession dem schwankenden Bennigsen die Leitung der zerfallenden Nationalliberalen Partei fast aus den Händen glitt, als aber nach dem Ausscheiden der hochprotektionistischen Gruppe um v. Schauß und Völk die Erhaltung der Partei doch noch möglich schien, rief Stauffenberg Forckenbeck zu [1]: "Sie müssen die Fraktionsführung, und zwar nicht nominell, sondern mit Aufbietung aller Kraft übernehmen. Lasker und ich haben nicht die Autorität, die hier vor allem notwendig ist."

Zu erwähnen ist, was der Welfe Heinrich Langwerth von Simmern berichtete. Er hatte zu gleicher Zeit mit Stauffenberg in Heidelberg studiert und erneuerte die Bekanntschaft 1880. [2] Er fand in ihm "einen äußerst liebenswürdigen und feingebildeten Mann." Wenn er bei einer großen Aktion redete, "so machte er durch seine würdige Haltung, die Feinheit seiner Argumente und die süddeutsche Innigkeit, die aus seinen Worten herausklang, stets einen wohltuenden Eindruck." Diese seine "gemütvolle süddeutsche Art kleidete ihn gut", aber er war auch "innerlich" ein "vornehmer Mann", denn äußerlich waren seine Gesichtszüge [3] nicht von, wie Schiller sagte, architektonischer Schönheit. Die mehr Abstand haltende, bedächtige norddeutsche Menschenart mochte, zumal im Berliner Milieu jener Zeit, gegenüber solchem Charme - das Übersetzungswort fehlt uns hier - manchmal etwas fühlen, was jugendlich übertrieben, der Schüler im Faust ausspricht: "Im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist." Wenn Langwerth dementsprechend "etwas Dilettantisches" in Stauffenbergs "ganzer Art" fand, so rührte dies auch daher, daß er wenig Gelegenheit hatte, Stauffenberg da kennen zu lernen, wo man andere und sich am besten kennen lernt: bei der täglichen Berufsarbeit, hier der des Berufspolitikers. Ein solcher war Langwerth, der nur in den Reichstag kam, wenn es ihm paßte, im genauen Gegensatz zu Stauffenberg gar nicht. Daher griff er sehr daneben mit seiner Ansicht, Stauffenbergs politische Stellung habe Ähnlichkeit mit der des alten Götz gehabt. Welches Gewicht der Entscheidung

1) Oncken: ADB 48 (1904) 647

2) Aus meinem Leben 2 (1898) 165

3) Vgl. Abbild. Stauffenbergs in Kalkhoff: Nat.lib. Parlamentarier (1917)34

Stauffenbergs an einem Wendepunkt der Reichspolitik beigelegt wurde, ist gezeigt worden.[1] Wie Forckenbeck war auch Bennigsen, der so[2] für ihn eintrat, ein Niederdeutscher, also landsmännisch so wenig für Stauffenberg befangen wie Lasker und Bamberger, die ohne ihn keine wichtigen Schritte tun wollten. Männer von so hohem Verantwortungsgefühl wie die vier genannten, würden gewiß keinen, der menschlich oder politisch sich als Dilettant gezeigt hätte, zu dem "großen Einfluß" in der Nationalliberalen Partei gelangen lassen, den auch ein Fernstehender wie Robert v. Mohl[3] für Stauffenberg bezeugte. Geschichtlich steht fest,[4] daß er neben Bennigsen, Bamberger, Lasker und Miquel zu "den" Führern der Nationalliberalen gehört hat. Allerdings hat sein konstitutionelles Gichtleiden, wie Langwerth hervorhebt, seine Tätigkeit von 1880 an gehemmt.

Wenn man das Verhältnis der privaten Person Stauffenbergs zu dem Politiker heranziehen will, ist zu bewundern, wie ganz und gar nicht seine, wie erwähnt stets schwache, ihn allzu früh zur Aufgabe seiner politischen Tätigkeit nötigende Gesundheit bei ihm zu den in solchem Fall so häufigen Ressentimentfolgen geführt hat; er war nach Aussage seiner Tochter, Baronin v. Haberman (1956 zum Verfasser mündlich), früh gichtisch, so daß er zeitweise am Stock gehen mußte, und zuckerkrank. Wenn nun seine Tochter weiter bestätigte, was Julius Hölder (Tagebuch 26.6.1871) mitteilte: "unter den süddeutschen Nationalgesinnten macht sich allmählich ein Mißmut gegen die Manieren unserer norddeutschen Parteigenossen geltend"[5], sofern sich ihr Vater besonders später unter den freisinnigen Gesinnungsfreunden nicht wohl fühlte, vermutlich durch Richters scharfe Art abgestoßen, dann ist die Geduld, die Stauffenberg für seine Sache aufbrachte, um so mehr zu bewundern. Dieser liberalen Sache mag, um die kontrastierenden Gegenbeispiele anzuführen, Laskers, bis zu einem gewissen Grade vorhandene Eitelkeit weniger geschadet haben, als es sicherlich der Starrsinn Richters im entscheidenden Augenblick 1893 getan hat. Daher darf hier die nachträgliche Prognose gewagt werden: es wäre zu dieser Spaltung seiner Partei nicht gekommen, wenn ein Stauffenberg Parteiführer gewesen wäre, dessen Kunst der Menschenbehandlung der ihm so mißgünstige Elben so charakterisierte: "Auffallend war sein Geschick, mit allen sich gut zu stellen, mit vornehm und bürgerlich, mit Fortschritt und bayrischen Ultramontanen; besonders Neueintretende zog er an sich."[6]

1) Vgl. Stauffenbergs Anteil an der Sezession S. 118-127
2) In der Braunschweiger Wahl 1878 vgl. S. 110-114
3) Lebenserinnerungen a.a.O. 1:195
4) Oncken 2:248 5) Stoltenberg 194 Anm. 2 6) Elben 180

Wir dürfen daher auch Bismarcks, Hohenlohe und Mittnacht gegenüber ausgesprochene Bemerkungen über Stauffenberg (S. 92), zu den vielen absprechenden Urteilen Bismarcks über andere legen, die für ihn bezeichnender sind als für die Bewerteten. Bismarcks Verhältnis zu ihm bestimmte, daß er, zu dem stets gefürchteten Ministerium Gladstone gehörte (S. 124). Aber eine neuere, dieses Schattenministerium und damit auch Stauffenberg betreffende Meinung ist zu erörtern. Ernst Schraepeler [1] behauptet, dieses Ministerium, das mit einem gesunden Kaiser Friedrich die Leitung der Dinge übernommen haben würde - daß in diesem dann Roggenbach Reichskanzler geworden wäre, ist Schraepeler entgangen [2]- hätte nicht aus Männern "einer schaffenden, über alle Hindernisse triumphierenden Aktivität" bestanden, sondern "meistens" aus 'problematischen Naturen', die zwar manche Fehler und Schwächen im Staatsgefüge sahen, aber nicht in der Lage waren, "die wirklichen Ursachen drohender äußerer und innerer Gefahren rechtzeitig zu erkennen und ihnen durch konstruktive Pläne zu begegnen." Daher bleibe es zweifelhaft, ob sie ihre liberalen Ideale in die Tat umgesetzt hätten.

Darin ist Schraepeler jedoch Recht zu geben, wenn er feststellt: der Nationalliberalismus verzichtete unter dem Eindruck der Bismarckschen Erfolge darauf, "den Fortgang der deutschen Geschichte nach seinen Ideen zu bestimmen." Dies geschah ausdrücklich - so dürfen wir hinzufügen - durch seine Zustimmung zu der verhängnisvollen Wendung 1879, als Bismarck die Agrarrenten der preußischen Feudalschicht sichern wollte. Eugen Richter hat diese "vornehme Passivität" der deutschen Kreise von Bildung und Besitz, die die Nationalliberalen vertraten, so gekennzeichnet, daß wir heute darin immanente Vordeutung auf vieles finden, was zu 1933 führte. Diese Passivität, sagte er [3], "welche von keiner politischen Frage tief ergriffen wird, Strömung und Gegenströmung miteinander kämpfen läßt, sich alsdann das Fazit aus den Kräften berechnet und dies als eigene Meinung zu einem Kompromiß formuliert", ist, gegenüber so energisch aktiven Naturen wie Bismarck als Verteidiger ihrer Festung, "die gefährlichste Besatzung." Ihre Vertreter von der Art Bennigsens schließen von vornherein den Angriff als Erwiderung des Angriffs aus, "wecken den Scharfsinn mehr für die Formulierung der Kapitulationsbedingungen als die Kraft des Widerstandes." Um anders zu verfahren, ging Stauffenberg mit seinen Freunden in die Sezession.

1) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 5 (1954) 543
2) Ring 28
3) Im alten Reichstag 2 (1896) 115

"Der entschiedene Liberalismus kämpfte für eine Gedankenwelt", so sagte Walter Goetz [1], "die in der Zeit Bismarcks überholt und doktrinär erschien, die aber in Wahrheit dem Grundsatz des organisch sich fortentwickelnden Staates weit mehr entsprochen hätte als das tatsächliche Beharren auf überschätzten und immer mehr veraltenden Formen. Niemals hätte eine so jähe Umgestaltung Deutschlands zur Demokratie kommen können, wie es bei der Revolution von 1918 der Fall war, wenn der Übergang zu vermehrter Demokratie sich in den Jahrzehnten vorher in normaler Weise vollzogen hätte. Beschränkung der Kronrechte, Erweiterung der Parlamentsrechte, Demokratisierung der Verwaltung, Hereinziehung der Arbeiterschaft in den Staat (was Demokratie voraussetzte) hätten uns vielleicht vor dem Schlimmsten bewahrt. Dem Liberalismus, auch dem entschiedenen ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß er den Kampf für diese Ziele nur lau geführt hat. Freilich, wie wäre es möglich gewesen, das deutsche Bürgertum für solche Ziele zu erwärmen? Hier glaubte die Masse an die unantastbare Vortrefflichkeit der Bismarckschen Einrichtungen, und man überließ es der Arbeiterschaft, sich für die Demokratie einzusetzen und aus der ablehnenden Haltung von Bürgertum und Regierung das Recht zum marxistischen Radikalismus abzuleiten."

Männer wie Stauffenberg sind nicht von der Art, die Schraepeler verlangt, nämlich nicht solche, die über a l l e Hindernisse triumphieren. Solche waren z.B. auch Dschingiskhan und Lenin. Wollen wir nach 1945 solche Triumphe, solche Erfolge mit historischer Größe gleichsetzen? Das lehnen u.a. Gerhart Ritter [2] und Schnabel [3] ab. Dieser sagt: niemand "wird es heute noch wagen, die Völker, Staaten und Kulturen zu messen an dem Erfolg, den sie gehabt haben."

Wir haben heute nicht mehr mit Bismarck für alles, was 'Humanität' und 'Rechtsstaat' bedeutet, nur Hohn. Denn wir sehen in der Macht als solcher dann keinen Leitwert mehr, wenn sie über Recht und Humanität sich hinwegsetzt; Macht ist für uns etwas Wertneutrales, ein Adiaphoron, dessen Gebrauch danach ethisch zu bewerten ist, ob er im Bereich sittlich-humaner Zwecke verbleibt. Heute liegt die Wesensverwandtschaft des Potsdam des 31. März 1933 mit der über alle Hindernisse triumphierenden Aktivität Friedrich II. von Preußen gemäß dem Leitwort: "Die Welt beurteilt unser Handeln nicht nach

---

1) Goetz: Dt. Lib. 14 f.

2) Vom sittlichen Problem der Macht (1948) 145

3) Einl. zu: Wiard (v.) Klopp: Onno Klopp (1950) X

unseren Gründen, sondern nach dem Erfolg. Was bleibt uns also zu tun? Wir müssen Erfolg haben," zutage. Auch auf dem Obersalzberg wurde am 22. August 1939 ausgesprochen: "Der Stärkere ist immer im Recht." Nach Schraepeler waren also die Männer, die durch ihre Aktivität über alle Hindernisse triumphierend am 7.5.1945 unsere bedingungslose Kapitulation erreichten, auch wieder im Recht. Derjenige, der von einem Verfassungsbruch aus Deutschland in die Bahn hineinzwang, deren Endpunkt diese Katastrophe war, hat also nach Schnabel [1] die Gefahren, die Deutschland nach 1870 bedrohten, viel schlechter erkannt als das Schattenministerium, dessen Mitglied Stauffenberg war. Mit Schnabel, Heffter [2] und Meinecke [3] sehen wir, daß Bismarck es war, der die Deviation von den westeuropäischen liberalen Ideen in Deutschland durchsetzte, und die altpreußische Mentalität in ihm so befestigte, daß sie auf die Westmächte als ein fremdes und feindliches Element wirkte. Denn, so fragte Bennigsen noch 1898 [4], was war "unsere, der Liberalen", also auch Stauffenbergs "Praxis und Theorie politisch und wirtschaftlich anderes als das Ergebnis der westeuropäischen Kultur, das in Frankreich und England in öffentlichen Institutionen längst niedergelegt war?"

So ist heute die - sie ist nach Friedrich Schlegel Sache des Historikers - rückwärts gerichtete Prophetie nachträglicher Prognose möglich: dieser nach 1870 den neuen Problemen des Industriezeitalters nicht gewachsene preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat wäre durch eine, mit dem Ministerium Bennigsen-Forckenbeck-Stauffenberg einsetzende, von keinem Bismarck gehemmte Parlamentarisierung so beeinflußt worden, daß die Nation nicht, wie Mommsen 1902 sagte, um die Jahrhundertwende mit einem von Bismarck gebrochenen Rückgrat dagestanden hätte. "Die besten Kräfte des Landes", schrieb Guido de Ruggiero in seiner "Geschichte des Liberalismus in Europa" [5] "zogen sich aus dem öffentlichen Leben zurück, um sich dem Handel und der Industrie zu widmen, da sie nicht hoffen durften, durch den Eintritt in eine parlamentarische Laufbahn in der Regierung eine Rolle zu spielen." Deshalb hielt die deutsche Widerstandskraft den Stürmen des Ersten Weltkriegs nicht stand. Im Zusammenbruch 1918 rief Meinecke [6] aus:

---

1) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 6 (1955) 327
2) Heffter 534
3) Die deutsche Katastrophe (1946) 95
4) Oncken 1,20
5) (1930) 260
6) Gustav Mayer: Erinnerungen (1949) 298

"Eine ganze Generation hat sich von Bismarck hypnotisieren lassen, so daß sie die verhängnisvollen Folgen seiner Innenpolitik nicht sah, als er dem werdenden deutschen Industriestaat eine Verfassung aufzwang, die aus dem Geist des altpreußischen Agrarstaates geboren." Walter Goetz [1] fügte 1922 hinzu: der in sich gespaltene, in einer Krise schwebende Liberalismus konnte "unter dem Drucke Bismarcks" keine Neuorientierung mehr finden." Bis zum Weltkrieg haben wir vorwiegend geglaubt, daß es sich dabei nur um ein Schicksal des deutschen Liberalismus handle. Daß es ein Schicksal der ganzen Nation war, daß wir die Größe Bismarcks mit schweren Hemmungen unseres innerpolitischen Lebens bezahlen mußten, daß das Aufhalten jeder weiteren Demokratisierung von Staatsverfassung und nationalem Leben eine der tieferen Ursachen unseres Niedergangs war, drängt sich heute (1922) unabweisbar auf." Und als sich das deutsche Volk, weil es die Folgen des Ersten Weltkriegs nicht tragen wollte [2], satanischen Mächten verschrieb, stellte Gerhart Ritter [3] fest: Bismarcks Abwendung vom Liberalismus hatte eine, fast möchte man sagen, katastrophale Folge, "die uns alle Tage stärker bewußt wird."

Bis zur Sezessionszeit hatte auch Stauffenberg, wie seine Tochter bezeugte, Bismarck bewundert, sah sich dann aber sehr enttäuscht und äußerte sich seit den neunziger Jahren über Deutschlands Zukunft pessimistisch. "Ihr werdet noch schlimme Dinge erleben, ich erlebe sie nicht mehr", pflegte er nach Mitteilung von Freifrau v. Habermann zu sagen. Dieses Mißtrauen in die Stabilität des Bismarckreiches, trotz seines Wirtschaftsaufschwungs und seiner Großmachtstellung, teilte er mit einer ganzen Anzahl bedeutender Deutschen, die ihn freilich nur selten verlauten lassen durften. So sagte jenem Bismarck-Deutschland Konstantin Frantz 1876 einen neuen, großen Krieg und den Sturz der Hohenzollernmonarchie voraus, Hermann Baumgarten 1881 die große Not, die Bismarck hinterlassen werde, der Generalfeldmarschall Waldersee 1892 seinen Zerfall nach einer Niederlage und das Exil der Hohenzollern, Roggenbach 1896 seine Selbstauskreisung, Philipp zu Eulenburg 1903 seine unvermeidliche Katastrophe und die Dichter Eduard Paulus (Der neue Merlin 1888), Rilke 1899 (in der Erzählung "Die Geschwister": unsere Zeit hat Ähnlichkeit mit der vor dem dreißigjährigen Krieg) und Stefan George 1907 (in: "Der siebente Ring": ihr hoch und nieder rennt dem götzen nach) eine dunkle Zukunft.

---

1) Goetz: Dt. Lib. 14

2) Erwein Frhr. v. Aretin: Krone und Ketten (1955) 89

3) Deutsche Liter. Ztng. 54 (1933) 1470

Der Geschichtsverlauf hat demnach Sinn und Zweck der Lebensarbeit Franz von Stauffenbergs als nur zu richtig bestätigt. Stauffenberg widerlegt durch sie das Reklamewort, mit dem sich die angeblich unpolitische, in Wahrheit preußisch-halbgouvermentale, später alldeutsche Berliner "Tägliche Rundschau" 1881 einführte: "Politik verdirbt den Charakter". Bamberger erwiderte damals: "wie alles, wenn es danach getrieben wird." Es war eine nur zu bequeme Ausflucht für die politische Gleichgültigkeit zumal norddeutscher Mittelschichten, deren Volksvertreter, wie Bamberger [1] sagte, es als höchsten Beruf ansahen, mit den Ministern zu speisen, und deren Bürger, erfüllt von Abscheu vor der charakterverderbenden und langweiligen Politik, sich unter einem Staatsregimente wohlfühlten, das für alle ihre großen und kleinen Geschäfte des Lebens sorgt. Die letzte und schlimmste Auswirkung dieses Hörigkeitsbedürfnisses erfolgte dann 1933.

Stauffenberg war ein bei uns leider seltenes Beispiel des Berufspolitikers, wie er sein sollte: nicht von materiellen Eigeninteressen herkommend, nicht seinem Geltungsbedürfnis dienend, viel weniger der Agitation sich widmend als dem mühsamen Kleinsauer gesetzgeberischer Arbeit in Parlamentsausschüssen und unablässiger Verwaltungskontrolle, die dauernde Geduldsprobe bestehend, die alles Parteiwesen, zumal durch die Interna der eigenen Partei darstellt. Theodor Barth sagte treffend [2]: er zählte "zu jenen edlen Naturen, die vornehmlich durch ihre Persönlichkeit wirken." Dieses Beispielhafte in seinem hingebenden Dienst an idealen Aufgaben verbindet seine Erscheinung mit den sippenverwandten Trägern des Namens Stauffenberg, die am 20. Juli 1944 unsterblich wurden.

---

1) Ges. Schriften 1 (1898) 301; vgl. dazu Rüstow: Ortsbestimmung der Gegenwart 1 (1950) 116 f.

2) Barth 48

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

A) Quellen

Der Nachlaß Stauffenberg (Sign. A VI 7) wurde von Herrn Baron Franz Wilhelm Schenk von Stauffenberg - dem Sohne Franz v. Stauffenberg - auf Anregung Prof. Paul Wentzkes am 28.11.1921 dem Reichsarchiv Potsdam als Depositum übergeben. Den Zusammenbruch hat nur ein Restbestand überdauert, den das Deutsche Zentralarchiv Potsdam (Sign. 60 Sta 1) aufbewahrt (Vgl. Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam. Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs Nr. 1 (1957) 208). Meine an dieses Archiv gerichtete Anfrage vom 7.10.1957 wurde dahingehend beantwortet, und zwar unter dem 22.11.1957: "Wir ... bedauern, Ihrem Antrag auf Übersendung der diesbezüglichen Archivalien zum Bayerischen Hauptstaatsarchiv bzw. auf Anfertigung von Mikroaufnahmen oder Fotokopien nicht stattgeben zu können." Eine spätere Auswertung dieses Materials behält sich der Verfasser vor.

Im Besitz von Herrn Baron Friedrich Schenk von Stauffenberg (Wilflingen bei Riedlingen, Württ.) befindet sich die Privatkorrespondenz Franz von Stauffenbergs mit seiner Gattin (1860-1887); sie ist nach dessen Mitteilung politisch unergiebig. Auch hier behält sich der Verfasser eine spätere Auswertung vor.

1. Ungedruckte

Briefe: 9 Briefe Stauffenbergs an Julius Hölder
2.10.1867 - 2.7.1878
Nachlaß Hölder: Württembergische Landesbibliothek (Stuttgart): cod.hist.fol.880 fasc.IX,3 Nr.60,136, 138, 175; fasc.XIII Nr. 158, 171; fasc. XVII Nr. 333; fasc. XVIII Nr. 157, 158, 190.

1 Brief Stauffenbergs an Hermann Fürst zu Hohenlohe-Langenburg: 4.2.1878
Nachlaß Hohenlohe-Langenburg: Hohenlohe Zentralarchiv (Schloß Neuenstein, Württ.): Hoh.Langenburg Paket 6, Nr. 4

1 Brief Stauffenbergs an die Bremer Schaffer: 12.2.1878 Staatsbibliothek Bremen: Autographensammlung X, 36

1 Brief Stauffenbergs an Hermann Henrich Meier:(undatiert - auf 11.8.1878 datierbar) Nachlaß H.H.Meier: Staatsarchiv Bremen
1 Brief Stauffenbergs an Georg von Vollmar: 14.10.1886 Nachlaß v. Vollmar: Internationales Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam)

1 Brief Franz von Roggenbachs an H.H.Meier: 13.8.1868 Nachlaß H.H.Meier: Staatsarchiv Bremen

2 Briefe Rudolf von Bennigsens an H.H. Meier: 5. und 10.8. 1878 Nachlaß H.H. Meier: Staatsarchiv Bremen

1 Brief Sigmund Günthers an Joh. Nepomuk Sepp: 19.3.1894 Nachlaß Sepp: Bayerische Staatsbibliothek (Handschriftenabteilung, München) Seppiana Nr. 65

Mündliche Mitteilungen von Freifrau Gabriele von Habermann, einer Tochter Franz von Stauffenbergs (1956)

2. Gedruckte

DL = Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung. Hgg. von Julius Heyderhoff und Paul Wentzke 1 (1925); 2 (1926)

LT = Stenographische Berichte des Bayrischen Landtags 1866-1898

RK = Verhandlungen der Bayrischen Reichsrätekammer 1867-1882

RT = Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags 1871-1893
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Zollparlaments (1868)

Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Katholischen-Congreßes abgehalten vom 22. bis 24. September 1871 in München Th. Ackermann (1871)

Erwein v. Aretin: Krone und Ketten (1955)

Briefe Berthold Auerbachs an Jakob Auerbach 2 (1884)

Ludwig Bamberger: Ges. Schriften 4 und 5 (1896)

TB = Ludwig Bamberger: Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers, eingel. und hgg. von Ernst Feder (1932)

Barth = Theodor Barth: Franz von Stauffenberg in: "Nation" 18. Jahrgang, Nr. 36 (8. Juni 1901) S. 562-563; aufgenommen in Politische Poträts (1904) 44-48, wonach im Text zitiert wird; Neuherausgabe von Ernst Feder (1923) 69-72

August Bebel: Aus meinem Leben 2 (1913); unveränderter Nachdruck (1946) der Originalausgabe

Bismarck = Bismarck: Ges. Werke (Friedrichsruher Ausgabe)

Bomhard = Ernst v. Bomhard: Staatsminister Eduard v. Bomhard (1913)

Böttcher = Friedrich Böttcher: Eduard Stephani (1887)

Lujo Brentano: Mein Leben (1931)

Brockhaus = Heinrich Eduard Brockhaus: Stunden mit Bismarck 1871-1878 (1929) hgg. von Hermann Michel

		Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten 4 (1931)
		Julius v. Eckardt: Lebenserinnerungen
Elben	=	Otto Elben: Lebenserinnerungen (1931) ex 1895
Ged.u.Erinn.	=	Otto v. Bismarck: Gedanken und Erinnerungen 2 (1898)
Günther	=	Sigmund Günther: Franz von Stauffenberg in Biographisches Jahrbuch 6 (1904) 220-224
Günther: LaF	=	Sigmund Günther: Franz von Stauffenberg in Lebensläufe aus Franken (LaF) hgg. von Anton Chroust 2 (1922) 437-440
		Sigmund Günther: Franz von Stauffenberg in Fränkischer Kurier (FK) 6. Juni 1901 I+II
Denkw.	=	Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten 1 (1906); 2 (1907)
Herzfeld:Miquel	=	Hans Herzfeld: Joh. (v.) Miquel 1 (1938); 2 (1938)
Hofmann	=	Hermann Hofmann: Fürst Bismarck 1 (1913);2(1913)
		Siegfried v. Kardorff:Wilhelm v.Kardorff (1936)
Kapp	=	Edith Lenel: Friedrich Kapp 1824-1884 (1935)
Klein-Hattingen	=	Oskar Klein-Hattingen: Geschichte des deutschen Liberalismus 2 (1912)
LaF	=	Lebensläufe aus Franken (Siehe Günther!)
		Aus Eduard Laskers Nachlaß 1 (1902)
		Heinr. Langwerth v. Simmern: Aus meinem Leben 2 (1898)

Lerchenfeld	=	Hugo Graf von Lerchenfeld-Koefering: Erinnerungen (2. A. 1935)
Lucius	=	Robert Lucius (Frhr. v. Ballhausen): Bismarckerinnerungen (1920)
		Christoph Luthardt: Almanach für den Bayerischen Landtag (1881)
		Gustav Mayer: Erinnerungen (1949)
		Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe (1946)
Mittnacht	=	Hermann Frhr. v. Mittnacht: Erinnerungen an Bismarck (1904)
Mittnacht NF	=	Hermann Frhr. von Mittnacht: Erinnerungen an Bismarck NF (4. A. 1905)
		Robert von Mohl: Lebenserinnerungen 2 (1902)
		Theodor Mommsen: Reden und Aufsätze (1905)
		Theodor Mommsen: Politische Schriften (1921)
Oncken	=	Hermann Oncken: Rudolf von Bennigsen 1 (1910); 2 (1910)
		Ludwig von Pastor: August Reichensperger 2 (1899)
		Ludolf Parisius: Leopold Frhr. von Hoverbeck 2:2 (1900)
Philippson: Friedr. III.	=	Martin Philippson: Kaiser Friedrich III. (2. A. 1908)
Philippson: Forckenbeck	=	Martin Philippson: Max v. Forckenbeck (1898) Heinrich Ritter v. Poschinger: Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck 1 (1890)

Poschinger = Heinrich Ritter v. Poschinger: Bismarck und die Parlamentarier 2 (1895); 3 (1896)

Wolfgang Gans Edler von Putlitz: Unterwegs nach Deutschland (1954)

Felix Rachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus im Neuen Reiche in: Zeitschr. f. Politik 5 (1912) 261-374

Ring = Im Ring der Gegner Bismarcks. Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz von Roggenbachs... bearbeitet und hgg. von Julius Heyderhoff (2. A. 1943)

August Reyscher: Erinnerungen (1884)

Eugen Richter: Im alten Reichstag 1 (1894)

Karl Samwer: Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach (1909)

Schneegans = August Schneegans: Memoiren (1904) hgg. von Heinrich Schneegans

Eugen Schiffer: Ein Leben für den Liberalismus (1951)

Johann Friedrich (v.) Schulte: Lebenserinnerungen (1908)

Tiedemann = Christof von Tiedemann: Sechs Jahre Chef in der Reichskanzlei (2. A. 1910)

Viktor von Unruh: Lebenserinnerungen (1895)

Karl Vigener: Ketteler (1924)

Otto Frhr. von Völderndorff: Vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe (1902)

B) Darstellungen

Bachem = Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei (1927 ff.)

Moritz Julius Bonn: Krise der Demokratie (1925)

Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik (1955)

Braun = Hermann Braun: Die parlamentarische Entwicklung des bayerischen Reichsverhältnisses (Diss. Frankfurt 1933)

Lujo Brentano: Der Unternehmer (1907)

Brock = Hermann Brock: Die parlamentarische Krisis der nationalliberalen Partei 1879-1880 (1930)

Egon Cesar Conte Corti: Die trockene Trunkenheit (1930)

Anton Chroust: Geschichte des Großherzogtums Würzburg (1932)

Deuerlein = Ernst Deuerlein: Der Bundesratsausschuß f. ausw. Angelegenheiten 1870-1918 (1955)

Doeberl = Michael Doeberl: Entwicklungsgeschichte Bayerns 3(1931)

Michael Doeberl: Bayern und die Bismarcksche Reichsgründung (1925)

Dorothea Dietz: Die Heeresvorlage von 1880 und die liberalen Parteien (Diss. 1929)

Eyck = Erich Eyck: Bismarck. Leben und Werk 1 (1941); 2(1943); 3(1944)

Eyck: Gladstone = Erich Eyck: Gladstone (1938)

Eyck: = Erich Eyck: Das persönliche Regiment Wilhelm II. (1948)

Friedr. Wilh. Foerster: Politische Ethik (4.A.1957)

Erich Foerster: Adalbert Falk (1927)

Karl Forstmann: Der Kampf um den internationalen Handel (2.A.1936)

Georg Franz: Kulturkampf (1954)

Gagliardi: Bismarcks Entlassung 2 (1941)

Adolf Gasser: Gemeindefreiheit als Rettung Europas (1943, 2.A.1946)

Heinrich Geffcken: Kirche und Staat (1875)

Goetz: Dt.Lib. = Walter Goetz: Der deutsche Liberalismus im 19. Jahrhundert in: Die Entwicklungsgeschichte der großen politischen Parteien, Heft 2 der Deutschen Gesellschaft für Politik an der Universität Halle-Wittenberg (1922) 1-18

Hans Goldschmidt: Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung (1931)

George P. Gooch: Studies in Diplomacy and Statecraft (1942)

Bernhard Häring: Gesetz Christi (1954)

Wilhelm Hartnacke: Naturgrenzen (1930)

Heffter = Heinrich Heffter: Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert (1950)

Alfred Heuss: Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert (1956)

Herbert v. Hindenburg: Am Rande (1938)

Albert Huth: Handbuch psychologischer Eignungsuntersuchungen (1953)

Georg Jellinek: Regierung und Parlament in Deutschland (1909)

Kalkhoff: Nationalliberale Parlamentarier (1917)

Paul Kampffmeyer: Georg v. Vollmar (1930)

Oskar Klein-Hattingen: Bismarck 2 (1904)

Wiard (v.) Klopp: Anno Klopp (1950) eingel. und hgg. von Franz Schnabel

Max Leyh: Die bayerische Heeresreform unter Ludwig II. (Diss. München 1922)

Walther Lotz: Ideen der deutschen Handelspolitik (1892)

Friedrich Luckwaldt: Politische Geschichte des Weltkriegs 1 (1919)

Männer = Ludwig Männer: Deutschlands Wirtschaft und Liberalismus in der Krise von 1879 in: Archiv für Politik und Geschichte 9 (1927) 347-382, 456-488

Matthes = H. Edgar Mathes: Die Spaltung der Nationalliberalen Partei und die Entwicklung des Linksliberalismus bis zur Auflösung der Deutsch-Freisinnigen Partei (Diss. Kiel 1953)

Arnold Oskar Meyer: Bismarck (1949)

Eduard Wilhelm Meyer: Aus der Geschichte der Nationalliberalen Partei 1868-1871 in Meinekkefestschrift (1922)

Moritz Mohl: Denkschrift über eine Reichs-Tabak-Regie (1878)

Robert Pahncke: Die Parallelerzählungen Bismarcks zu seinen Gedanken und Erinnerungen (1914)

Ludolf Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck 1 (1878)

Friedrich von Payer: Von Bethmann bis Ebert (1923)

Max Picard: Hitler in uns selbst (3. A. 1948)

Maria Poll: Jos. Edmund Jörg (1936)

Radschau: Unter Bismarck und Caprivi (1939)

Gerh. Ritter: Vom sittlichen Problem der Macht (1948)

Gerh. Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk 1(1954)

Wilhelm Röpke: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart (1942)

Wilhelm Röpke: Die deutsche Frage (1945, 3. A. 1948)

Guido de Ruggiero: Geschichte des Liberalismus in Europa (1930)

Alex. Rüstow: Ortsbestimmung der Gegenwart 1(1950); 3(1957)

Alex. Rüstow: Wirtschaftsliberalismus (2. A. 1950)

Arnold Sachse: Althoff (1928)

Sandberger = Dietrich Sandberger: Die Ministerkandidatur Bennigsens (1929)

Schieder = Theodor Schieder: Die kleindeutsche Partei in Bayern 1866-1871 (Diss. München 1933)

Franz Schnabel: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert 2 (2. A. 1949)

Franz Schnabel: Hochland (1949) 1-27

Wilhelm Schüssler: Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867 (1929)

Walter Schübelin: Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg (1935)

Friedrich C. Sell: Die Tragödie des deutschen Liberalismus (1953)

Heinrich Sieveking: Grundlagen der Handelspolitik (3. A. 1927)

Felix Somary: Krise und Zukunft der Demokratie (1952)

Alfred Stern: Geschichte Europas im 19. Jahrhundert 10 (1924)

Stoltenberg = Gerhard Stoltenberg: Der deutsche Reichstag 1871-1873 (1953)

Adalbert Wahl: Deutsche Geschichte 2 (1929)

Wehberg = Hans Wehberg: Die internationale Beschränkung der Rüstungen (1919)

Ludwig Wiese: Deutsche Briefe über englische Erziehung (1852)

Ulrich von Wilamowitz: Reden und Aufsätze 1 (4.A.1925)

Ulrich von Wilamowitz: Griechische Tragödien 2 (5.A.1907)

H. Wiermann (= Pseudonym von Hermann Robolsky): Der deutsche Reichstag 2 (1884)

Max Weber: Ges. Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (1924)

Hellmuth Wolff: Bismarcks Geschichtsauffassung (1926)

Hans Zbinden: Welt im Zwielicht (1951)

Ziekursch: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs 1(1927)

Eberhard Zeller: Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli (2.A.1954)

Zimmermann = Werner Gabriel Zimmermann: Bayern und das Reich 1918-1923 (1955)

ADB = Allgemeine Deutsche Biographie

AZ = Allgemeine Zeitung (Augsburg, später München)

HJb = Historisches Jahrbuch der Görresgesellschaft

HZ	=	Historische Zeitschrift
FK	=	Fränkischer Kurier (Nürnberg)
MNN	=	Münchner Neueste Nachrichten (München)
NDB	=	Neue Deutsche Biographie

A n h a n g :

Verzeichnis der Reden und offenen Briefe an die Wähler von Stauffenberg

(nicht aufgenommen wurden die Landtags- und Reichstagsreden)

Nr. 1 Stauffenbergs Brief an die liberalen Wähler von München: Wortlaut in AZ Nr. 32 (1.2.1871) ex 30.1.1871 und MNN Nr. 32 (1.2.1871) ex 31.1.1871

Nr. 2 Stauffenbergs Rede in München: 14.2.1871
Wortlaut in MNN Nr. 49 (18.2.1871), Nr. 50 (19.2.1871), Nr. 52 (21.2.1871) u. Nr. 53 (22.2.1871)

Nr. 3 Stauffenbergs Rede in München: 20.12.1873
Wortlaut in MNN Nr. 357 (23.12.1873)

Nr. 4 Stauffenbergs Rede in München: 4.1.1877
Wortlaut in MNN Nr. 6 (6.1.1877) und 9 (9.1.1877)

Nr. 5 Stauffenbergs Rede in München: 26.6.1878
Wortlaut in MNN Nr. 179 (28.6.1878), 180 (29.6.1878), 181/82 (30.6.1878) und 184 (3.7.1878)

Nr. 6 Stauffenbergs Rede in München: 13.7.1878
Wortlaut in MNN Nr. 197 (16.7.1878) und 198 (17.7.1878)

Nr. 7 Stauffenbergs Brief an seine Wähler in Holzminden-Gandersheim vom 25.7.1879
Wortlaut in AZ Nr. 209 (28.7.1879) S. 3061

Nr. 8 Stauffenbergs Rede in Erlangen: 17.10.1881
Bericht in FK 18.10.1881

Nr. 9 Stauffenbergs Rede in Hersbruck: 19.10.1884
Bericht in FK 20.10.1884

Nr. 10 Stauffenbergs Rede in Fürth: 21.10.1884
Bericht in FK 23.10.1884

Nr. 11 Stauffenbergs Rede in Erlangen: 23.10.1884
Bericht in FK 24.10.1884

Nr. 12 Stauffenbergs Rede in Erlangen: 16.1.1887
Bericht in FK 17.1.1887

Nr. 13 Stauffenbergs Rede in Fürth: 18.1.1887
Bericht in FK 19.1.1887 und AZ Nr. 21 (21.1.1887)

Nr. 14 Stauffenbergs Rede in Erlangen: 12.2.1890
Bericht in FK 13.2.1890

Nr. 15 Stauffenbergs Rede in Fürth: 14.2.1890
Bericht in FK 15.2.1890

Nr. 16 Stauffenbergs Rede in Hersbruck: 16.2.1890
Bericht in FK 17.2.1890

Nr. 17 Stauffenbergs Rede in München: 10.1.1896
Wortlaut in MNN Nr. 18 (12.1.1896) wiederholt Nr. 75 (14.2.1908)
(Rede zum 70. Geburtstag von August Nap. Vechioni)

Nachrufe zum Tode Stauffenbergs

(Dieses Verzeichnis erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit)

Nr. 1 AZ Nr. 152 (3. Juni 1901)

Nr. 2 Biographisches Jahrbuch 6 (1904) 220-224 (S. Günther)

Nr. 3 FK 6. Juni 1901 (I + II) (S. Günther)

Nr. 4 Die Gartenlaube 2. Beil. zu Nr. 27 (1901)

Nr. 5 MNN Nr. 256.257 (4.6.1901)

Nr. 6 Die Nation 18. Jahrgang Nr. 36 (8. Juni 1901) S.562-563; (Th. Barth); aufgenommen in Th. Barth: Politische Poträts (1904)44-48; Neuherausgabe von Ernst Feder (1923) 69-72

Nr. 7 Die Woche (3. Juni 1901, III, S. 1.000)

Nr. 8 Schwäbische Merkur Nr. 253 (3. Juni 1901)

Abbildungen von Stauffenberg

Ein Poträt Stauffenbergs, gemalt von v. Habermann - einem Bruder seines Schwiegersohns - befindet sich im Besitz seines Enkels , Herrn Baron Hans Christoph Schenk von Stauffenberg (Rißtissen bei Ulm).

Photographische Abbildungen von Stauffenberg enthalten die von Heyderhoff-Wentzke herausgegebene Briefsammlung (DL), ebenso Kalkhoff: Nationalliberale Parlamentarier (1917) und die beiden oben unter Nr. 4 und 7 angeführten Nachrufe.

GENEALOGISCHE TAFEL

Adam Friedrich Schenk von Stauffenberg (1765-1808) oo 1795 Charlotte, geb. Freiin Harff-Dreyborn (1777-1853)
oo in 2. Ehe mit Adam Friedrich Frhr. v. Reding, gest. 1829

Franz Frhr. Schenk von Stauffenberg (1801-1881)
1874 in den bayr. Grafenstand erhoben, Stifter der gräflichen Linie.

Friedrich (1806-1874) oo 1833 Klementine, geb. Gfn. von Buttler-Clonebough (1812-1879)

FRANZ AUGUST (3.8.1834-3.6.1901) oo 25.8.1860 Ida, geb. Gfn. von Egmont-Geldern (1837-1887)

Karl (1844-1887) oo Marie, geb. Freiin Schrenk v. Notzing (1856-1925)

Hedwig (1883-1944)
oo mit Otto Frhr. v. Berchem, gest. 1949

Wilhelmine (1861-1876)

Elisabeth (1864-1939)
oo mit Hugo Frhr. von Linden gest. 1936

Olga (1866-1953)
oo mit Friedr. Gf. v. Otting und Fünfstetten, gest. 1935

Gabriele (1869-1956)
oo mit Gustav Frhr. von Habermann, gest. 1919

Franz Wilhelm (1878-1950) oo Huberta-Bertha, geb. Gfn. von Wolff-Metternich (1882-1952)

Mechthilde (geb. 1904)
oo mit Rudolf Frhr. v. Mentzingen gefallen 1941
oo mit Egloff Frhr. v. Freiberg

Werner (geb. 1905)
oo mit Christa Bauer (geb. 1924)

Friedrich (geb. 1908) oo Mechthild, geb. Gfn. Adelmann von Adelmannsfelden (geb. 1909)

- Marie (geb. 1937)
- Joh. Franz (geb. 1939)
- Wolf Dietrich (geb. 1940)

Hans Christoph (geb. 1911) oo gesch. 1948 Lady Camilla Acheson (Haus der Earls of Gosford) (geb. 1914)

- Hans Sebastian (geb. 1940)
- John Patrick (geb. 1941)
- Damian Ignaz (geb. 1944)

L E B E N S L A U F

Als Sohn des Oberpostsekretärs Wolfgang Steinsdorfer und seiner Ehefrau Franziska, geb. Widmann, wurde ich am 4. Oktober 1932 in München geboren. Von 1939 bis 1943 besuchte ich in meiner Vaterstadt die Volksschule und trat dann in die Wittelsbacher Oberschule für das Schuljahr 1943 bis 1944 ein; von 1944 bis 1945 besuchte ich am selben Ort eine Privatschule. Im Jahre 1945 übersiedelten meine Eltern nach Bad-Wiessee, und ich besuchte die Oberrealschule in Tegernsee von 1946 bis 1951. Da meine Eltern 1951 wieder ihren Wohnsitz nach München verlegten, ging ich dort von 1951 bis 1952 in die Ludwigsoberrealschule. An dieser Anstalt bestand ich Juni 1952 mein Abitur.

Vom Wintersemester 1952 bis zum Sommersemester 1956 studierte ich acht Semester Geschichte, Erdkunde und Deutsch an der Universität München. Ich hörte Vorlesungen und beteiligte mich an Übungen in Geschichte bei den Professoren H. Rall, F. Schnabel, M. Spindler und J. Spörl, in Erdkunde bei den Professoren H. Fehn, H. Louis, O. Maull und E. Thiel und in Deutsch bei den Professoren und Privatdozenten H. H. Borcherdt, E. Hartl, E. Hederer, H. Motekat, H. Rosenfeld, P. Stöcklein und M. Weifert.

Im Herbst 1956 bestand ich die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen. Vom 1. November 1956 bis 31. Oktober 1957 erhielt ich ein bayerisches Staatsstipendium auf ein Jahr in Rom, wo ich im Vatikanischen Archiv Nuntiaturberichte aus München zur Zeit des Ministeriums Abel bearbeitete. Zugleich absolvierte ich an der dortigen deutschen Zweigschule mein erstes Referendarsjahr. Zur Zeit bin ich als Studienreferendar am Wittelsbacher Gymnasium tätig.